BETEILIGUNGS BERICHT 2014

KOBLENZ
VERBINDET.

Herausgeber: *Stadt Koblenz*

Stadtwerke Koblenz GmbH
Telefon: 0261/911630
swk@stadtwerke-koblenz.de

Herstellung: *Druckerei der Stadt Koblenz*

Vorwort

Der Koblenzer Oberbürgermeister
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Sehr verehrte Leserin,
sehr verehrter Leser,

Sie halten den sechzehnten Beteiligungsbericht der Stadt Koblenz in Ihren Händen.

Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht möchten wir damit die wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt Koblenz transparent machen.

Seit 2010 werden auch die mittelbaren Beteiligungen, an denen die Stadt Koblenz eine Beteiligung von über 5 % hält, mit aufgeführt.

Auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse 2013 gibt der Beteiligungsbericht Einblick in die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen und gewährt, soweit möglich, einen Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014. Für Ratsmitglieder und Verwaltungsführung, sowie für die interessierten Bürgerinnen und Bürger dient der Bericht als einheitliche Informationsbasis.

Gerade in Zeiten immer knapper werdender Haushaltsmittel bei gleichzeitig wachsender Aufgabenfülle für die Kommunen ist die effiziente Aufgabenerfüllung besonders wichtig. Um den Bürgern die gewohnten Leistungen kostengünstig und verlässlich zu erbringen, ist die Beteiligung an einem privatrechtlich organisierten Unternehmen oder dessen Gründung oft der beste Weg. Insbesondere die Aufgaben im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und der öffentliche Personennahverkehr, aber auch das Wohnungswesen sowie Kultur- und Gesundheitswesen werden auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form übertragen. Dabei muss jedoch neben der Eigenverantwortlichkeit der Geschäftsführungen und Unternehmensgremien der nötige Einfluss durch die kommunalen Entscheidungsgremien gewahrt werden.

Besonderer Dank für die konstruktive Zusammenarbeit gilt den Geschäftsführern und Werkleitern, den Mitgliedern der Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen und Werkausschüssen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungs-unternehmen und Eigenbetriebe.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Hofmann-Göttig
Koblenz, im Juni 2014

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Allgemeines

1. Gesetzliche Grundlagen *3*

2. Gegenstand des Beteiligungsberichtes *3*

3. Struktur der Darstellung *4*

II. Darstellung der einzelnen Unternehmensbeteiligungen

1. Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform

Eigengesellschaften

- *Aufbaugesellschaft Koblenz mbH (ab 2014: WfG)* *9*
- *Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH* *17*
- *Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH* *23*
- *Sporthalle Oberwerth GmbH* *47*
- *Stadtwerke Koblenz GmbH* *55*

Beteiligungsunternehmen

- *Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH* *61*
- *Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH* *71*
- *KEVAG* *83*
- *Koblenz Stadtmarketing GmbH* *99*
- *Romantischer Rhein Tourismus GmbH* *105*
- *Technologiezentrum Koblenz GmbH* *113*
- *Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH* *123*

2. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform (Holding-Gesellschaft ist die Stadtwerke Koblenz GmbH)

- *Energieversorgung Mittelrhein GmbH* *135*
- *Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH* *149*
- *EKO2 GmbH* *155*
- *Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH* *161*
- *Güterverkehrszentrum Entwicklungsgesellschaft Koblenz mbH* *169*
- *Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH* *171*
- *Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH* *179*
- *Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH* *187*
- *Windpark Westerwald GmbH* *193*

3. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 %
(Holding-Gesellschaft ist die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz-St. Elisabeth Mayen gGmbH)

- *GK Service GmbH* *201*

4. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 %
(Holding-Gesellschaft ist die KEVAG)

- *KEVAG Verteilnetz GmbH* *207*
- *KEVAG Verkehrs-Service GmbH* *219*
- *KEVAG Telekom GmbH* *227*
- *Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH* *237*

5. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 %
(Holding-Gesellschaft ist die Energieversorgung Mittelrhein GmbH)

- *EVM Netz GmbH* *243*
- *Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH* *253*
- *Gasversorgung Westerwald GmbH* *259*
- *BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH* *267*
- *Propan Rheingas GmbH/ Propan Rheingas GmbH & Co.KG* *275*
- *FWM Fernwärmeversorgung Mayen GmbH* *287*

6. Eigenbetriebe

- *Grünflächen- und Bestattungswesen* *293*
- *Koblenzer Servicebetrieb Koblenz* *295*
- *Koblenz-Touristik* *297*
- *Kommunales Gebietsrechenzentrum* *299*
- *Stadtentwässerung Koblenz* *301*

7. Zweckverbände

- *Abwasserzweckverband A61/GVZ Koblenz* *303*
- *Deponiezweckverband „Eiterköpfe“ (ab 2014: Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel* *305*
- *Zweckverband Industriepark A61/GVZ Koblenz* *307*
- *Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Nord* *309*
- *Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und dem Landkreis Limburg/Weilburg* *311*
- *Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal* *313*
- *ZIDKOR* *315*

8. Übersicht der städtischen Beteiligungen

1. Gesetzliche Grundlagen

Durch die Novellierung der Gemeindeordnung vom 02.04.98 wurde die Stadt Koblenz gemäß § 90 Abs. 2 GemO verpflichtet, dem Stadtrat mit der Vorlage der Haushaltssatzung einen Beteiligungsbericht vorzulegen.

Der Bericht ist für

- *Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde mit **mindestens 5 %** beteiligt ist (§ 90 Abs. 2 GemO)*

  und

- *Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (§ 86 Abs. 3 in Verbindung mit § 90 Abs. 2 GemO)*

zu erstellen.

Durch das Landesgesetz zur kommunalen Doppik ergaben sich Änderungen in § 90 Abs. 2 GemO.
*Demnach ist der Beteiligungsbericht nach Einführung der Doppik als Anlage zum Jahresabschluss dem Stadtrat vorzulegen. Außerdem sind auch die **mittelbaren** Beteiligungen, an denen die Gemeinde mit mindestens 5 % beteiligt ist, einzubeziehen.*

2. Gegenstand des Beteiligungsberichtes

In dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht sind gemäß der Gemeindeordnung im Einzelnen darzustellen:

- *Gegenstand des Unternehmens*
- *Beteiligungsverhältnisse*
- *Besetzung der Organe*
- *Beteiligungen des Unternehmens*
- *Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks*
- *Grundzüge des Geschäftsverlaufs*
- *Lage des Unternehmens*
- *Kapitalzuführung und Entnahmen*
- *Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft*
- *Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates bzw. vergleichbarer Organe*
- *das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO*

3. Struktur der Darstellung

Die Daten im Bericht beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013.

Die nachfolgenden einzelnen Darstellungen der Unternehmensbeteiligungen der Stadt Koblenz enthalten:

Rechtsform, Gründung und Stammeinlage:
Beinhalten die Grunddaten des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens:
Darstellung des gemäß Gesellschaftsvertrages/Satzung festgelegten Unternehmensgegenstandes

Beteiligungsverhältnisse
Übersicht der Stammeinlagen

Besetzung der Organe
Übersicht der Mitglieder im Aufsichtsrat, der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung/des Vorstandes nach Angaben des Unternehmens

Beteiligungen des Unternehmens
Darstellung, ob das Beteiligungsunternehmen der Stadt Koblenz eigene Beteiligungen an anderen Unternehmen hält und wenn ja, in welchem Umfang

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Dieser Abschnitt beinhaltet Aussagen zur Aufgabenerfüllung des Unternehmens, und ob der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs
Dargestellt werden die nach einem einheitlichen Schema gegliederten und berechneten Bilanzkennzahlen der Unternehmen.

1.) Ertragslage

a.) Rentabilität

Eigenkapitalrentabilität

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Verzinsung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr an.

Gesamtkapitalrentabilität

$$\text{Gesamtkapitalrent.} = \frac{\text{Jahresergebnis n. Steuern + Fremdkapitalzinsen x 100}}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt den prozentualen Anteil des Jahresüberschusses nach Steuern am Gesamtkapital. Auch die Fremdkapitalzinsen werden mit einbezogen.
Sie gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

b.) Umsatz pro Mitarbeiter

$$\text{Umsatz pro Mitarbeiter} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter}}$$

Gibt an wie viel Umsatz auf jeden einzelnen durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter entfällt.

2.) <u>Vermögensaufbau</u>

Anlagenintensität

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen x 100}}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Zum Anlagevermögen zählen Gegenstände, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Hierbei handelt es sich um immaterielle Vermögensgegenstände, Finanz- und Sachanlagen.

Anlagevermögen bindet langfristig Kapital und verursacht fixe Kosten, wie z. B. Abschreibungen.

Die Anlagenintensität ist ein Maßstab für die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität des Unternehmens. Sie gibt über den Grad der Beweglichkeit des Unternehmens Auskunft.
Je geringer die Anlagenquote, desto flexibler kann sich das Unternehmen den veränderten Marktverhältnissen anpassen.

Intensität des Umlaufvermögens

Intensität des Umlaufvermögens	=	$\frac{\text{Umlaufvermögen x 100}}{\text{Gesamtvermögen}}$

Das Umlaufvermögen setzt sich aus Vorräten, Forderungen und flüssigen Mitteln zusammen.

Eine ausgeprägte Umlaufintensität weist, durch die Verschiedenartigkeit der Branchen bedingt, entweder auf einen hohen Lagerbestand oder einen hohen Forderungsbestand bzw. liquide Mittel hin.

3.) Anlagenfinanzierung

Anlagendeckung I

Anlagendeckung I	=	$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Anlagevermögen}}$

Der Anlagendeckungsgrad I drückt aus, welcher Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Langfristig gebundene Vermögenswerte sollten durch langfristiges Kapital finanziert werden.
Die Anlagendeckung ist als sehr gut zu beurteilen, wenn das Eigenkapital das Anlagevermögen zu 100 % deckt.

Anlagendeckung II

Anlagendeckung II	=	$\frac{\text{(Eigenkapital + langfr. Fremdkapital) x 100}}{\text{Anlagevermögen}}$

Der Anlagendeckungsgrad II drückt aus, welcher Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt ist. Er berücksichtigt, dass für langfristige Investitionen neben dem Eigenkapital auch langfristiges Fremdkapital eingesetzt werden kann.
Die Anlagendeckung II sollte immer größer als 100 % sein, da das Anlagevermögen, das dem Unternehmen langfristig zur Verfügung stehen soll, auch langfristig finanziert werden sollte.

4.) Kapitalausstattung

Eigenkapitalquote

EigenkapitaIquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Gesamtkapital}}$

Die Eigenkapitalquote stellt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit dar. Sie wird von Banken oft zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit herangezogen.
Je höher der Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital ist, desto kreditwürdiger und konkurrenzfähiger ist ein Unternehmen.

Fremdkapitalquote

FremdkapitaIquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital x 100}}{\text{Gesamtkapital}}$

Die Fremdkapitalquote stellt den Grad der Verschuldung dar.
Zum Fremdkapital werden auch die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten hinzugerechnet.
Eigen- und Fremdkapitalquote ergeben zusammen 100 %.

5.) Liquidität

Liquiditätsgrad III

Liquiditätsgrad III	=	$\frac{\text{Umlaufvermögen x 100}}{\text{mittel- und kurzfr. Fremdkapital}}$

Durch den Liquiditätsgrad wird die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens beschrieben.
Das Umlaufvermögen kann in der Regel mittelfristig liquidiert werden, um kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten zu begleichen.

Lage des Unternehmens
Abdruck des Lageberichtes der Geschäftsführung/des Vorstandes

Kapitalzuführungen und –entnahmen der letzten 3 Jahre
Veränderungen der Stammeinlage

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Koblenz
Darstellung der Kapitalzuführungen und Entnahmen der letzten 3 Jahre, der Gewinnabführungen an bzw. des Verlustausgleichs durch die Stadt Koblenz, der Konzessionsabgaben und vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Koblenz.
Die ausgewiesenen Steuern können Rückstellungen und Abrechnungen von Vorjahren enthalten.

Gesamtbezüge der Organe
Informiert wird über die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und vergleichbarer Organe.
***Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung/Vorstände wird aus Datenschutzgründen verzichtet**.*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen.
Hier sollen unter dem Stichwort Subsidiarität Aussagen getroffen werden, ob der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen Anderen (Dritten) erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Im Berichtsjahr 2010 wurde erstmals das Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) angewendet.

Hinweise:
Für die Eigenbetriebe sind die Angaben im Bericht gemäß § 86 Abs. 3 GemO nur verkürzt dargestellt.

Auch die Zweckverbände werden in verkürzter Form dargestellt.

Die Gewährsträgerschaft für die Sparkasse Koblenz ist im Beteiligungsbericht nicht darzustellen, da es sich um keine Beteiligung im Sinne § 90 Abs. 2 GemO handelt.

Bei den Stellungnahmen zu „Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben“ und „Lage der Gesellschaft“ handelt es sich um die Lageberichte aus den Prüfberichten per 31.12.2013 der Gesellschaften.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Aufbaugesellschaft Koblenz mbH

(seit 2014: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH)

Rechtsform

GmbH

Gegründet

08. Oktober 1970; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert Februar 2014

Stammkapital am 31.12.2013

2.154.072,70 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist, im Gebiet der Stadt Koblenz und im Gebiet des Zweckverbandes GVZ A61 Industriepark Koblenz:

a) Erwerb, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken, insbesondere zum Wiederaufbau und zur Sanierung und Erschließung von Baugelände,
b) Planung und Ausführung entsprechender Baumaßnahmen,
c) Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt Koblenz im Sinne der Gemeindeordnung.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Gesellschafterversammlung</u>

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender –
Hans-Peter Ackermann
Christian Altmaier
Bernd Coßmann

Edith Hoernchen
Claudia Probst
Dr. h. c. Friedhelm Pieper
Edgar Kühlenthal
Gundula Krebs
Gerhard Voell

Geschäftsführung:

Wolfgang Hoffmann (alleinvertretungsbefugt) bis 28.02.2014
Thomas Hammann (alleinvertretungsbefugt) ab 01.03.2014

Beteiligungen des Unternehmens

TZK TechnologieZentrum Koblenz GmbH: 100.000,00 €
(Eintragung: 30.12.2011)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlage des Unternehmens

Die Aufbaugesellschaft Koblenz mbH betreibt sowohl eigene Stellplatzanlagen als auch solche Dritter im Auftrag. Außerdem vermietet unsere Gesellschaft eigene Immobilien und erwirbt, entwickelt und vermarktet Industriegrundstücke. Die Tätigkeit beschränkt sich dabei auf das Stadtgebiet Koblenz.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zentralitätskennwerte für die Stadt Koblenz, sowohl für den Einzelhandel der Innenstadt als auch bei der Arbeitsplatzdichte, lagen stabil auf einem hohen Niveau. Der Konjunkturklimaindex der IHK Koblenz hat sich im Verlauf des Jahres 2013 weiter verbessert, dies gilt auch für die Investitionsabsichten. Die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Koblenz hat, ausgehend von einem positiven Wanderungssaldo der Einwohner und steigender Mieten, zugenommen.

2. Geschäftsverlauf

Diese positiven Rahmenbedingungen äußerten sich u.a. in einer anhaltend hohen Nachfrage nach Stellplätzen in der Innenstadt und grundsätzlich guten Vermarktungschancen für Industriegrundstücke. Unsere Wohnimmobilien verzeichneten eine Vollvermietung. Letztlich können wir auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken.
Insgesamt haben sich, da im Gegensatz zum Vorjahr keine Industriegrundstücke veräußert wurden, die gesamten Umsatzerlöse zum Vorjahr verringert, dafür war jedoch der Materialeinsatz ebenfalls deutlich geringer.
Das Ergebnis vor Steuern beträgt 1.737 T€, bereinigt von außerordentlichen Effekten 1.499 T€. Nach Steuern beträgt das Ergebnis 1.187 T€.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***12.713.107,52***	***12.314.169,77***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*1.284.256,00*	*1.239.821,00*
II. Sachanlagen	*11.328.851,52*	*10.974.348,77*
III. Finanzanlagen	*100.000,00*	*100.000,00*
B. Umlaufvermögen	***2.690.054,91***	***3.545.615,08***
I. Vorräte	*848.097,26*	*928.364,57*
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	*24.880,13*	*21.234,82*
Forderungen aus L u. L	*1.991,93*	*2.026,18*
Forderungen gegen Gesellschafter	*0,00*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*22.888,20*	*19.208,64*
III. Kassenbestand	*1.817.077,52*	*2.596.015,69*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***124.095,35***	***122.049,59***
Bilanzsumme	***15.527.257,78***	***15.981.834,44***
A. Eigenkapital	***6.900.875,56***	***7.638.307,81***
I. Gez. Kapital	*2.154.072,70*	*2.154.072,70*
II. Kapitalrücklage	*1.022.583,76*	*1.022.583,76*
III. Gewinnrücklage	*1.590.410,92*	*2.087.109,55*
IV. Gewinnvortrag	*1.140.410,92*	*1.187.109,55*
V. Jahresüberschuss	*993.397,26*	*1.187.432,25*
B. Rückstellungen	***93.390,00***	***197.370,00***
1. Steuerrückstellungen	*27.000,00*	*68.780,00*
2. Sonstige Rückstellungen	*66.390,00*	*128.590,00*
C. Verbindlichkeiten	***8.370.477,89***	***8.143.727,70***
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*8.203.928,12*	*7.952.037,00*
2. Verbindlichkeiten aus L.u.L.	*117.682,05*	*109.595,10*
3. Verbindlichkeiten gegen. Gesellschaftern	*27.477,90*	*62.564,35*
4. Sonstige Verbindlichkeiten	*21.389,82*	*19.531,25*
5. Verbindlichkeiten gegenüber Untern. mit Bet.	*0,00*	*0,00*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***162.514,33***	***2.428,93***
Bilanzsumme	***15.527.257,78***	***15.981.834,44***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*4.129.598,33*	*3.364.986,62*
Verminderung des Bestands an fert. Erzeugn.	*-934.850,57*	*0,00*
sonstige Erträge	*34.363,22*	*264.091,21*
Gesamtleistung	***3.229.110,98***	***3.629.077,83***
Materialaufwand	*475.703,56*	*511.108,86*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe.	*117.714,52*	*133.760,78*
b) Aufw. f. bez. Leistungen	*357.989,04*	*377.348,08*
Rohertrag	***2.753.407,42***	***3.117.968,97***
Personalaufwand	*121.998,26*	*117.476,65*
a) Löhne und Gehälter	*95.669,42*	*91.960,04*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*26.328,84*	*25.516,61*
Abschreibungen	*376.602,45*	*466.737,51*
sonstige betr. Aufwendungen	*424.778,02*	*455.893,82*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*16.134,20*	*5.841,87*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*366.199,66*	*346.906,94*
Ergebnis. der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	***1.479.963,23***	***1.736.795,92***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*436.275,93*	*502.389,68*
sonstige Steuern	*50.290,04*	*46.973,99*
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	***993.397,26***	***1.187.432,25***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***14,4***	***15,5***
Gesamtrentabilität	***%***	***8,8***	***9,6***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***1.376,5***	***1.121,7***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***81,9***	***77,1***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***18,1***	***22,9***

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	**%**	**54,3**	**62,0**
Anlagendeckung II	**%**	**108,6**	**115,8**

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	**%**	**44,4**	**47,8**
Fremdkapitalquote	**%**	**55,6**	**52,2**

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	**%**	**163,3**	**212,9**

Lage des Unternehmens

3. Lage

a) Ertragslage

*Die **Umsatzerlöse** aus dem Vermietungsgeschäft betrugen 992 T€ im Bereich der Verwaltungsimmobilien und 171 T€ im Wohn- und Geschäftsbereich. Die Mieteinnahmen entsprachen den Planansätzen.*

Bei den Umsätzen aus der Bewirtschaftung eigener Stellplatzanlagen sind wir von einem stärkeren Negativeffekt eines gestiegenen Angebotes ausgegangen. Tatsächlich betrug der Umsatz hier 1.799 T€, lag damit knapp unter Vorjahresniveau aber konnte den Plan übertreffen.

In dem von unserer Gesellschaft gemieteten Parkhaus betrug der Umsatz 25 T€.

Die Entgelte aus der Bewirtschaftung von Stellplätzen Dritter beliefen sich auf 89 T€.

Bei der Vermarktung von Industriegrundstücken wurden 2013 keine gesellschaftseigenen Gründstücke veräußert.

Neutrale Erlöse betrugen 254 T€.

Insgesamt beliefen sich Umsatz und Erträge im Jahr 2013 auf 3.629 T€ einschl. neutraler Erträge.

*Bei den **Aufwendungen** betrugen jene für Fremdleistungen (Aufwendungen für Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe, für bezogene Leistungen sowie für den Betrieb der Stellplatzanlagen) 511 T€. Dies lag aufgrund der in 2013 erstmals ganzjährigen Bewirtschaftung eines weiteren Parkplatzes und gestiegener Energiekosten, wie wir es auch erwartet hatten, über dem Vorjahr.*

Der Personalaufwand betrug 117 T€, was knapp unter den Werten von Vorjahr und Plan lag. Für Instandhaltungen sind 292 T€ angefallen. Abschreibungen betrugen

467 T€. Die sonstigen Aufwendungen beliefen sich auf 132 T€. Außerordentliche Aufwendungen betrugen 33 T€.
Für Steuern wurden 549 T€ aufgewendet, davon 63 T€ außerordentliche.

b) Finanzlage
Das Finanzergebnis betrug 2013 -341 T€; die Zinserträge lagen bei 6 T€, die Zinsaufwendungen betrugen 347 T€. Aufgrund weiter gesunkenem Zinsniveau lagen die Zinserlöse unter jenen des Vorjahres, was durch ebenfalls gesunkene Zinsaufwendungen überkompensiert werden konnte. Erträge aus Beteiligungen und Wertpapieren oder Abschreibungen auf Finanzanlagen waren nicht zu verzeichnen.
Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken machen 50% der Bilanzsumme aus (53% im Vorjahr). Davon haben 83% eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.
Der Wert unserer kurzfristigen Forderungen und Sichteinlagen betrug am Bilanzstichtag 402% der Höhe der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr und Rückstellungen.
Insgesamt war die Liquidität stets ausreichend, so dass unsere Gesellschaft in 2013 jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen konnte.

c) Vermögenslage
Unser Kapital gliedert sich zu 48% in Eigenkapital und 52% in Fremdkapital, im Vorjahr betrug das Verhältnis 44% bzw. 56%.
Das Verhältnis von Eigenkapital und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren zum betrieblichen Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) beträgt 116% (109% im Vorjahr).
Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr betragen 453 T€ (437 T€ im Vorjahr), die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr und mehr betragen 7.690 T€ (7.933 T€ im Vorjahr).
Die Bilanzsumme beträgt 15.981.834,44 € (15.527.257,78 € im Vorjahr).
Aufgrund unserer Erfahrungen und bestehender Controlling-Instrumentarien bewerten wir die Vermögenslage der Aufbaugesellschaft Koblenz mbH als stabil.

4. Leistungsindikatoren
Einige Leistungsindikatoren der Aufbaugesellschaft Koblenz mbH werden im Folgenden tabellarisch dargestellt:

	2013	***2012***
Ergebnis vor Steuern (T€)	*1.737 T€*	*1.480 T€*
EBIT (T€)	*2.031 T€*	*1.780 T€*
Investitionen	*85 T€*	*2.099 T€*
Eigenkapitalrendite / Gesamtkapitalrendite	*15,5% / 9,6%*	*14,4% / 8,8%*
Umsatzrendite / EBIT-Marge	*35,3% / 60,4%*	*24,1% / 43,1%*

III. Nachtragsbericht
Per Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde das Unternehmen zum 01.01.2014 in ***‚Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH (WFG Koblenz mbH)'*** *umbenannt. Die Veränderung wurde am 04.02.2014 im Handelsregister am Amtsgericht Koblenz eingetragen.*
Ebenfalls hat die Gesellschafterversammlung Herrn Thomas Hammann zum 01. März 2014 als neuen Geschäftsführer berufen. Der bisherige Geschäftsführer wird die Gesellschaft weiterhin als Prokurist vertreten. Es ist geplant, diese Änderung in den nächsten Tagen notariell beim Handelsregister anzumelden.

***Anmerkung per 30.06.2014**: Die notarielle Beurkundung und Eintragung im Handelsregister ist inzwischen erfolgt.*
Ansonsten sind nach dem 31.12.2013 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

IV. Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

1. Prognosebericht

Wir gehen von stabilen Erlösen aus.
Hinsichtlich der Aufwendungen planen wir mit höheren Ausgaben für Instandhaltung unserer Immobilien und steigenden Aufwendungen für die Vermarktung von Industriegrundstücken.
Im Jahr 2014 wird unsere Gesellschaft voraussichtlich weitere Industriegrundstücke zur Vermarktung übernehmen. Ebenso ist der Erwerb eines Gewerbegrundstücks vorgesehen, für welches zugunsten der Stadt Koblenz ein Erbbaurecht bestellt werden soll.
Unter Anwendung des Vorsichtsprinzips weist die Planung für 2014 ein Ergebnis vor Steuern von rd. 1.000 T€ aus.

2. Risikobericht

Die Übernahme weiterer Industriegrundstücke zur Vermarktung stellt ein gewisses Risiko dar, auch wenn die Konjunktur derzeit ein positives Investitionsklima und damit Vermarktungschancen aufweist.
Da die Aufbaugesellschaft Koblenz mbH kapitalintensiv wirtschaftet, stellt die langfristige Sicherung des Anlagevermögens einen besonderen Schwerpunkt in unserer mittel- und langfristigen Planung dar. Es existiert ein entsprechend ausgerichtetes Risikomanagement und Berichtswesen.
Aus der Finanzplanung ergeben sich keine Anzeichen, dass die Aufbaugesellschaft Koblenz mbH in absehbarer Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen könnte.

3. Chancenbericht

Die Stellplatznachfrage in Koblenz schätzen wir als stabil ein. Insbesondere im Bereich von Dauerstellplätzen in der Innenstadt erkennen wir Zeichen eines Nachfrageüberhangs.
Im Bereich der Verwaltungsimmobilien sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten. Unsere Mietwohnungen können aufgrund ihrer Lage von einem steigenden Mietniveau profitieren.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer:	*208.218,00 €*
Gewerbesteuer VJ:	*24.986,00 €*
Grundsteuer:	*46.973,99 €*
Ausschüttung	*350.000,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung und Sitzungsgelder Gesellschafterversammlung: 22.090,00 €
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.
Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

Gesellschaftsvertrag vom 09. Juni 2004

Stammkapital am 31.12.2013

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wertstofferfassung/-verwertung sowie die Durchführung damit im Zusammenhang stehender Serviceleistungen in der Stadt Koblenz, die nicht von der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Stadt Koblenz (Abfallsatzung) sowie der Satzung der Stadt Koblenz über die Reinigung öffentlicher Straßen und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) - in den jeweils geltenden Fassungen - erfasst werden.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz hat die Stammeinlage in voller Höhe übernommen.
Die Beteiligung dem Sondervermögen „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz“ zugeordnet und wird in dessen Bilanz ausgewiesen.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Gesellschafterversammlung</u>

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein
- Vorsitzende –
Karl-Heinz Rosenbaum
Heinz Honsdorf

Gerhard Lehmkühler
Uwe Diederichs-Seidel
Monika Hömberger
Gundula Krebs

Geschäftsführung

Edgar Mannheim

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die GmbH erbringt Service- und Verwertungsleistungen für in Koblenz ansässige Unternehmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
A. Anlagevermögen	**3,00**	**3,00**
B. Umlaufvermögen	**235.949,97**	**233.917,86**
I. Vorräte	46.471,75	62.764,56
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	87.444,71	85.018,34
Forderungen aus L u. L	67.110,71	70.367,68
Forderungen gegen. Gesellschafterin	0,00	4.284,66
Sonstige Vermögensgegenstände	20.334,00	10.366,00
III. Kassenbestand	102.033,51	86.134,96
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**235.952,97**	**233.920,86**
A. Eigenkapital	**191.949,14**	**201.956,72**
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	159.767,44	166.949,14
III. Jahresüberschuss	7.181,70	10.007,58
B. Rückstellungen	**14.129,69**	**9.200,00**
1. Steuerrückstellungen	0,00	0
2. Sonstige Rückstellungen	14.129,69	9.200,00
C. Verbindlichkeiten	**29.874,14**	**22.764,14**
1. Verbindlichkeiten aus L.u.L.	19.134,87	22.764,14
2. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	0,00	0
3. Verbindlichkeiten gegen. Gesellschafterin	10.739,27	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**235.952,97**	**233.920,86**

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*627.697,30*	*636.496,41*
sonstige Erträge	*372.039,60*	*405.933,93*
Gesamtleistung	***999.736,90***	***1.042.430,34***
Materialaufwand	*454.107,98*	*436.750,80.*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe.	*57.795,70*	*53.952,99*
b) Aufw. f. bez. Leistungen	*396.312,28*	*382.797,81*
Rohertrag	***545.628,92***	***605.679,54***
Personalaufwand	*497.121,87*	*551.815,73*
a) Löhne und Gehälter	*407.684,40*	*443.663,13*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*89.437,47*	*108.152,60*
Abschreibungen	*0,00*	*1.595,00*
sonstige betr. Aufwendungen	*42.034,54*	*38.223,79*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*2.032,42*	*280,47*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*891,77*	*0,00*
Ergebnis. der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	***7.613,16***	***14.325,49***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*431,46*	*4.317,91*
sonstige Steuern	*0,00*	*0,00*
Jahresüberschuss/	***7.181,70***	***10.007,58***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***3,7***	***5,0***
Gesamtrentabilität	***%***	***3,2***	***4,3***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***39,5***	***39,8***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***0,0***	***0,0***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***100,0***	***100,0***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***--***	***--***
Anlagendeckung II	***%***	***--***	***--***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***66,2***	***86,3***
Fremdkapitalquote	***%***	***33,8***	***13,7***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***295,9***	***731,8***

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf

Die Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH wurde am 01. Juli 2004 gegründet.

Das Stammkapital ist auf € 25.000,00 festgesetzt.
Die Gesellschafterversammlung tagte im Berichtsjahr am 14.11.2013

Ertragslage

Das Jahresergebnis beträgt nach Steuern T€ 10 (Ansatz Wirtschaftsplan T€ 3). Das Eigenkapital auf der Passivseite der Bilanz weist einen Betrag von T€ 202 mit einer Eigenkapitalquote von 86,3 % aus.

Finanz- und Vermögenslage

Die freien Finanzmittel reduzierten sich um T€ 16 auf T€ 86.

Im Berichtsjahr werden die Vermögenswerte im Anlagevermögen mit einem Erinnerungswert von € 3 bewertet, während beim Umlaufvermögen eine Reduzierung um T€ 2 auf T€ 234 zu verzeichnen ist.

Die Fremdmittel und Rückstellungen sind 2013 insgesamt um T€ 12 auf T€ 32 gefallen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Wesentlichster Geschäftszweig der Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (KEV) ist die Leistungserbringung im Rahmen der Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) der Duales-System-Deutschland GmbH (DSD). Der derzeitige Leistungsvertrag mit DSD läuft zum 31.12.2014 aus.
Im Rahmen der Mitbenutzung des eingerichteten Systems wurden vergleichbare Leistungsverträge mit weiteren in Rheinland-Pfalz festgestellten dualen Systemen (derzeit Belland Vision GmbH/ Pegnitz, EKO-Punkt GmbH/ Mönchengladbach, Interseroh Dienstleistungs GmbH/ Grasbrunn, Landbell AG/ Mainz, Reclay Vfw GmbH/ Köln, RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co.KG/ Köln, Veolia Umweltservice Dual GmbH/ Dormagen, Vfw AG/ Köln und Zentek GmbH & Co.KG/ Köln) geschlossen. Die Firma ELS Europäische Lizenzierungssysteme GmbH strebt die Anerkennung als weiteres Duales System derzeit noch an.
DSD hat für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2017 die Erfassung von Leichtverpackungen für den Bereich der Stadt Koblenz neu ausgeschrieben. Die KEV hat sich an der Ausschreibung beteiligt.

Prognosebericht

Entsprechend dem Unternehmensgegenstand werden weiterhin Service- und Verwertungsleistungen angeboten.

Das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) sieht spätestens ab dem 01. Januar 2015 die Getrenntsammlung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor, welches in der praktischen Umsetzung die Einführung einer „Wertstofftonne“ nach sich ziehen wird. Die Thematik „Wertstofftonne“ wurde nicht abschließend im neuen KrWG geregelt; eine ergänzende gesetzliche Regelung zur Wertstofftonne steht derzeit noch aus. Ob parallel zur Wertstofftonne noch ein System zur Erfassung und Entsorgung von Leichtverpackungen entsprechend der Verpackungsverordnung aufrechterhalten wird, bleibt weiterhin abzuwarten.

Forschung und Entwicklung

Über normale betriebliche Veränderungen hinaus werden keine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten betrieben.

Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen – räumlich getrennte Einrichtungen mit personeller und organisatorischer Eigenständigkeit – sind nicht vorhanden.

Spezialgesetz; Angabenpflicht gemäß EigAnVo

Gemäß § 26 Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz ergeben sich folgende zusätzlichen Angabepflichten:

***1. Änderungen im Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen**.*

Entfällt

***2. Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben**.*

Entfällt

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Das Stammkapital in Höhe von 25.000,00 € wurde am 08. Juni 2004 auf das Girokonto der GmbH bei der Sparkasse Koblenz eingezahlt und entspricht dem im Gesellschaftervertrag vom 09. Juni 2004 festgesetzten Betrag.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 2013	*3.372,00 €*
Gewerbesteuer Vorjahre	*-13.636,00 €*
Verwaltungskosten	*9.000,00 €*
Mietanteil	*5.600,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung der Gesellschafterversammlung	*150,00 €*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

11. April 1950, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 06.10.2009

Stammkapital am 31.12.2013

12.740.450,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung weiter Bevölkerungskreise (gemeinnütziger Zweck).
Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein - Vorsitzende -
Heinz Honsdorf -stellvertretender Vorsitzender-
Vito Contento
Anita Weis
Hans-Peter Ackermann
Manfred Bastian
Manfred Gniffke
Paul Henschel
Eitel Bohn
Torsten Schupp
Martin Prümm (beratendes Mitglied)

Geschäftsführung

Michael Siegel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH hält Beteiligungen in Höhe von:

14.500,00 € an der BSB Bewirtschaftungs- und Service-Gesellschaft des wohnungswirtschaftlichen Bildungszentrums Bochum-Springorum mbH, Bochum

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlage des Unternehmens

1. *Geschäftsmodell des Unternehmens*

Die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH verwaltet und bewirtschaftet rund 3.160 Wohnungen sowie Gewerbe, Garagen und sonstige Liegenschaftseinheiten. Das Stammkapital wird zu 100 % von der Stadt Koblenz gehalten. Neben den branchenüblichen Aufgaben eines Wohnungsunternehmens sind wir als Sanierungsträgerin für die Stadt Koblenz und darüber hinaus im Neubaubereich tätig. Zudem engagieren wir uns in weiteren Projekten wie zum Beispiel dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Als weitere Aufgabe widmen wir uns seit 2005 der Sanierung der 45 städtischen Koblenzer Schulen nebst dazugehörigen Sporthallen und Schwimmbädern im Rahmen eines ÖPP-Projektes.

2. *Forschung und Entwicklung*

Wesentliche Aufgabe im Rahmen der Fortentwicklung unseres umfangreichen Wohnungsbestandes ist die Modernisierung und laufende Instandhaltung unserer Gebäude und Wohnungen. Daneben spielt der Neubau von öffentlich geförderten und frei finanzierten Objekten eine Rolle. Dabei ist das Thema des demografischen Wandels zu berücksichtigen, wobei wir zukünftig gesteigerten Wert auf die barrierefreie- bzw. arme Erschließung und möglichst universelle Nutzbarkeit unserer Objekte für Jung und Alt legen. Außerdem haben wir uns bereits mit der Realisierung besonderer Wohnformen auseinandergesetzt und Projekte des Generationen übergreifenden und Service- Wohnens erstellt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

„Ein Markt im Wandel“

Politische Vorgaben beeinflussen die Immobilienwirtschaft wie nur wenige andere Branchen. Änderungen von Förderungen, Vorschriften und Gesetzen im Vorfeld richtig abzuschätzen, ist also ein Schlüsselfaktor für unseren Wirtschaftlichen Erfolg. Auch regionale demografische Entwicklungen fließen in unsere Planungen ein. Denn wenn sich die Gesellschaft ändert, ändert sich selbstverständlich auch die Nachfrage nach verschiedenen Wohnungsarten und –angeboten.

1.1 Internationale und bundesweite Rahmenbedingungen

Rund 41,8 Millionen Bürger waren 2013 in Arbeit. Das ist nach Angeben des statistischen Bundesamtes die bisher höchste Zahl bei sechs Jahren Steigerungen in Folge. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2,87 Mio. Personen. Damit lag die Quote im Dezember bei 6,7 %, trotz der sich abschwächenden Wirtschaft. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 % (2012 0,7 %). Das Wachstum wird sich nach Expertenschätzungen 2014 wohl wieder deutlicher auf 0,8 % - 1,9 % erhöhen. Motor der Entwicklung dürften weiter die privaten Konsumausgaben sein. Die Verbraucherpreise erhöhten sich bundesweit um durchschnittlich 1,5 %, nach 2 % im Vorjahr. Allerdings stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 3,8 %. Für 2014 rechnet die Commerzbank in einer eigenen Prognose mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1,7 %.

Im Verfolg der vergangenen Finanzkrise und der damit verbundenen Hinwendung vieler Anleger und Investoren zu Immobilieninvestitionen hat die Bundesbank vor einer Überwertung von Preisen für Immobilien in bestimmten Märkten gewarnt. In den Ballungszentren sind die Preise für Eigentumswohnungen nach Berechnungen des Instituts um bis zu 20 % überbewertet. Zum Beispiel verteuerten sich in Düsseldorf die Wohnungen seit 2007 um 39 %, in Köln um 24 %. Gemessen an den demografischen und ökonomischen Einflussfaktoren, so die Bundesbank, ist dieser rapide Preisanstieg nicht gerechtfertigt.

Die Immobilienwirtschaft ist bundesweit, nach Vorlage des Koalitionsvertrages von einer Reihe von Entscheidungen der neuen Bundesregierung negativ betroffen. Es

scheint absehbar, dass damit negative Auswirkungen auf das Investitionsklima und die Wirtschaftlichkeit von baulichen Maßnahmen nicht zu vermeiden sein werden.

Ein Beispiel dafür ist die Mietpreisbremse. Mit ihr soll in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Wohnraum die Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt werden – für die Dauer von 5 Jahren. Durch die regional begrenzte Mietenbremse soll Wohnraum bezahlbar bleiben. Jede Mietpreisbremse, egal ob wirkungsvoll oder nicht, geht zu Lasten der Investitionstätigkeit. Potenzielle Investoren in den Neubau werden nachhaltig abgeschreckt.
Ein Investitionsausgleich, das heißt eine Berücksichtigung steigender Lebenshaltungskosten, erfolgt nicht. Dies ist ein Investitionshemmnis für den Neubau. Auch wenn die Mietpreisbremse bei der Erstvermietung von Neubau nicht gelten soll, wird diese "Erstvermietungsmiete" dennoch über einen langen Zeitraum eingefroren. Damit ist Investoren noch nicht einmal ein Inflationsausgleich möglich. Die vorgesehene Mietbremse wird deshalb dazu führen, dass mögliche Mieterhöhungen künftig zeitnah und vollständig ausgeschöpft werden. Sie wird wahrscheinlich sogar mietpreistreibend wirken, womit Wohnen vielfach teurer werden wird.

Künftig soll zudem die Modernisierungsumlage befristet werden. Wir erwarten durch diese Regelung einen erheblich negativen Einfluss auf die Modernisierungstätigkeit zu erwarten, da Unsicherheiten bezüglich der Wirtschaftlichkeit der Investition entstehen. Vermieter werden eine Investition nur dann durchführen, wenn sie in angemessener Zeit mit einer angemessenen Rendite verzinst wird. Angesichts der ehrgeizigen Klimaschutz- und Energieeinsparziele zur Energiewende ist die zeitliche Befristung gerade für energetische Sanierungen das falsche Signal. Eine mögliche Bereitstellung von mehr Fördermitteln könnte dies nicht kompensieren. Darüber hinaus soll künftig die Modernisierungsumlage von 11 % auf 10 % reduziert werden, bis die Kosten amortisiert sind. Aus einer solchen Absenkung ist ebenfalls ein erheblicher negativer Einfluss zu erwarten.

Der Mietspiegel soll auf eine breitere Basis gestellt und angeblich realitätsnäher dargestellt werden. Jede Manipulation an dem System des Mietspiegels, die dessen Funktionsfähigkeit in Frage stellt und dieses Instrument noch mehr zu einer politischen Steuerung der Miethöhe zweckentfremdet, geht zu Lasten von Investitionen in den Neubau und Bestand. Nach der bisherigen Systematik ist die ortsübliche Vergleichsmiete eine marktorientierte Durchschnittsmiete. Eine Erweiterung des Zeitraums zur Bestimmung dieser auf über vier Jahre hinaus, würde die bestehende Systematik der Marktüblichkeit ohne Not aufgeben und die Wirtschaftlichkeit der Vermietung deutlich in Frage stellen. Denn Mieten, die z. B. noch vor 10 Jahren verlangt wurden, sind allein unter Berücksichtigung der Preissteigerung beim Bau und sonstiger Lebenshaltungskosten heute weder marktüblich noch rentabel.

Die inzwischen verabschiedete Fortschreibung der Energieeinsparverordnung für Neubauten mit Steigerung der energetischen Anforderungen ab 2016 um 25 % wird unweigerlich zu weiteren Kostensteigerungen führen, die die Renditeerwartungen der Investoren im Wohnungsbau senken werden. Schaffung preiswerten Wohnraums wird auch hierdurch deutlich erschwert werden. Die Anforderungen für energetische Sanierungen im Bestand wurden dagegen nicht weiter verschärft. Allerdings wird

auch hier die Aktualisierung der HOAI zu Kostenerhöhungen führen. Neubau ist durch die Anforderungen an die Energieeffizienz, aber auch durch die Preise für den Baugrund und die Baukosten so teuer geworden, dass er sich in vielen Fällen heute schon nur noch im oberen Preissegment rechnet. Mit der beschlossenen Verschärfung der EnEV werden die Baukosten geschätzt um weitere 8 % steigen, nachdem sie bereits seit 2000 um über 28 % gestiegen sind.

Am 31.05.2013 berichteten Statistisches Bundesamt und die Statistischen Landesämter zeitgleich über die ersten Ergebnisse des Zensus 2011. Erstmals seit 24 Jahren konnten mit dem Zensus in Deutschland wieder Daten einer Volkszählung und einer Gebäude- und Wohnungszählung vorgelegt werden. Bereits bezüglich der Einwohnerzahl, aber auch beim Wohnungsbestand, brachten die Ergebnisse einige Überraschungen. Zum Erhebungsstichtag (09.05.2011) lebten in Deutschland rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen. Die Zahl der Wohnungen lag um 500.000 höher als in der bislang gültigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes. Insgesamt zählt der Zensus 41,3 Millionen Wohnungen, davon sind 23,8 Mio. Mietwohnungen.

1.2 Situation in Rheinland-Pfalz

Die Großstädte in Rheinland-Pfalz machen nach einer Untersuchung der Prüfungsgesellschaft Ernst & Young mehr Schulden. Alle vier Städte haben in den Jahren 2010-2012 eine steigende Pro-Kopf-Verschuldung verzeichnet. Ludwigshafen verzeichnete dabei 2012 eine Verschuldung von 6.555 €, Trier von 5.841 €, Mainz von 5.532 € und Koblenz von 4.087 € pro Einwohner. Die Zahl der Erwerbstätigen war in Rheinland-Pfalz nach Angaben des statistischen Landesamtes im dritten Quartal 2013 so hoch wie noch nie. Durchschnittlich 1,94 Millionen Menschen hatten danach ihren Arbeitsort im Land. Dies waren 0,5 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

Das neue Landeswohnraumförderungsgesetzes ist durch den Landtag im November 2013 verabschiedet worden. In diesem wird unter anderem ausdrücklich der Quartiersgedanke in den Vordergrund gerückt. Ein sinnvoller Einsatz von Wohnungsbaufördermitteln ist daher unseres Erachtens durch eine Komplementärförderung zum Beispiel aus dem Programm „Soziale Stadt“ möglich. Insbesondere für die vorgesehenen Projekte in unserer Großsiedlung Neuendorf halten wir einen solchen quartiersbezogenen Ansatz für unabdingbar.

Erstmals initiierte das Land 2013 eine sogenannte Demographie-Woche. Die Auftaktveranstaltung fand im November in Trier statt. Der demografische Wandel stellt uns heute und in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen, die insbesondere auch die Immobilienwirtschaft betreffen. Wohnen für ein langes Leben ist hier eines der Stichworte, mit denen wir uns zukünftig auseinander zu setzen haben werden.

1.3 Rahmenbedingungen in der Stadt Koblenz

Die Bevölkerungszahl in Koblenz ist zuletzt kontinuierlich gestiegen, alleine von 2012 zu 2013 um rund 1.000 Bewohner. Nach Angaben der städtischen Statistikstelle

zählt die Stadt zum 31.12. 2013 109.922 Einwohner. Von diesen lebt fast die Hälfte in Einpersonenhaushalten. Dies sind aktuell 48,9 %. Man rechnet in Kürze damit, dass die Zahl von 110.000 überschritten sein wird. Der Anteil älterer Menschen über 65 Jahre liegt mit 21,8 % über dem in anderen Oberzentren, zum Beispiel Mainz mit 17,5 %.

Dies bedeutet insbesondere im Segment der kleinen, preiswerten Wohnungen einen steigenden Nachfragedruck, dem durch ein passgenaues Angebot zu begegnen sein wird. Die Stadt hat ein kommunales Wohnraumversorgungskonzept auf den Weg gebracht, um für die sich ändernden Rahmenbedingungen am Immobilienmarkt erforderliche Handlungsoptionen sicherzustellen.

Nach einem „Zukunftsatlas 2013" des Handelsblatts und des Instituts Prognos wurde Koblenz in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Landkreise und kreisfreien Städte als eine der wenigen Kommunen mit hohen Entwicklungschancen identifiziert. Die Stadt liegt damit im oberen Viertel aller beurteilten Kommunen.

Allerdings weist Koblenz nach einer Studie der Creditreform bei den privaten Schulden einen hohen Wert aus. Gegenüber dem Durchschnitt in Rheinland-Pfalz von 9,95 % liegt die Schuldnerquote in Koblenz bei 12,73 %. Dies wirkt sich naturgemäß auch negativ auf die Zahlungsfähigkeit hinsichtlich der Mieten aus. Nach Angaben der Creditreform sind auch immer mehr ältere Menschen ab 60 Jahre von Verschuldung betroffen.

Nach der BUGA in 2011 und den damit verbundenen städtebaulichen Entwicklungen innerhalb der Stadt konnte 2013 die Entwicklung des Zentralplatzes mit der Eröffnung des „Forum Confluentes", welches Stadtbibliothek, Mittelrheinmuseum und Romanticum vereint, zum Abschluss gebracht werden.

Die Stadt veröffentlichte als Anhaltspunkt für die lokalen Wohnungsanbieter den aktuellen qualifizierten Mietspiegel 2013, der eine indexbasierte Anhebung der Mieten über alle Baualters- und Größenklassen um 4,1 % vorsieht. Damit setzt sich der Trend steigender Mieten in Koblenz fort, der in den letzten Jahren zu beobachten ist.

Eine Zäsur im Jahresverlauf war für die Koblenzer WohnBau die immobilienwirtschaftliche Rundreise von Finanz- und Bauminister Dr. Carsten Kühl mit unserem wohnungswirtschaftlichen Verband und der Architektenkammer Rheinland-Pfalz. Diese führte den Minister auch in unsere Großsiedlung im Stadtteil Neuendorf. Dort konnten wir die wohnungswirtschaftlichen Herausforderungen darstellen, die in den nächsten Jahren auf uns warten und um Unterstützung des Landes hinsichtlich möglicher Fördermittel bitten.

Auch der Besuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier auf Einladung des Bundestagskandidaten Detlef Pilger bei der lokalen Wohnungsbaugenossenschaft Modernes Wohnen eG und der Koblenzer WohnBau ermöglichte uns im Vorfeld der Bundestagswahl, die beabsichtigten politischen Projekte, wie z.B. die geplante Mietpreisbremse kritisch zu kommentieren.

1.4 Situation am lokalen Wohnungsmarkt

„Kleine Wohnungen sind gefragt.“

„Singles, Studenten und ältere Menschen benötigen kleine, günstige Wohnungen. Unsere Analysen zeigen, dass der Bedarf danach in Koblenz zukünftig deutlich steigen wird. Darauf bereiten wir uns bereits jetzt mit Sanierungen und Neubauprojekten vor. So entstehen etwa in Lützel 42 Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. Sie bieten zeitgemäßen Wohnkomfort, Barrierefreiheit und moderne Infrastruktur – zu einem Preis, der den Anforderungen des sozialen Wohnungsbaus entspricht.“

Wie in anderen Kommunen auch befindet sich in Koblenz der Immobilienmarkt unter einem kontinuierlichen Anpassungsdruck. Begründet ist dies unter anderem in einer sich wandelnden Nachfrage aufgrund der demografischen Entwicklung. Außerdem ist eine zunehmende Reurbanisierungs-Tendenz festzustellen. Dies trifft besonders auf die Oberzentren an der Rheinschiene zu. Wanderungsbewegungen insbesondere älterer Menschen vom Umland zurück in die Stadt gewinnen für das Spektrum des Wohnungsangebotes immer mehr an Bedeutung.

Nach Angaben der städtischen Statistikstelle geht ein massiver Rückgang der Neubautätigkeit in Koblenz einher mit anhaltend hohen Zuwanderungsüberschüssen. Damit erfolgt eine systematische Verschiebung der Größenverhältnisse von Angebot und Nachfrage auf dem (Miet-)Wohnungsmarkt.

Dabei stehen vor allem Stadt- und Stadtrandlagen im Mittelpunkt der Nachfrage. Wir werden deshalb auch weiterhin unsere Anstrengungen im Rahmen unserer Möglichkeiten fortsetzen, um die Wohnungen am Markt entsprechend zu positionieren. Dabei gewinnen Maßnahmen zur Energieoptimierung und Nachverdichtung zunehmend an Wichtigkeit. Durch Grundrissanpassungen oder Gebäudeabriss und Neubau wollen wir insbesondere innerstädtische Wohnlagen weiter aufwerten.

Die Mietpreisforderungen liegen in Koblenz deutlich unter dem Niveau der Städte Trier und Mainz. Nach rückläufigem Trend in den Jahren 2005 bis 2008 ist allerdings wieder ein kräftiger Anstieg der Mietpreisforderungen in Koblenz als Auswirkung der anhaltenden Angebotsverknappung bei steigender Nachfrage festzustellen.

Zur Einschätzung der gegenwärtigen Lage des Wohnungsmarktes und seiner zukünftigen Entwicklung wird derzeit ein kommunales Wohnraumversorgungskonzept mit entsprechenden Handlungsempfehlungen erarbeitet. Daraus ist unter anderem ersichtlich, dass aktuell gerade preiswerter, kleiner Wohnraum knapp ist.

Dauerhaft kann von einer Entspannung am lokalen Wohnungsmarkt ausgegangen werden, obwohl temporär durch die Zunahme insbesondere kleiner Haushalte eine steigende Nachfrage zu konstatieren ist. Das Vermietungsgeschäft wird in problematischen, belasteten Wohnanlagen schwierig eingeschätzt. Als Folge des langfristig entspannten Immobilienmarktes und insbesondere wegen steigender Energiepreise ist künftig von einem begrenzten Mieterhöhungspotential auszugehen.

Die Koblenzer WohnBau hat als städtisches Wohnungsunternehmen eine besondere soziale Verantwortung, der sie sich bewusst ist. Dazu gehört es, individuellen Wohnraum für ältere und hilfsbedürftige Menschen bereit zu stellen und den Wohnbedürfnissen von Familien mit Kindern, Alleinerziehenden und Singles gerecht zu werden. Außerdem wollen wir mit unserem Wohnungsangebot Einkommensschwache unterstützen, Zuwanderer integrieren, Ghettoisierung verhindern und damit die soziale Situation in den Quartieren verbessern.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Bauen und Modernisieren, Verkauf und Finanzierung

„Werte erhalten, Substanz schaffen."

Wohnungen, gewerbliche Immobilien, Häuser, Garagen etc. … All unsere Liegenschaften gut in Schuss halten, ist eine unserer Hauptaufgaben. Dabei handeln wir ebenso nachhaltig, wie kostenbewusst. Ein Schwerpunkt bei Sanierungsarbeiten im Bereich Wohnen ist die energetische Optimierung. Denn sie wird in Zukunft entscheiden, wie wirtschaftlich wir arbeiten können.

Übersicht - Liegenschaftsbestand zum 31.12.2013

Stand aktuell	Häuser	WE	Gewerbe-objekte	soziale Einrichtungen	Garagen	Tiefgaragen-stellplätze	Hof-stellplätze	Mansarden	Sonstige Nutzung
Eigenbestand	526	3164	13	26	357	453	254	40	18
Pacht	14	27	0	3	11	7	0	0	1
WEG	54	197	3	0	41	103	17	7	0
Gesamt	**594**	**3388**	**16**	**29**	**409**	**563**	**271**	**47**	**19**

Der Wohnungsmarkt in Koblenz war seit Jahren als Mietermarkt zu bezeichnen. Das Angebot an Wohnraum war grundsätzlich größer als die Nachfrage. Inzwischen nimmt die Zahl der Interessenten zu, die bei uns eine Wohnung anmieten wollen. Die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum hat durch die vergangenen Wirtschaftskrisen zugenommen. Es gibt eine stetig wachsende Gruppe von Mietbewerbern, die wegen ihrer persönlichen Situation keinen Zugang zu anderen Marktsegmenten bekommt.

Jeder zehnte Koblenzer ist von staatlichen Transferleistungen nach SGB II („Hartz IV") und SGB XII (u.a. Grundsicherung im Alter) abhängig – auch im Städtevergleich ist dies ein überdurchschnittlich hoher Anteil. Besonders stark betroffen sind hierbei Kinder und Jugendliche. Die leicht rückläufige Armutsquote liegt aktuell bei über 20%.

Die schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gruppe der Bevölkerung, die von Arbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen betroffen ist, zwingen zur Suche nach einer preiswerteren Wohnung. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist der Anteil nicht
erwerbstätiger Wohnungsbewerber weiterhin überproportional hoch. So verfügt fast jeder zweite unserer Mietinteressenten über kein eigenes Arbeitseinkommen.

Die Leerstandsquote lag im Jahresdurchschnitt mit 3,58 % deutlich unter dem Vorjahreswert (Vorjahr: 5,34 %). Verkaufsobjekte, schon vermietete Wohnungen und nicht vermietbare Einheiten wurden dabei nicht berücksichtigt. Auch die 303 Kündigungen (Vorjahr: 335) machten zum 31.12.2013 eine zum Vorjahr geringere Quote von 9,45 % (Vorjahr:10,31 %) aus. Kleine Wohnungen sind weiter knapp.

2.2 Wohnungsbestand

Der Schwerpunkt unserer Bautätigkeit des Unternehmens liegt auf der Modernisierung und Instandhaltung bestehender Bausubstanz. 1.124 T€ (Vorjahr: 1.537 T€) investierten wir 2013 in Modernisierungsmaßnahmen. 54 Wohneinheiten (Vorjahr: 68) waren von diesen Maßnahmen betroffen. Außerdem erfolgten Wärmedämmmaßnahmen sowie der Einbau von Türsprechanlagen und Schallschutzfenstern. Neben der Sanierung der Fassaden an den Häusern in Koblenz-Lützel, In der Rothenlänge sind die leerstehenden Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite abgerissen worden, um dem geplanten Neubau von 42 Ein- und Zwei –Zimmerwohnungen Platz zu machen. Für geplante und laufende Instandhaltungsmaßnahmen haben wir 2013 rund 3.796 T€ verausgabt. Dies sind 18,45 €/m² (Vorjahr: 15,29 €/m²). Insgesamt haben wir rund 24,-- €/m² in unseren Wohnungsbestand investiert.

2.3 Verkauf von Wohneigentum

Neben den Investitionen in den Wohnungsbestand spielt in unserer Tätigkeit auch der Verkauf von Immobilien eine Rolle. Im begrenzten Umfang werden Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen zur Eigentumsbildung veräußert.

Aus Gründen der Vorsicht wurden im Wirtschaftsplan aber keine Verkaufserlöse berücksichtigt. Erträge aus der Verkaufstätigkeit dienen zunächst zur Verbesserung des Jahresergebnisses. Wenn möglich werden diese für Instandhaltungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen verwendet, so dass sich Verschiebungen in den einzelnen Leistungsbereichen ergeben können.

2013 verkauften wir 1 Eigentumswohnung sowie 1 Reihenhaus aus dem Anlagevermögen und 1 Doppelhaushälfte aus dem Umlaufvermögen. Es ergab sich insgesamt ein Ertrag unter Abzug der Buchwerte von rund 102 T€ (Vorjahr: 317 T€). Erträge aus der Verkaufstätigkeit unterstützen Investitionen in Wohnungsbestand und Neubau. Die steigende Zahl von Eigentümern unterstützt die soziale Stabilisierung der Quartiere.

2.4 EU – Beihilfe Thematik

Zum Thema des EU-Beihilferechts hatte sich Handlungsbedarf ergeben. Der Hintergrund: Eine Reihe von älteren kommunalen Bürgschaften der Stadt Koblenz hatte einen Umfang von 100%. Seit der entsprechenden EU-Rechtsnovelle aus 2008 und der Regelungen des sogenannten „Almunia-Pakets“ aus 2012 hat sich aber die Rechtslage geändert. Sofern weitere Kriterien eingehalten werden, fallen nur noch Bürgschaften über 80 % (in Sonderfällen bis 90%) unter das Beihilferecht und gelten somit auch nicht als unerlaubte Beihilfe.

Auch sind diese Bürgschaften für Projekte der Daseinsvorsorge speziell zu betrachten (DAWI-Leistungen). Auf der Grundlage einer ausführlichen rechtlichen Stellungnahme eines in dieser Rechtsmaterie kundigen Fachanwaltes haben wir die erforderlichen Schritte in Abstimmung mit unserem Bürgschaftsgeber, der Stadt Koblenz, umgesetzt.

2.5 Siedlungsgestaltung und Projektentwicklung

„So wohnt man in Zukunft.“

Rund 3.800.000 Euro nimmt die Koblenzer WohnBau in die Hand, um ein zukunftsträchtiges Neubauprojekt umzusetzen. In Koblenz-Lützel entstehen 42 Ein- und Zweizimmerwohnungen. Sie sind ideal für Singles, als Starterwohnungen und für Studenten. Aber auch Senioren und Menschen mit Handicaps werden sich in der weitgehend barrierefreien Anlage wohlfühlen können.

2.5.1 Städtebauliche Gestaltung des Siedlungsgebiets Koblenz-Lützel, In den Mittelweiden

Die WohnBau nimmt die stark gestiegene Nachfrage nach preisgünstigem, kleinem und barrierearmem Wohnraum am Koblenzer Wohnungsmarkt ernst. Es besteht die Absicht, dieser gestiegenen Nachfrage mit einem entsprechenden, neuen Wohnungsangebot nachzukommen.

Konkret ist auf einem Abrissgrundstück „In der Rothenlänge“ in Lützel der Neubau von 42 kleinen Ein- bzw. Zwei –Zimmerwohnungen vorgesehen. Diese sollen sowohl frei finanziert, als auch öffentlich gefördert erstellt werden. Damit wollen wir ein möglichst breites Spektrum von Bewerbern mit kleinen bis mittleren Einkommen erreichen.

Die Wohnungen werden mit einem zentralen Aufzug sowie Laubengängen erschlossen und barrierefrei bzw. barrierearm ausgestaltet sein. Die Planung dieses Projektes erfolgt im eigenen Hause, unter Begleitung einer internen Arbeitsgruppe. Damit wollen wir den speziellen Anforderungen an ein solches bezahlbares Neubauprojekt gerecht werden.

Das in der Nähe entstandene Einkaufszentrum, die gute Anbindung zur City mit Rad, Pkw und ÖPNV, die nachhaltige Neugestaltung des Gebietes mit Reihenhäusern sowie die Sanierung und Wohnumfeld-Gestaltung der WohnBau im vorhandenen Wohnungsbestand haben inzwischen zur nachhaltigen städtebaulichen Aufwertung

des Gebietes geführt. Diese positive Entwicklung soll durch den Neubau attraktiver Mietwohnungen gefestigt werden.

Die Kostenschätzung auf der Basis der bisherigen Planung ergibt für das Projekt Gesamtkosten von rund 3.800.000,-- €. Es entstehen insgesamt 42 Wohnungen, die sich aus 21 Einzimmerwohnungen mit 39 m² und 21 Zweizimmerwohnungen mit 56 m² zusammensetzen. 12 der Wohnungen werden frei finanziert, 30 öffentlich gefördert errichtet.

Sowohl Paare als auch Alleinerziehende, Studenten und Singlehaushalte, Junge und Senioren sollen sich angesprochen fühlen. Dafür wird eine Förderung in Anspruch genommen, die Mietern eine Überschreitung der Einkommensgrenzen von 60% ermöglicht. In Kombination mit den freifinanzierten Wohnungen wird damit eine Streuung des Angebotes sichergestellt, um so für eine gute Mischung der zukünftigen Hausgemeinschaft zu sorgen.

Die Kaltmiete pro m² der kleinen und größeren geförderten Wohnungen wird gemäß der aktuellen Förderrichtlinien des Landes Rheinland-Pfalz bei 5,40 €/m² liegen. Mit diesen Mieten liegen die geförderten Wohnungen bei den 1 Zimmerwohnungen unter und bei den 2 Zimmerwohnungen nur unwesentlich über den derzeitigen anerkannten Kosten der Unterkunft. Die Nettomieten für die übrigen 12 frei finanzierten Wohnungen entsprechen den aktuellen Mietspiegelwerten.

Die architektonische Gestaltung versucht den aktuellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Bei den Planungsüberlegungen wurden insbesondere möglichst funktionale und kostensparende Aspekte des Bauens berücksichtigt. So wurde auf die Ausbildung eines Kellers verzichtet. Stattdessen ist ein „Infrastrukturgebäude“ mit Kellerersatzräumen, Treppenhaus und Aufzugsanlage zur barrierefreien Erschließung der oberen Wohnungen vorgesehen.

Das Treppenhaus dient als Bindeglied für die beiden rechtwinklig zu einander angeordneten Gebäudeteile. Außerdem wurde auf einen modularen Aufbau des Gebäudes mit möglichst vielen gleichartigen und auch vorgefertigten Bauteilen geachtet, um damit weitere Kosteneinsparungen zu erzielen (Balkonkonstruktionen, Fenster- und Türanlagen, Laubenganganlage etc.).

Durch die Laubengangerschließung reicht eine Aufzugsanlage für alle Wohnungen aus und sichert gleichzeitig den barrierefreien Zugang zu den einzelnen Wohnungseinheiten. Neben dem zentralen Treppenhaus im „Infrastrukturgebäude“ erhält das Haus noch ein Nottreppenhaus. Nachdem der Aufsichtsrat der WohnBau das Projekt abgesegnet hat, wurde der Bauantrag gestellt. Nach Vorliegen der Baugenehmigung soll im Frühjahr 2014 mit dem Bau begonnen werden.

2.5.2 Soziale Stadt Koblenz-Unterer Asterstein, Am Luisenturm, Grüner Weg

Nachdem einvernehmlichen Umzug der verbleibenden Mieter der Objekte „Grüner Weg“ in die umgebauten Wohnungen im Haus Luisenturm 11, wurden die abzureißenden Objekte auf Schadstoffe untersucht und auf der erarbeiteten Grundlage die Ausschreibungen realisiert. Der Abriss der Gebäudes „Am Luisenturm 6/8“, „Grüner Weg 7 und 9“ sowie „Luisenturm 9“ erfolgte im Laufe des vergangenen Jahres.

Im Anschluss an den erfolgten Abriss wurde auf dem Grundstück „Am Luisenturm 6/8“ eine Sitzgelegenheit zur Kommunikation und ein Kleinkinderspielplatz eingerichtet. Die freiwerdende Grundstücksfläche „Am Luisenturm 9“ dient als Flächenerweiterung des dort schon befindlichen Spielplatzes. Das nun unbebaute Grundstück „Grüner Weg 7 und 9“ in Verbindung mit dem freien Grundstück „Grüner Weg 11, 13, 15“ wird zunächst keiner weiteren Verwendung zugeführt, da sich im Gebiet hierfür derzeit keine Notwendigkeit ergibt. Es dient vorerst als Vorratsgrundstück.

Am 17.07.2013 hat mit dem Vorstand des Landesverbandes der Sinti und Roma, Rheinland-Pfalz, Herrn Delfeld und Kollegen eine gemeinsame Besprechung und eine Begehung der sanierten Siedlung stattgefunden. Die Ergebnisse wurden sehr positiv aufgenommen und als beispielhaft bezeichnet. Ähnlichen Problemlagen z.B. in Bad Kreuznach und Mainz soll daher in ähnlicher Art und Weise begegnet werden. Die Siedlung am Luisenturm will der Verbandsvorstand dabei als gelungenes Beispiel benennen.

2.5.3 Städtebauliche Aktivierung des 70er – Jahre Wohngebiets „Weiße Siedlung Neuendorf“

Am 22.08.13 fand ein Besuch der Großsiedlung Neuendorf im rahmen der wohnungswirtschaftlichen Rundreise mit der Architektenkammer Rheinland-Pfalz sowie mit unserem wohnungswirtschaftlichen Verband VdW Rheinland-Westfalen statt. Mit dabei war Finanzminister Dr. Kühl, der um diese Rundreise gebeten hatte. Er hat seine grundsätzliche Unterstützung zugesagt, mögliche Förderkulissen eruieren zu lassen.

Durch die Stadt wurde ein Termin mit den beiden Ministerien, Finanzen und Inneres vereinbart. Ziel war es, das weitere Vorgehen zu besprechen. Dieses gemeinsame Treffen mit den Vertretern der beiden Ministerien fand in Neuendorf am 09.12.2013 statt.

Dieser Termin wurde dazu genutzt, die planerischen Vorstellungen zur Umgestaltung und Sanierung der Großsiedlung Neuendorf darzustellen und das weitere Vorgehen hinsichtlich notwendiger Förderanträge zu klären.

2.5.4 Kinderkrippe Goebensiedlung

Die Erweiterung der bestehenden Kleinkindertagesstätte in einem Gebäude mit 2 Gruppen und einer Wohneinheit in eine Kindertagesstätte mit 3 Gruppen wurde zum Abschluss gebracht. Dies erfolgte zur großen Zufriedenheit der kleinen Nutzer und deren Betreuerinnen. Insbesondere die Farbgestaltung und Funktionalität der neuen Räume fand großen Anklang. Sämtliche Planungs-, Genehmigungs- und Bauleitungsarbeiten wurden intern erbracht, so dass der durch das Jugendamt vorgegebene Kostenrahmen eingehalten werden konnte.

2.5.5 Beispielhafte Projekte der Sanierung städtischer Schulen

Neubau Grundschule Güls

Bei dem Neubau einer Grundschule im Passivhausstandard handelt es sich um ein zweigeschossiges, über Eck angeordnetes zweischenkliges Gebäude mit einem flach geneigten Satteldach. Das Gebäude besitzt 8 Klassenräume. Die Erschließung erfolgt über das Gelenk, welches im Erdgeschoß als Pausenhalle und im Obergeschoß als Mehrzweckhalle dient. Das die beiden Gebäudeschenkel verbindende Gelenk ist mit einem Flachdach versehen. Die dem Hang zugeordneten Bereiche dienen im Erdgeschoß als Technik-, WC- und Lagerräume, während im 1.OG diese die Bibliothek und das Computerlabor beinhalten. Die Schule mit einem Investitionsvolumen von rund 3,6 Mio. € wurde am 29.11.2013 feierlich eingeweiht. In diesen Kosten ist mit T€ 150 auch der Rückbau des Altgebäudes enthalten. Die Abrissmaßnahme soll in den Sommerferien 2014 erfolgen.

Energetische Sanierung Realschule plus Karthause

Diese Maßnahme umfasste die energetische Optimierung der gesamten Gebäudehülle des 3-geschossigen Hauptbaus. Unter anderem waren die raumabschließenden Sandwichfassadenteile durch Korrosion nicht mehr standsicher. Es erfolgte die nachhaltige Erneuerung der Fenster-, Brüstungs- und Wandflächen unter Berücksichtigung der EnEV 2009. Die gesamte Außenhülle musste dabei abgenommen und neu aufgebaut werden. Eine richtungsweisende innovative Einzelraumlüftung zur kontrollierten Sauerstoffzuführung und Kohlendioxidabführung wurde dabei vorgesehen. Das gesamte Investitionsvolumen beläuft sich auf brutto rd. 3,3 Mio. €.

2.6 Verwalten, Kooperieren, Service

„Gut beraten. Gut Betreut.“

Bei jeder Neuvermietung nehmen wir uns viel Zeit für unsere Mietinteressenten. Dazu gehört ein eingehendes Beratungsgespräch. Dabei analysieren wir die Bedürfnisse der zukünftigen Mieter und können Ihnen so ein passendes Angebot machen. Stolz sind wir auch darauf, dass wir Kunden, die etwa mit Zahlungen im Rückstand geraten, flexibel helfen. Dafür ist unser Team im Forderungsmanagement zuständig. Es konnte auch 2013 die meisten Räumungsklagen verhindern.

2.6.1 Bestandsbetreuung und Neuvermietung

Das Neuvermietungsteam hat 2.365 Kunden (Vorjahr: 2.018) beraten und 760 persönliche Besichtigungstermine (Vorjahr: 822) durchgeführt. 957 Anfragen (Vorjahr: 2.077) haben wir über Anzeigen in den Internet-Immobilienbörsen erhalten. Insgesamt 2.002 Neukunden wurden kontaktiert (Vorjahr: 2.465).

329 Wohnungen haben wir neu vermietet (Vorjahr: 343). Die Fluktuationsquote lag bei rund 10,26 % (Vorjahr 10,55 %). 72 unserer Mieter konnten im Bestand eine passende neue Wohnung finden und von als Kunden gehalten werden (Vorjahr: 95).

2.6.2 Forderungsmanagement

Mit Ratenzahlungsvereinbarungen und weiteren flexiblen Lösungen bei Mietrückständen haben das Forderungsmanagement Mietverhältnisse erhalten und Obdachlosigkeit vermieden. 183 fristlose Kündigungen (Vorjahr: 137), 59 Räumungsklagen (Vorjahr: 38) und 18 Zwangsräumungen (Vorjahr: 18) konnten wir trotzdem nicht vermeiden. 15 zur Räumung verurteilte Mieter (Vorjahr: 16) zogen vor dem Räumungstermin aus.

2.6.3 Wohnungsbauförderung

Die Landesförderung „allgemeines Belegungsrecht" verbilligte 2013 für 11 Wohnungen (Vorjahr: 10) die Miete um 15 %. Wir nutzen zurzeit für 487 der freifinanzierten Wohnungen (Vorjahr: 518) dieses Förderinstrument. Daneben sind noch 521 (rd. 16 %) unserer Wohnungen öffentlich gefördert. Dabei entfallen auf den I. Förderweg 357 Wohnungen und 164 Einheiten auf den III. Förderweg.

1.614 der 2.643 preisfreien Wohnungen haben wir mit Hilfe des aktuellen qualifizierten Mietspiegels überprüft und entsprechend angepasst. Die Mieterträge stiegen damit um rund 151 TEUR (Vorjahr: 97 T€).

2.6.4 Einführung SEPA- Verfahren ab 21.08.2013

Die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur SEPA-Umstellung wurden durch die WohnBau zum 21.08.2013 durchgeführt. Dies fand in Abstimmung mit dem Anbieter unserer wohnungswirtschaftlichen Software statt. Alle betroffenen Mieter, Kunden und Geschäftspartner wurden informiert und erforderliche Lastschriftmandate wurden erstellt. Zeitnah erfolgte auch der erste erfolgreiche Lastschrifteinzug.

Nach einem Artikel im Handelsblatt wies die Bundesbank darauf hin, dass eine Vielzahl von deutschen Unternehmen und Vereine die Umstellung noch nicht vorgenommen haben und es gegen Jahresende bei diesen ggf. zu zeitlichen Problemen der Umsetzung kommen kann. Wir haben uns rechtzeitig mit diesem wichtigen Thema des Zahlungsverkehrs auseinandergesetzt und das Projekt „SEPA" bereits erfolgreich zum Abschluss gebracht.

2.7 Personal

„ Wir halten zusammen."

Wir arbeiten gerne eng miteinander zusammen. Und gemeinsam achten wir darauf, dass es allen im Team gut geht – das ist eine Form des Respektes, den wir uns gegenseitig entgegenbringen. Auch unsere eigene Gesundheit liegt uns am Herzen. Ein Beleg dafür: unser erster gemeinsamer Gesundheitstag im Oktober.

2.7.1 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Der erste Gesundheitstag am 14.10.13 war ein voller Erfolg. Er fand in Bad Neuenahr mit Unterstützung des jungen Unternehmens Best-Ahr statt und war als Initiativveranstaltung zum Einstieg in das betriebliche Gesundheitsmanagement

konzipiert. Das ausgewogene Seminarprogramm mit der kompetenten Betreuung und auch der Veranstaltungsort in schöner Landschaft begeisterten alle Kollegen. Themen, die besprochen wurden, waren etwa Rückenschulung und Entspannungstrainings für den Arbeitsalltag.

In Anbetracht des in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Alters der Belegschaft ist es zukünftig erforderlich, einen besonderen Fokus der innerbetrieblichen Aktivitäten auf die Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu richten.

2.7.2 Personalbestand

Per 31.12.2013 arbeiteten bei der Koblenzer WohnBau insgesamt 51 hauptberufliche Mitarbeiter, 2 nebenberufliche Kräfte und 2 Mitarbeiter im Rahmen der Personalüberlassung für das Sachgebiet der Schulsanierung.

Gehaltsempfänger

1 Geschäftsführer
2 Prokuristen
29 Kaufmännische MitarbeiterInnen, davon 11 in Teilzeit
7 Technische MitarbeiterInnen
4 Auszubildende
1 nebenberufliche Aushilfe

Lohnempfänger

8 Hausmeister, davon 1 Teilzeit
1 nebenberuflicher Hauswart

Personalüberlassung

2 technische städtische MitarbeiterInnen für die Schulsanierung

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
A. Anlagevermögen	**112.118.866,15**	**109.737.706,78**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	217.354,00	191.935,00
II. Sachanlagen	111.854.673,86	109.511.726,61
III. Finanzanlagen	46.838,29	34.045,17
B. Umlaufvermögen	**43.431.908,37**	**43.558.342,96**
I. zum Verkauf best. Grundstücke u. and. Vorräte	33.388.000,70	35.455.045,06
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	955.556,87	592.645,29
Forderungen aus Vermietung	115.222,36	148.385,29
Forderungen aus Grundstücksverkäufen	0,00	0,00
Forderungen gegenüber Gesellschafter	317.431,93	175.568,79
Sonstige Vermögensgegenstände	522.902,58	268.691,21
III. Kassenbestand	9.088.350,80	7.510.652,61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.222.594,11	2.233.542,36
Bilanzsumme	**157.773.368,63**	**155.529.592,10**
Treuhandvermögen	2.635.073,10	2.832.115,70
A. Eigenkapital	**32.560.613,17**	**33.334.239,35**
I. Gez. Kapital	12.740.450,00	12.740.450,00
II. Kapitalrücklage	7.309.812,20	7.309.812,20
III. Gewinnrücklage	12.313.474,01	12.991.474,01
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	1.573.500,00	1.651.500,00
2. Bauerneuerungsrücklage	6.500.000,00	7.100.000,00
3. andere Gewinnrücklagen	4.239.974,01	4.239.974,01
IV. Bilanzgewinn	196.876,96	292.503,14
1. Gewinnvortrag	245.987,98	196.876,96
2. Jahresüberschuss	1.112.888,98	773.626,18
3. Einstellung in Gewinnrücklagen	-1.062.000,00	-678.000,00
4. Gewinnausschüttung	100.000,00	0,00
B. Rückstellungen	**1.153.649,28**	**1.206.261,41**
C. Verbindlichkeiten	**123.014.408,18**	**120.121.469,09**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	65.911.712,46	64.706.644,32
2. Verbindlichkeiten geg. and. Kreditgebern	24.433.864,11	22.891.741,31
3. Erhaltene Anzahlungen	29.135.968,73	29.247.964,20
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	237.600,57	227.850,33
5. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	583.210,72	982.608,60
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	2.710.802,32	1.878.629,03
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.249,27	186.031,30
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**1.044.698,00**	**867.622,25**
Bilanzsumme	**157.773.368,63**	**155.529.592,10**
Treuhandverbindlichkeiten	2.635.073,10	2.832.115,70

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*21.197.813,19*	*23.109.868,70*
a) aus der Hausbewirtschaftung	*18.450.665,81*	*18.960.336,74*
b) aus Betreuungstätigkeit	*41.431,27*	*114.206,68*
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	*2.705.716,11*	*3.761.325,28*
d.) aus Verkauf von Passivhaus	*0,00*	*274.000,00*
Erhöh. d. Best. an zum Verkauf best. Grundstücke	*2.135.492,06*	*2.209.969,88*
Andere aktivierte Eigenleistungen	*0,00*	*0,00*
sonstige Erträge	*1.097.504,60*	*985.079,71*
Gesamtleistung	***24.430.809,85***	***26.304.918,29***
Aufwendungen für bezogene Leistungen	*12.009.927,37*	*13.932.641,63*
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	*7.662.285,45*	*8.692.735,76*
b) Aufwendungen für andere Lief. und Leistungen	*4.347.641,92*	*5.239.904,87*
Rohertrag	***12.420.882,48***	***12.372.276,66***
Personalaufwand	*2.535.337,06*	*2.561.596,17*
a) Löhne und Gehälter	*1.992.519,31*	*2.012.637,89*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*542.817,75*	*548.958,28*
Abschreibungen	*3.720.511,03*	*3.588.641,73*
sonstige betr. Aufwendungen	*1.113.668,01*	*1.591.945,93*
Erträge aus WP und Ausleihungen	*1.119,87*	*787,90*
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	*69.113,21*	*44.905,83*
Abschreibungen auf Finanzanlagen	*0,00*	*0,00*
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	*3.494.179,07*	*3.385.356,41*
Erg. d. gewöhnl. Gesch.	***1.627.420,39***	***1.290.431,15***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*113.978,56*	*99.696,54*
sonstige Steuern	*400.552,85*	*417.108,43*
Jahresüberschuss/	***1.112.888,98***	***773.626,18***
Gewinnvortrag	*245.987,98*	*196.876,96*
Einstellung in gesellschaftsvertragliche Rücklagen	*112.000,00*	*78.000,00*
Einstellung in Bauerneuerungsrücklage	*500.000,00*	*600.000,00*
Einstellung in andere Gewinnrücklage	*450.000,00*	*0,00*
Gewinnausschüttung	*100.000,00*	*0,00*
Bilanzgewinn	***196.876,96***	***292.503,14***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***3,4***	***2,3***
Gesamtrentabilität	***%***	***2,9***	***2,7***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***371,9***	***453,1***

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	**%**	**71,1**	**70,6**
Intensität des Umlaufvermögens	**%**	**28,9**	**29,4**

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	**%**	**29,0**	**30,4**
Anlagendeckung II	**%**	**96,8**	**94,8**

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	**%**	**20,6**	**21,4**
Fremdkapitalquote	**%**	**79,4**	**78,6**

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	**%**	**92,7**	**89,0**

3. Lage

„Solide schwarze Zahlen.“

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Koblenzer WohnBau erneut schwarze Zahlen schreiben. Es wurde ein Jahresüberschuss von 774 T€ erzielt. Die bereinigte Eigenkapitalquote von 26,8 % % unterstreicht dabei die wirtschaftlich gesunde Entwicklung des Unternehmens. Wesentliche Teile des Jahresüberschusses werden wir erneut für die Bildung von Rücklagen und damit zur nachhaltigen Sicherung unserer Zahlungsfähigkeit und des Eigenkapitals verwenden.

Die Lage der Koblenzer WohnBau ist wie in den vergangenen Jahren durch das operative Geschäft der Wohnungsbetreuung und –vermietung geprägt.

3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erträge werden nach wie vor durch die Vermietung und Verpachtung von Wohngebäuden und sonstigen Liegenschaftseinheiten beeinflusst.

Außerdem wird das Ergebnis ergänzt durch Honorare der Wohnungseigentums- und Pachtverwaltung sowie der Schulsanierung.

Das operative Geschäft ergab im abgelaufenen Geschäftsjahr ein positives Ergebnis von rund 774 T€ (Vorjahr 1.113 T€). Nach einer Entscheidung des Gesellschafters führt die Koblenzer WohnBau für das Geschäftsjahr 2013 eine Gewinnabführung in Höhe von 100 T€ an die Stadt Koblenz durch.

3.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Koblenzer WohnBau ist unter anderem durch die regelmäßigen Mieteinnahmen als stabil zu bezeichnen. Verbindlichkeiten werden zeitnah beglichen. Die Eigenkapitalquote hat sich in den letzten Jahren durch kontinuierliche Zuführungen zu den Rücklagen verbessert und dies trotz der Bilanzverlängerung durch die unfertigen Leistungen der Schulsanierung.

Ziel des Finanzmanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Beim Management der Finanzdispositionen verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik. Der Finanzmittelbestand am 31.12.2013 beläuft sich auf 7,5 Mio. € (Vorjahr 9,1 Mio. €). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 3,211 Mio. € (Vorjahr 2,577 Mio. €).

3.3 Vermögenslage

Vom Gesamtvermögen der Gesellschaft mit 155,5 Mio. € (Vorjahr 157,8 Mio. €) entfallen 70,56% auf das Anlagevermögen (Vorjahr 71,06 %) und 29,44 % auf das Umlaufvermögen und den Rechnungsabgrenzungsposten (Vorjahr 28,94 %).

Dauerhaft gebundene Vermögenswerte sind mit Eigen- und Fremdkapital branchenüblich langfristig finanziert.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

4.1 Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital deckt unter Berücksichtigung der Maßnahmen in der Schulsanierung 21,43 % des Gesamtvermögens (Vorjahr 20,64 %). Bereinigt um diese Beträge, die spätestens nach Abschluss der Schulsanierungslaufzeit 2016 komplett aus der Bilanz entfallen, beträgt die Eigenkapitalquote 26,79 % (Vorjahr 25,48 %).

Dies ist im Wesentlichen der Zuführung zu den Rücklagen sowie der Reduzierung der Bilanzsumme durch Reduzierung der Leistungen aus der Schulsanierung geschuldet.

4.2 weitere Kennziffern

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich weitere Kennziffern wie folgt entwickelt:

Kennziffer	2012	2013
Umsatz	**21.198 TEUR**	**23.110 TEUR**
Materialaufwandsquote	**51,1 %**	**53,9 %**
Personalaufwand pro Kopf	**53 TEUR**	**54 TEUR**
Investitionen	**1.930 TEUR**	**1.465 TEUR**
Umsatzrentabilität	**5,3 %**	**3,3 %**
Eigenkapitalrentabilität	**3,4 %**	**2,3 %**
Verschuldungsgrad	**79,4 %**	**78,6 %**
Anlagendeckungsgrad	**29,0 %**	**30,4 %**
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit	**2.577 TEUR**	**3.211 TEUR**

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, insbesondere gravierende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich negativ beeinflussen könnten, sind nach dem 31.12.2013 nicht bekannt geworden. Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft ist gewährleistet.

IV. Prognosebericht

Von einer voraussichtlich weiter positiven Entwicklung des Unternehmens gehen wir aus. Die Prognose 2012 für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2013 hinsichtlich einer erwarteten soliden Geschäftslage hat sich bestätigt und darüber hinaus hat sich das Geschäftsergebnis besser entwickelt als nach der Wirtschaftsplanung zu erwarten war.

Auch das aktuelle Geschäftsjahr und der Wirtschaftsplan lassen eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2014 und das erste Quartal 2015 erwarten. Die ganzjährige Auswirkung der 2013 durchgeführten umfangreichen Mietanpassungen wird 2014 zu verbesserten Mieteinnahmen führen.

Das Risiko von leer- und rückstandsbedingten Mietausfällen besteht wegen des teilweise noch entspannten Wohnungsmarktes in problematischen Siedlungsbereichen und der angespannten finanziellen Lage vieler Mieterhaushalte zum Teil weiterhin.

Die preisfreien Wohnungen werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen an die ortsübliche Vergleichsmiete herangeführt. Soweit der Wohnungsmarkt dies zulässt, werden Ertragsverzichte abgebaut und für eine Stärkung des Leistungsbereiches Hausbewirtschaftung gesorgt. Insgesamt ist in allen unseren Beständen eine verbesserte Vermietungssituation und Wohnungsnachfrage zu vermerken, die zu gesteigertem Umsatz führt.

Die Koblenzer WohnBau betreibt ein Portfoliomanagement zur Optimierung ihres zukünftigen Wohnungsbestandes. Insbesondere in Anbetracht der demographischen Entwicklung hat die Gesellschaft ihren Wohnungsbestand durch Bestandsverkäufe und Abriss nicht sanierungswürdiger Bausubstanz begrenzt reduziert.

Durch den Einsatz zeitgemäßer Informationstechnologie und rationelle Arbeitsabläufe ist der reibungslose Geschäftsablauf im Geschäftsjahr 2014 weiterhin gewährleistet.

Wir erwarten 2014 ein dem Geschäftsjahr 2013 vergleichbares Ergebnis. Die Höhe wird davon abhängig sein, wie umfangreich das Volumen der Teilabrechnungen aus Schulsanierungsmaßnahmen sein wird.

V. Chancen- und Risikobericht

„Ein Blick in die Zukunft.“

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren stand die Koblenzer WohnBau auch 2013 finanziell solide da. Das gute Ergebnis und die Rücklagen, die wir in den letzten Jahren gebildet haben, lassen uns mit Optimismus und Tatendrang in die Zukunft blicken. Auch 2014 werden wir unsere Position auf dem Wohnungsmarkt weiter festigen.

1. Risikobericht

Wir beobachten die aktuellen Risiken am Immobilienmarkt und versuchen, auf negative Entwicklungen angemessen und zeitnah zu reagieren. Ein unserer Unternehmensgröße entsprechendes Risikomanagement soll die Zahlungsfähigkeit erhalten und das Eigenkapital sichern. Dazu ist es auch weiter erforderlich, wesentliche Teile von Jahresüberschüssen den Rücklagen zuzuführen.

Risikoreiche Finanztransaktionen und Sicherungsgeschäfte tätigen wir nicht. Das Anlagevermögen ist branchenüblich langfristig finanziert. Überwiegend lange Festschreibungen mit einer sinnvollen zeitlichen Streuung reduzieren die Zinsänderungsrisiken.

Unsicherheiten bestehen im Hinblick auf die mögliche Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen (Mietpreisbremse, Reduzierung der Modernisierungsumlage, Folgen der Energiewende, Verschärfung der EnEV), Zinserhöhungen, insbesondere bei den öffentlichen Mitteln und im Rahmen der möglichen weiteren Konsequenzen aus der noch schwelenden Finanzkrise.

Die gesunkene Zahl potenzieller Kreditgeber erschwert unsere Arbeit bisher im Kerngeschäft nicht. Schwieriger ist es bei den städtisch verbürgten Darlehen im Rahmen der Schulsanierung geworden, da sich die bisherigen Anbieter solcher Darlehen zu großen Teilen zurückgezogen haben.

Veränderungen rechtlicher, wirtschaftlicher und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen unter anderem aufgrund geänderter gesetzlicher Grundlagen,

können Risiken für das Unternehmen bergen. Dies gilt insbesondere, wenn diese Änderungen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Koblenz haben.

Dem Wegfall von kommunalen Aufträgen, auch aus der Schulsanierung bis Ende 2016, werden wir im Rahmen der zukünftigen Personalplanung begegnen müssen. Dazu wird auf jeden Fall gehören, ausscheidende Mitarbeiter, wenn möglich nicht mehr zu ersetzen. Betriebsbedingte Kündigungen wollen wir möglichst vermeiden.

2. Chancenbericht

Die Sanierung unserer Liegenschaften auf ein zeitgemäßes, nachhaltiges Niveau und die energetische Anpassung, bei der wir Wirtschaftlichkeitsgesichtsaspekte berücksichtigen, festigt unsere Position am Koblenzer Wohnungsmarkt. Die aktuellen Aktivitäten und die steigende Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum führen zu einer verbesserten Vermietungssituation.

Es unterstützen uns dabei die Handlungsempfehlungen des kommunalen Wohnraumversorgungskonzeptes. Dieses ist inzwischen fertig gestellt und soll noch vom Stadtrat verabschiedet werden. Den Neubau von barrierearmem Wohnraum realisieren wir im kommenden Jahr auf einer im Bestand vorhandenen Grundstücksfläche. Außerdem werden wir, wo erforderlich, die Grundrisse großer, schwer zu vermarktender Wohnungen anpassen.

Ertragsausfälle aus der bei uns reduzierten Schulsanierung oder dem Wegfall von Honoraren aus Aufträgen der Stadt zu kommunalen Bauten wollen wir durch zusätzliche immobilienwirtschaftliche Angebote für Dritte sukzessive ausgleichen. Hierzu erfolgen Überlegungen zur Definition und Vermarktung des möglichen Leistungsspektrums.

3. Gesamtaussage

Risiken sehen wir im Wesentlichen in den sich verschlechternden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft, wie Mietpreisbremse, Reduzierung und Befristung der Modernisierungsumlage etc. Allerdings sehen wir uns auf Grund der kontinuierlichen Optimierung unseres Wohnungsbestandes und der weiteren Verknappung preiswerten Wohnraums, die bei uns nahezu zur Vollvermietung führt, gut gewappnet. Außerdem führen die regelmäßigen Fortschreibungen des qualifizierten Mietspiegels zu erhöhten Mieteinnahmen. Darüber hinaus verbessern wir unsere Kapitalstruktur durch Rückführung von Darlehen und Prolongation zu verbesserten Konditionen.

Die Geschäftsführung stellt fest, dass aus jetziger Sicht und für die überschaubare Zukunft keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Umfangreiche Forderungen bestehen gegenüber den mehr als 3.000 Mietern. Diese werden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten beigetrieben, sofern Zahlungsrückstände bestehen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Beim Management der Finanzdispositionen verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik.

Soweit wirtschaftlich vorteilhaft und unter Risikoaspekten vertretbar, werden seitens der Geschäftsleitung Darlehensaufnahmen bzw. Umschuldungen im Rahmen von Forwarddarlehen als Instrument der günstigen Kapitalbeschaffung in Niedrigzinsphasen genutzt.

Wir haben 2013 108 T€ Zinsen weniger verausgabt als im Vorjahr. Der Zinsaufwand belastet das Ergebnis neben den ebenfalls hohen Abschreibungen auf das Anlagevermögen dennoch erheblich. Wir führen Kredite zurück, soweit unsere Liquidität dies erlaubt. 2013 waren dies 829 T€. Davon entfielen 49 T€ auf städtische Kredite. Insgesamt lösten wir städtische Kreditmittel in Höhe von 748 T€ ab. Davon wurden allerdings 699 T€ auf neue Kreditgeber umgeschuldet.

Die Gesellschaft bedient sich ihrer Finanzinstrumente, um die Liquidität sicherzustellen und zur Optimierung des Zinsniveaus sowohl bei der Fremdfinanzierung als auch bei der Anlage.

Sonstige Instrumente in diesem Sinne werden seitens der Gesellschaft nicht angewendet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer:	*415.708,28 €*
Gewerbesteuererstattung Vorjahre:	*- 30.796,00 €*
Gewerbesteuerrückstellung 2013	*130.628,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung für Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss	*27.980,00 €*

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Absatz 3 Nr. 6 GemO, da die Gesellschaft überwiegend für das Wohnungs- und Siedlungswesen tätig ist.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Sporthalle Oberwerth GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

14. Januar 1993, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 02. Dezember 2011

Stammkapital am 31.12.2013

51.129,19 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb der Sporthalle Oberwerth der Stadt Koblenz in Koblenz. Die Halle ist vorrangig zu sportlichen Zwecken zu nutzen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Aufsichtsrat:</u>

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein – Vorsitzende –
Bürgermeister Fred Pretz als Vertreter des SBR -stellvertretender Vorsitzender-
Gunter Fischer
Monika Sauer
Fritz Naumann
Wolfram Reinstädtler
Lothar Westram als Vertreter LSB
Nils Wiechmann

Stephan Wefelscheid
Andreas Bilo

Gesellschafterversammlung:

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein – Vorsitzende –
Andreas Biebricher
Anita Weis
Frau Angela Keul-Göbel

Gäste der Gesellschafterversammlung:

Lothar Westram, LSB
Hans D. Heusslein, SBR

Geschäftsführung:

Volker Herb (alleinvertretungsberichtigt)
Rüdiger Sonntag (gesamtvertretungsberechtigt mit einem weiteren Geschäftsführer)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen:
Gemäß der Satzung der Sporthalle Oberwerth GmbH ist die Conlog Arena, vormals Sporthalle Oberwerth, im 21. Jahr ihres Bestehens wieder primär für sportliche Zwecke genutzt, zur Verfügung gestellt und vermietet worden
Die Gesamtveranstaltungszahl entspricht nahezu dem Vorjahresumfang. Die Gesamtbesucherzahl ist gegenüber 2012 dagegen leicht gefallen.
Im Rangking der Veranstaltungen liegen die Sportveranstaltungen deutlich über der Anzahl der Konzerte und den sonstigen Veranstaltungen. Ca. die Hälfte der Sportveranstaltungen fallen dabei unter das Sportförderungsgesetzt und sind somit ohne Mieteinnahmen.
Neben dem Veranstaltungsbereich wird die Halle täglich durch Trainings- und Lehrgangsmaßnahmen der Vereine und Sportverbände genutzt. Obwohl in 2013 mehr Vereine bzw. Sportverbände in der Arena ihre Trainingsmaßnahmen durchführten, fällt die Trainingsquantität etwas geringer aus als im Vorjahr.
Während in 2013 es zu einer Zunahme der Hallennutzung durch den Schulsport, der Eliteschule Koblenz-Karthause sowie deren Hausaufgabenüberwachungsmaßnahmen in der Sportart Rhythmischen Sportgymnastik kam, war die zusätzliche, mietpflichtige Arena- und

Nebenraumbelegungen durch diverse andere und private Institutionen leicht rückläufig.
Insgesamt ist die Arena somit nahezu täglich belegt. Durch Veranstaltungen, Training, Lehrgangsmaßnahmen und Seminarraumbelegungen kamen in 2013 insgesamt mehr als 110.000 Besucher, Sportler und Gäste in die Arena.
Nach wie vor Veranstaltungsbelastend ist die zu geringe Parkplatzkapazität und die schlechte verkehrstechnische An- und Abfahrtsituation für PKWs zur Arena.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***61.808,00***	***55.592,00***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*61.808,00*	*55.592,00*
B. Umlaufvermögen	***111.021,25***	***157.570,63***
I. Vorräte	*1.350,00*	*2.600,00*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*111.021,25*	*34.888,91*
Forderungen aus L u. L	*4.592,96*	*27.212,69*
Forderungen gegen Gesellschafter	*805,66*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*3.880,18*	*7.676,22*
III. Kassenbestand	*100.392,45*	*120.081,72*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***6.562,23***	***3.147,00***
Bilanzsumme	***179.391,48***	***216.309,63***
A. Eigenkapital	***70.463,46***	***89.215,56***
I. Gez. Kapital	*51.129,19*	*51.129,19*
II. Gewinnvortrag	*17.067,77*	*19.334,27*
III. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	*2.266,50*	*18.752,10*
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	***0,00***	***0,00***
C. Rückstellungen	***50.200,00***	***74.420,00***
1.Steuerrückstellungen	*0,00*	*3.920,00*
2.Sonstige Rückstellungen	*50.200,00*	*70.500,00*
D. Verbindlichkeiten	***55.061,02***	***50.107,07***
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*0,00*	*0,00*
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	*5.520,94*	*300,00*
3. Verbindlichkeiten aus L.u.L.	*26.877,12*	*35.712,62*
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	*18.377,91*	*10.307,19*
5. Sonstige Verbindlichkeiten	*4.285,05*	*3.787,26*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***3.667,00***	***2.567,00***
Bilanzsumme	***179.391,48***	***216.309,63***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2012	2013
Umsatzerlöse	293.170,81	354.201,11
Erhöhung / Verminderung Bestand Erzeugnisse	-2.650,00	1.250,00
sonstige Erträge	501.132,60	520.334,13
Gesamtleistung	**791.653,41**	**875.785,24**
Materialaufwand	41.840,92	57.392,84
a) Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
b) Aufwendungen für bez. Leistungen	41.840,92	57.392,84
Rohertrag	**749.812,49**	**818.392,40**
Personalaufwand	205.595,05	204.050,76
a) Löhne und Gehälter	158.724,31	158.463,37
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	46.870,74	45.587,39
Abschreibungen	17.506,50	13.257,46
sonstige betr. Aufwendungen	524.619,59	578.422,17
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	164,33	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.255,68**	**22.662,01**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	10,82	3.909,91
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**2.266,50**	**18.752,10**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	3,2	21,0
Gesamtrentabilität	%	1,3	8,7

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	58,6	70,8

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	34,4	25,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	65,6	74,3

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	114,1	160,5
Anlagendeckung II	%	114,1	160,5

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***39,3***	***41,2***
Fremdkapitalquote	***%***	***60,7***	***58,8***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***107,8***	***126,5***

Lage des Unternehmens

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage:

Das 21. Geschäftsjahr der Sporthalle Oberwerth GmbH schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von € 18.752,10 (Vorjahr € 2.266,50) ab. Dieses positive Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen.
Die Erlöse haben sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr deutlich von € 791.653 auf € 875.785 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die überaus erfolgreiche Durchführung des Bereiches Eigenveranstaltungen zurückzuführen und das weiterhin sparsame haushalten in allen Aufwandsbereichen.
Als stabilisierender Faktor zeigten sich in diesem Jahr auch wieder die Zuschüsse der beiden Sportbünde und des Gesellschafters, die in ihrem maximalen Umfang frequentiert wurden.

Trotz der angespannten Finanzlage der Gesellschaft, die sich insbesondere in der Sommermonaten zeigt, hat die Gesellschaft situationsbedingt im Bereich der Betriebs- und Büroausstattung investiert und konnte ferner auch die wichtigsten Reparaturen zeitnah umsetzen.
Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2013 insgesamt € 216.309,63. Davon entfallen auf das Anlagevermögen € 55.592,00. Das Umlaufvermögen beläuft sich auf € 157.570,63. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt am 31. Dezember 2013 € 89.215,56, die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 41,2%. Das Fremdkapital beträgt zum Bilanzstichtag € 127.094,04 und besteht u.a. aus Rückstellungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Anlagenintensität ist von 34,4% auf 25,7% zurückgegangen. Die konstant steigenden Aufwendungen bei den Fix-Kosten und die dazu im Verhältnis stehenden, nur eingeschränkt generierbaren Erträge erlauben es der Gesellschaft derzeit nicht, Rücklagen für größere, notwendige Investitionen zu tätigen.
Unter Berücksichtigung der eingeschränkten Vermarktungsmöglichkeiten, der eingeschränkten Arenanutzungsvielfalt und der Satzungsvorgaben ist der Zuschuss seitens des Gesellschafters und der beiden Sportbünde aktuell und zukünftig nach wie vor unerlässlich.
Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen, wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen, nachzukommen.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als stabil zu bezeichnen, die Abhängigkeit von Zuschüssen ist jedoch nach wie vor gegeben.

3. Nachtragsbericht:

Es sind keine besonderen Vorgänge zu verzeichnen, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

4. Risikobericht:

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft ist uneingeschränkt abhängig von den Veranstaltungen und den Vermietungsmöglichkeiten.
Trotz der zuvor bereits erwähnten Einschränkungen behauptet sich die Arena am Markt und versucht gemäß ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten sich ihren Marktanteil zu erhalten. Die Arena zählt im nördlichen Rheinland-Pfalz als herausragender Motor für Indoor-Sport und andere Kulturevents.
Um an (attraktive) Veranstaltungen zu gelangen, kann die Hallen GmbH es sich nicht erlauben, sich ausschließlich nur auf das Vermietungsgeschäft zu konzentrieren. Veranstaltungen mit einem kalkulierbaren Risiko müssen somit ebenso umgesetzt werden. Dabei wird jede Veranstaltung auf Mach- und Finanzierbarkeit von der Geschäftsführung im Vorfeld so weit es möglich ist überprüft, werden ggfs. mögliche Partner als Risikominderung mit in die Verantwortung genommen und in der Ticket-Verkaufszeit der Veranstaltung regelmäßig die Aus- und Einnahmen gegeneinander abgewogen.

Ein vierteljährliches Controlling und eine Liquiditätsprüfung durch die Geschäftsführung runden das Risikoerkennungssystem ab.
Die Hallen GmbH und der Gesellschafter haben derzeitig noch gegenseitige umsatzsteuerliche Alt-Forderungen in der Abstimmung, deren finale Klärung erst im folgenden Geschäftsjahr zum Abschluss kommen wird.
Die Gesellschaft steuerte 2013 folgende Finanzrisiken:
Insgesamt kann das Risiko, aufgrund einer regelmäßigen Risikovorsorge, als begrenzt angesehen werden.
Liquiditätsrisiken können entstehen, wenn die Gesellschaft nicht in der Lage sein sollte, die notwendigen Finanzmittel zu beschaffen, um Verpflichtungen einzuhalten, die sich im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten ergeben. Die kontinuierliche Liquiditätsplanung und -steuerung stellt die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sowie die finanzielle Flexibilität der Gesellschaft sicher. Nach wie vor geht mit der veranstaltungsarmen Zeit (Mitte Juni bis Mitte September) auch ein Liquiditäts-engpass einher. Hier ist es besonders wichtig, auf die Zuschüsse des Gesellschafters und der beiden Sportbünde zurückgreifen zu können.
Der zum 31.12.2013 schriftlich von den beiden Sportbünden gekündigte Sportzuschussvertrag ist mittlerweile neu verhandelt. Alle Vertragsparteien sind demnach übereingekommen den Sportzuschussvertrag zu den gleichen Bedingungen wie bisher, mindestens bis 2018, gemeinsam fortzuführen.
Als ausschließlich im Inland operierendes Unternehmen ist die Gesellschaft in der Regel keinen Währungsschwankungen ausgesetzt.

5. Prognosebericht:

Die Technik und die Infrastruktur der Arena müssen sich, um konkurrenzfähig bleiben zu können, dem konsequent fortschreitenden und modernisierenden Wandel der

Veranstaltungen anpassen. Es ist somit absolut von hoher Bedeutung in die diesbezüglichen Inhalte der Arena zu investieren (Sitzkomfort, Technik, Sicherheit etc.), um den Anschluss nicht zu verlieren.
Diese Qualitätserhaltung und der notwendige Qualitätsausbau haben oberste Priorität, denn die Arena soll nicht nur ein wichtiger Standortfaktor und Eventmotor für die Region Koblenz bleiben, sondern auch weiterhin das breite Spektrum von Ökonomie, Sport bis hin zur Kultur zur Zufriedenheit aller bedienen.
Der in 2013 neu erworbene Hallen-/Arenaname hat sich sehr gut eingeführt. Er wird von den Nutzern und Kunden uneingeschränkt angenommen und wirkt sich schon jetzt sehr positiv auf Image sowie auf die Vermarktungsgeschäfte der Arena aus. Ebenso konnte die Betreibergesellschaft das Handball Frauen-Bundesligateam für eine weitere Heimspiel-Saison zu verpflichten. Die Gesellschaft stabilisiert damit die Grundbelegung der Halle weiter, baut damit eine weitere monatliche Ertragsverbesserung an und erweitert dadurch ihren nationalen Bekanntheitsgrad.

Die in Winter 2013 begonnene Arena-Dachsanierung ist für die Werterhaltung der Arena außerordentlich wichtig. Auch die Ende 2013 vom Gesellschafter beschlossene Dachtraglastverstärkung ermöglicht der Betreibergesellschaft im Veranstaltungsbereich Kosten einzusparen und die Arena für Veranstaltungskunden weiter attraktiv halten zu können.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschuss der Stadt Koblenz:	*2011*	*196.000,00 €*
	2012	*200.000,00 €*
	2013	*200.000,00 €*
Grundsteuer		*0,00 €*
Gewinnabhängige Zusatzpacht an die Stadt (Rückstellung; Zahlung in 2014)		*4.000,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 2 GemO, da die Sporthalle satzungsmäßig überwiegend für sportliche Veranstaltungen genutzt wird

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Stadtwerke Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

09. Januar 1969; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 14. August 2012

Stammkapital am 31.12.2013

12.526.651,09 €

Gegenstand des Unternehmens

1. *Der Gegenstand des Unternehmens ist die Gas- und Wasserversorgung, der Betrieb von Häfen und Bahnen sowie der Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt im Sinne der Gemeindeordnung,*

2. *ferner sind Gegenstand des Unternehmens die Übernahme der Betriebsführung und der Aufgaben der oben genannten Tätigkeiten sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen der oben genannten Art und der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck mittelbar und unmittelbar dienenden Geschäfte.*

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Gesellschafterversammlung</u>

<u>Vorsitzender:</u>

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Mitglieder:

Hans-Peter Ackermann
Christian Altmaier
Walter Baum
Manfred Diehl
Dr. Michael Gross
Birgit Hoernchen
Gerhard Lehmkühler
Fritz Naumann
Wolfram Reinstädtler
Karl-Heinz Rosenbaum
Monika Sauer

Geschäftsführung

Petra Ensel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Stadtwerke Koblenz GmbH war am 31. Dezember 2013 mit

56,237 % an der EKO2 GmbH, mit
73,80 % an der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH, mit
60,00 % an der Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH, mit
63,07 % an der Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH, mit
45,00 % an der Kraftwagenverkehr Koblenz GmbH mit
95,04 % an der Güterverkehrszentrum-Entwicklungsgesellschaft Koblenz mbH mit
9,68 % an der Windpark Westerwald GmbH mit
5,00 % an der Koblenzer Elektrizitätswerk- und Verkehrs AG mit
100,0 % an der Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH

beteiligt.

Als Vorgang von Bedeutung für das Unternehmen im Jahr 2013 ist die Einlage der EVM Anteile in die EKO2 GmbH zu nennen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Aufgabe des Unternehmens ist die Beteiligung an Verkehrs- und Versorgungsbetrieben, die Geschäfts- und Betriebsführung von Beteiligungs- und Verkehrsunternehmen, der Betrieb von Häfen und Bahnen sowie der Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt Koblenz im Sinne der Gemeindeordnung.

Die Stadtwerke Koblenz GmbH hat zwei Betriebsabteilungen:

- *Beteiligungen*
- *Hafen- und Bahnbetrieb.*

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte bis zum 31.12.1998 kein eigenes Personal.

Mit Wirkung vom 01.01.1999 haben die Stadtwerke Koblenz GmbH und die Stadt Koblenz einen Personalüberleitungsvertrag geschlossen.

Zum 31.12.2013 waren 28 Arbeitnehmer für die Stadtwerke Koblenz GmbH tätig. Davon standen 3 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis mit der Stadt Koblenz.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
A. Anlagevermögen	**118.592.684,43**	**118.575.646,27**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23.702,00	21.521,00
II. Sachanlagen	13.472.639,85	13.403.467,23
III. Finanzanlagen	105.096.342,58	105.150.658,04
B. Umlaufvermögen	**12.247.406,46**	**19.090.134,15**
I. Vorräte	107.559,71	104.880,30
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	5.263.223,58	5.260.334,73
Forderungen aus L u. L	333.040,00	252.789,60
Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	0,00
Ford. gegen verbundene Unternehmen	571.817,31	209.071,69
Sonstige Vermögensgegenstände	4.358.366,27	4.798.473,44
III. Kassenbestand	6.876.623,17	13.724.919,12
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**2.484,77**	**479,18**
Bilanzsumme	**130.842.575,66**	**137.666.259,60**
A. Eigenkapital	**129.220.939,21**	**136.023.834,64**
I. Gez. Kapital	12.526.651,09	12.526.651,09
II. Kapitalrücklage	39.094.981,62	39.094.981,62
III. Gewinnrücklage	64.100.000,00	68.190.000,00
IV. Bilanzgewinn	13.499.306,50	16.212.201,93
B. Rückstellungen	**445.781,90**	**537.634,25**
1.Rückstellungen für Pensionen	323.777,23	378.734,25
2.Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3.Sonstige Rückstellungen	122.004,67	158.900,00
C. Verbindlichkeiten	**1.173.570,19**	**1.103.741,96**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.656,57	0,00
3. Verbindlichkeiten aus L u. L	69.363,06	130.595,75
4. Verbindlichkeiten geg. Gesellschaftern	3.154,00	37.278,64
5. Verbindlichkeiten geg. verbundene Unternehmen	17.235,75	3.800,85
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.082.160,81	932.066,72
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**2.284,36**	**1.048,75**
Bilanzsumme	**130.842.575,66**	**137.666.259,60**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	3.457.741,55	3.688.141,53
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige Erträge	392.330,49	62.693,29
Gesamtleistung	**3.850.072,04**	**3.750.834,82**
Materialaufwand	542.216,61	690.066,23
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	174.815,02	171.255,32
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	367.401,59	518.810,91
Rohertrag	**3.307.855,43**	**3.060.768,59**
Personalaufwand	1.346.554,84	1.401.291,93
a) Löhne und Gehälter	1.070.232,35	1.058.079,47
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	276.322,49	343.212,46
Abschreibungen	754.146,95	830.393,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.403.760,24	1.006.997,40
Erträge aus Beteiligungen	13.598.754,34	16.651.750,97
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlageverm.	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	197.024,72	90.465,71
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	60.688,76	105.784,39
Erg. d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	**13.538.483,70**	**16.458.517,73**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	2.102,16	209.995,19
sonstige Steuern	44.914,40	45.627,11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**13.491.467,14**	**16.202.895,43**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	10,4	11,9
Gesamtrentabilität	%	10,4	11,8

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	115,3	127,2

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	90,6	86,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	9,4	13,9

Anlagenfinanzierung

		2012	*2013*
Anlagendeckung I	***%***	***109,0***	***114,7***
Anlagendeckung II	***%***	***109,7***	***115,4***

Kapitalausstattung

		2012	*2013*
Eigenkapitalquote	***%***	***98,7***	***98,8***
Fremdkapitalquote	***%***	***1,3***	***1,2***

Liquidität

		2012	*2013*
Liquiditätsgrad	***%***	***1.618,6***	***2.403,8***

Lage des Unternehmens

Finanz- und Vermögenslage

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31.12.2013 auf 137.666 T€.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt 98,8% des Gesamtvermögens.

Die Liquidität ist ausreichend. In 2013 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist geprägt von den Erträgen aus den Beteiligungen in Höhe von 16.652 T€ und den Umsatzerlösen aus dem Bereich des Hafen- und Bahnbetriebes in Höhe von 3.219 T€.

Der Jahresüberschuss beträgt 16.203 T€.

Risikomanagement

Die Gesellschaft hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet. U.a. besteht ein Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001.

Durch das bestehende Controlling wird versucht sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden.
Bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird wie in 2013 auch in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Stadtwerke insbesondere im Energiebereich geprägt sein. Auf Grundlage der vorliegenden Planrechnungen und nach derzeitiger Kenntnis ist in den nächsten Jahren mit moderat steigenden Beteiligungserträgen zu rechnen. Chancen wie auch Risiken bestehen nicht zuletzt aufgrund der durch die neue Bundesregierung angekündigten strukturellen Reformen im Energiesektor, mit denen sich – wie alle Energieversorgungsunternehmen – auch die Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke auseinander setzen müssen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer (inkl. Rückstellung)	*25.318,00 €*
Erstattung Gewerbesteuer Vorjahr	*- 8.348,00 €*
Grundsteuer:	*46.672,64 €*
Gewinnabführung aus 2012	*9.400.000,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung Gesellschafterversammlung einschl. Sitzungsgeld:	*54.200,00 €*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.
Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i. L.

Rechtsform

GmbH

Gegründet

16. Juli 2005 (Eintrag ins Handelsregister am 13. September 2005)
zum 31.12.2012 Liquidation beantragt (eingetragen im HR am 07.01.2013)

Stammkapital am 31.12.2013

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und der Bau der Parkanlagen und der darin enthaltenen Gebäude sowie die Vorbereitung, Planung, Durchführung und Abwicklung der Bundesgartenschau Koblenz 2011.
Zur Abwicklung gehört auch der Rückbau der temporären Anlagen und Einrichtungen der BUGA. Ferner die Entwicklung des Konzeptes für die Dauernutzung in der Zeit ab Beendigung der Bundesgartenschau Koblenz 2011.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Zentralverband Gartenbau e.V. Bonn	*8.350,00 €*	=	*33,4 %*
Stadt Koblenz	*16.650,00 €*	=	*66,6 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Aufsichtsrat</u>
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig –Vorsitzender-
Jürgen Mertz - stellvertretender Vorsitzender -

a) Vertreter Stadt Koblenz
Michael Bordelle
Karl-Heinz Rosenbaum
Herbert Bocklet
Manfred Diehl
Anne Schumann-Dreyer
Marion Lipinski-Naumann
Gerhard Lehmkühler
Christian Altmaier
Manfred Gniffke
Andrea Mehlbreuer
Dr. Michael Gross

b) Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz:
(ohne Stimmrecht)
Klaus Gerstenberger
Sabine Aschaber

c) Vertreter des Zentralverbandes Gartenbau e.V.:
Hanns-Jürgen Redeker
Karl-Heinz Plum
Franz-Josef Jäger
Werner Küsters
Jochen Sandner

Geschäftsführung

Ulrike Kirchner
in Gesellschafterversammlung am 08.11.2012 zur Liquidatorin bestellt

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft
Der Satzung entsprechend ist die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH nach Durchführung der Bundesgartenschau im Sommer 2011 in den beiden innerstädtischen Kernbereichen „Kurfürstliches Schloss“ und „Blumenhof“ und dem gegenüberliegendem Kernbereich „Plateau Ehrenbreitstein“ auf der rechten Rheinseite mit der Abwicklung beauftragt.

Geschäftsverlauf und Lage der Kapitalgesellschaft
Am 07. Januar 2013 hat für die Bundesgartenschau Koblenz 2011 die Liquidationsphase begonnen. Die weitere Abwicklung der Gesellschaft wurde wie geplant umgesetzt.

Umzug der Geschäftsstelle
Für die Liquidationsphase wurde die Geschäftsstelle deutlich verkleinert und zog in neue Räume in der Schloßstraße um. Die nicht mehr benötigten Unterlagen wurden in Archivräumen der Stadt Koblenz untergebracht.

Baumaßnahmen
Nach der Winterpause wurden im Frühjahr die Baumaßnahmen, die aus witterungsbedingten Gründen nicht mehr in 2012 umgesetzt werden konnten, endgültig abgeschlossen.

Bühne im Retirierten Graben
Die im Rahmen des Nachnutzungskonzeptes käuflich erworbene Bühne im Retirierten Graben wurde vereinbarungsgemäß zum Ende des Jahres an die Stadt Koblenz verkauft. Während des Sommers fanden auf dieser Bühne Konzerte und Veranstaltungen statt.

Marketing
Die BUGA Homepage wurde im Frühjahr auf die www.koblenzer-gartenkultur.de übertragen, die der Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen weiter pflegt.
Die Profile in den Social Medias wurden Anfang des Berichtsjahres gelöscht.

Mahnbescheide – offene Forderungen
Die meisten Mahnverfahren konnten im Laufe des Jahres erfolgreich abgeschlossen werden. Für einige Forderungen musste ebenfalls eine Einzelwertberichtigung gebildet werden, da die Firmen inzwischen in die Insolvenz gegangen sind. Die betreffenden Forderungen sind bei den Insolvenzverwaltern angemeldet worden.
Eine Ratenzahlungsvereinbarung konnte noch nicht zum Abschluss gebracht werden.
Auch diese Forderungen werden an die Stadt Koblenz übertragen und von einer Rechtsanwaltskanzlei zum Abschluss geführt.
Zum 31.12.2013 standen noch Forderungen in Höhe von ca. 33.000 € offen.

Seilbahn
Im August 2013 hat die Unseco einen Weiterbetrieb der Seilbahn bis 2026 genehmigt. Insofern konnte die im Vorjahr gebildete Rückstellung für die Herstellung der Flächen nach einem Rückbau der Seilbahn in 2013 ergebnisverbessernd aufgelöst werden.

Verwendungsnachweise
Die Rechnungskopien für die Verwendungsnachweise sind vollständig übergeben worden.
Rückfragen, die sich aus der Prüfung der Verwendungsnachweise durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ergeben, sind noch zu bearbeiten und werden voraussichtlich im 1. Quartal 2014 abgeschlossen sein.

Inventarverkauf
Der Inventarverkauf ging auch in 2013 weiter. Vor allem mit der Auflösung der Geschäftsstelle Ende Januar wurden Gegenstände aus dem Bürogebäude, die nicht mehr benötigt wurden, veräußert. Die Möbel wurden von der Stadt Koblenz übernommen.

Übertragung Anlagevermögen
Per Oktober 2013 wurde das restliche Anlagevermögen an die Stadt Koblenz übertragen. Das zum 31.12.2013 vorhandene Anlagevermögen betrifft noch Büromöbel sowie Hard- und Software, die bis zur endgültigen Auflösung der Geschäftsstelle benötigt werden.

Beweissicherungsverfahren
Da die Beweissicherungsverfahren „Wasserspielplatz“ und „Kletterspielplatz“ nicht mehr während der Liquidationsphase der Buga GmbH i.L. abgeschlossen werden können, wurden sie auf die Stadt Koblenz übertragen.

Bürgschaften
Alle Gewährleistungsbürgschaften der Lieferanten aus den Investitionsprojekten wurden, da deren Laufzeit erst 2015 oder 2016 endet, an die Stadt Koblenz übertragen.

Personal
Frau Ulrike Kirchner, die ab 01. Juli 2012 die Geschäftsleitung übernommen hatte, wurde ab 07. Januar 2013 als Liquidatorin eingetragen. Sie war bis Ende März in Vollzeit und bis Ende August in Teilzeit beschäftigt. Die Leiterin der Abteilung Finanzen und Controlling, Frau Christine Renner, erhielt Einzelprokura und war ebenfalls bis Ende März in Vollzeit und bis Ende Juni in Teilzeit beschäftigt. Beide führen die Restabwicklung als freie Mitarbeiterinnen mit Abrechnung nach Aufwand fort. Somit ist die weitere kontinuierliche Abwicklung der Gesellschaft gewährleistet.
Im Jahresdurchschnitt wurden 4 Mitarbeiter bei der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i.L. beschäftigt.

Freundeskreis
Die Organisation der Vortragsreihe „Grüne Stadt am Wasser“, die sich in den vergangenen Jahren zum Diskussionsforum zu Fragen der Stadtentwicklung etabliert hat, wurde vom Freundeskreises der Bundesgartenschau übernommen und fort geführt.
Darüber hinaus setzte sich der Freundeskreis intensiv und erfolgreich für einen weiteren Verbleib der Seilbahn in Koblenz ein.

Beiräte und Vergabeausschuss
Im Berichtszeitraum tagte letztmalig der Beirat für Finanzen und Controlling am 07. Mai 2013.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***665.166,00***	***55.093,00***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*2.540,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*662.626,00*	*55.093,00*
B. Umlaufvermögen	***5.513.769,07***	***4.067.081,95***
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	*294.219,21*	*220.989,74*
Forderungen aus L u. L	*187.683,29*	*32.630,37*
Forderungen gegen Gesellschafter	*0,00*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*106.535,92*	*188.359,37*
II. Kassenbestand	*5.219.549,86*	*3.846.092,21*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***5.048,40***	***1.142,40***
Bilanzsumme	***6.183.983,47***	***4.123.317,35***
A. Eigenkapital	***954.859,27***	***797.567,13***
I. Gez. Kapital	*25.000,00*	*25.000,00*
II. Kapitalrücklage	*0,00*	*0,00*
III. Gewinnrücklage	*0,00*	*0,00*
IV. Gewinnvortrag	*2.335.972,49*	*929.859,27*
V. Jahresüberschuss	*-1.406.113,22*	*-157.292,14*
B. Sonderposten f. Investitionszuschüsse	***665.166,00***	***55.093,00***
C. Rückstellungen	***1.721.318,47***	***570.964,83***
1. Rückstellungen für Pensionen	*0,00*	*0,00*
2. Steuerrückstellungen	*658.400,00*	*55.356,47*
3. Sonstige Rückstellungen	*1.062.18,47*	*515.608,36*
D. Verbindlichkeiten	***2.842.639,73***	***2.699.692,39***
1.Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*0,00*	*0,00*
2.Erhaltene Anzahlungen	*0,00*	*0,00*
3.Verbindlichkeiten aus L u. L	*138.331,79*	*59.626,12*
4.Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	*2.697.452,69*	*2.640.066,27*
5.Sonstige Verbindlichkeiten	*6.855,25*	*0,00*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***6.183.983,47***	***4.123.317,35***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*49.850,65*	*224,30*
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	*0,00*	*0,00*
sonstige Erträge	*22.867.940,36*	*949.283,24*
Gesamtleistung	***22.917.791,01***	***949.507,54***
Materialaufwand	*837.910,26*	*190.607,13*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	*10.001,58*	*1.775,41*
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	*827.908,68*	*188.831,72*
Rohertrag	***22.079.880,75***	***758.900,41***
Personalaufwand	*872.238,01*	*0,00*
a) Löhne und Gehälter	*696.197,54*	*0,00*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*176.040,47*	*0,00*
Abschreibungen	*581.458,29*	*92.852,76*
sonstige betr. Aufwendungen	*21.707.025,27*	*796.097,92*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*78.509,81*	*12.618,13*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*655,00*	*0,00*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***-1.002.986,01***	***-117.432,14***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*255.968,43*	*39.860,00*
sonstige Steuern	*147.158,78*	*0,00*
Jahresfehlbetrag	***-1.406.113,22***	***-157.292,14***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***-147,3***	***19,7***
Gesamtrentabilität	***%***	***-0,2***	***-3,8***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***2,1***	***0,1***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***10,8***	***1,3***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***89,2***	***98,7***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***193,6***	***1.497,7***
Anlagendeckung II	***%***	***193,6***	***1.497,7***

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	***%***	***20,8***	***20,0***
Fremdkapitalquote	***%***	***79,2***	***80,0***

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	***%***	***120,9***	***124,4***

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr keine wesentlichen Umsätze. Den sonstigen betrieblichen Erträgen (949 TEURO) stehen die Aufwendungen aus der Übertragung des restlichen Anlagevermögens an die Stadt Koblenz gegenüber (588 TEURO) sowie die Abschreibung auf das Anlagevermögen (93 TEURO).
Sämtliche Investitionen wurden von der Stadt Koblenz finanziert (71 TEURO) und in einen Sonderposten aus Zuschüssen eingestellt. Die den Abschreibungen entsprechende Auflösung des Sonderpostens (TEUR 93) ist ebenfalls in der Position sonstige betriebliche Erträge enthalten.
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Verlust in Höhe von T€ 157 ab.
Aufgrund der guten Ertragslage aus Vorjahren konnte die Gesellschaft ihre laufenden Aufwendungen aus eigenen Mitteln finanzieren.

Vermögenslage

In § 5 des Gesellschaftsvertrages ist vereinbart, dass die Stadt Koblenz bis zu maximal TEUR 28.000 an Zuzahlungen gewährt, die zum Ausgleich aller Aufwendungen zu verwenden sind, die der Gesellschaft entstehen, soweit diese nicht durch Erträge einschließlich Zuschüsse Dritter gedeckt sind.
Im Juli 2009 ist der Fördervertrag zwischen der Stadt Koblenz und der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH abgeschlossen worden. Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben ist in § 1, Absatz 1 geregelt, dass die Stadt Koblenz von bis zu TEUR 58.300 (davon TEUR 23.500 aus Eigenmitteln der Stadt Koblenz und TEUR 34.800 aus Landesmitteln des Landes Rheinland-Pfalz) der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH zur Verfügung stellt. Auf die im Gesellschaftsvertrag unter § 5 vereinbarte städtische Verlustausgleichsverpflichtung von bis zu TEUR 28.000 werden die Zuschussbedarfe für BUGA-Maßnahmen angerechnet, die nicht über den Wirtschaftsplan der BUGA Koblenz 2011 GmbH, sondern anderweitig, insbesondere über den städtischen Kernhaushalt, finanziell abgewickelt werden (Konzernbetrachtung). Weiter werden auf die vorgenannte Verlustausgleichsverpflichtung die städtischen Investitionskostenzuschüsse an die BUGA Koblenz 2011 GmbH angerechnet, soweit es sich dabei nicht um die Weiterleitung von Landesfördermittel an die Gesellschaft handelt. Unter § 4, Absatz 5, ist festgelegt, dass in den Jahresabschlüssen der BUGA Koblenz 2011 GmbH die Fördermittel, die den Investitionshaushalt betreffen als Sonderposten für Investitionszuschüsse mit Rücklagenanteil zu buchen und entsprechend analog der

Abschreibung der geförderten Investitionen erfolgswirksam aufzulösen sind. Die Fördermittel für den Durchführungshaushalt werden entsprechend erfolgswirksam in der GuV berücksichtigt. Bei den Fördermitteln, die zum Verlustausgleich dienen sollen, handelt es sich bei den Auszahlungen lediglich um a-conto-Zahlungen (erhaltene Anzahlungen), die erst dann erfolgswirksam zu verbuchen sind, wenn der endgültige Anspruch für das abgelaufene Jahr entstanden ist.

Der dem Aufsichtsrat vorgelegte und von der Gesellschafterversammlung beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 wurde eingehalten bzw. unterschritten.
Im Erfolgsplan 2013 standen TEUR 1.297 und aus dem Übertrag des Vorjahres TEUR 1.093 zur Verfügung. Die von den Planansätzen abweichenden nicht ausgegebenen Mittel in Höhe von TEUR 878 verschieben sich auf das Folgejahr.
Der Gesellschaft stehen incl. der Mehrkosten insgesamt TEUR 85.166 zur Verfügung.

Die Zuschüsse der Stadt Koblenz wurden vertragsgemäß verwendet für die Zahlungen aus den Verpflichtungen im Rahmen des Durchführungsvertrages, wie Planungsleistungen, Schlussrechnung für Bauleistungen, Personalkosten und dem Geschäftsbetrieb.
Auf Veranlassung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wurden die konsumtiven Kosten für die Nachnutzung (ca. 811 TEURO) aus dem städtischen Haushalt getragen.
Nach dem Abschluss der Rückbaumaßnahmen und der Endfertigstellung wurde per Oktober 2013 das restliche Anlagevermögen an die Stadt Koblenz übergeben.
Da mit Ablauf des Jahres 2013 die einjährige Liquidationsphase abgeschlossen ist, wurde in Absprache mit der Stadt Koblenz für das Jahr 2014 kein Wirtschaftsplan erstellt. Es ist vorgesehen, dass nach der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2013 dieser den Gremien vorgelegt wird. Die Gesellschaft wird dann endgültig aufgelöst.

Finanzlage
Die Liquidität der Gesellschaft wurde gemäß § 5 Gesellschaftsvertrag bis Mitte April 2011 durch Zahlungen der Stadt Koblenz sichergestellt. Ab der Eröffnung der Gartenschau konnte sich die Gesellschaft vollständig aus eigenen Einnahmen finanzieren.
Die Gesellschaft verfügt über einen erheblichen Bestand an flüssigen Mitteln, der in Abstimmung mit der Kämmerei der Stadt Koblenz als Festgeld angelegt ist und für die Restabwicklung ausreichen wird.

Liquidation der Gesellschaft
Wie die Gesellschafterversammlung am 26. November 2009 beschlossen hatte, hat die Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 die Liquidation beantragt. Die Eintragung ins Handelsregister ist am 07. Januar 2013 erfolgt, die Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 25. Januar 2013.
In der Gesellschafterversammlung am 08. November 2012 ist Frau Ulrike Kirchner zur Liquidatorin bestellt worden.
Nach Ablauf des Liquidationsjahres wird die Gesellschaft voraussichtlich im 2. Halbjahr 2014 endgültig aufgelöst.

Steuerliche Verhältnisse und sonstige Prüfungen

Für die am 10. Dezember 2007 durch das Finanzamt Koblenz durchgeführte Umsatzsteuerprüfung für das Jahr 2005 ist der Bescheid am 19. Juni 2008 ergangen. Es wurden keine Abweichungen festgestellt.

In der Zeit vom 12. bis 14. November 2008 hat das Finanzamt Koblenz eine Lohnsteuerprüfung für die Jahre 2005 bis 2007 durchgeführt. Es ergaben sich keine nennenswerten Beanstandungen.

Am 23./24. September 2009 hat die Deutsche Rentenversicherung eine Betriebsprüfung durchgeführt. Es ergaben sich keine nennenswerten Beanstandungen.

Das Finanzamt Koblenz hat am 17. Januar 2012 mit einer Umsatzsteuersonderprüfung für die Monate Oktober und November 2011 begonnen. Im Bericht des Finanzamtes vom 13. August 2012 wurden einige abweichende Sachverhalte dargestellt, die in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Finanzamt und dem Steuerberater diskutiert wurden. Die Änderungen wurden bereits in die Umsatzsteuerjahreserklärung übernommen.

Die Betriebsprüfung wurde im 1. und 2. Quartal 2013 durchgeführt. Das Abschlussgespräch fand am 27. August 2013 mit den Prüfern des Finanzamtes, dem Steuerberater und dem Vertreter der Stadt Koblenz statt. Verschiedene Sachverhalte wurden erörtert und zum Abschluss gebracht. Mit dem Schlussbericht des Finanzamtes vom 18. Oktober 2013 wurde die Betriebsprüfung abgeschlossen. Die daraus resultierenden Steuerzahlungen sind umgehend erfolgt.

Die Lohnsteuerprüfung für die Jahr 2008 bis 2012 wurde ebenfalls im Dezember 2012 begonnen und im 1. und 2. Quartal durchgeführt. Sie wurde mit dem Bescheid vom 23.07.2013 abgeschlossen. Die Nachzahlungen sind ebenfalls umgehend erfolgt.

Die Sozialversicherungsprüfung wurde bereits im Juli 2012 durchgeführt. Das Ergebnis der Lohnsteuerprüfung wurde entsprechend weitergeleitet. Der Abschlussbericht liegt noch nicht vor.

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2013 ist für den Zeitraum 01. Januar 2013 bis 31. Juli 2013 eine weitere Umsatzsteuersonderprüfung angeordnet worden. Die Prüfung begann am 11. November 2013 und ist noch nicht abgeschlossen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Mit Schreiben vom 26.02.2014 des Finanzamtes Koblenz ist die Umsatzsteuersonderprüfung auf den Voranmeldezeitraum August bis Dezember 2013 erweitert worden.

Chancen und Risiken

Chancen sind nach der weitgehenden Abwicklung der Gesellschaft nicht mehr gegeben.

Aus der Umsatzsteuersonderprüfung können Steuernachzahlungen resultieren. Das gleiche gilt auch für die Sozialversicherungsprüfung.

Voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft
Im Geschäftsjahr 2014 ist die endgültige Löschung der Gesellschaft geplant.
Im Einzelnen sind folgende Aufgaben geplant:

- *Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2013*
- *Einberufung einer abschließenden Aufsichtsratssitzung*
- *Einberufung der notwendigen Gesellschafterversammlungen*
- *Erstellung der Schlussabrechnung*
- *Zuarbeit zu Verwendungsnachweisen, sowie Bearbeitung von Rückfragen*
- *Dokumentation und Archivierung der Unterlagen*
- *Beantragung der endgültigen Löschung der Gesellschaft*
- *Auflösung der Geschäftsstelle zum Ende der Liquidationsphase*

Die Gesamtsumme des Erfolgsplans beläuft sich im Wirtschaftsplan 2013 für das Wirtschaftsjahr 2014 auf EURO 245.000 die im Durchführungshaushalt für die abschließende Liquidation zur Verfügung stehen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschüsse für Investitionen	*69 T€*

Anmerkung: *Die Ausgleichszahlungen zwischen der GmbH und der Stadt Koblenz erfolgen in 2014.*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Sitzungsgelder Aufsichtsrat	*1.700,00 €*

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH

Rechtsform

gGmbH

Gegründet

19. Juli 2005

Stammkapital am 31.12.2013

10.240.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch bedarfsgerechte, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung im nördlichen Rheinland-Pfalz, insbesondere der Stadt Koblenz und des Landkreises Mayen-Koblenz, mit Gesundheitsleistungen.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb von Kliniken und Krankenhäusern mit stationären und ambulanten ärztlichen Leistungen sowie ergänzender Einrichtungen und der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegekräften im Gesundheits- und Sozialbereich. Die Gesellschaft betreibt das Klinikum Kemperhof in Koblenz und das St. Elisabeth Krankenhaus in Mayen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Im Rahmen der Vorschriften über steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Abgabenordnung ist die Gesellschaft berechtigt, sich auf verwandten Gebieten zu betätigen und Leistungen zu erbringen, die mit dem Gesellschaftszweck in Zusammenhang stehen. Im Rahmen des Gesellschaftszwecks darf sich die Gesellschaft an anderen Körperschaften beteiligen oder solche errichten.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die

satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Koblenz	*5.120.000,00 €*	*50 %*
Landkreis Mayen Koblenz	*5.120.000,00 €*	*50 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Beigeordneter Detlef Knopp – Vorsitzender –
Landrat Dr. Alexander Saftig – stellvertretender Vorsitzender –
Dr. Adolf Weiland
Dieter Winkel
Anton Reiter
Doris Laux
Rolf Schäfer
Hans-Georg Schönberg
Christoph Kläs
Leo Biewer
Peter Balmes
Eike Kurz
Walter Schneider
Dr. Claudia Tamm
Angela Keul-Göbel
Michael Bordelle (ab 11.11.2012)
Matthias Schmitz
Hans Peter Klöckner
Franz-Josef Hahn
Dr. Johannes Christoph Bernhard

Gesellschafterversammlung

Landrat Dr. Alexander Saftig – Vorsitzender -
Beigeordneter Detlef Knopp – stellvertretender Vorsitzender-
Herbert Bocklet
Nils Wiechmann
Dr. Joachim Kneis
Ernst Einig
Dr. Bernhard Koll
Toni Schüller
Klaus Endris
Anita Weis

Geschäftsführung

Markus Heming (bis 31.08.2013)
Jürgen Schmidt (ab 01.09.2013)

Beteiligungen des Unternehmens

GK Service GmbH	*100,0 %*	*25.000,00 €*
FWM Fernwärmeversorgung Mayen GmbH	*5,0 %*	*45.000,00 €*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

A. Grundsätzliches zur Gesellschaft

1. Gesellschafterversammlung

Die beiden Gebietskörperschaften, die Stadt Koblenz und der Landkreis Mayen-Koblenz, sind zu je 50 % an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH beteiligt. Die Gesellschafter üben ihre Rechte in der Gesellschafterversammlung aus und sind durch den Oberbürgermeister der Stadt Koblenz und den Landrat des Landkreises Mayen-Koblenz bzw. die mit eigenem Geschäftsbereich bestellten und für die Gesellschaft zuständigen Beigeordneten vertreten. Darüber hinaus entsenden der Stadtrat der Stadt Koblenz und der Kreistag des Landkreises Mayen-Koblenz jeweils vier Mitglieder in die Gesellschafter-versammlung. Im Wirtschaftsjahr 2013 führte Herr Landrat Dr. Alexander Saftig den Vorsitz.

2. Aufsichtsrat

Im Aufsichtsrat sind der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz und der Landrat des Landkreises Mayen-Koblenz bzw. die mit eigenem Geschäftsbereich bestellten und für die Gesellschaft zuständigen Beigeordneten vertreten. Ferner entsenden der Stadtrat der Stadt Koblenz und der Kreistag des Landkreises Mayen-Koblenz jeweils sieben Mitglieder in den Aufsichtsrat. Die Arbeitnehmervertretungen der beiden Krankenhäuser in Koblenz und Mayen entsenden jeweils aus ihrer Mitte zwei Mitglieder. Den Vorsitz führte im Wirtschaftsjahr 2013 Herr Beigeordneter Detlef Knopp.

3. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung oblag im Berichtsjahr bis zum 31.08.2013 Herrn Markus Heming und ab 01.09.2013 Herrn Jürgen Schmidt. Darüber hinaus besteht für beide Klinikstandorte eine Krankenhausbetriebsleitung, der die Kaufmännische Direktion, die Ärztliche Direktion und die Pflegedirektion angehören.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser ist im Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) im Rahmen der dualen Finanzierung durch Leistungen der Öffentlichen Hand und der Krankenkassen geregelt. Ziel dieser Regelung ist, eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu sozial verträglichen Entgelten zu gewährleisten.

Anstelle der Grundlohnrate tritt ab 2013 der Orientierungswert, der im Jahr 2013 mit 2,00% beziffert wird. Er wurde erstmals vom statistischen Bundesamt am 28.09.2012 veröffentlicht und dient gleichzeitig als Veränderungswert für 2013. Dieser Veränderungswert bildet die maßgebliche Obergrenze für die Entwicklung der Landesbasisfallwerte. Da die Steigerung des Orientierungswertes noch nicht einmal die Inflationsrate deckt, haben Krankenhäuser mit enormen Finanzierungslücken zu rechnen. Diese sind nur mit massiven Sparmaßnahmen und einer Ausweitung der Umsatzerlöse aufzufangen.

Mit dem Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung (KVBeitrSchG) vom 15.07.2013 wurden daher befristete Maßnahmen ergriffen, um das zunehmende Missverhältnis zwischen Kosten- und Einnahmesteigerungen im Krankenhaus einzudämmen. Bundesweit sollen die Krankenhäuser mit den beschlossenen Maßnahmen in den Jahren 2013 und 2014 rund 1,1 Mrd. Euro zusätzlich erhalten. In diesem Zusammenhang werden z.B. zusätzliche Mittel für die Anforderungen des Infektionsschutzgesetzes bereitgestellt. Der sog. Versorgungszuschlag wurde für die Jahre 2013 und 2014 geschaffen. Damit soll das geschätzte Gesamtvolumen der Mehrleistungsabschläge der Jahre 2013 und 2014 gleichmäßig an alle – auch die nicht mehrleistenden – Krankenhäuser ausgeschüttet werden, um die Degression des Landesbasisfallwertes zu kompensieren, die entsteht wenn landesweite Leistungssteigerungen zu verzeichnen sind.
Auch die Tarifsteigerungen des Jahres 2013 werden anteilig refinanziert. Dies geschieht durch einen Aufschlag auf den oben erwähnten Versorgungszuschlag.
Diese finanziellen Hilfen waren notwendig um die Kostensteigerungen, insbesondere für Personal und Energie, die über die gedeckelten Vergütungsanpassungen nicht mehr refinanziert werden konnten, aufzufangen.

Für die Festsetzung des LBFW 2013 war in Rheinland-Pfalz ein Schiedsstellenverfahren anberaumt worden. Daher wurde vorläufig ein Zahlbasisfallwert in Höhe von 3.240,39 € festgesetzt, der ab dem 01.01.2013 abgerechnet wurde. Für das Jahr 2013 genehmigte letztendlich das Ministerium einen jahresdurchschnittlichen Landesbasisfallwert von 3.250,70 €.

2. Leistungs- und Erlösentwicklung

2.1 Verbundkrankenhaus

Mit Bescheid vom 20.12.2012 hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie dem Antrag auf Bildung eines Verbundkrankenhaueses mit zwei Standorten Koblenz und Mayen zugestimmt und festgestellt. Das Verbundkrankenhaus verfügt über insgesamt 771 Betten, worin 25 teilstationäre Betten enthalten sind. Auf den Standort Koblenz entfallen 520 Betten und auf den Standort Mayen 251 Betten. Die Geschäftsordnung wurde entsprechend angepasst und ein gemeinsames Direktorium für den Verbund bestellt. Mit Bescheid vom 30.07.2013 teilte das Ministerium mit, dass auf Grundlage des § 8 Krankenhausfinanzierungsgesetz festgestellt wurde, dass die Fachrichtung Innere Medizin des Gemeinschaftsklinikums am Standort Mayen als kardiologischer Schwerpunkt ausgewiesen ist.

Die Entgeltverhandlung 2013 für das Verbundkrankenhaus fand am 18.06.2013 und am 22.10.2013 statt. Es wurde eine verbindliche Einigung mit den Kostenträgern über das Budget des Jahres 2013 erzielt. Wesentlicher Inhalt war die Vereinbarung von erheblichen Mehrleistungen über beide Standorte. Zurzeit sind die Unterlagen in Bearbeitung bei den Kostenträgern. Die Umsetzung und Genehmigung ist im Anschluss daran beim Ministerium einzuholen.

2.2 Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz

Das Gemeinschaftsklinikum Kemperhof ist ein Krankenhaus im Sinne des § 107 Abs. 1 SGB V i.d.F. vom 20.12.1998 (BGBl. I S. 2477, 2482) und als Plankrankenhaus i.S. des § 108 SGB V zur Erbringung von Krankenhausleistungen zugelassen. Basierend auf dem Landeskrankenhausplan 1997 - Versorgungsgebiet Mittelrhein - Westerwald - ist das Gemeinschaftsklinikum Kemperhof mit Bescheid vom 28.11.2002 des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGFF) als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung ausgewiesen. Von den 520 Planbetten sind 495 im vollstationären und 25 im teilstationären Bereich (TS) angesiedelt.
Der Case-Mix (effektiv) hat sich im Jahr 2013 um 1.277,032 auf 22.484,781 erhöht (Vorjahr 2012: 21.207,749).
Die Krankenhauserträge stiegen um 5.857 T€. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Mehrleistungen aus DRG`s, Zusatzentgelten, § 6 Entgelten und einem höheren Basisfallwert.

2.3 Gemeinschaftsklinikum St. Elisabeth Mayen

Das Gemeinschaftsklinikum St. Elisabeth Mayen ist ein Krankenhaus im Sinne des § 107 Abs.1 SGB V i.d.F. vom 20.12.1998 (BGBl. I S. 2477, 2482) und als so genanntes Plankrankenhaus gemäß § 108 Ziff. 2 SGB V zur Erbringung von Krankenhausbehandlungen zugelassen.
Es ist nach dem Landeskrankenhausplan Rheinland-Pfalz ein Krankenhaus der Regelversorgung und verfügt über 251 Planbetten.

Der Case-Mix (effektiv) konnte im Jahr 2013 um 448,972 auf 9.770,302 erhöht werden (Vorjahr 2012: 9.321,330).
Der Anstieg der Krankenhauserträge um 1.974 T€ ist vor allem bedingt durch einen

Anstieg der Erträge im DRG-Bereich, verbunden mit einem hohen Fallzahlanstieg.

Insgesamt sind die Krankenhauserträge für beide Standorte um 7.831 T€, das sind 5,9 %, angestiegen.

3. Personal- und Sozialbereich

In 2013 sind folgende Vorgänge von Bedeutung:

- *Die jahresdurchschnittliche Stellenbesetzung weist eine Zunahme von 34,7 Vollkräften zum Vorjahr aus.*
- *Im Personalkostenbereich kam es zu einer Kostensteigerung in Höhe von 4.460 T€. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von 5,6 %. Dazu trug u. a. die Tarifauswirkung im ärztlichen Dienst mit 2,6 % zum 01. Januar 2013 bei. Im nichtärztlichen Dienst ergab sich eine tarifliche Steigerung (TVÖD) zum 01. Januar 2013 von 1,40 % sowie ab 01.08.2013 von zusätzlich 1,4 %. Die Erhöhung der Vollkraftzahl von 34,7 wirkt sich mit ca. 1.780 T€ aus. Die restliche Steigerung resultiert aus Rückstellungsbeträgen für Bereitschaftsdienste und Überstunden sowie Altersteilzeit.*

4. Investitionen

In 2013 wurden der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH folgende Fördermittel nach dem KHG bewilligt:

- *Pauschale Fördermittel für die Wiederbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern.*

Die Fördermittel des Landes wurden zweckentsprechend verwendet.

Folgende Maßnahmen wurden 2013 aus Eigenmitteln getätigt:

- *Am Klinikstandort St. Elisabeth Mayen wurden durch laufende Maßnahmen in 2013 als auch in 2014 weitere Teile des Ärztehauses ausgebaut, sodass die Maßnahme bis Juni 2014 abgeschlossen sein wird. Die Maßnahme beläuft sich insgesamt auf 4.200 T€.*
- *Am Klinikstandort Kemperhof Koblenz gab es angesichts der anstehenden Generalsanierung keine wesentlichen baulichen Maßnahmen.*

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***73.195.403,77***	***68.837.430,37***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*281.007,00*	*180.201,00*
II. Sachanlagen	*72.196.275,23*	*67.983.610,93*
III. Finanzanlagen	*718.121,54*	*673.618,44*
B. Umlaufvermögen	***27.881.225,69***	***34.563.110,89***
I. Vorräte	*4.514.039,55*	*5.281.923,13*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*20.439.568,59*	*21.355.823,88*
Forderungen aus L u. L	*11.933.596,63*	*12.657.127,29*
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	*0,00*	*0,00*
Forderungen an Gesellschafter	*0,00*	*0,00*
Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	*7.081.058,58*	*7.439.973,22*
Sonstige Vermögensgegenstände	*1.424.913,38*	*1.258.723,37*
III. Kassenbestand	*2.927.617,55*	*7.925.363,88*
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	***3.902.327,17***	***4.041.735,75***
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***64.958,36***	***60.831,90***
Bilanzsumme	***105.043.914,99***	***107.503.108,91***
A. Eigenkapital	***32.799.544,86***	***34.147.054,83***
I. Gez. Kapital	*10.240.000,00*	*10.240.000,00*
II. Kapitalrücklage	*5.729.514,35*	*5.729.514,35*
III. Gewinnrücklage	*16.003.652,82*	*17.331.782,72*
IV. Gewinnvortrag	*0,00*	*0,00*
V. Bilanzgewinn, -verlust	*826.377,69*	*845.757,76*
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	***38.815.131,81***	***35.986.190,81***
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach KHG	*35.097.119,53*	*32.518.926,53*
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	*2.271.229,00*	*2.119.906,00*
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	*1.446.783,28*	*1.347.358,28*
C. Rückstellungen	***7.956.113,33***	***7.448.591,87***
1. Rückstellungen für Altersteilzeit	*210.638,06*	*161.827,64*
2. Steuerrückstellungen	*99.406,00*	*377.800,00*
3. Sonstige Rückstellungen	*7.646.069,27*	*6.908.964,23*
D. Verbindlichkeiten	***22.289.111,80***	***27.047.326,75***
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*14.369.531,41*	*13.350.568,78*
2. Verbindlichkeiten aus L u. L	*3.064.930,38*	*4.024.470,19*
3. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	*108.977,74*	*149.155,29*
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	*48.339,15*	*94.064,89*
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	*2.810.336,36*	*7.279.387,03*
6. Sonstige Verbindlichkeiten	*1.886.996,76*	*2.149.680,57*
E. Ausgleichsposten nach dem KHG	***3.179.080,18***	***2.867.482,18***
F. Rechnungsabgrenzungsposten	***4.933,01***	***6.462,47***
Bilanzsumme	***105.043.914,99***	***107.503.108,91***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Erlöse aus allg. Krankenhausleistung	*103.441.116,88*	*110.070.030,78*
Erlöse aus Wahlleistungen	*1.748.482,35*	*1.809.185,48*
Erlöse aus ambulanten Leistungen	*2.167.651,40*	*2.481.952,43*
Nutzungsentgelte u. sonstige Abgaben der Ärzte	*3.283.468,87*	*3.884.355,51*
Veränderung Bestand unfertige Leistungen	*38.655,15*	*60.303,40*
Andere aktivierte Eigenleistungen	*0,00*	*0,00*
Zuweisungen und Zuschüsse	*0,00*	*0,00*
sonstige Erträge	*23.380.138,29*	*23.667.806,97*
Gesamtleistung	***134.059.512,94***	***141.973.634,57***
Materialaufwand	*38.456.335,35*	*40.344.437,45*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	*30.694.828,23*	*32.464.369,01*
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	*7.761.507,12*	*7.880.068,44*
Rohertrag	***95.603.177,59***	***101.629.197,12***
Personalaufwand	*80.252.880,98*	*84.711.321,03*
a) Löhne und Gehälter	*63.441.834,66*	*67.323.462,15*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*16.811.046,32*	*17.387.858,88*
Erträge aus Zuwendungen zur Finanz. von Investition.	*2.314.136,48*	*3.006.445,30*
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	*46.622,00*	*46.622,00*
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verb. nach dem KHG u. aufgrund sonst. Zuwendungen	*3.691.392,76*	*3.643.674,10*
Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung	*426.836,00*	*426.836,00*
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verb. nach dem KHG und aufgrund sonst. Zuwend.	*2.010.671,20*	*2.695.252,09*
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte Nutzungen von Anlagegegenstände	*167.764,51*	*279.967,97*
Abschreibungen	*6.138.375,89*	*6.005.303,29*
sonstige betr. Aufwendungen	*11.478.975,91*	*12.799.948,63*
Erträge aus Beteiligungen	*0,00*	*5.000,00*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*20.570,68*	*47.277,75*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*463.981,15*	*370.656,28*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***1.590.085,87***	***1.942.602,88***
ausserordentliches Ergebnis	*0,00*	*0,00*
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*340.920,93*	*569.845,10*
sonstige Steuern	*26.565,11*	*25.247,81*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***1.222.599,83***	***1.347.509,97***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***3,7***	***4,0***
Gesamtrentabilität	***%***	***5,1***	***5,0***

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	**T€**	**86,5**	**89,0**

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	**%**	**69,7**	**64,0**
Intensität des Umlaufvermögens	**%**	**30,3**	**36,0**

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	**%**	**44,8**	**49,6**
Anlagendeckung II	**%**	**54,4**	**61,6**

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	**%**	**31,2**	**31,8**
Fremdkapitalquote	**%**	**68,8**	**68,2**

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	**%**	**48,8**	**59,0**

Lage des Unternehmens

5. Darstellung der Vermögens- und Ertragslage

Der Bilanzgewinn beträgt 846 T€ und liegt um 20 T€ über dem Vorjahr. Die deutlich bessere Ertragslage wurde durch die gestiegenen tariflichen Auswirkungen sowie höhere Materialaufwendungen weitgehend kompensiert. Letztlich spielte dabei jedoch auch der Mehrleistungsabschlag in Höhe von rd. 3.000 T€ (für 2013 und 2014), der als Abschlag auf die Erlöse bei Leistungssteigerungen an die Kassen zu zahlen ist, eine Rolle. Nur durch diesen gesetzlich vorgesehenen Abschlag lassen sich Mehrleistungen „einkaufen".

Anhand von ausgewählten Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wird die Lage der Gesellschaft verdeutlicht.

	2013/T€	*2012/T€*
Bilanzsumme	*107.503*	*105.044*
Eigenkapital	*34.147*	*32.799*
Sonderposten/Fördermittel	*35.986*	*38.815*
Anlagevermögen	*68.837*	*73.195*
Jahresüberschuss	*1.348*	*1.223*
Bilanzgewinn	*846*	*826*

C. Nachtragsbericht

Beide Standorte werden von Tariferhöhungen der Abschlüsse im Jahr 2014 betroffen sein. Um diese zu kompensieren, sind weitere Erlössteigerungen und Kostenoptimierungen notwendig. Die Tarifsteigerung im ärztlichen Dienst ist bekannt, da sie bereits in 2013 für das Jahr 2014 vereinbart wurde und beträgt 2,00 %. Im Monat April 2014 vereinbarten die Tarifparteien eine Tarifsteigerung für das nichtärztliche Personal von 3,00 % ab 01. März 2014.

Für das Jahr 2014 wird ein positives Ergebnis von 2.180 T€ prognostiziert.

Am Standort Mayen wird der Ausbau des 2. Obergeschosses des Ärztehauses bis Juni 2014 abgeschlossen sein. Ab 01.07.2014 sind die neu hergerichteten Gebäudeteile vermietet.

D. Prognose, Chancen- und Risikobericht

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Wie bereits im Vorjahr konnte im laufenden Jahrabschluss ein positives Ergebnis ausgewiesen werden. Durch die Erhöhung der Leistungszahlen konnten die Kostensteigerungen kompensiert werden, sodass ein Bilanzgewinn in Höhe von 846 T€ erwirtschaftet wurde. Das prognostizierte Jahresergebnis von 507 T€ wurde um 840 T€ übertroffen. Die ersten Monate des Jahres 2014 lassen auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung schließen.

Mit den finanzierenden Banken ist der laufende Finanzierungsbedarf abgestimmt. Damit kann weiterhin von einer positiven Fortführungsprognose ausgegangen werden.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Die Fusionsverhandlungen mit dem Stiftungsklinikum Mittelrhein haben mittlerweile konkrete Fortschritte gemacht. Die entsprechenden Verträge wurden am 24. Januar 2014 paraphiert. Der Stadtrat und der Kreistag haben der Fusion zugestimmt. Somit ist der Weg für das neue Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein bereitet. Die Zustimmung des Bundeskartellamtes zum Zusammenschluss beider Klinikverbünde steht noch aus.

Bei der Frage der Finanzierung der notwendigen Generalsanierungsmaßnahmen an beiden Standorten – Kemperhof und Stiftungsklinikum - konnte im März 2014 eine Einigung mit dem Land erzielt werden. Für die anstehenden Bau- und Sanierungsmaßnahmen stellt das Land ca. 59,5 Mio. Euro insgesamt zur Verfügung. Dem liegt eine förderfähige Summe von 74,3 Mio. Euro Kosten zugrunde. Die Mittel sollen über einen Zeitraum von acht Jahren bewilligt werden, beginnend mit dem Jahr 2014. Teil der Vereinbarung war auch die Festlegung auf eine Bettenzahl. Nach dem medizinischen Konzept wird diese auf 780 festgelegt – 492 im Kemperhof und 288 im Stiftungsklinikum.

Die Leistungsentwicklung der ersten Monate des Jahres 2014 weist weiterhin einen deutlichen Anstieg der Fallzahlen und der Bewertungsrelationen (Case-Mix) gegenüber dem Vorjahr aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Koblenz

Grundsteuer	*3.657,99 €*
Gewerbesteuer	*42.071,00 €,*
davon	
für 2010	*9.291,00 €*
für 2010 Zinsen	*416,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung für Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:	*35.310,41 €*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft

Rechtsform

Aktiengesellschaft

Gegründet

30. September 1886; letzte Fassung der Satzung vom 18. Februar 2010

Stammkapital am 31.12.2013

Das Stammkapital beträgt 50.000.000,00 €
und ist in 50.000 Stückaktien eingeteilt.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 der Satzung

a) *die Erzeugung, der Bezug und die Verteilung von Energie und Wasser, die Ausführung von Installationen und der Vertrieb dazugehöriger Geräte,*
b) *der Betrieb von öffentlichen Verkehrsmitteln,*
c) *die Errichtung, der Betrieb und die Vermietung von Kommunikationssystemen,*
d) *die Ausführung von Entsorgungen jeglicher Art und die Errichtung und der Betrieb dafür erforderlicher Anlagen,*
e) *die Ausführung von Ingenieurleistungen aller Art und die Beratung in Fragen eines sinnvollen Energieeinsatzes und der Entsorgung.*

Kapitalverhältnisse

EKO2 GmbH, Koblenz	*28.749 Aktien*	*57,5 %*
Stadt Koblenz	*17.503 Aktien*	*35,0 %*
Stadtwerke Koblenz GmbH, Koblenz	*2.500 Aktien*	*5,0 %*
Westerwaldkreis	*833 Aktien*	*1,7 %*
Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH, Koblenz	*415 Aktien*	*0,8 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat:
Prof. Dr. phil. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender –
Ewald Woste – 1. stellv. Vositzender –
Andreas Biebricher
Melanie Blaum
Rainer Engel – 2. stellv. Vorsitzender -
Petra Ensel
Marion Lipinski-Naumann
Norbert Meyers
Anne Schumann-Dreyer

Beirat:
Hans-Jörg Assenmacher
Werner Daum
Manfred Gniffke (ab 15.02.2013)
Birgit Hoernchen (ab 15.02.2013)
Gerhard Lehmkühler
Andrea Mehlbreuer
Dr. jur. Alexander Saftig
Mark Scherhag (ab 15.02.2013)
Achim Schwickert
Stephan Wefelscheid

Vorstand:
Josef Rönz
Dr. rer. pol. Karlheinz Sonnenberg
Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

KEVAG Verkehrs-Service GmbH, Koblenz	*100,00 %*
KEVAG Verteilnetz GmbH, Koblenz	*100,00 %*
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, Koblenz	*100,00 %*
KEVAG Telekom GmbH, Koblenz	*50,00 %*
Windpark Westerwald GmbH, Koblenz	*31,75 %*
Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH, Koblenz	*22,60 %*
Energiegesellschaft Görgeshausen mbH, Görgeshausen	*50,00 %*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Post Merger Integration nach Gesellschafterwechsel

Nach dem Verkauf der von RWE AG über die RWE Beteiligungsgesellschaft mbH gehaltenen Anteile an KEVAG zum Ende des Geschäftsjahres 2012 stand das abgelaufene Geschäftsjahr im Zeichen der Post Merger Integration von EVM und KEVAG. Durch die Fusion beider Unternehmen wird mit über 355.000 versorgten Erdgas-, Strom- und Wasserkunden der größte kommunale Energieversorger im Norden von Rheinland-Pfalz entstehen. In dem Projekt „ST:ART“ werden seit Anfang des Geschäftsjahres 2013 notwendige Vorbereitungen zur Fusion in Zusammenarbeit mit EVM getroffen. Unterstützend wurde dazu ein Strategieberatungsunternehmen mandatiert, das den Integrationsprozess begleitet.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunktur

Die deutsche Wirtschaftsleistung stand 2013 unter Einfluss der anhaltenden Rezession in einigen europäischen Ländern und einer schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Wesentlicher Treiber der deutschen Konjunkturentwicklung war, wie auch in 2012, die starke Binnennachfrage, insbesondere der private Konsum. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 2013 um 0,4% höher als der Vorjahreswert. Die Investitionen von Unternehmen und Staat schrumpften in Vergleich zum Vorjahr um 0,8%. Die schwache Entwicklung der Exporte (+0,6%) und der kräftigere Importzuwachs (+1,3%) lieferten einen negativen Beitrag zum BIP-Wachstum von -0,3 Prozentpunkten. Zur Entstehung des BIP trug der sich positiv entwickelnde Sektor der Unternehmensdienstleistungen bei, während sich das Baugewerbe rückläufig entwickelte. Die Leistung des produzierenden Gewerbes als größter Sektor der deutschen Wirtschaft blieb unverändert auf Vorjahresniveau.

Witterung

Die Witterung spielt für Energienachfrage und regenerative Erzeugung, aber auch für die Versorgungsicherheit der Netze der Energiewirtschaft eine wesentliche Rolle. Zu Beginn des Jahres 2013 herrschte ein ungewöhnlich langer Winter, ehe Anfang Juni starke Regenfälle zu Überflutungen an Donau und Elbe führten. Der insgesamt sonnige Sommer mit teils heftigen Gewittern und Stürmen ging in einen milden Herbst über. Das Jahr schloss mit einem überdurchschnittlich warmen Dezember. Im vergangenen Jahr lag die Durchschnittstemperatur in Deutschland bei 8,7 Grad Celsius und damit 0,5 Grad Celsius über dem langjährigen Mittel. Das Windaufkommen lag 2013 leicht unter dem des Vorjahres und dem langjährigen Mittel. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf mit 1.480 Sonnenstunden um ca. 170 Sonnenstunden deutlich unter dem Vorjahreswert und dem langjährigen Durchschnitt.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Aus den bisher vorliegenden Daten des Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. geht hervor, dass der Primärenergieverbrauch in Deutschland 2013 um ca. 2,7% gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist. Hier spielten insbesondere der lang andauernde Winter und kühle Frühjahrsmonate eine entscheidende Rolle.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
	T€	***T€***
A. Anlagevermögen	***202.808***	***237.007***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*1.869*	*1.303*
II. Sachanlagen	*75.346*	*79.907*
III. Finanzanlagen	*125.593*	*155.797*
B. Umlaufvermögen	***77.665***	***42.400***
I. Vorräte	*960*	*0*
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	*51.967*	*41.523*
III. Flüssige Mittel	*24.738*	*877*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0***	***0***
Bilanzsumme	***280.473***	***279.407***
A. Eigenkapital	***81.388***	***65.588***
I. Gez. Kapital	*50.000*	*50.000*
II. Kapitalrücklage	*12.743*	*12.743*
III. Gewinnrücklagen	*2.788*	*2.788*
IV. Bilanzgewinn	*15.857*	*57*
B. Sonderposten	***3.752***	***3.295***
C. Rückstellungen	***101.264***	***104.208***
D. Verbindlichkeiten	***68.956***	***83.027***
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***25.113***	***23.289***
Bilanzsumme	***280.473***	***279.407***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	***2012***	***2013***
	T€	***T€***
Umsatzerlöse	*458.728*	*420.613*
./. Strom-/ Energiesteuer	*-34.423*	*-30.684*
Bestandsveränderungen	*-43*	*-1*
andere aktivierte Eigenleistungen	*105*	*20*
Sonstige betriebliche Erträge	*7.840*	*18.621*
Gesamtleistung	***432.207***	***408.569***
Materialaufwand	*335.786*	*318.372*
Rohertrag	***96.421***	***90.197***
Personalaufwand	*42.227*	*29.165*
Abschreibungen	*11.453*	*10.381*
Sonstige betr. Aufwendungen	*23.467*	*24.993*
Erträge aus Beteiligungen	*264*	*394*
Erträge aufgrund Ergebnisabführungsvertrag	*2.596*	*1.184*
an Organschaft weiterbelastete Ertragsteuern	*-144*	*930*
Erträge. aus WP und Ausl. d. Finanzanlagevermögen	*5.303*	*3.423*
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	*0*	*0*
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	*31*	*36*
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*-4.931*	*-6.248*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***22.393***	***25.377***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*6.613*	*6.117*
Gewinnabführung aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	*0*	*19.260*
sonstige Steuern	*0*	*0*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***15.780***	***0***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***24,1***	***29,4***
Gesamtrentabilität	***%***	***7,4***	***9,1***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***854,2***	***1.106,9***

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	72,3	84,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	27,7	15,2

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	32,2	27,7
Anlagendeckung II	%	80,5	75,6

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	29,0	23,5
Fremdkapitalquote	%	71,0	76,5

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	78,2	42,3

Lage des Unternehmens

Wirtschaftliche Entwicklung im Gesamtunternehmen

Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug 25.377 T€ gegenüber 22.393 T€ im Vorjahr. Bei einer stabilen Geschäftsentwicklung konnte KEVAG insbesondere wegen einer Verringerung der laufenden Aufwendungen für die Altersversorgung im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr verbessern. Verschiedene außerordentliche Belastungen konnten durch außerordentliche Erträge aus dem Finanzanlagevermögen aufgefangen werden.

KEVAG erzielte im Geschäftsjahr 2013 Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer) in Höhe von 389.929 T€ (Vorjahr: 424.305 T€). Der Rückgang um 6% gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus geringeren Weiterverrechnungen von Dienstleistungen an KVS und KVNetz aufgrund der

Betriebsteilübergänge in 2012 und 2013 und dem weiterhin harten Wettbewerb im Geschäftskundenbereich sowohl im Strom- als auch im Gasgeschäft.

Der Materialaufwand sank 2013 um 5,2%, insbesondere durch geringere Strom- und Gasbezugskosten wegen der wettbewerbsbedingt rückläufigen Absatzentwicklung im Geschäftskundensegment.

Der Personalaufwand lag im Jahr 2013 mit 29.165 T€ um 13.062 T€ deutlich unter dem Vorjahreswert. Dies liegt zum einen daran, dass Mitarbeiter im Rahmen des Betriebsteilübergangs auf KVNetz übergegangen sind. Zum anderen konnte der Personalaufwand trotz Vergütungstarifanapassungen durch den Ersatz altersbedingt ausscheidender Mitarbeiter durch jüngere Mitarbeiter verringert werden. Die laufenden Aufwendungen für die Altersversorgung waren wegen des geringeren Anstiegs des Verbraucherpreisindex deutlich niedriger als im Vorjahr.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr bedingt durch die Übertragung von Anlagevermögen auf KVS und KVNetz im Zuge der in 2012 und 2013 durchgeführten Betriebsteilübergänge um 1.072 T€ auf 10.381 T€ gesunken.

KEVAG führte aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages nach Berücksichtigung des Steueraufwands von 6.117 T€ einen Ergebnis von 19.260 T€ an EKO2 ab.
Die Investitionen in das Anlagevermögen beliefen sich auf 15.824 T€. Es wurden 164 T€ in immaterielle Vermögensgegenstände und 15.660 T€ in Sachanlagen, im Wesentlichen in Leitungsnetzanlagen, sowie 788 T€ in Finanzanlagen für die Beteiligung an EGG und die Anteilsaufstockung an KTK investiert. Die finanziellen Mittel hierfür wurden aus dem laufenden Umsatzprozess und einer Reduzierung des Bestands an flüssigen Mitteln bereitgestellt.

Die aus dem Verhältnis von dem abgeführtem Gewinn zum Eigenkapital berechnete Eigenkapitalrentabilität lag bei 29,4% (Vorjahr: 24,1%) bei einer Eigenkapitalquote von 23,5% (Vorjahr: 29,0%). Der Rückgang der Eigenkapitalquote resultiert aus dem erstmaligen Ausweis des abzuführenden Ergebnisses an EKO2 GmbH (EKO2) unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der KEVAG verringerte sich um 1.066 T€ bzw. 0,4% auf 279.407 T€. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme lag per 31.12.2013 bei 84,8% (Vorjahr: 72,3%).

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände sind über das Eigenkapital gedeckt. Die Rückstellungen sind merklich geringer als der Wert der Finanzanlagen.
Verglichen mit dem Vorjahr ergab sich ein niedrigerer Finanzmittelüberschuss, da zum Ende des letzten Geschäftsjahres die Rückzahlung des Darlehens an RWE von 20.000 T€ in den liquiden Mitteln enthalten war. Der Cash Flow belief sich zum Geschäftsjahresende auf 21.332 T€ (Vorjahr: 28.520 T€).

Wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Tätigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Elektrizitätsverteilung (Verpachtung Strom - Verteilnetz)

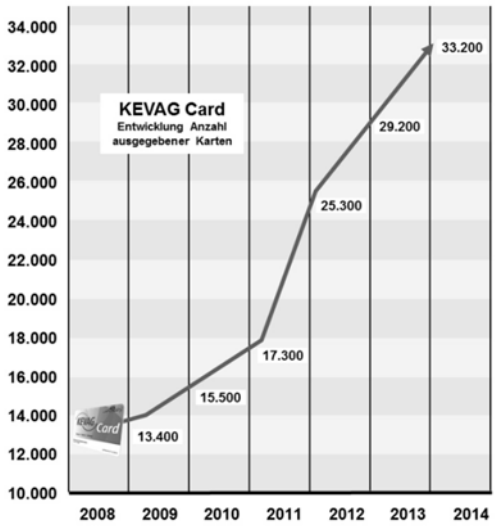
Das Verteilnetz der KEVAG ist an KVNetz verpachtet, die das Stromnetz eigenständig betreibt. Die von KEVAG hierfür vereinnahmten Pachterlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.071 T€ auf 10.572 T€ erhöht, im Wesentlichen durch Investitionen in den Pachtgegenstand. Wiederum positiv beeinflusst wurde das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit durch die Ergebnisabführung der KVNetz in Höhe von 1.184 T€ (Vorjahr: 2.596 T€).

Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Vertrieb

Das Jahr 2013 hat sich im Privat- und Gewerbekundenbereich insgesamt zufriedenstellend entwickelt. Wie zu erwarten, haben im Frühjahr 2013 durch die notwendige Preisanpassung aufgrund der starken Erhöhung von staatlich festgelegten Abgaben (insbes. EEG), die Kündigungszahlen zugenommen. Diese Entwicklung hat sich in den Folgemonaten abgeschwächt, sodass die Kündigungen wieder deutlich zurückgegangen sind. Im Zuge der Preisanpassung konnten mehr als 5.000 Kunden von dem Produkt TreueStrom, das eine einjährige Mindestvertragslaufzeit vorsieht, überzeugt werden. So haben sich mittlerweile über 12.000 Kunden für dieses zertifizierte Ökostromprodukt entschieden – und damit für Strom, der zu 100% aus Wasserkraft stammt.

Die Anzahl der Kunden konnte ab dem zweiten Quartal stabilisiert werden, sodass das Jahr 2013 mit insgesamt ca. 3.000 Kunden weniger als zum Jahresbeginn beendet wurde. Unter anderem daher lag der Absatz im Segment Privat- und Gewerbekunden leicht unter dem Vorjahresniveau.



Für das Jahr 2013 liegt der Anteil der verkauften Strommenge, der aus regenerativen Erzeugungsanlagen stammt, im Privat- und Gewerbekundensegment deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. So stammen knapp 50% des Strombezugs aus regenerativen Quellen.

Aufgrund vielfältiger Aktivitäten und zunehmender Attraktivität erhöht sich die Anzahl der Kunden, die eine KEVAG Card besitzen, stetig. Mit Hilfe eines professionellen Promotion-Teams wurde die Flächenpräsenz und somit die Wahrnehmung der KEVAG erhöht. Für Kartenbesitzer sind auch 2013 zusätzliche Vergünstigungen mit neuen Leistungsträgern ausgehandelt worden.

Mit Ablauf des Jahres 2013 endeten verschiedene Rahmenverträge. Erfreulich ist, dass drei große Dachverbände in den vergangenen Monaten ihre Rahmenverträge mit KEVAG um drei Jahre verlängert haben. Auch konnten 2013 zusätzliche Rahmenverträge mit weiteren Bündelkunden abgeschlossen werden.

Das Netzwerk Wärme und Energie konnte im Jahr 2013 auf eine breitere Basis gestellt werden. So wurden Partner aus dem Bereich des Handwerks, Architektur und Hersteller hinzugewonnen. Dadurch wird innerhalb des Netzwerks eine Verzahnung zwischen den einzelnen Gewerken im Bau- und Modernisierungsgewerbe verstärkt.

Auch im Geschäftsjahr 2013 wurde an der Verbreitung der Wärmepumpentechnologie insbesondere auch für den Sanierungsmarkt gearbeitet. Dafür wurde ein spezielles Förderprogramm aufgelegt. Bei zahlreichen Veranstaltungen, Haus- und Regionalmessen war KEVAG mit fachspezifischen Vorträgen und Messeständen präsent.

Im Frühjahr dieses Jahres fand die Ausschreibung zur Stromlieferung an kommunale Lieferstellen der Stadt Koblenz statt. Diese konnte KEVAG für sich entscheiden und so beliefert KEVAG auch weiterhin die kommunalen Liegenschaften der Stadt Koblenz bis zum Jahr 2016.

Die anhaltende Niedrigpreisphase am Strommarkt konnte weiterhin genutzt werden, um langfristige Lieferverträge im Segment Firmenkunden abzuschließen. Sehr erfreulich ist, dass auch einige der TOP 30-Kunden einen Stromliefervertrag mit KEVAG bis 2017 und teilweise sogar bis 2018 abgeschlossen haben.

Die forcierte überregionale Neukundenakquise im Geschäftskundensegment zeigt erste Erfolge. So konnten im Jahr 2013 rund 50 Lieferstellen neu hinzugewonnen werden.

Durch die Neuregelung beim sogenannten Spitzenausgleich im Energie- und Stromsteuergesetz hat KEVAG Kunden aus dem produzierenden Gewerbe bei der Testierung eines Energiemanagementsystems und bei der Beantragung der Steuerrückerstattung beim Hauptzollamt beraten. Diese Maßnahme wurde von verschiedenen regionalen Unternehmen und Kommunalwerken genutzt.

Fünf der von KEVAG belieferten Stadtwerke haben die gemeinsame Geschäftsbeziehung untermauert und erneut Energielieferverträge abgeschlossen. Zum Teil wurden die Kontrakte bis in das Jahr 2017 hinein geschlossen. Im Rahmen der Akquisitionstätigkeit fand neben dem Portfoliomanagementdienstleistungen das Energiecontrollingsystem (ECS) großes Interesse und bildet die Grundlage für weitere Geschäfte mit den Energieversorgungsunternehmen.

Die beiden größten Key Account-Kunden haben ihre Verträge bis einschließlichfür das Jahr 2016 verlängert.

Im Rahmen eines Projektes der Thüga Innovationsplattform, einem Unternehmensbereich der Thüga AG, die verschiedene Energiecontrollingsoftware-Produkte testete, wurde das ECS der KEVAG in das Produktportfolio der Thüga-

Gruppe aufgenommen. Zukünftig können deren Partnerunternehmen mit Hilfe von ECS Ihre Kunden bei der Umsetzung eines Energiemanagementsystems nach DIN EN 50001 unterstützen. Neben den Kunden der Partnerunternehmen sind die Partnerunternehmen der Thüga-Gruppe selbst eine wichtige Zielgruppe zur Vermarktung der Software.

Durch die Kontakte der Thüga Energieeffizienz GmbH, die erste Gespräche als Vertriebspartner für ECS bei den Stadtwerken der Thüga-Gruppe führte, konnten weitere Kunden gewonnen werden.

Im Bereich der Straßenbeleuchtung konnten zwei weitere Gemeinden von den Vorteilen des Energieeinsparcontractings überzeugt werden. So wurden 159 Leuchtpunkte überwiegend mit LED-Technik energetisch saniert.

Netzservice

Zum 1. August 2013 erfolgte ein Betriebsteilübergang des Geschäftsbereichs Netzservice sowie der Aufgabengebiete Dienstleistungszentrum, Einkauf und Materialwirtschaft der KEVAG auf KVNetz. Der übergegangene Geschäftsbereich Netzservice betreibt Strom- und Telekommunikationsnetze für KVNetz, KTK und Dritte. Ab diesem Zeitpunkt werden die Aufgaben des Netzservice für Strom- und Telekommunikationsnetze von KVNetz selbst wahrgenommen.

Zentrale Handlungsschwerpunkte des Netzservice lagen im Geschäftsjahr 2013 in der Erneuerung von betriebsgealterten Komponenten des Stromverteilnetzes und Netzausbaumaßnahmen sowohl zur Kundenbelieferung als auch für den Anschluss dezentraler Energieerzeugungsanlagen. Die Zahl der neuen Hausanschlüsse belief sich auf einem mit den Vorjahren vergleichbaren Niveau. Hinsichtlich der dezentralen Erzeugungsanlagen ist festzustellen, dass sich die die Anzahl der Anschlussanfragen und die installierte Anlagenleistung mit der stetigen Reduzierung der Einspeisevergütung für Photovoltaikanlagen ebenfalls reduziert hat.
Die Anzahl der Netzstörungen und die Dauer der Versorgungsunterbrechungen im Netzgebiet der KEVAG sind im Bundesvergleich weiterhin überdurchschnittlich gering.

Kundenservice

Im Geschäftsjahr 2013 konnten alle von der Bundesnetzagentur geforderten gesetzlichen Weiterentwicklungen und Anforderungen in der vorhandenen Systemlandschaft implementiert werden. Das im Oktober 2012 eingeführte Abrechungssystem LIMA befindet sich inzwischen im Regelbetrieb. Die im Frühjahr 2013 umgesetzten organisatorischen Veränderungen mit einer neuen Aufgabenverteilung der Teams haben sich bewährt und unterstützen die geänderten Anforderungen an den Betrieb des neuen Abrechnungssystems.

Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Stromerzeugung
KEVAG verfügt über zehn Windenergieanlagen und die Beteiligung an der WPW sowie über zwei Wasserkraftanlagen und mehrere Photovoltaikanlagen. Der Ertrag aus der Stromerzeugung durch Windkraft lag witterungsbedingt im Jahr 2013 leicht unter dem Vorjahresniveau. Äußerst zufriedenstellend war die sehr hohe Anlagenverfügbarkeit, die eine kontinuierliche Energieproduktion ermöglichte.

Zusammen mit der Ortsgemeinde Görgeshausen wurde die Energiegesellschaft Görgeshausen mbH (EGG) gegründet, die seit Mitte Juni 2013 eine 1,4 MW_p Freiflächen-Photovoltaikanlage betreibt. Jährlich können hier rd. 1.400.000 kWh Strom erzeugt werden, was den Bedarf von rd. 350 Haushalten deckt. Das Projekt besitzt für KEVAG Modellcharakter, da sich neben der Kommune auch Bürger der Ortsgemeinde Görgeshausen über Energiesparbriefe der Sparkasse Westerwald am Solarpark beteiligt haben. Die geplanten Erzeugungsmengen konnten in den Sommermonaten 2013 deutlich übertroffen werden, sodass höhere Erträge als budgetiert erzielt wurden.

Telekommunikation
Das Breitbandkabelnetz der KEVAG ist an KTK verpachtet, die das Netz eigenständig betreibt. Die Wartung und Instandhaltung dieses Netzes wird dienstleistend überwiegend durch KVNetz wahrgenommen. Im Jahr 2013 wurde das Projekt „Kabel 3.0“ mit dem Ziel der Erschließung eines Glasfasernetzes im Westerwaldkreis gestartet.

Der 35%-ige Anteil der KEVAG an KTK wurde im Geschäftsjahr 2013 um 15 Prozentpunkte aufgestockt. Den zum Verkauf angebotenen 35%-igen Anteil der RZ-Online GmbH an KTK erwarben die Süwag Beteiligungs GmbH und KEVAG. Beide Gesellschafter halten nun jeweils 50% der Anteile an KTK.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltmanagementsystem
Als Energieversorgungsunternehmen sieht KEVAG sich in einer besonderen Verantwortung für die Sicherheit der Anlagen und den Schutz der Umwelt. Darum findet ein Umweltmanagementsystem erfolgreichen Einsatz. Im Rahmen dieses Umweltmanagementsystems finden regelmäßig interne und externe Audits statt, in denen die Verantwortlichkeiten geprüft und die Arbeitsweisen kontinuierlich verbessert werden. Im Juni 2013 fand im Rahmen des Umweltmanagementsystems vom TÜV Rheinland ein externes Überwachungsaudit nach DIN EN 14001 statt. Diese Überprüfung hat KEVAG erfolgreich bestanden.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
Arbeitssicherheit hat für KEVAG oberste Priorität. Sämtliche Aspekte der Arbeitssicherheit sowie des Gesundheitsschutzes werden in einem jährlich erscheinenden Bericht des hierfür zuständigen Unternehmensbeauftragten dargestellt. Bei der Konzeption konkreter Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz legt KEVAG Wert auf präventive Ansätze der Unfallvermeidung mittels verbindlicher Schulungen eines jeden Mitarbeiters durch die jeweiligen

Führungskräfte. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, das Arbeitssicherheitsmanagement als Führungsaufgabe sowie als essentiellen Bestandteil der Unternehmenskultur weiterzuentwickeln. Weiter sinkende Unfallzahlen sind ein Indiz für den sicheren Betrieb der Anlagen, abgestimmte Arbeitsabläufe sowie für gut ausgebildete und geschulte Mitarbeiter.

Ausbildung

KEVAG ist sich ihrer arbeitsmarktpolitischen Aufgabe, insbesondere im Hinblick auf die Förderung junger Menschen, bewusst. Auch aus diesem Grund wurde das kaufmännisch orientierte Ausbildungsangebot um ein duales Studium mit dem Abschluss Bachelor of Science - Business Administration erweitert. Im technischen Bereich bietet KEVAG bereits seit einigen Jahren ein duales Studium mit dem Abschluss Bachelor of Engineering an. Beide Angebote sind integrierte Kooperationsstudiengänge von Fachhochschule Koblenz, IHK Koblenz und den Ausbildungsunternehmen. Insgesamt absolvieren zum Geschäftsjahresende 21 junge Menschen eine Ausbildung bei KEVAG. Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes werden zukünftig weiterhin verstärkt Übernahmen nach der Ausbildung im kaufmännischen und technischen Bereich umgesetzt, mit dem Ziel, die Erfahrungen und das Wissen altersbedingt ausscheidender Mitarbeiter an kompetenten Nachwuchs weiterzugeben. Durch eine zielgerichtete Nachfolgeplanung wird sichergestellt, dass KEVAG auch zukünftig über qualifiziertes Personal verfügt.

Risikomanagement

KEVAG verfügt über ein umfangreiches Risikomanagement, das im Rahmen einer systematischen Risikoerhebung potenzielle Risiken identifiziert, analysiert und überwacht. Das oberste Gremium bildet dabei der Risikomanagementausschuss, bestehend aus einem Vorstandsmitglied, den Risikoverantwortlichen verschiedener Unternehmensbereiche und dem Risikomanagementbeauftragten. Gegenstand der regelmäßig stattfindenden Sitzungen ist die Bewertung der aktuellen Risikosituation und die Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen. Mit dem Risikomanagement erfüllt KEVAG die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Im Geschäftsbereich Energie lag der Risikofokus bei den Geschäftskunden auf den Beschaffungs-, Absatz- und Ausfallrisiken. Die Überwachung der Risikopositionen wurde von der Organisationseinheit Rechnungswesen/Finanzen/Controlling durchgeführt. Für den Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

Nach § 91 Abs. 2 AktG hat der Vorstand geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden.

Ausblick

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick

Nach ersten Prognosen der Deutschen Bundesbank wird das Wachstum der deutschen Wirtschaftsleistung 2014 deutlich stärker ausfallen als in den Vorjahren. Wesentlicher Wachstumstreiber werden zum einen die zunehmenden

Konsumausgaben sein. Zum anderen werden die Investitionen der Unternehmen wegen steigender Exportnachfrage durch Erholung des Euro-Raums und wichtiger globaler Absatzmärkte deutlich steigen und sich positiv auf die BIP-Entwicklung auswirken. Die gegenüber dem abgelaufenen Jahrzehnt deutlich bessere Arbeitsmarktlage könnte sich in verstärkten Lohnanstiegen widerspiegeln. Der deutsche Staatshaushalt könnte sich aufgrund höherer Steuereinnahmen bis 2015 verbessern und einen Überschuss von 0,5% des BIP erreichen. Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, prognostizieren ein BIP-Wachstum für Deutschland für 2014 von 1,7%.

Ausblick Gesamtunternehmen

KEVAG - EIN STÜCK HEIMAT. Diese Verwurzelung und Verantwortung wird auch in 2014 mit den bekannten Markenattributen das Geschäft antreiben: Kundenorientierter Service - persönlich und online, überzeugende Qualität der Dienstleistungen und Produkte, tatkräftige Unterstützung zukunftsorientierter Projekte und ein verantwortungsbewusster Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen. Nach der Übernahme der KEVAG-Anteile der RWE durch ein kommunales Käuferkonsortium Ende des Jahres 2012 wird durch die in 2014 stattfindende Zusammenführung der Unternehmen EVM und KEVAG eines der größten Energieversorgungsunternehmen im nördlichen Rheinland-Pfalz entstehen. Dadurch werden die Herausforderungen der Zukunft effizienter bewältigt werden können.

Wichtige Elemente für das Engagement im Energiebereich sind die Begleitmaßnahmen im Ausbau der regenerativen Energieerzeugung vor Ort und aktive Klimaschutzmaßnahmen. Auch in 2014 strebt KEVAG an, Kunden, Kommunen und Geschäftspartner gezielt mit konkreten Energiesparkonzepten und ökologisch sinnvollen Lösungsvorschlägen zu bedienen. KEVAG unterstützt Kommunen bei der Planung und Umsetzung eines sinnvollen Konzeptes zur langfristigen Ressourcenschonung und Reduzierung schädlicher Emissionen. Ob zur Verwirklichung von dezentralen Heizkraftwerken, Beteiligungsmodellen für eine zukunftsorientierte Energieversorgung oder zur Einführung einer Infrastruktur zur Förderung der Elektromobilität, KEVAG steht als Partner bereit und mit kompetenter Expertise zur Seite. Durch das erfolgreiche Projekt „KEVAG mit Herz“ zeigt das Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung. KEVAG wird auch im kommenden Jahr gemeinwohlfördernde Projekte in den Gemeinden und Städten durch aktive Hilfe und Unterstützung im Ehrenamt zur Realisierung bringen.

Der Kunde steht weiterhin im Mittelpunkt des Handelns: Über 210.000 Kontakte im Kundenservice, davon 80.000 persönliche Kundenkontakte in den Kundenzentren in Koblenz und im Westerwald sowie an unserem KEVAG-Mobil vor Ort, 130.000 Kundengespräche im telefonischen Kundenservice. KEVAG berät Kunden zu allen Fragen der Energieanwendung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Netzversorgung und der regenerativen Erzeugung. Die hohe Qualität der Energiedienstleistungen, der kundenfreundliche Onlineservice und die 24-Stunden-Bereitschaft in der Netzleitstelle werden auch im Jahr 2014 Stärken des Unternehmens sein.

In den Geschäftsjahren 2014 und 2015 erwarten wir weiterhin gute Ergebnisse. Für 2014 sind Investitionen für Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von über 15.500 T€ geplant. Sie betreffen hauptsächlich die Erweiterung und Instandhaltung des an KVNetz verpachteten Stromnetzes, um den Anforderungen der Energiewende nach immer intelligenteren und flexibleren Netzen gerecht werden zu können.

Ausblick auf die einzelnen Tätigkeiten nach dem EnWG

Elektrizitätsverteilung (Verpachtung Strom - Verteilnetz)
Das Stromverteilnetz wird weiterhin an KVNetz verpachtet. Für 2014 werden investitionsbedingt höhere Pachteinnahmen und wiederum eine positive Ergebnisabführung der KVNetz an KEVAG erwartet.

Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Vertrieb
Zum 1. Januar 2014 entwickelten sich die Vorkosten für die Belieferung unserer Privat- und Gewerbekunden unterschiedlich. Im Vergleich zu 2013 stiegen die Abgaben für EEG, KWK und es wurde die Abgabe für abschaltbare Lasten festgelegt. Dem gegenüber sanken die Netzentgelte, die Umlagen nach § 19 StromNEV und die Beschaffungskosten.

Aufgrund dieser Entwicklungen und interner Optimierungen erlauben die Kostenstrukturen der KEVAG, auf eine Preisanpassung in 2014 zu verzichten. Den Privat- und Gewerbekunden wird dieser Sachverhalt in einer Kundeninformationsbroschüre mitgeteilt. Dort finden sich auch viele weitere Informationen rund um KEVAG. Die Broschüre erhalten alle Haushalte des regionalen Versorgungsgebietes.

Besonderes Augenmerk erhalten auch 2014 die Reakquise der fremdversorgten Kunden im Privat- und Gewerbekundensegment im Stammgebiet, der Abschluss von weiteren Rahmenver-einbarungen sowie die Durchführung von Kundenbindungsmaßnahmen.

Aufgrund der anhaltend niedrigen Preise stehen auch im Segment der Geschäftskunden im Jahr 2014 vorzeitige Vertragsverlängerungen bei Bestandskunden weiterhin im Fokus. Darüber hinaus wird KEVAG die Reakquiseanstrengungen im Geschäftskundensegment weiter verstärken, um wirtschaftlich interessante Kunden im eigenen Stammgebiet wieder zu gewinnen. Die neu geknüpften Kontakte zu den Partner-EVU werden verstärkt zur Akquisition genutzt.

Im Rahmen der Fusion der Unternehmen EVM und KEVAG, wird der integrierte Vertrieb mit einem noch größeren Leistungsspektrum den steigenden Kundenbedürfnissen begegnen, um die Kundenzufriedenheit auf hohem Niveau zu halten. Ziel ist es, das fusionierte Unternehmen als das kommunale, regionale, innovative Versorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen in Rheinland-Pfalz zu etablieren.

Kundenservice
Im Sommer 2014 werden im fusionierten Unternehmen die Kundenserviceeinheiten der EVM und der KEVAG zusammengelegt werden. Mittelfristig können durch die gemeinsame Bearbeitung der Prozesse aller Energiearten erhebliche Synergieeffekte gehoben werden. Kurzfristig werden Mitarbeiter des Kundenservice zu Experten ausgebildet werden, die eine kompetente Kundenbetreuung im Strom- und Gasgeschäft aus einer Hand leisten können.

Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Stromerzeugung
Das Engagement der KEVAG bei regenerativer Eigenerzeugung soll vor allem im Bereich der Windkraft deutlich ausgebaut werden. Dazu treibt KEVAG ihre Projekte im Westerwald zielstrebig voran.

Telekommunikation
Das Telekommunikationsnetz der KEVAG wird auch in 2014 und den Folgejahren weiter erneuert und ausgebaut, damit es die zukünftigen Anforderungen erfüllen kann. Im Fokus der Investitionsvorhaben steht das mehrjährige Projekt „Kabel 3.0“. Dieses umfasst den Auf- und Ausbau eines knapp 250 km langen Glasfasernetzes, das Bandbreiten von 100 Mbit/s und mehr zur Verfügung stellen können wird. Damit werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für neue Produktangebote geschaffen, z.B. die Erweiterung des HDTV-Angebots, Online-Mediatheken oder Cloud-Dienste.

Erklärung nach § 312 AktG

Für das Geschäftsjahr 2013 haben wir gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt.
In dem Bericht erklären wir abschließend entsprechend § 312 Absatz 3 AktG: Bei den im Berichtsjahr vorgenommenen und gemäß § 312 AktG berichtspflichtigen Rechtsgeschäften haben wir – soweit uns nach den Umständen im Zeitpunkt der Durchführung des Rechtsgeschäfts bekannt – in jedem Einzelfall eine angemessene Gegenleistung im Sinne dieser Vorschrift erhalten. Durch die getroffenen Maßnahmen wurde die Gesellschaft nicht benachteiligt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Dividendenausschüttung 2013	*6.741 T €*
(an EB Koblenz Touristik)	

Konzessionsabgaben 2013	*812 T€*
Gewerbesteuer 2013	*815 T€*
Grundsteuer 2013	*190 T€*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsrat:	*227 T€*
Beirat:	*101 T€*

Die Mitglieder der Hauptversammlung erhalten keine Vergütung.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

KOBLENZ VERBINDET.
Koblenz-Stadtmarketing

Koblenz Stadtmarketing GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

15. März 2001
Gesellschaftsvertrag geändert am 06. Juli 2004

Stammkapital am 31.12.2013

25.500,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination, Durchführung und Umsetzung von Aktivitäten und Maßnahmen des Stadtmarketings in Koblenz.
Ziel ist, die regionale und überregionale Positionierung und Entwicklung der Stadt Koblenz als Wohn-, Einkaufs-, Tourismus-, Kultur- und Freizeitstadt zu fördern. Das Unternehmen will in konstruktivem und partnerschaftlichem Verhältnis mit allen Gruppen der Stadt Koblenz, die diesen Zweck anstreben, zusammenarbeiten.
Zur Erreichung seiner Ziele stellt sich das Unternehmen insbesondere folgende Aufgaben:

a) *Vorbereitung und Durchführung imagefördernder Maßnahmen, insbesondere Weihnachtswerbung*
b) *Verbesserung bestehender und Schaffung neuer Angebote*
c) *Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere „Schängel-Markt“*
d) *Leerstände-Management.*

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Koblenzer Bürgerverein e.V.	*8.500,00 €*	*33,33 %*
Stadt Koblenz	*8.500,00 €*	*33,33 %*
Alle lieben Koblenz-Stadtforum e.V.	*8.500,00 €*	*33,34 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Gesellschafterversammlung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Christian Altmaier
Herbert Bocklet
Sabine Bonah
Marc Ferdinand
Carl-Günther Benninghoven
Carmen Lopéz-Salaver
Dr. Markus Artz
Frank Ortmann

Geschäftsführung:

Andreas Bilo
Christoph Krepele

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die GmbH ist für die Koordination, Durchführung und Umsetzung von Aktivitäten und Maßnahmen des Stadtmarketings in Koblenz zuständig. Ziel ist es, die regionale und überregionale Positionierung und Entwicklung der Stadt Koblenz zu fördern.

Gesellschafter der GmbH sind der Koblenzer Bürgerverein e.V., Alle lieben Koblenz - Stadtforum e.V. und die Stadt Koblenz.

Die Gesellschaft wird von zwei Geschäftsführern geleitet, beschäftigt eine Citymanagerin, eine weitere Mitarbeiterin sowie Aushilfen.

Sitz der Gesellschaft ist Koblenz, die Geschäftsstelle ist in den Räumen der Koblenz-Touristik untergebracht.

Schwerpunkt der Tätigkeit im Geschäftsjahr 2013 war die Vorbereitung und Organisation von vier verkaufsoffenen Sonntagen und der dazu gehörigen Veranstaltungen (Koblenz blüht, Koblenz klingt, Gewerbeparkfest und der SchängelMarkt) sowie die Koordinierung der Weihnachtswerbung und die Organisation von zwei langen Einkaufsnächten.

Die Homepage der GmbH wurde neu gestaltet und aufgebaut. Koblenz LOCAL, der neue Name der Homepage, informiert übersichtlich zu den Themen Einkaufen, Genuss und Veranstaltungen in Koblenz.

Das internetgestützte Einzelhandelsinformationssystem und das Leerstandskataster wurden regelmäßig aktualisiert. Die Eröffnung des neuen Centers „Forum Mittelrhein" führte zu einer gesteigerten Nachfrage nach Ladenlokalen in den angrenzenden Bereichen. Dort und in der Innenstadt betätigte sich die Gesellschaft bei der Vermittlung von Laden-Leerständen.

Das Baustellenmarketing ist seit 2009 ein weiteres Geschäftsfeld der Gesellschaft. Die Internetseite „Koblenz baut" hat sich als umfangreiches Informationsmedium etabliert und wurde regelmäßig aktualisiert. Auch in 2013 gingen bei der Gesellschaft über dieses Portal noch regelmäßig Anfragen ein, die beantwortet oder weitergeleitet wurden.

Als Sonderaufgabe erstellte die Citymanagerin in 2013 ein Gutachten und ein Konzept für einen neuen Koblenzer Wochenmarkt, führte vorbereitend eine Umfrage durch und erarbeitete Empfehlungen zur Optimierung und Neugestaltung.
Die Gesellschaft verhandelte mit der Marktgilde, die sie mit der Durchführung des neuen Wochemarktes den politischen Gremien vorschlagen möchte.

Die Gesellschaft verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke und ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***1.365,50***	***6.329,50***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*2,00*	*5.509,00*
II. Sachanlagen	*1.363,50*	*820,50*
B. Umlaufvermögen	***53.921,46***	***61.005,43***
I. Vorräte	*11.359,30*	*10.638,90*
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	*13.040,56*	*24.385,92*
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	*6.830,80*	*22.437,91*
Sonstige Vermögensgegenstände	*6.209,76*	*1.948,01*
III. Kassenbestand	*29.521,60*	*25.980,61*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***532,30***	***505,15***
Bilanzsumme	***55.819,26***	***67.840,08***

Bilanz	2012	2013
A. Eigenkapital	**23.189,81**	**26.040,71**
I. Gez. Kapital	25.500,00	25.500,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.050,95	-2.310,19
V. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-259,24	2.850,90
B. Rückstellungen	**9.515,69**	**9.097,00**
1. Rückstellungen für Pensionen	0,00	0,00
2. Steuerrückstellungen	634,69	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	8.881,00	9.097,00
C. Verbindlichkeiten	**23.113,76**	**32.702,37**
1.Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.600,60	31.113,85
2.Sonstige Verbindlichkeiten	1.513,16	1.588,52
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**55.819,26**	**67.840,08**

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2012	2013
Umsatzerlöse	102.598,78	103.457,63
sonstige Erträge	138.190,50	146.800,00
Gesamtleistung	**240.789,28**	**250.257,63**
Materialaufwand	1.101,05	-588,89
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.101,05	-547,14
b) Aufwendungen. f. bez. Leistungen	0,00	-41,75
Rohertrag	**239.688,23**	**249.668,74**
Personalaufwand	104.869,50	-113.450,66
a) Löhne und Gehälter	83.686,84	-87.291,50
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	21.182,66	-26.159,16
Abschreibungen	3.017,00	-1.612,80
sonstige betr. Aufwendungen	132.172,51	-131.814,09
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	112,36	63,82
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	1,46	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-259,88**	**2.855,01**
außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,64	-4,11
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-259,24**	**2.850,90**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***-1,1***	***10,9***
Gesamtrentabilität	***%***	***-0,5***	***4,2***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***17,1***	***25,9***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***2,5***	***9,3***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***97,5***	***90,7***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***1.698,3***	***411,4***
Anlagendeckung II	***%***	***1.698,3***	***411,4***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***41,4***	***38,4***
Fremdkapitalquote	***%***	***58,6***	***61,6***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***166,9***	***147,2***

Lage des Unternehmens

II. Geschäftsverlauf, Ertrags- Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die Umsatzerlöse 103,5 TEUR. Sie liegen damit um 0,9 TEUR über dem Vorjahresbetrag. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 146,8 TEUR. Durch den Verkauf einiger Blumentaschen und die Erarbeitung eines neuen Marketingkonzeptes liegen diese um 8,6 TEUR über denen des Vorjahres.

Die Betriebsaufwendungen im Wirtschaftsjahr 2013 betrugen 246,9 TEUR und liegen damit um 6,8 TEUR über dem Vorjahresbetrag.
Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2,9 TEUR ab.
Die Gesellschaft hat keine baulichen Maßnahmen durchgeführt. Sie besitzt Anlagevermögen in geringem Umfang.

III. Risiko und Prognosebericht

Den Bestand der Gesellschaft gefährdende Umstände sind nicht bekannt.
Die Gesellschaft beabsichtigt den Gewinn auf neue Rechnung 2014 vorzutragen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschusszahlungen	*2011*	*68.000,00 €*
(durch die Koblenz Touristik)	*2012*	*73.000,00 €*
	2013	*73.000,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht-wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Romantischer Rhein Tourismus GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

23. Oktober 2002 als Mittelrhein-Lahn-Tourismus GmbH;
Gesellschaftsvertrag geändert am 05. November 2012

Stammkapital am 31.12.2013

25.200,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Stärkung und Weiterentwicklung der durch die Gesellschafter vertretenen Tourismusregion. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Rheinland-Pfalz-Tourismus GmbH als deren Gesellschafter sowie im Auftrage ihrer Gesellschafter Verkaufsförderung, Marketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.
Art und Umfang der Werbungs-, Verkaufs- und Veranstaltungsaktivitäten sollen so ausgerichtet werden, dass Doppelarbeit vermieden und für die in der Geschäftsregion tätigen Gemeinden, Tourismusverbände und Tourismus-unternehmen ein möglichst günstiges Kosten-/Nutzungsverhältnis geschaffen wird.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:		
Stadt Koblenz	*8.400,00 €*	*33,33 %*
Touristikgemeinschaft „Im Tal der Loreley“ e.V.	*8.400,00 €*	*33,33 %*
„Romantischer Rhein – vom Drachenfels zum Deutschen Eck“ e.V.	*8.400,00 €*	*33,33 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Gesellschafterversammlung:
Manfred Bastian
Thomas Feser
Werner Gross
Christian Heller
Georg Hollmann
Edith Hörnchen
Achim Hütten
Günter Kern
Dr. Joachim Kneis
Martin Tillmann
Lothar Weinand
Andreas Bilo

Aufsichtsrat:

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig (Vorsitzender)
Christian Altmaier
Dr. Walter Bersch
Bertram Fleck
Werner Prümm
Bernd Weidenbach
Kurt Hartmann
Anja Hofmann
Monika Hömberger
Edith Hoernchen
Michael Schwippert
Thomas Bungert

Geschäftsführung:

Claudia Schwarz

Beteiligungen des Unternehmens

Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH	*6.000,00 €*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäfts- und Rahmenbedingungen:
Die GmbH ist zuständig für die touristische Vermarktung des Rheintales zwischen Bingen/Rüdesheim und Remagen. Ziel ist eine Steigerung der touristischen Wertschöpfung, die durch Verkaufsförderungsmaßnahmen, Produktbildung, Marketing und Pressearbeit erreicht werden soll.

Gesellschafter mit je gleichem Anteil sind:
Stadt Koblenz
Touristikgemeinschaft Tal der Loreley e. V.
Romantischer Rhein – vom Drachenfels zum Deutschen Eck e.V.

Die Gesellschaft verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke und ist nicht auf Gewinn gerichtet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***13.155,00***	***14.661,00***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*210,00*	*180,00*
II. Sachanlagen	*6.945,00*	*8.481,00*
III. Finanzanlagen	*6.000,00*	*6.000,00*
B. Umlaufvermögen	***65.696,71***	***175.949,00***
I. Vorräte	*36.276,22*	*54.949,00*
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	*0,00*	*13.000,00*
Unfertige Leistungen	*0,0*	*0,00*
Fertige Erzeugnisse und Waren	*36.276,22*	*41.949,00*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*26.365,54*	*74.498,39*
Forderungen aus L u. L	*18.180,59*	*47.981,09*
Forderungen geg. Unternehmen	*0,00*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*8.184,95*	*26.517,30*
III. Kassenbestand	*3.054,95*	*46.501,61*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***11.533,88***	***33.468,40***
Bilanzsumme	***90.385,59***	***224.078,40***

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Eigenkapital	***29.665,05***	***24.362,60***
I. Gez. Kapital	*25.200,00*	*25.200,00*
II. Kapitalrücklage	*10.000,00*	*10.000,00*
III. Gewinnrücklage	*0,00*	*0,00*
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	*-32.740,67*	*-5.534,95*
V. Jahresüberschuss	*27.205,72*	*-5.602,45*
B. Rückstellungen	***30.050,00***	***33.557,00***
1. Rückstellungen für Pensionen	*0,00*	*0,00*
2. Steuerrückstellungen	*0,00*	*0,00*
3. Sonstige Rückstellungen	*30.050,00*	*33.557,00*
C. Verbindlichkeiten	***30.670,54***	***166.458,80***
1.Erhaltene Anzahlungen aus Bestellungen	*1.065,54*	*0,00*
2. Verbindlichkeiten aus L+L	*26.865,37*	*45.776,93*
3. Verbindlichkeiten geg. d. Gesellschafter	*0,00*	*15.000,00*
4. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	*2.739,63*	*105.681,87*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	*0,00*	*0,00*
Bilanzsumme	***90.385,59***	***224.078,40***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*520.627,27*	*821.044,34*
Erhöhung d. Bestandes an fertig+unfertigen Erzeugn.	*0,00*	*0,00*
sonstige Erträge	*307.674,83*	*2.948,07*
Gesamtleistung	***828.302,10***	***823.992,41***
Materialaufwand	*288.983,33*	*307.619,25*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffen	*98.238,32*	*89.704,79*
b) Aufw. f. bez. Leistungen	*190.745,01*	*217.914,46*
Rohertrag	***539.318,77***	***516.373,16***
Personalaufwand	*291.122,34*	*317.763,47*
a) Löhne und Gehälter	*239.622,28*	*261.981,73*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*51.500,06*	*55.781,74*
Abschreibungen	*3.891,93*	*4.075,16*
sonstige betr. Aufwendungen	*217.652,30*	*192.619,94*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*553,52*	*48,55*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*0,00*	*1.459,21*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***27.205,72***	***503,93***
außerordentliche Erträge	*0,00*	*0,00*
außerordentliche Aufwendungen	*0,00*	*6.106,38*
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*0,00*	*0,00*
sonstige Steuern	*0,00*	*0,00*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***27.205,72***	***-5.602,45***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***91,7***	***-23,3***
Gesamtrentabilität	***%***	***30,1***	***-1,8***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***26,0***	***41,1***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***14,5***	***6,5***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***85,5***	***93,5***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***225,5***	***164,1***
Anlagendeckung II	***%***	***225,5***	***164,1***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***32,8***	***10,7***
Fremdkapitalquote	***%***	***67,2***	***89,3***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***127,2***	***104,7***

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf, Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
Das Geschäftsjahr 2013 war geprägt durch die Genehmigung verschiedener LEADER-Projekte, deren Trägerschaft von der Romantischer Rhein Tourismus GmbH übernommen wurde.

Vielfältige zusätzliche Aufgaben, die mit einem entsprechenden zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden waren, wurden von der GmbH übernommen. Diese, von der EU geförderten Projekte, dienen der Weiterentwicklung der Region und korrespondieren mit den Zielen der GmbH. Zudem dienen sie einer verbesserten Wertschätzung und Stärkung der GmbH als touristisches Kompetenzzentrum der Destination Romantischer Rhein.

Das finanziell umfangreichste Projekt, mit dem im Jahr 2013 begonnen wurde, ist das LEADER-Projekt „Burgennetzwerk". Die Förderung ermöglicht eine personelle Verstärkung bei der GmbH bis zur Beendigung des Projektes im Juni 2015.

Die Finanzierung aller Projekte erfolgt mit Unterstützung weiterer Partner wie z. B. der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz oder dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal.

Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die Umsatzerlöse 507.5 T€ .Sie liegen um 13.2 T€ unter denen des Vorjahres. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 313.5 T€. Sie liegen damit um 5.8 € über dem Vorjahreswert.

Die Betriebsaufwendungen belaufen sich auf 514.5 (Vorjahr 512.7)und liegen damit um 1.8 T€ über dem Vorjahr.

Die Gesellschaft hat keine baulichen Maßnahmen durchgeführt. Sie besitzt Anlagevermögen in geringem Umfang.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Verlust von 5.6 T€ (Vorjahr Überschuss 27.2 T€) ab.

Nachtragsbericht
Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Ereignisse von besonderer Bedeutung für das abgelaufene Geschäftsjahr ergeben.

Risiko- und Prognosebericht
Für das Geschäftsjahr 2014 wurde ein ausgeglichener Wirtschaftsplan vorgelegt, der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.297 T€ vorsieht.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschusszahlung lt. Gesellschaftsvertrag	*2011*	*92.462,30 €*
(durch EB Koblenz Touristik)	*2012*	*87.341,21 €*
	2013	*94.347,54 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

13. Dezember 1990;
Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 14. August 2008

Stammkapital am 31.12.2013

868.900,00

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Errichtung und Betrieb eines Technologiezentrums mit dem Zweck, junge, technologieorientierte und/oder innovative Unternehmen aufzunehmen und/oder zu unterstützten und zu beraten.
Das Angebot besteht in einer zeitlich befristeten Bereitstellung von Mietflächen mit moderner Kommunikationsinfrastruktur und der Vorhaltung umfassender Dienstleistungen.
Die Gesellschaft darf alle Geschäfte vornehmen, die der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sein können. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art des In- und Auslandes zu beteiligen, sowie solche Unternehmen zu gründen oder zu erwerben.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Land Rheinland-Pfalz:	*434.600,00 €*	=	*50,02 %*
Stadt Koblenz	*246.700,00 €*	=	*28,39 %*
Wirtschaftsförderungsgesellsch. am Mittelrhein mbH	*87.600,00 €*	=	*10,08 %*
Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH	*100.000,00 €*	=	*11,51 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Dr. Joe Weingarten – Aufsichtsratsvorsitzender –
Landrat Dr. Alexander Saftig -stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender-
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Peter Koch-Sembdner
Oberregierungsrat Hermann-Josef Paul

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung gehört jeweils ein bevollmächtigter Vertreter der Gesellschafter an. Das Mandat ist nicht Personen gebunden. Die Versammlung wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates geleitet.

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Jürgen Czielinski (bis 31.12.2013)
Wolfgang Hoffmann (ab 01.01.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlage des Unternehmens und Rechtliche Verhältnisse

Am 13.12.1990 hat das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Stadt Koblenz die TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH gegründet.

1992 kommt der Landkreis Mayen-Koblenz (deren Anteile jetzt die WFG am Mittelrhein mbH übernommen hat) und 2011 die Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH (jetzt Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH) als Gesellschafter hinzu.

Aufgabe der TZK GmbH ist der Betrieb eines TechnologieZentrums mit dem Schwerpunkt Vermietung von Büros an innovative Existenzgründer, wobei das TZK auch die Beratung der Existenzgründer übernimmt.

II. Wirtschaftsbericht Geschäftsverlauf 2013

In der 55. Aufsichtsratssitzung am 8. Mai 2013 hat der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung empfohlen, den Prüfbericht mit Lagebericht für das Jahr 2012 entgegenzunehmen und den Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.406,10 € festzustellen und auf neue Rechnung vorzutragen.

Zum Jahresende 2013 mieten 33 Unternehmen mit ca. 125 Mitarbeitern im TZK ein. Hinzu kommen noch die zwei Räume des Innovationsclusters Metall Keramik Kunststoff (IMKK), des Vereins IT.Stadt Koblenz und die Büroräume der Verwaltung (insgesamt vier).

Von den zur Verfügung stehenden 120 Büros sind zum Geschäftsjahresende 2013 110 Büros belegt. Das entspricht einer Belegungsquote von ca. 91,5 %. Im Laufe des Jahres 2013 sind sechs Firmen ins TZK eingezogen (davon zwei Firmen als Existenzgründer) und vier Firmen sind ausgezogen.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2013 genehmigte das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung der TZK GmbH aufgrund mehrerer Förderanträge (zuletzt vom 08.12.2011) Mittel in Höhe von 81.817,73 € zur weiteren Finanzierung der Restarbeiten des Neubaus TechnologieZentrum Koblenz.

Im September 2013 teilte Geschäftsführer Jürgen Czielinski dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats mit, dass er die Geschäftsführung der TZK GmbH abgeben und sich anderen Aufgaben bei der KEVAG-Verkehrs-Service GmbH (KVS) zuwenden wolle. So stand das Jahresende 2013 ganz im Zeichen des kommenden Geschäftsführerwechsels.

Im Jahr 2013 gab es wie üblich zahlreiche Veranstaltungen im TZK, die zum einen den Bekanntheitsgrad des TechnologieZentrums Koblenz steigern und zum anderen der Information für Existenzgründer dienen sollen:

- *25.02.2013* ***Treffen des Arbeitskreises Wirtschaft*** *der Initiative Mittelrhein mit Vorstellung des TZK*

- *16.05.2013 Informationsveranstaltung des IHK gemeinsam mit dem TZK zum* ***Thema Fördermittel für KMU***

- *03.06.2013* ***Alumni-Gründertreffen*** *des Gründungsbüros der Universität Koblenz und der Hochschule Koblenz im TZK*

- *27.11.2013 Vortrag zum Thema* ***450,00 EURO-Jobs und Freelancer***

- *18.12.2013 Verabschiedung Geschäftsführer Jürgen Czielinski und Vorstellung des neuen Geschäftsführers Wolfgang Hoffmann*

Darüber hinaus war die TZK GmbH auf zahlreichen Veranstaltungen vertreten wie z.B.

- *23.04.2013 Praxis & Campus der Hochschule Koblenz*
- *24.10.2013 Loc@lBit in der Rhein-Mosel Halle Koblenz*
- *27.11.2013 IHK / HWK Existenzgründertreffen in den Räumen der IHK*

Weiter war das TZK Gastgeber verschiedener Veranstaltungen der Stadt Koblenz, wie z.B. der Verleihung des Google eTown-Award an die Stadt Koblenz (12.06.2013), Google workshop (26.06.2013), Weihnachtsfeier des

Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz Prof. Dr. Hofmann-Göttig mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung Koblenz (16.12.2013).

Insgesamt war der Geschäftsverlauf im Jahr 2013 geregelt und verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***807.745,15***	***730.009,15***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*2.704,00*
II. Sachanlagen	*760.525,15*	*680.605,15*
III. Finanzanlagen	*47.220,00*	*46.700,00*
B. Umlaufvermögen	***695.273,31***	***742.211,80***
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	*593.195,47*	*612.448,69*
Forderungen aus L u. L	*4.151,48*	*23.450,47*
Eingeforderte, noch ausstehende Kapitaleinlagen	*50,00*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*588.993,99*	*588.998,22*
II. Kassenbestand	*102.077,84*	*129.763,11*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***1.219,35***	***1.590,37***
Bilanzsumme	***1.504.237,81***	***1.473.811,32***
A. Eigenkapital	***889.307,57***	***922.011,09***
I. Gez. Kapital	*868.900,00*	*868.900,00*
II. Kapitalrücklage	*70.284,60*	*70.234,60*
III. Verlustvortrag	*-54.283,13*	*-49.877,03*
IV. Jahresüberschuss	*4.406,10*	*32.753,52*
B. Rückstellungen	***30.225,00***	***31.280,00***
1.Sonstige Rückstellungen	*30.225,00*	*31.280,00*
C. Verbindlichkeiten	***583.038,24***	***520.520,23***
1.Verbindlichkeiten aus L u. L	*42.787,78*	*28.883,24*
2.Sonstige Verbindlichkeiten	*540.250,46*	*491.636,99*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***1.667,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***1.504.237,81***	***1.473.811,32***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2012	2013
Umsatzerlöse	383.363,39	431.492,66
sonstige Erträge	121.923,21	139.318,78
Gesamtleistung	**505.286,60**	**570.811,44**
Materialaufwand	128.410,08	147.977,42
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	128.410,08	147.977,42
b) sonstige bezogene Aufwendungen	0,00	0,00
Rohertrag	**376.876,52**	**422.834,02**
Personalaufwand	175.353,13	182.757,34
a) Löhne und Gehälter	154.433,39	161.553,78
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	20.919,74	21.203,56
Abschreibungen	39.910,55	36.875,15
sonstige betr. Aufwendungen	141.352,01	171.140,51
Erträge aus Wertpapieren u. Ausleihg. Finanzverm.	1.400,00	1.400,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.224,90	1.032,41
Abschreibungen auf Finanzanlagen	210,00	520,00
Sonst. Zinsen u. ähnlich Aufwendungen	17.487,34	0,00
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	**5.188,39**	**33.973,43**
außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	-193,08	-0,70
sonstige Steuern	975,37	1.220,61
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**4.406,10**	**32.753,52**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	0,5	3,6
Gesamtrentabilität	%	-1,5	2,2

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	76,6	86,3

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	53,7	49,5
Intensität des Umlaufvermögens	%	46,3	50,5

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***110,1***	***126,3***
Anlagendeckung II	***%***	***110,1***	***126,3***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***59,1***	***62,6***
Fremdkapitalquote	***%***	***40,9***	***37,4***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***113,3***	***134,8***

Lage des Unternehmens

III. Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage und Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft weist für 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 33 aus, der sich wie folgt errechnet:

	2013	*2012*
	T€	*T€*
Betriebsleistung	*431*	*383*
Betriebsaufwendungen	*394*	*346*
operatives Ergebnis	*37*	*37*
periodenfremdes Ergebnis	*-5*	*-16*
EBIT	*32*	*21*
Finanzergebnis	*2*	*-16*
Steuern	*-1*	*-1*
Jahresergebnis	***33***	***4***

Gegenüber dem Vorjahr ist der Umsatz der TZK GmbH in 2013 gestiegen. Dies ist auf die neuen und bereits länger im TZK einmietende Mieter zurückzuführen, die den ortsüblichen Mietpreis zwischen 8,50 € und 9,50 € bezahlen.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage entwickeln sich die im TZK einmietenden Firmen gut. Die Geschäftsführung hofft, das positive Jahresergebnis insgesamt halten zu können, wenngleich die Nachfrage nach Bürofläche für reine Existenzgründer weiterhin zögerlich ist und für 2014 der Auszug eines Großmieters zur Diskussion steht.

b). Vermögens- und Finanzlage

	2013 T€	*2012 T€*
Anlagevermögen	*730*	*808*
Umlaufvermögen, RAP	*744*	*696*
Aktiva	*1.474*	*1.504*
Eigenkapital	*922*	*889*
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	*552*	*615*
Passiva	*1.474*	*1.504*

Die Entwicklung der Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

Die Anlagenintensität beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 50 % und hat sich gegenüber dem Vorjahr (54 %) verringert. Das langfristige Anlagevermögen ist durch Eigenkapital finanziert. Weiter ist die Gesellschaft durch Mittel des Landes Rheinland-Pfalz finanziert.

Der Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz verwaltet zum Bilanzstichtag eingegangene Fördergelder für die Baumaßnahme TZK in Höhe von 535.000,00 €. Diese Gelder werden teilweise für die „Restarbeiten“ 2. BA benötigt und nach Abschluss des Verwendungsnachweises für die gesamte Baumaßnahme gegebenenfalls an das Land Rheinland-Pfalz zurück überwiesen.

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2013 insgesamt T€ 130 und hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Stand am 01.01.2013	*102*
Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	*12*
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	*40*
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	*0*
Stand am 31.12.2013	***130***

IV. Nachtragsbericht – Wichtige Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahrs

Das Geschäftsjahr 2014 verläuft bisher ruhig und steht im Zeichen der Einarbeitung von Geschäftsführer Wolfgang Hoffmann.

Die Ende 2013 bewilligten „Restarbeiten" zum Neubau TechnologieZentrum Koblenz sind bis auf den LWL-Anschluss beauftragt. Hier wartet man auf die Angebote der Telekom oder der KEVAG Telekom.

Durch den voraussichtlichen Auszug eines Mieters steht in der zweiten Jahreshälfte ein abgeteilter Flur mit Büros für die Neuvermietung an.

V. Prognose- und Risikobericht

a) Prognosebericht

Trotz des absehbaren Auszugs eines Großmieters kann die Belegungsquote des TZK im Jahr 2014 wahrscheinlich gehalten werden, wenn die Entwicklung aller Firmen im TZK weiterhin positiv bleibt.

Zurzeit arbeiten zwei Inkubatorteams im TZK, die beide im Laufe des Jahres gründen und im TZK bleiben wollen.

b) Risikobericht

Da bis zur Erstellung des Verwendungsnachweises für die Baumaßnahme der TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH keine verlässlichen Aussagen über eventuelle Rückzahlungen der Fördergelder gemacht werden können, ist die Geschäftsführung bemüht, den Verwendungsnachweis erstellen zu lassen, sobald die „Restarbeiten 2. Bauabschnitt", die noch vom Land Rheinland-Pfalz gefördert werden, abgeschlossen sind.

Das Projekt Innovationscluster Metall Keramik Kunststoff (IMKK) läuft spätestens zum 30.06.2014 aus. Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass der Verwendungsnachweis für das Projekt durch die beiden Mitarbeiterinnen des IMKK ohne personelle oder finanzielle Belastung für das TZK erstellt wird.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Kapitalerhöhung 2011:	*110.950,00 €*
davon:	
Stadt Koblenz:	*50,00 €*
Wirtschaftsförderungsges. am Mittelrhein mbH	*10.900,00 €*
Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH	*100.000,00 €*

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer:	*19.224,37 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung für Aufsichtsrat und Gesellschafterversamml.	*1.400,00 €*
Vergütung Beitrat	*1.600,00 €*

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.
Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.
Das Unternehmen hat Bestandsschutz.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. Dezember 1995; es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. September 2010

Stammkapital am 31.12.2013

27.609,76 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die gemeinsame Planung und Gestaltung des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs im Verkehrsverbundraum Rhein-Mosel. Sie erstellt den Nahverkehrsplan gemäß § 8 NVG-Entwurf, berät die Gesellschafter und koordiniert die Schnittstellen mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV), den lokalen Verkehren und dem Individualverkehr. Sie nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- *Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards*
- *Rahmenplanung für Angebote*
- *Koordination und Organisation des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs*
- *Einvernehmliche Festsetzung und Änderung des Gemeinschaftstarifs (Verbundtarif), der Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen in Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbeirat*
- *Unternehmensübergreifendes regionales Marketing, Marktforschung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation*
- *Vorschläge zur Weiterentwicklung der Vertriebssysteme*
- *Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen*
- *Verbundbezogene Untersuchungen*
- *Mittelfristige Verbundplanung*

Die Gesellschaft kann weitere, dem Gesellschaftszweck dienende Aufgaben übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Stadt Koblenz	*3.067,76 €*	*11,11 %*
Landkreis Ahrweiler	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Landkreis Altenkirchen	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Landkreis Cochem-Zell	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Landkreis Mayen-Koblenz	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Landkreis Neuwied	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Rhein-Hunsrück-Kreis	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Rhein-Lahn-Kreis	*3.067,75 €*	*11,11 %*
Westerwaldkreis	*3.067,75 €*	*11,11 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.05.1998 soll vorerst noch kein Aufsichtsrat berufen werden.

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafter-versammlung:

Rhein-Lahn-Kreis: Landrat Günter Kern – Vorsitzender –
Rhein-Hunsrück-Kreis: Landrat Bertram Fleck – stellvertretender Vorsitzender –
Stadt Koblenz: Beigeordneter Martin Prümm
Landkreis Ahrweiler: Landrat Dr. Jürgen Pföhler
Landkreis Altenkirchen: Landrat Michael Lieber
Landkreis Cochem-Zell: Landrat Manfred Schnur
Landkreis Mayen-Koblenz: Landrat Dr. Alexander Saftig
Landkreis Neuwied: Erster Kreisbeigeordneter Achim Hallerbach
Westerwaldkreis: Landrat Achim Schwickert

Geschäftsführung

Stephan Pauly

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2013 stand ganz im Zeichen einer weiteren überdurchschnittlich hohen Anhebung des Verbundtarifs-Niveaus. Während bereits zum 01.01.12 der VRM-Tarif mit einem Erhöhungswert von 4,9% fortgeschrieben wurde, hatte die Tarifgenehmigungsbehörde im Rahmen des Tarifantragsverfahrens einer Tariferhöhung zum 01.01.13 mit dem Wert von 5,93% entsprochen.

Der Tariffortschreibung war eine umfangreiche Auseinandersetzung mit den Verkehrsunternehmen im VRM vorausgegangen, die ihren Ausgang im Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.09.12 nahm, als die Gesellschafterversammlung die Forderung der Verkehrsunternehmen nach einem bis dahin nicht angewandten „Demographie-Faktor“ mit einem zusätzlichen Erhöhungswert von 2,5% ablehnte. Seitens der VRM GmbH war am 09.10.12 beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) der von den Verkehrsunternehmen vorgegebene Wert von 7,81% für das Folgejahr 2013 vertragskonform beantragt worden. Zugleich hatte die Geschäftsstelle der VRM GmbH im Rahmen der Antragsstellung dem LBM als Tarif genehmigende Behörde einen deutlichen Hinweis auf den im Rahmen des vertragskonformen Fortschreibungsverfahrens ermittelten Wert in Höhe von 5,93% gegeben. Der Tarifentscheid des LBM vom 10.10.12 mit einem Fortschreibungswert in Höhe von 5,9% entsprach somit der Rechtsauffassung der Gesellschafter der VRM GmbH sowie der VRM GmbH selbst.

Im Anschluss an den Tarifentscheid des LBM wurde vom Unternehmensbeirat der Verkehrsunternehmen im VRM gefordert, dass die VRM GmbH im Rahmen ihrer vertraglichen Verpflichtungen einen Widerspruch gegen die Tarifentscheidung des LBM einlegen sollte. In Wahrnehmung ihrer vertraglichen Verpflichtung legte die VRM GmbH – entgegen ihrer fachlichen Auffassung – Widerspruch gegen die Tariffestsetzung des LBM ein. Nachdem die Verkehrsunternehmen zeitgleich zum 09.11.12 ebenfalls beim LBM einen entsprechenden Widerspruch eingereicht hatten, wurde im Laufe des weiteren Verfahrens der Unternehmensbeirat als Widerspruchsführer bestimmt. Die Begründung des „Teilwiderspruchs“ vom 09.11.12 wurde seitens der Verkehrsunternehmen am 13.11.13 (!) vorgelegt. Im Januar 2014 entschied der LBM endgültig, auch den Widerspruch gegen die Tariffestsetzung in Höhe von 5,93% zurückzuweisen. Die Verkehrsunternehmen haben daraufhin keine weiteren Rechtsmittel eingelegt.

Obgleich die Umsätze in beinahe allen Bereichen und Teilsegmenten des VRM-Fahrausweissortimentes aufgrund der höchsten je durchgeführten Tariffortschreibung im VRM gesteigert werden konnten, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Einzelbereichen die Nachfrage, unter Berücksichtigung der verkauften Stückzahlen je Fahrausweissegment, weiter gesunken sind. Die deutliche Verteuerung einzelner Fahrausweissegmente hat spürbar zu einer sinkenden Nachfrage im Bereich der Gelegenheitsverkehre beigetragen. Hierfür spricht u. a. der deutliche Rückgang der veräußerten

Einzelfahrscheine um -5,33% im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der veräußerten ermäßigten Einzelfahrscheine für Kinder sank nahezu im gleichen Umfang um -5,73%. Auch die Anzahl der mit BahnCard veräußerten Einzelfahrscheine ging im Vergleichszeitraum 2012 zu 2013 um -1,05% zurück. Besonders dramatisch ist erneut die Inanspruchnahme der KEVAG- und MVB-Chip-Karte eingebrochen. Während die Nachfrage stückzahlenbezogen um 14,97%, also nahezu 15% im Vergleich zum Jahr 2012 zurückging, sanken die hiermit erzielten Erlöse zeitgleich um -9,05%!

Im Bereich der von Gelegenheitskunden und Freizeitnutzern des ÖPNV in Anspruch genommenen Fahrausweisbestandteile des VRM-Fahrausweissortiments ging erstmals auch die Anzahl der veräußerten Minigruppenkarten mit -3,16% sowie die Anzahl der veräußerten Gruppenfahrscheine um -6,15% im Vergleichszeitraum zurück. Die Erlöse bei den Minigruppenkarten stiegen dennoch um +2,81%, bei den Gruppenfahrscheinen blieb die Nachfrage bei -0,25% nahezu konstant.

Auch die Talfahrt der von den Schulwegkostenträgern ausgegebenen Fahrausweise (ohne Kindergartenfahrscheine) hält unvermindert an: Während der Umsatz bei den Schülerjahreskarten im Bereich der „10er-Abrechnung" immerhin noch einen leichten Zuwachs von 1,93% verzeichnen konnten, sanken die Erlöse der bei DB Regio von den Schulwegkostenträgern eingekauften Fahrausweise um -6,31%. Dies entspricht einem Gesamtzuwachs der Erlöse von + 1,53 %, während bei den Stückzahlen ein Rückgang von -4,64% zu verzeichnen war.

Erfreulich hat sich hingegen erneut die Inanspruchnahme und Nutzung der Schülermonatskarten im Abo erwiesen: Während erneut der Absatz der Stückzahlen mit +7,08% und einer Umsatzsteigerung von +11,45% in diesem nachfragestarken Segment zu verzeichnen war, legte auch das Schüler-Plus-Ticket bei der Anzahl der veräußerten Stückzahlen (Gesamtzahl der zum 31.12.13 im Umlauf befindlichen Schüler-Plus-Tickets: 8.165) um 5,53% im Vergleich zum Vorjahr zu. Der Umsatz konnte infolge dessen um 11,79% angehoben werden.

Ähnlich erfreulich hat sich auch die Anzahl der im Umlauf befindlichen 60-Plus-Tickets entwickelt. Während im Jahr 2012 noch rd. 10.000 Monatsabschnitte veräußert wurden, waren am Jahresende 2013 bereits 12.643 Monatsabschnitte verkauft worden! Dies entspricht allein im Bereich der jeweils einzeln ausgegebenen 60-Plus-Tickets einer Steigerung um 20,48% bzw. im Bereich der im Abo ausgegebenen 60-Plus-Tickets um 35,19%! Die Erlöse bei diesem Fahrausweisangebot stiegen damit jeweils um 27,4% im Bereich der Einzelverkäufe sowie um 43,18% im Bereich der Aboverkäufe. Insgesamt wurden die Umsätze in Summe alleine bei diesem Fahrausweissegment auf einen Wert von rd. 702.000 € im Vergleich zum Vorjahr 2012 (rd. 500.000 €) gesteigert. Hier wird erneut deutlich, dass der demographische Wandel zwar einerseits einen weiteren Rückgang der Schülerzeitkarten im Bereich der Sekundarstufe I hervorruft, jedoch andererseits die Nachfrage bei der Generation „60 plus" nach kundenspezifischen Fahrausweisangeboten weiter steigt. Eine Marktsättigung ist hier noch lange nicht erreicht und es bestätigt

sich erneut, dass speziell auf diese Kundengruppe ausgerichtete Marketinganstrengungen zu deutlichen Erlössteigerungen beitragen können!

Diesem Trend entspricht auch die zunehmend wachsende Anzahl der ausgegebenen Gäste-Tickets im Landkreis Cochem-Zell, die im Vergleichszeitraum erneut um 14,27% auf insgesamt 53.300 ausgegebene Fahrausweis-Abschnitte gesteigert werden konnte. Am 18.12.13 wurde in der Stadtverwaltung der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler die Einführung eines weiteren VRM-Gästetickets im Landkreis Ahrweiler vertraglich vereinbart.

Dieses Gästeticket ist seit dem 01.04.14 für die Besucher und Übernachtungsgäste im Landkreises Ahrweiler verfügbar. Die weitere Ausweitung des Fahrausweis-Segmentes „Gästeticket“ entspricht auch dem Bemühen, die weiterhin rückläufige Entwicklung bei der Ausgabe von Schulträgerfahrausweisen abzufedern bzw. aufzufangen.

Dennoch kann abschließend zusammenfassend festgestellt werden, dass die erneute Tarifanhebung um 5,93% (kumuliert mit der 365 Tage zuvor durchgeführten Tariferhöhung von 4,9% zu insgesamt 10,83% innerhalb eines Jahres) sicherlich nicht zur Stimulierung der Nachfrage beigetragen hat. In diesem Zusammenhang ist auch der Rückgang von 74,6 Mio. Fahrten im Jahr 2012 auf 74,1 Mio. Fahrten im Jahr 2013 zu sehen (vorläufige Daten). Dieses Ergebnis ist zweifelsfrei nicht alleine auf den Rückgang der von den Schulwegkostenträgern ausgegebenen Fahrausweise für die Schüler in der Sekundarstufe I zurückzuführen. Während die Tariferhöhung zum 01.01.13 erneut 5,93% betrug, konnte tatsächlich am Markt lediglich eine Ergiebigkeitssteigerung in Höhe von 3,6% realisiert werden. Dies zeigt mehr als deutlich, dass in Bezug auf die Nachfrage und dem vorhandenen Markt bzw. die zur Verfügung stehenden Potentiale ein Fahrpreis-Niveau erreicht ist, das zukünftig nach Möglichkeit nicht weiter gesteigert oder angehoben werden soll!

Erfreulich gegenläufig hat sich weiterhin die Nachfrage und die Inanspruchnahme des im Jahr 2011 eröffneten Schienenhaltepunktes „Koblenz-Stadtmitte“ entwickelt. Während die Zählergebnisse des Zweckverbandes SPNV Nord bei Einsteiger- bzw. Nutzerzahlen zum Jahresende 2012 noch bei ca. 3.000 Personen täglich lagen, haben sich diese Werte auf nunmehr ca. 3.800 werktäglichen Einsteigern entwickeln können. Damit liegen die Einsteigerzahlen am Schienenhaltepunkt Koblenz-Stadtmitte nunmehr deutlich über denen des Bahnhofes Neuwied! Die seinerzeit vom Zweckverband SPNV Nord und dem Verkehrsverbund Rhein-Mosel prognostizierten Einsteigerzahlen von rd. 4.000 Personen werktäglich sind damit nunmehr beinahe erreicht. Es ist davon auszugehen, dass mit dem zum Dezember 2014 vorgesehenen zusätzlichen SPNV-Angebot zwischen Limburg, Koblenz, Andernach und Mayen-Ost eine weitere Stimulierung der Nachfrage im Bereich der linken Rheinstrecke erzielt werden kann und die seinerzeit prognostizierten Einsteigerzahlen damit sogar noch übertroffen werden könnten. Des Weiteren ist auch von der Ausweitung des VRM-Tarifgebietes um die Moselweinbahn zwischen Bullay und Traben-Trarbach zum Dezember 2014 ebenfalls von einer Nachfragesteigerung im Bereich der Freizeitverkehre auszugehen.

In dem zum 01.04.12 neu geschaffenen Bereich „Verkehr und Wettbewerb“ wurden im Jahr 2013 wegweisende Weichenstellungen zur Absicherung des vorhandenen Leistungsniveaus im Bereich des straßengebundenen ÖPNV vorgenommen. Zum Einen sind hier die von den Landkreisen Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem-Zell, Rhein-Lahn, Mayen-Koblenz und Rhein-Hunsrück zwischenzeitlich beschlossenen Linienbündel zu benennen, die teilweise bereits zum Dezember 2015 zunächst im vorgeschalteten Genehmigungswettbewerb und gegebenenfalls in sich weiter anschließende Genehmigungsverfahren einmünden werden. Darüber hinaus wurden zahlreiche Einzellinien im Rahmen längerfristiger Konzessionsanträge wettbewerblich durch diesen neu geschaffenen Bereich konzeptionell sowie auch im Rahmen einer moderierten externen Rechtsberatung begleitet.

Um die tarifplanerischen Entscheidungen der in der VRM GmbH versammelten kommunalen Gebietskörperschaften als Aufgabenträger im ÖPNV zukunftssicher zu gestalten, haben sich die Gesellschafter der VRM GmbH per Kreistags- und Stadtratsbeschlüsse dazu entschlossen, die zum 03.12.09 in Kraft gesetzte Allgemeine Vorschrift rechtssicher und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.
Per Beschluss eines jeden einzelnen Kreistages sowie des Stadtrates von Koblenz wurde die Allgemeine Vorschrift dahin abgeändert, dass als Voraussetzung für die Anwendung des VRM-Tarifs ab dem 01.11.13 nicht alleine die Existenz eines Kooperationsvertrages zwischen jedem einzelnen Verkehrsträger und der VRM GmbH notwendig ist, sondern vielmehr durch eine entsprechend definitorische Vorgabe die Anwendung des VRM-Tarifs dann obligatorisch ist, sobald ein Verkehrsunternehmen auf dem Gebiet des VRM Verkehre im Sinne des § 42 PBefG anbietet. Nachdem zum Jahresbeginn 2013 einzelne Verkehrsunternehmen in Erwägung gezogen hatten, den Kooperationsvertrag zu kündigen und wieder auf eine historische Haustarifanwendungen zu verfallen, sahen sich die kommunalen Gebietskörperschaften und Aufgabenträger innerhalb des VRM-Gebietes dazu gezwungen, hier Rechtssicherheit zu schaffen, um der auch erstmals im Herbst des Jahres 2012 absehbar desintegrativen Entwicklung entgegen zu wirken. Mit dem Beschluss der Gesellschafter der VRM GmbH wurde unter Bezugnahme auf die EU-VO 1370/2007 nun rechtlich abgesichert, dass die in der VRM GmbH versammelten „zuständigen Behörden“ zukünftig eine Tariffestsetzung vornehmen, die gegebenenfalls von den Verkehrsunternehmen planerisch begleitet werden kann.

Die Frage der Weiterentwicklung der Einnahmenaufteilung nach Kündigung des Einnahmenaufteilungsvertrages durch drei Unternehmen des DB-Konzerns zum 31.12.13 war zum Jahresabschluss nicht endgültig geregelt. Erst zum 31.03.14 wurde ein entsprechender Nachtrag durch alle im VRM tätigen Verkehrsunternehmen gegengezeichnet, so dass die alterlösbasierte Einnahmenaufteilung auch für das Gesamtgeschäftsjahr 2014 fortgeführt wird.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
A. Anlagevermögen	**55.161,04**	**72.752,61**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13.257,04	39.371,00
II. Sachanlagen	41.904,00	33.381,61
B. Umlaufvermögen	**737.653,48**	**840.712,19**
I. Forderungen u. sonst. Verm.	117.907,08	220.911,02
a) Forderungen aus L u. L	60.445,55	138.241,34
b) Forderungen gegen Gesellschafter	1.536,23	0,00
c) Sonstige Vermögensgegenstände	55.925,30	82.669,68
II. Kassenbestand	619.746,40	619.801,17
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**792.814,52**	**913.464,80**
A. Eigenkapital	**27.609,76**	**27.609,76**
I. Gez. Kapital	27.609,76	27.609,76
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Rückstellungen	**43.870,00**	**31.630,00**
1.Steuerrückstellungen	0,00	0,00
2.Sonstige Rückstellungen	43.870,00	31.630,00
C. Verbindlichkeiten	**721.334,76**	**854.225,04**
1.Verbindlichkeiten aus L u. L	195.785,87	251.036,16
2.Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	514.601,39	594.235,20
3.Sonstige Verbindlichkeiten	10.947,50	8.953,68
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**792.814,52**	**913.464,80**

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2012	2013
Umsatzerlöse/Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen	-3.376.454,75	-2.970.925,29
sonstige betriebliche Erträge	4.722.336,98	4.540.241,19
Gesamtleistung	**1.345.882,23**	**1.569.315,90**
Sachaufwand	381.654,94	486.943,92
Rohertrag	**964.227,29**	**1.082.371,98**
Personalaufwand	700.449,78	710.010,64
a) Löhne und Gehälter	540.411,12	550.220,62
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	160.038,66	159.790,02
Abschreibungen	21.314,49	30.053,84
sonstige betr. Aufwendungen	248.261,37	346.376,13
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	6.642.86	4.068,63
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**844,51**	**0,00**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	844,51	0,00
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**0,00**	**0,00**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***---***	***--***
Gesamtrentabilität	***%***	***---***	***--***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***---***	***--***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***7,0***	***8,0***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***93,0***	***92,0***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***50,1***	***38,0***
Anlagendeckung II	***%***	***50,1***	***38,0***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***3,5***	***3,0***
Fremdkapitalquote	***%***	***96,5***	***97,0***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***96,4***	***94,9***

Lage des Unternehmens

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Mit Blick auf die derzeitige Geschäftsentwicklung kann auch für das Geschäftsjahr 2014 davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen der Gesellschafterversammlung im September 2013 beschlossenen finanziellen Rahmenbedingungen erneut und planmäßig eingehalten werden. Die liquiden Mittel der VRM GmbH trugen per 31.12.13 rd. 0,6 Mio. €. Damit ist für das

Geschäftsjahr 2014 eine ausreichende Liquidität in Aussicht gestellt. Kredit- und Bankbürgschaften wurden im Geschäfts- und Berichtsjahr 2013 nicht in Anspruch genommen bzw. eingegangen, so dass Darlehen, Tilgungen oder entsprechende Zinsdienste innerhalb des Geschäfts- und Berichtsjahres 2013 nicht erforderlich waren.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung über die bereits zuvor dargestellten Kündigungen des Einnahmenaufteilungsvertrages nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 eingetreten. Hinsichtlich der Kündigungsabsichten einzelner Verkehrsunternehmen, die im Winter und Frühjahr 2013 vorgetragen wurden, haben die Gesellschafter der VRM GmbH mit Beschluss zum 01.11.13 die Allgemeine Vorschrift derart präzisiert, dass auch eine Kündigung des Kooperationsvertrages zukünftig die einzelnen Verkehrsunternehmen nicht mehr von der Anwendung des VRM-Tarifs als Höchsttarif im Sinne der EU-VO 1370/2007 entbindet. Der VRM-Tarif ist nunmehr im Rahmen der Höchsttarif-Festsetzung ein von allen Verkehrsunternehmen, die Verkehre nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes im Verbundraum anbieten, der obligatorisch und zwingend anzuwendende Nachverkehrstarif.

Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die VRM GmbH hat ausschließlich öffentliche Auftraggeber und Gesellschafter, die dem Grundsatz nach als solvent und zahlungsfähig zu betrachten sind. Risiken bestehen hinsichtlich der Finanzierung des ÖPNV innerhalb des VRM in erster Linie in der von Bund und Ländern, respektive dem in Rheinland-Pfalz gestalteten Finanzierungsrahmen. Das Risikomanagement der VRM GmbH basiert auf einem monatlichen Berichtswesen, das wesentliche Kennzeichen beinhaltet und die Planzahlen des Unternehmens quartalsmäßig den Ist-Zahlen gegenüberstellt. Dazu gehören auch die Aufwandszahlen einzelner Projekte. Die Abweichungsanalyse dient der Geschäftsführung als Instrument der Unternehmenssteuerung. Mit Blick auf die seit Jahren kontinuierliche und von den Gesellschaftern bewusst gewünschte Reduzierung der Rücklagen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern wurde im Berichtsjahr 2013 die im Geschäftsjahr 2011 eingeführte Intensivierung der Liquiditätskontrolle fortgesetzt.

Regelmäßige Soll-Ist-Gespräche mit den Verantwortlichen zur Umsatz- und Kostenentwicklung ermöglichen der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung, über diese Entwicklung einen regelmäßigen und vollständigen Bericht zu geben, zu informieren und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen einzuleiten bzw. im erforderlichen Fall entsprechend entgegen zu steuern. Um sicher zu stellen, dass die vorhandene Liquidität ausreicht, wird die Entwicklung der verfügbaren liquiden Mittel regelmäßig überwacht. Risiken im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sind vor dem Hintergrund der durch das Land Rheinland-Pfalz und der Gesellschafter vereinbarten Finanzierungsregelung vom 30.11.01 nach Auffassung der Geschäftsführung derzeit nicht ersichtlich. Die VRM GmbH geht für die Geschäftsjahre 2014 und

2015 von einer gleichen Kosten- und Ertragsstruktur aus. Bei Veränderungen werden Anpassungen durch entsprechende Kostenreduktionen möglich sein.

Das zum 01.01.13 aufgrund der Beschlüsse der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages sowie des Bundesrates in Kraft getretene Personenbeförderungsgesetz hat – entgegen aller Erwartungen – noch einmal den kommerziellen Interessen der Verkehrsunternehmen genüge getan bzw. entsprochen. Der Vorrang der eigenwirtschaftlichen Verkehre im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs wird im Rahmen der aktualisierten Gesetzgebung erneut betont. Die hat insofern Auswirkungen auf die Finanzierung der Verkehrsleistung im straßengebundenen ÖPNV, als dass zu erwarten ist, dass gerade von der mittelständisch geprägten Unternehmerschaft des VRM auch in den nächsten Jahren vornehmlich eigenwirtschaftliche Konzessionsanträge zu erwarten sein werden.

Die Regierungsparteien der rheinland-pfälzischen Landesregierung haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung vor Konstituierung des neuen rheinland-pfälzischen Landtages bzw. der neuen rheinland-pfälzischen Landesregierung im Mai 2011 auf eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs, respektive der Verkehrsverbünde verständigt. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass über die bisherigen Finanzierungsanteile jedoch keine weiteren zusätzlichen Mittel zur Finanzierung des straßengebundenen ÖPNV seitens der Landesregierung aufgewandt wurden. Mehr und mehr ist die Tendenz zu verzeichnen, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage des Landes Rheinland-Pfalz auch die bisherige Förderpraxis, Tarifharmonisierungsverluste und Durchtarifierungsverluste auf dem Weg der Anteilsfinanzierung mit bis zu 50% der förderfähigen Kosten zu fördern, keine Fortsetzung finden wird.

Mit Schreiben vom 29.03.12 weist der Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur, Herr Staatsminister Roger Lewentz, den Geschäftsführer der VRM GmbH darauf hin, dass zukünftig eine projektbezogene Förderung bei neuen Projekten auch nur noch mit 25% der förderfähigen Kosten erfolgen könne. Hiervon wurde erstmalig im Zusammenhang mit der Einbeziehung des Schrägaufzuges Ehrenbreitstein seitens des Landes Gebrauch gemacht.

Dennoch zeichnet sich ab, dass im Zusammenhang mit der intensivierten Zusammenarbeit auf der planerischen Ebene im Rahmen des Projektes „ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord“ eine die Belange des ÖPNV zukunftssichernde Zusammenarbeit etabliert und verfestigt wird.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Verbundumlage Stadt 2013	*215.977,47 €*
Gewerbesteuererstattung Vorjahre	*- 401,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat bisher keinen Aufsichtsrat berufen.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Energieversorgung Mittelrhein GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

09. Dezember 1927; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 21. Dezember 2012

Stammkapital am 31.12.2013

76.000.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

1. *Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie die Tätigkeit im Netzbereich leitungsgebundener Kommunikationssysteme, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen,*
2. *ferner die Übernahme der Betriebsführung und von Aufgaben der in Absatz 1 genannten Tätigkeiten*
3. *und die Beteiligung an anderen Unternehmen in der in Absatz 1 und 2 genannten Art und der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck mittelbar und unmittelbar dienenden Geschäfte.*

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

<u>Bis 11.12.2013:</u>

Stadtwerke Koblenz GmbH	*41.451.200,00 €*	*54,541 %*
Thüga AG, München	*31.545.300,00 €*	*41,507 %*
Stadtwerke Mayen GmbH	*1.601.300,00 €*	*2,107 %*
Stadtwerke Andernach GmbH	*1.402.200,00 €*	*1,845 %*

Ab 12.12.2013:

EKO2 GmbH	*65.396.500,00 €*	*86,048 %*
Thüga AG, München	*7.600.000,00 €*	*10,000 %*
Stadtwerke Mayen GmbH	*1.601.300,00 €*	*2,107 %*
Stadtwerke Andernach GmbH	*1.402.200,00 €*	*1,845 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmannn-Göttig - Vorsitzender -
Ewald Woste - stellvertretender Vorsitzender –
Hans-Peter Ackermann
Andreas Biebricher
Petra Ensel
Dr. Michael Gross
Thomas Haupt
Birgit Hoernchen
Dr. Gerhard Holtmeier
Marion Lipinski-Naumann
Anna-Maria Schumann-Dreyer
Wolfgang Treis

Gastmitglieder aus der Belegschaft
Gesamtbetriebsratsvorsitzender Dirk Marquardt
Gesamtbetriebsratsmitglied Hans Lips

Gesellschafterversammlung
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender -
Ewald Woste – stellvertr. Vorsitzender -
Christian Altmaier
Hans-Jörg Assenmacher
Peter Balmes
Eitel Bohn
Manfred Gniffke
Lars Hörnig
Ursula Hühnerfeld
Achim Hütten
Angela Keul-Göbel
Andrea Mehlbreuer
Fritz Naumann
Mark Scherhag
Heike Schmitz
Torsten Schupp
Heinz Stoll
Stephan Wefelscheid

Geschäftsführung
Josef Rönz – Vorsitzender –
Dr. Karlheinz Sonnenberg
Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2013 an folgenden Unternehmen beteiligt:

Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen	*100,00 %*
EVM Netz GmbH, Koblenz	*100,00 %*
Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH	*100,00 %*
BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH, Koblenz	*74,90 %*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

a) Gasversorgung

Dem bundesweiten Trend folgend erhöhte sich der Erdgasabsatz in 2013 witterungsbedingt um 6,5 Prozent. Insgesamt ist eine Menge von 9.151 Mrd. kWh (2012: 8.596 Mrd. kWh) an Kunden geliefert worden. Die Anzahl der Kunden (Basis: Zählpunkte) zum 31. Dezember 2013 ist mit 126.903 gegenüber dem Vorjahr (127.363) nahezu unverändert. Die Erlöse aus dem Erdgasgeschäft sind gegenüber 2012 aufgrund der erhöhten Absatzmenge hingegen gestiegen: um 27,59 Mio. Euro auf 342,19 Mio. Euro.

b) Stromversorgung

Die EVM lieferte im Berichtszeitraum insgesamt 305,6 Mio. kWh Strom (inkl. Stromverkauf aus Eigenerzeugung). Die verkaufte Menge erhöhte sich um 120,4 Mio. kWh (65,1 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr.
Dies ist auf die gestiegene Kundenanzahl zurückzuführen: Im Grundversorgungsgebiet in der Stadt Cochem blieb die Kundenanzahl nahezu konstant, während außerhalb des EVM-Strom-Netzgebietes zahlreiche neue Kunden akquiriert wurden. Die Anzahl der Kunden, die mit Strom von der EVM versorgt wurden, hat sich von 22.042 in 2012 auf 31.053 im Berichtsjahr deutlich erhöht. Dabei konnte die EVM Erlöse von rund 48,92 Mio. Euro erzielen (Vorjahr: 25,44 Mio. Euro).

c) Trinkwasserversorgung

Die EVM war im Jahr 2013 als technische und kaufmännische Betriebsführerin für drei Wasserwerke verantwortlich. Insgesamt wurden rund 190.000 Einwohner mit Trinkwasser versorgt.

Für die Trinkwasserverteilung wurde ein Wasserrohrleitungsnetz mit einer Gesamtlänge von 1.441 km betrieben. Das Leitungsnetz unterteilte sich in 973 km Hauptrohrleitungsnetz und in 468 km Hausanschlussleitungen. Zum Ausgleich von Verbrauchsschwankungen und zur Überbrückung von Betriebsstörungen stand ein Wasserspeichervolumen von rund 47.850 m³ zur Verfügung.
In den Versorgungsbereichen der EVM belief sich der Trinkwasserverkauf im Jahr 2013 auf insgesamt 10.492.000 m³ und lag damit unter dem Vorjahresniveau.
Von dieser Trinkwassermenge wurden 98,7 Prozent an Haushalte, Gewerbe, Industrie und öffentliche Einrichtungen abgegeben. Außerdem wurden 137.000 m³ (1,3 Prozent) an benachbarte Versorgungsunternehmen geliefert.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 4,72 Mio. Euro in den Ausbau von Transport- und Verteilungsanlagen sowie Wasserspeicheranlagen investiert. Rund 175.000 Euro davon sind für eine neue Wassertransportleitung in Ramersbach angefallen. Mit dem Neubau einer Leitung von 870 Metern wird die Versorgung des Ortsteils seit November 2013 über den Hochbehälter Engelner Kopf vorgenommen. Anlass dazu gab ein neues Konzept zur Trinkwasserversorgung, das die EVM gemeinsam mit der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler erstellt hat.

d) Abwasserentsorgung

Seit dem 1. Januar 2001 führt die EVM den kaufmännischen und technischen Betrieb des Abwasserwerks der Stadt Remagen. Um die Entsorgung von 686.309 m³ Abwasser zu gewährleisten, die 2013 im Stadtbereich Remagen angefallen sind, unterhält das Abwasserwerk ein Kanalnetz und entsprechende Anlagen von 110,1 km Länge. Im Berichtsjahr wurde die Kanalisation für insgesamt 1.642.000 € erneuert und erweitert.

e) Mitarbeiter

Die EVM beschäftigte inkl. Auszubildende zum Stichtag 31. Dezember 2013 424 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (62 in der Ruhephase Altersteilzeit), im Vorjahr waren es 419 (58 in der Ruhephase Altersteilzeit).

Zum 31. Dezember 2013 bildete die EVM 22 Auszubildende aus. Zudem hat die EVM Gastausbildungen und Praktika ermöglicht sowie Bachelor- und Masterarbeiten unterstützt. Mit dem Seminar „Fit für EVM“ werden den Auszubildenden am Anfang des ersten Lehrjahres Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen vermittelt. Es ist weiterhin fester Bestandteil der Ausbildung bei der EVM.

Weiterhin engagiert sich EVM mittlerweile seit mehreren Jahren innerhalb der Initiative Koblenzer Bündnis für Familie. Dieser Zusammenschluss aus zahlreichen Koblenzer Unternehmen, gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen hat das Ziel, Koblenz mithilfe familienfreundlicher Maßnahmen und Projekte als familienfreundliche Kommune weiterzuentwickeln. Bereits heute realisiert die EVM viele Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Dazu zählen unter anderem die flexiblen

Arbeitszeitregelungen und individuell abgestimmte Programme zum Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Für die Weiterbildung der EVM Mitarbeiter/-innen wurden in 2013 insgesamt 770 Tage in Anspruch genommen. In den Mitarbeiterjahresgesprächen wird auch das Thema Weiterbildung berücksichtigt. Dadurch ist es möglich, die Mitarbeiter systematisch zu fördern.

In 2013 wurde erstmals die Energiemarkt-Grundlagenschulung durchgeführt. Um neuen Mitarbeitern und Azubis die Möglichkeit zu bieten, eine gute Basis für ihre zukünftige Tätigkeit zu entwickeln und ihr Grundwissen zu erweitern, wurde in Kooperation mit dem DVGW dieses neue Inhouse-Seminar konzipiert. Die Teilnehmer wurden dabei über die wichtigsten Energiemarkt-Themen geschult.

Auch in 2013 wurden durch EVM nicht nur die eigenen Mitarbeiter geschult. In einer zweitägigen Veranstaltung schulte EVM 27 angehende Anlagenmechaniker des SHK-Handwerks zum Thema Energieeffizienz. Dabei wurden die Leistungen der Kraft-Wärme-Kopplung gezeigt und die Rolle von Erdgas als Energieträger in der Zukunft erläutert.

Am 17. April 2013 hat die Tarifkommission des Arbeitgeberverbands Energie Südwest (AGVE) mit der Gewerkschaft ver.di eine Einigung erzielt. Es wurde Folgendes vereinbart: Vom 1. April 2013 bis zum 31. März 2014 wird die Vergütung um 2,90 Prozent erhöht, vom 1. April 2014 bis zum 31. März 2015 noch einmal um 2,10 Prozent.

f) Beteiligungen der EVM

Über den Ergebnisabführungsvertrag mit der Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW) in Höhr-Grenzhausen, eine 100-Prozentige Tochter der EVM, vereinnahmte die EVM im Geschäftsjahr 2013 Erträge, die sich inkl. der an diese Organgesellschaft weiterbelasteten Ertragssteuern auf 13,2 Mio. € beliefen. Am 31. Dezember 2013 versorgte die GVW 27.500 Kunden (Basis: Zählpunkte) in 93 Städten und Gemeinden im Westerwaldkreis und im Kreis Neuwied mit Erdgas. Der Erdgasabsatz ist um 2,7 Prozent auf 1,6 Mrd. kWh gesunken, wobei einem Absatzrückgang im Prozessgasbereich eine Mengensteigerung im Heizgassektor gegenübersteht. Die Umsatzerlöse betragen wie im Vorjahr 71,7 Mio. Euro. Seit 2009 ist die EVM über die GVW an der Kom9 und damit an der Thüga beteiligt.
In 2013 vereinnahmte die GVW von der Kom9 einen Beteiligungsertrag in Höhe von 5,7 Mio. Euro.

Mit jeweils 15 Prozent ist die EVM an der Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl, sowie der Propan Rheingas GmbH, Brühl, beteiligt. In 2013 vereinnahmte die EVM Beteiligungserträge von 0,19 Mio. €.

Die EVM hält 10 Prozent des Stammkapitals an der Fernwärmeversorgung Mayen GmbH. Unternehmensgegenstand ist die Beschaffung von Fernwärme, der Bau und Betrieb von Fernwärmeanlagen sowie die Belieferung von Kunden. Der Beteiligungsertrag lag bei 10 T€.

Seit dem 1. Januar 2004 ist die EVM an der Syneco GmbH & Co. KG, München, beteiligt, die, 1999 als Energiedienstleister der Thüga-Gruppe gegründet, heute zu den bedeutendsten Handelsunternehmen für Energie in Deutschland zählt. Neben Strom- und Gasprodukten werden auch Finanzdienstleistungen wie Preisabsicherungen angeboten, die die Marktstellung von Syneco und damit ihrer Kunden weiter stärken. Derzeit hat die Syneco GmbH & Co. KG 65 Kommanditisten. Der Kommanditanteil der EVM beträgt 5,56 Prozent. Die Beteiligungserträge aus dem Unternehmen betrugen im Berichtsjahr 0,15 Mio. €.

Mit der Gründung der EVM Netz GmbH, Koblenz, als 100 %ige Tochter der EVM und der Übertragung der Netzbetreiberfunktionen von EVM und GVW zum 01.01.2007 auf diese Netzgesellschaft, sind beide Unternehmen den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetztes (EnWG) nachgekommen. Die EVM Netz GmbH hat die Netzanlagen der EVM (Gas und Strom) und der GVW (Gas) gepachtet und ist verantwortlich für die Vermarktung der Netze sowie für den Netzausbau und den Netzbetrieb.
Das aufgrund des zwischen EVM und EVM Netz GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an EVM abgeführte Ergebnis beläuft sich auf 3,1 Mio. €. Dieses wird aufgrund der ertragssteuerlichen Organschaft durch EVM versteuert. Im Geschäftsjahr 2013 verlegte die EVM Netz GmbH insgesamt rund 21 km Hoch-, Mittel- und Niederdruckleitungen sowie 2.199 Hausanschlüsse. Das Gas-Leitungsnetz verfügt damit über eine Länge von rund 6.032 km. Die EVM Netz GmbH transportierte 9,64 Mrd. kWh Erdgas durch die Leitungsnetze von EVM und GVW.

Die Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH (BEE), Koblenz, wurde am 22. April 2008 von der EVM und der EnD-I Bioenergy GmbH, Köln, (vormals EnD-I Loick Bioenergy GmbH) gegründet, wobei die EVM ursprünglich 50,0 Prozent hielt. 2010 wurde eine ordentliche Kapitalerhöhung vorgenommen, an der sich ausschließlich die EVM beteiligte. Hierdurch stieg die Anteilsquote der EVM auf 74,9 Prozent. Zweck der Gesellschaft ist der Bau von Biogasanlagen sowie der Erwerb, die Erzeugung, der Transport und die Veräußerung von biogenen Gasen sowie jede damit zusammenhängende wirtschaftliche und technische Tätigkeit im regionalen Umfeld der EVM. Die Bio-Erdgasanlage wurde im Februar 2013 ans Netz angeschlossen. Aufgrund von erhöhten Beschaffungskosten durch die Einführung des sog. Maisdeckels, der den Maiseinsatz auf max. 60% der jährlichen Substratmenge begrenzt, einem Rückgang des Rohbiogaspreises und damit der zu erzielenden Erlöse sowie gestiegenen Logistikkosten befindet sich die BEE derzeit wirtschaftlich in einem schwierigen Zustand. Um die BEE dauerhaft wirtschaftlich positionieren zu können, arbeitet die EVM derzeit an einem Konsolidierungskonzept, welches voraussichtlich im Laufe des Jahres 2014 vorliegen wird.

Seit dem 06. Dezember 2011 ist die EVM mit 7,0 Prozent an der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Cochem-Zell beteiligt. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung einer Infrastruktur zur Breitbandversorgung im Gebiet des Landkreises Cochem-Zell.

Im Rahmen der Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE), die 2011 gegründet wurde, investiert EVM deutschlandweit in

Projekte zur Förderung regenerativer Energien. Die Beteiligungsquote erhöhte sich in 2013 leicht auf 5,16 %.

Die EVM ist seit dem 21.12.2012 über die Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH am Erwerbskonsortium EKO2 und somit indirekt mit 4,9 Prozent an der KEVAG AG beteiligt. KEVAG versorgt in der Region Koblenz und Westerwald sowie in Hessen über 200.000 Kunden mit Strom, Erdgas und energienahen Dienstleistungen. In 2013 wurden keine Beteiligungserträge vereinnahmt. In 2014 wird EVM mit KEVAG fusionieren.

g) Umweltschutz

Gerade als Energieversorger fühlt sich die EVM verpflichtet, nachhaltig zu handeln und schonend mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Deshalb setzt sie sich konsequent für regenerative Energien, innovative klimafreundliche Technologien und einen geringeren CO_2-Ausstoß ein. Denn so trägt die EVM dazu bei, die Umwelt zu schonen und die Energieversorgung auch für die Zukunft zu sichern.

Das beginnt schon im Unternehmen – mit einem effizienten Umweltmanagement. Es basiert auf Umweltleitlinien und wird nach der europäischen Norm DIN EN ISO 14001:2004 in allen Bereichen umgesetzt. Die zuständige Stelle sorgt dafür, dass der betriebliche Umweltschutz laufend verbessert wird, von den Prozessabläufen bis hin zum Dienstleistungsangebot: Sie entwickelt Umweltziele und -programme weiter, führt interne Audits und Schulungen durch und erstellt jedes Jahr eine Bewertung für die Geschäftsführung.

In 2013 wurde die Wiederholungsprüfung des Umweltmanagements nach DIN EN ISO 14001:2004 vorgenommen und positiv abgeschlossen. Damit ist die EVM für weitere drei Jahre berechtigt, das Zertifikat zu führen.

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***248.755.082,44***	***248.657.530,68***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*5.265.759,00*	*4.020.549,00*
II. Sachanlagen	*86.926.725,00*	*88.389.978,00*
III. Finanzanlagen	*156.562.598,44*	*156.247.003,68*
B. Umlaufvermögen	***106.937.487,55***	***109.641.769,71***
I. Vorräte	*1.590.502,42*	*1.618.433,45*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*89.461.153,90*	*88.971.541,62*
Forderungen aus L u. L	*72.219.402,95*	*83.154.434,13*
Forderungen gegen verb. Unternehmen	*2.875.644,02*	*2.363.016,61*
Forderungen gegen Unternehmen Beteiligung	*1.159.582,11*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*13.206.524,82*	*3.454.090,88*
III. Kassenbestand	*15.885.831,23*	*19.051.794,64*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***1.213.333,34***	***1.176.000,00***
Bilanzsumme	***356.905.903,33***	***359.475.300,39***

Bilanz	2012	2013
A. Eigenkapital	**195.676.333,11**	**171.127.808,63**
I. Gez. Kapital	76.000.000,00	76.000.000,00
II. Kapitalrücklage	63.000.000,00	63.000.000,00
III. Gewinnrücklage	19.684.648,24	31.674.648,24
IV. Gewinnvortrag	145.492,03	0,00
V. Bilanzgewinn	36.846.192,84	453.160,39
B. Sonderposten	**613.216,00**	**398.683,00**
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
Sonderposten für Investitionszuschüsse	465.229,00	398.683,00
C. Ertragszuschüsse	**7.696.134,00**	**6.181.546,00**
1 .Pensionsrückstellungen	3.734.416,18	3.807.385,57
2. Steuerrückstellungen	0,00	1.117.291,24
3. Sonstige Rückstellungen	51.983.419,79	46.471.348,55
D. Verbindlichkeiten	**97.263.704,59**	**130.291.237,40**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39.308.156,37	34.900.000,00
2. Erhaltene Anzahlung auf Bestellungen	15.929.327,17	16.379.416,19
3. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung.	32.991.936,94	30.436.642,66
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	157.481,52	19.009.490,87
5 Verbindlichkeit geg. verbundenen Unternehmen	808.365,16	4.094.511,63
6 Sonstige Verbindlichkeiten	8.068.437,43	25.471.176,05
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**86.666,66**	**80.000,00**
Bilanzsumme	**356.905.903,33**	**359.475.300,39**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	379.514.548,26	430.622.360,38
andere aktivierte Eigenleistungen	745.888,00	761.583,00
sonstige betr. Erträge	35.460.663,23	37.568.813,42
Materialaufwand	321.622.713,32	373.430.959,13
Personalaufwand	26.873.654,25	27.071.814,65
Abschreibungen	10.252.043,00	14.143.346,72
Summe sonstiger betrieblicher Aufwand	23.047.011,37	19.930.700,61
Erträge aus Beteiligungen	136.343,12	348.588,53
Erträge aufgrund Ergebnisabführung	14.053.682,82	13.288.407,38
an die Organschaft belastete Ertragssteuern.	3.512.397,90	3.009.102,17
Erträge aus Wertpapieren	174.333,15	159.811,22
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	310.603,49	328.946,27
Aufwendungen aus Verlustübernahmen.	0,00	5.380.864,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.243.486,97	2.011.321,01
Ergebnis der gewöhnliche Geschäftstätigkeit	**49.869.551,06**	**44.118.606,25**
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	12.936.674,34	13.576.600,61
sonstige Steuern	86.683,88	90.530,12
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	**36.846.192,84**	**30.451.475,52**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***18,4***	***17,4***
Gesamtrentabilität	***%***	***11,0***	***9,0***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***914,5***	***1.015,6***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***69,7***	***69,2***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***30,3***	***30,8***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***80,6***	***70,4***
Anlagendeckung II	***%***	***86,4***	***74,4***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***56,2***	***48,7***
Fremdkapitalquote	***%***	***43,8***	***51,3***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***68,5***	***63,5***

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die EVM erzielte in 2013 Umsatzerlöse von 430,6 Mio. €. Das waren 51,1 Mio. € beziehungsweise 13,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Grund hierfür ist im Wesentlichen die in 2013 gestiegenen Gas- und Stromabsatzmenge. Die Erlöse aus dem Erdgasgeschäft inklusive Wärmeverkauf, nach wie vor Hauptumsatzträger, hatten mit 346,6 Mio. € einen Anteil von 80,5 Prozent am Gesamtumsatz. Der Materialaufwand lag mit 373,4 Mio. € um 51,8 Mio. € bzw. 16,1 Prozent über Vorjahresniveau. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sank um 5,8 Mio. € auf 44,1 Mio. €. Dies ist vor allem auf die Belastungen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der BEE zurückzuführen.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag betrug die Liquidität 19,1 Mio. € (Vorjahr: 15,9 Mio. €).

Der operative Cashflow lag um ca. 24,3 Mio. € über dem des Vorjahres. Die (nicht zahlungswirksamen) Abschreibungen erhöhten sich um insgesamt 9,3 Mio. €, wobei 10,0 Mio. € die Vermögenswerte der BEE betreffen. Zudem war die Veränderung des operativen Cashflows auf den im Vergleich zum Vorjahr geringeren Aufbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 13,7 Mio. € sowie auf den Liquiditätszufluss in Folge eines erhöhten Aufbaus von Verbindlichkeiten, hier den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um 18,8 Mio. € sowie der sonstigen Verbindlichkeiten um 17,4 Mio. €, zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt um ca. 50,6 Mio. € geringere Ausgaben. Ursächlich hierfür sind die in 2012 geleisteten Zahlungen in das Stammkapital sowie in die Kapitalrücklage der Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH (EBM) in Höhe von insgesamt 54,6 Mio. €, die in 2013 nicht angefallen sind.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit lag um rd. 42,3 Mio. € unter dem des Vorjahres. Im Wesentlichen resultiert dies aus den im Vergleich zum Vorjahr um 32,0 Mio. € höheren Ausschüttungen an die Gesellschafter, die maßgeblich auf eine Vorabausschüttung in Höhe von 30,0 Mio. € zurückzuführen sind.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 2,6 Mio. € auf 359,5 Mio. € (2012: 356,9 Mio. €).

Das Anlagevermögen beträgt 248,7 Mio. € und blieb damit nahezu konstant (2012: 248,8 Mio. €). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 69,2 Prozent. Das wirtschaftliche Eigenkapital (unter Berücksichtigung eines je 60prozentigen Anteils der Sonderposten für Investitionszuschüsse und empfangener Ertragszuschüsse) hat mit 175,1 Mio. € (2012: 200,6 Mio. €)

einen Anteil von 48,7 Prozent (2012: 56,2 Prozent) am Gesamtkapital. Das Fremdkapital erhöhte sich von 156,3 Mio. € um 28,1 Mio. € auf 184,4 Mio. €.

Im Berichtsjahr investierte die EVM 9,9 Mio. € in Sachanlagen. Die Summe konnte vollständig aus den Abschreibungen finanziert werden. Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 2,7 Mio. € auf 109,6 Mio. €.

Nachtragsbericht

Das Nahwärmenetz in Cochem ist planmäßig im September 2013 in Betrieb gegangen. Der Anlagenbetrieb erfolgt jedoch vorerst über Erdgas, da auf dem EVM-Gelände bei den Bauarbeiten Altlasten gefunden wurde. Um weitere Funde ausschließen zu können finden in Abstimmung mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord weitere Untersuchungen statt. Sobald die Ergebnisse im Frühjahr 2014 vorliegen, kann mit der Projektumsetzung fortgefahren werden. Durch das Biomasse-Heizwerk können jährlich ca. 300 Tonnen CO_2 eingespart werden.

Am 19.02.2014 wurde über das Vermögen der EnD-I Bioenergy GmbH das Insolvenzverfahren eröffnet. Daraufhin hat die Gesellschafterversammlung der BEE mit den Stimmen der EVM am 19.03.2014 deren Anteile eingezogen. Die Abfindung beträgt 1,00 €. Der Insolvenzverwalter der EnD-I Bioenergy GmbH kann den Einziehungsbeschluss noch anfechten.

Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, um sie zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zu ergreifen. So können erkennbare Risiken vermieden oder zumindest minimiert werden.

Die EVM betreibt seit 1999 ein aktives Chancen- und Risikomanagement. Basis dafür ist zum einen der Risikoatlas, den wir fortlaufend aktualisieren. Aufbauend auf einer umfassenden Risikoinventur beschreibt der Atlas wesentliche Risiken im Tätigkeitsbereich der EVM. Außerdem werden Aussagen zur Einschätzung der Schadenwahrscheinlichkeit und zur Risikovorsorge getroffen. Die Aktualisierung des Risikoatlasses berücksichtigt auch künftige Entwicklungen auf dem Energiemarkt. Mit Hilfe betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente werden die Unternehmensentwicklungen ständig verfolgt und im monatlichen Berichtswesen aufgezeigt. Zum anderen identifizieren wir Chancen im Rahmen eines Innovationsprozesses. Dieser umfasst die Sammlung, Analyse und gegebenenfalls die Implementierung zukünftiger Produkte, Dienstleistungen und Kompetenzen der EVM. Der Innovationsprozess ist Teil des strategischen Controllings der EVM, das der Planung, Steuerung und Kontrolle der Unternehmensstrategie dient. Über die wesentlichen Ergebnisse berichtet die EVM regelmäßig in den Gremiensitzungen.

Aufgrund der ständig wachsenden Anforderungen im Energiemarkt wird das Risikomanagementsystem insbesondere im Energiehandel immer wichtiger und auch komplexer. Die EVM hat neben diesem Risikoatlas ein Risikohandbuch für

den Energiehandel etabliert, welches sich detailliert mit Markt- und Adressrisiken sowie Liquiditäts- und Operationellen Risiken befasst. Alle relevanten Risiken werden identifiziert und analysiert. Die aufgrund ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und potenziellen Schadenshöhe bedeutenden Risiken werden laufend überwacht, bewertet und gesteuert. Unabhängig davon erfordern nicht alle Risiken ein spezielles und ständiges Risikomanagement. Diese werden lediglich im Rahmen von Revisionsverfahren regelmäßig untersucht und bewertet.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Geschäftsführung die nach § 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Im Berichtsjahr gab es keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken. Aus heutiger Sicht sind auch in naher Zukunft keine Risiken erkennbar, die das Unternehmen gefährden.

Prognosebericht

In den ersten Monaten des Jahres 2014 lag die Gasabsatzmenge aufgrund der milden Temperaturen deutlich unter der Vorjahresmenge.

Die Wettbewerbssituation sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundensegment wird sich auch in 2014 weiter verschärfen und von großer Bedeutung sein. Aufgrund einer an den Markterfordernissen ausgerichteten Preis- und Produktpolitik sowie ständiger Kundenbindungs- und Rückgewinnungsmaßnahmen wird dem Wechsel zu anderen Anbietern jedoch entgegengewirkt.

Mit der Erhöhung der EEG-Umlage zum 01.01.2014 um rund 18 Prozent auf 6,240 ct/kWh steigt auch für die EVM-Kunden der Strompreis. Trotzdem konnte die EVM im laufenden Geschäftsjahr bisher rd. 9.300 neue Kunden hinzugewinnen. Insgesamt versorgt sie rd. 40.400 Kunden mit Strom, wovon sich rd. 3.400 innerhalb und 37.000 außerhalb des Konzessionsgebietes Cochem befinden.

Die Kommunen Remagen, Sinzig, Bad Breisig, Grafschaft, Burgbrohl, Gönnersdorf und Brohl-Lützing haben sich in 2013 für den Abschluss eines Stromkonzessionsvertrags mit EVM entschieden. Für 2014 ist die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft durch EVM und die Kommunen sowie die Verhandlung der Netzübernahme vom aktuellen Netzbetreiber vorgesehen.

Auch 2014 wird EVM ihre Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energien weiter ausbauen. Das größte Potenzial für die Nutzung regenerativer Energien in Deutschland wird bei der Windkraft gesehen. Die Energiewende erfordert eine neue Infrastruktur und damit die enge Kooperation von Energieversorgern, Kommunen und der Bevölkerung. Im Rahmen der Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE), die 2011 gegründet wurde,

investiert EVM deutschlandweit gemeinsam mit Kommunen in Windkraftanlagen. Ziel ist es, Kapital und Know-how zu bündeln, um die Energiewende regional und überregional voranzubringen. Als Kommanditist der THEE ist die EVM bereits an insgesamt 11 Windkraftprojekten beteiligt.

Doch auch eigenständig kooperiert EVM mit Kommunen im Bereich Windkraft. So hat EVM im Dezember 2012 mit den Gemeinden Erpel und Bruchhausen (beide Verbandsgemeinde Unkel) einen Kooperationsvertrag zum Bau von insgesamt zehn Windkraftanlagen abgeschlossen. Im Februar 2013 haben sich auch die Gemeinden Rheinbreitbach und Unkel Bruchhausen (beide Verbandsgemeinde Unkel) für eine Kooperation mit EVM zum Bau von insgesamt acht Windkraftanlagen entschieden. Ebenfalls haben sie die Ortsgemeinden Aremberg und Dorsel (beide Verbandsgemeinde Adenau) für eine Kooperation mit EVM entschieden. Ziel ist die Gründung von Projektgesellschaften, an denen sich neben EVM noch weitere Unternehmen beteiligen werden.

Darüber hinaus fördert EVM auch im kommenden Geschäftsjahr über die Thüga Innovationsplattform innovative Ideen und ihre Realisierung.

Der Spitzenausgleich für energieintensive Unternehmen bleibt auch für die nächsten zehn Jahre erhalten. Er wird jedoch nur dann gewährt, wenn diese Unternehmen ihre Energieeffizienz nachhaltig erhöhen. Große Unternehmen des produzierenden Gewerbes müssen bis Ende 2015 ein Energiemanagementsystem (EnMS) nach DIN EN ISO 50001 oder ein Umweltmanagementsystem nach EMAS verbindlich einführen und betreiben. Der Abschluss muss durch einen akkreditierten Zertifizierer nachgewiesen und bescheinigt werden. Für kleine und mittlere Unternehmen sogenannte KMU (u.a. < 250 Mitarbeiter und mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro) gelten Sonderregelungen, sie können alternativ kostengünstigere Systeme zur Verbesserung der Energieeffizienz installieren und betreiben, soweit die Energieaudits den Anforderungen der DIN EN 16247-1 entsprechen. EVM beabsichtigt daher, für große Unternehmen im produzierenden Gewerbe technische Lösungen für Energiemanagementsysteme (unter Einbezug eines Energiecontrolling-Systems) anzubieten.

Seit der Übernahme der RWE-Anteile an KEVAG durch das Erwerbskonsortium aus EVM, Stadt/Stadtwerke Koblenz und Thüga, wird die Fusion von EVM und KEVAG vorbereitet. Diese soll im Sommer 2014 rückwirkend zum 01.01.2014 erfolgen. Der Geschäftsbetrieb der GVW soll durch einen Betriebspachtvertrag ebenfalls eingebunden werden.

Aufgrund des milden Frühjahrs gehen wir von einem leicht rückläufigen Ergebnis in 2014 aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben	*752.558,47 €*
Grundsteuer	*41.086,75 €*
Gewerbesteuer	*1.652.638,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Gesellschafterversammlung	*12.600,00 €*
Aufsichtsrat:	*154.220,00 €*
Beirat:	*62.657,50 €*

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. März 2011
Eintragung im Handelsregister 29. März 2011

Stammkapital am 31.12.2013

100.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Schrägaufzugs von Koblenz-Ehrenbreitstein zur Festung Ehrenbreitstein zum Zwecke der öffentlichen Personenbeförderung.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadtwerke Koblenz GmbH ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Gesellschafterversammlung:</u>
Petra Ensel

<u>Geschäftsführung:</u>
Albert Diehl

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines:

Aufgabe des Unternehmens ist der ganzjährige Betrieb des Schrägaufzuges in Koblenz-Ehrenbreitstein zum Zweck der öffentlichen Personenbeförderung. Der Schrägaufzug verbindet den Ortsteil Ehrenbreitstein mit der im Landesbesitz befindlichen Festung Ehrenbreitstein und dem Familien- und Jugendgästehaus der Jugendherberge Festung Ehrenbreitstein.
Der Unternehmenssitz ist in 56068 Koblenz, Gymnasialstraße 1-3.

Personal:

Die Gesellschaft beschäftigt seit dem 21.03.2011 Herrn Albert Diehl als Geschäftsführer, im laufenden Jahr 2012 wurden noch zwei geringfügig beschäftigte Mitarbeiter eingestellt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***1.569.615,00***	***1.517.976,00***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*1.569.615,00*	*1.517.976,00*
B. Umlaufvermögen	***106.771,29***	***104.351,92***
I. Vorräte	*0,00*	*0,00*
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	*41.562,09*	*7.186,88*
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	*37.769,55*	*2.931,49*
Sonstige Vermögensgegenstände	*3.792,54*	*4.255,39*
III. Kassenbestand	*62.012,54*	*97.165,04*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***3.196,66***	***1.959,22***
Bilanzsumme	***1.676.386,29***	***1.624.287,14***
A. Eigenkapital	***1.102.361,55***	***1.083.474,56***
I. Gez. Kapital	*100.000,00*	*100.000,00*
II. Kapitalrücklage	*1.000.000,00*	*1.000.000,00*
III. Gewinnrücklage	*2.901,47*	*2.361,55*
IV. Jahresüberschuss	*-539,92*	*-18.886,99*
B. Sonderposten für Investitionen des Anlagevermögens	***374.060,00***	***362.060,00***
C. Rückstellungen	***2.200,00***	***2.200,00***
1. Steuerrückstellungen	*0,00*	*0,00*
2. Sonstige Rückstellungen	*2.200,00*	*2.200,00*
D. Verbindlichkeiten	***21.096,74***	***13.216,58***
1.Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	*19.333,15*	*8.704,78*
2.Sonstige Verbindlichkeiten	*1.763,59*	*4.511,80*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***176.668,00***	***163.336,00***
Bilanzsumme	***1.676.386,29***	***1.624.287,14***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*93.436,04*	*99.366,42*
sonstige Erträge	*28.307,21*	*28.686,29*
Gesamtleistung	***121.743,25***	***128.052,71***
Materialaufwand	*30.790,58*	*43.600,11*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	*14.348,02*	*15.176,88*
b) Aufwendungen. f. bez. Leistungen	*16.442,56*	*28.423,23*
Rohertrag	***90.952,67***	***84.452,60***
Personalaufwand	*9.292,78*	*16.535,68*
a) Löhne und Gehälter	*7.100,00*	*13.065,00*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*2.192,78*	*3.470,68*
Abschreibungen	*50.897,35*	*51.639,00*
sonstige betr. Aufwendungen	*31.711,78*	*35.194,93*
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	*449,65*	*114,94*
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	*0,00*	*0,00*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***-499,59***	***-18.802,07***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*-93,12*	*0,00*
sonstige Steuern	*133,45*	*84,92*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***-539,92***	***-18.886,99***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***0,0***	***-1,7***
Gesamtrentabilität	***%***	***0,0***	***-1,2***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***31,1***	***33,1***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***93,6***	***93,5***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***6,4***	***6,5***

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	***%***	***70,2***	***71,4***
Anlagendeckung II	***%***	***94,1***	***95,2***

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	***%***	***65,8***	***66,7***
Fremdkapitalquote	***%***	***34,2***	***33,3***

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	***%***	***53,4***	***59,5***

Lage des Unternehmens

Finanz- und Vermögenslage:

Das Bilanzvolumen beläuft sich auf 1.624 T€.
Die Eigenkapitalausstattung beträgt 66,70 % des Gesamtvermögens und ist somit anforderungsgerecht.

Die Liquidität ist ausreichend. Im Jahr 2013 konnte die Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

Ertragslage:

Die Ertragslage der Gesellschaft ist geprägt von den Einnahmen der Personenbeförderung. Der Jahresfehlbetrag beträgt 18.886,99 €.

Ausblick:

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird wie in 2013 auch in den Folgejahren durch die Einnahmen aus der Personenbeförderung geprägt sein. Das Geschäftsjahr wird aus heutiger Sicht mit einem Jahresfehlbetrag niedriger als im abgelaufenen Geschäftsjahr abschließen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Stammkapital in 2011: *100.000,00 €*

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer: *84,92 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

EKO2 GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

5. Oktober 2012; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 19.12.2012 geändert

Stammkapital am 31.12.2013

5.791.281,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft („KEVAG“) sowie der Energieversorgung Mittelrhein GmbH („EVM“) oder deren Rechtsnachfolger.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

EBM	*493.000,00 €*	*49,29 %*
Thüga	*2.041.318,00 €*	*35,25 %*
SWK	*3.256.863,00 €*	*56,24 %*
Stadt Koblenz	*100,00 €*	*0,01 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Aufsichtsrat</u>

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
Ewald Woste
Petra Ensel
Dr. Gerhard Holtmeier

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Josef Rönz – Vorsitzender –
Dr. Karlheinz Sonnenberg
Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

KEVAG	*57,498 %*
EVM	*86,048 %*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2013 die Kriterien für eine kleine Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Absatz 1 HGB.
Nach § 264 Absatz 1 HGB brauchen kleine Kapitalgesellschaften den Lagebericht nicht aufzustellen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	*2012*	*2013*
A. Anlagevermögen	***222.859.364,00***	***288.255.864,00***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*0,00*	*0,00*
III. Finanzanlagen	*222.859.364,00*	*288.255.864,00*
C. Umlaufvermögen	***3.652.650,17***	***52.224.181,73***
I. Vorräte	*0,00*	*0,00*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*0,00*	*48.520.250,49*
a) Forderungen aus L u. L	*0,00*	*0,00*
b) Forderungen gegen verbundene Unternehmen	*0,00*	*38.737.655,29*
c) Sonstige Vermögensgegenstände	*0,00*	*9.782.595,20*
III. Kassenbestand	*3.652.650,17*	*3.703.931,24*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***370.700,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***226.882.714,17***	***340.480.045,73***

Bilanz	2012	2013
A. Eigenkapital	**109.608.062,07**	**215.774.696,57**
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.100,00	5.791.281,00
II. Kapitalrücklage	109.749.900,00	170.355.219,00
III. Jahresgewinn/ -verlust	- 1.141.937,93	39.628.196,57
B. empfangene Ertragszuschüsse	**0,00**	**0,00**
C. Rückstellungen	**6.500,00**	**397.000,00**
1 .Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	389.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	6.500,00	8.000,00
D. Verbindlichkeiten	**117.268.152,10**	**124.308.349,16**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	114.780.153,75	30.000.000,00
2. Verbindlichkeiten aus L. u. L.	322.887,60	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	0,00	85.250.195,62
4. Verbindlichkeiten gegen. Gesellschaftern	2.165.024,11	7.704.034,53
5 Sonstige Verbindlichkeiten	86,64	1.354.119,01
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**226.882.714,17**	**340.480.045,73**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Sonstige betr. Aufwendungen	1.111.784,18	869.655,95
Erträge aus Beteiligungen	0,00	34.899.084,00
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags	0,00	11.074.549,63
An die Organschaft weiterbelastete Organsteuern	0,00	6.084.711,31
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	4.568,97
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.153,75	1.525.225,15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.141.937,93**	**49.668.032,81**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	5.897.898,31
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-1.141.937,93**	**43.770.134,50**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	---	20,3
Gesamtrentabilität	%	---	13,3

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	---

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	98,2	84,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	1,8	15,3

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	49,2	74,9
Anlagendeckung II	%	49,2	114,8

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	48,3	63,4
Fremdkapitalquote	%	51,7	36,6

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	3,4	552,3

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.12.2012 wurde das Stammkapital der Gesellschaft von 25.000,00 € auf 1.000.100,00 € erhöht.
Die Gesellschafter erbrachten gemäß Beschluss vom 19.12.2012 Zuzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von 109.749.900,00 €.
Gemäß Vertrag vom 25. Oktober 2013 haben die Gesellschafter SWK und Thüga Anteile an der EVM in Höhe von 41.451.200,00 € (SWK) und 23.945.300,00 € (Thüga) zu Buchwerten in die Gesellschaft eingebracht.
Im Gegenzug erhielt die SWK einen neuen Geschäftsanteil in Höhe von 3.036.863,00 € und die Thüga einen neuen Geschäftsanteil in Höhe von 1.754.318,00 € an der EKO2.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

5. November 1964; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 20.12.2013

Stammkapital am 31.12.2013

960.001,64 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Anlage und der Betrieb eines Verkehrslandeplatzes (Regionalflughafen) und Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar förderlichen Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Stadtwerke Koblenz GmbH	605.471,85 €	63,07 %
Landkreis Mayen-Koblenz	302.787,05 €	31,54 %
Ortsgemeinde Winningen	15.338,76 €	1,60 %
Sparkasse Koblenz	7.669,38 €	0,80 %
Mittelrhein-Verlag GmbH	5.573,08 €	0,58 %
Egen GmbH & Co.KG	4.192,59 €	0,44 %
Karin Reimer	3.476,78 €	0,36 %
Rhein-Mosel-Flug GmbH & Co.KG	3.476,78 €	0,36 %
Königsbacher Brauerei GmbH & Co.KG	3.067,75 €	0,32 %
Aero-Club Koblenz e.V.	2.812,11 €	0,29 %
Georg Bollerhey-Albersmann	2.812,11 €	0,29 %
Erbengemeinschaft Brühl	2.556,46 €	0,27 %
Michel Bocklet	766,94 €	0,08 %

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Landrat Dr. Alexander Saftig
Karl-Heinz Rosenbaum
Hermann-Josef Schmidt
Rudi Zenz
Petra Ensel (bis 30.04.2013)

Beirat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Edith Hoernchen
Ferd Knaudt
Edgar Kühlenthal
Detlef Pilger
Helmut Hannes
Nils Wiechmann

Gesellschafterversammlung

Es sind keine Sitze in der Gesellschafterversammlung vorgesehen. Es wird nach Geschäftsanteilen entschieden.

Geschäftsführung

Gerhard Rüber (bis 31.12.2013)
Klaus Gewehr (bis 31.12.2013)
Petra Ensel (ab 01.05.2013)
Henning Schröder (ab 01.01.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Aufgabe des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrslandeplatzes (Regionalflughafen) und Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar förderlichen Geschäfte.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 14. März 1972 geschlossen. Das Stammkapital des Unternehmens beträgt 960.001,64 €.

Hauptgesellschafter sind die Stadtwerke Koblenz GmbH mit 63,07 % und der Landkreis Mayen-Koblenz mit 31,54 %.

Ergebnisabführungsvertrag

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 trat ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Koblenz GmbH und der Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH zur Abführung ihres nach handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Jahresüberschusses in Kraft. Demgegenüber verpflichtete sich die Stadtwerke Koblenz GmbH zum Ausgleich von während der Vertragsdauer entstehenden Jahresfehlbeträgen. Die Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH kann mit Zustimmung der Stadtwerke Koblenz GmbH Beträge aus dem Jahresüberschuss insoweit in die Rücklagen einstellen, als dies bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Personal- und Sozialbereich

Im Berichtsjahr beschäftigte die Gesellschaft 7 Angestellte. An Löhnen und Gehältern wurden 189.598,96 € gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung betrugen 46.078,73 €.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***1.889.116,75***	***2.041.780,89***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*675,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*1.888.441,75*	*2.041.780,89*
B. Umlaufvermögen	***485.669,81***	***313.349,39***
I. Vorräte	*14.486,22*	*18.214,29*
II . Forderungen u. sonst. Verm.	*69.037,26*	*78.620,03*
1. Forderungen aus L.u.L.	*59.366,75*	*71.117,52*
2. Sonstige Vermögengegenstände	*9.670,51*	*7.502,51*
III. Kassenbestand	*402.146,33*	*216.515,07*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***2.374.786,56***	***2.355.130,28***

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Eigenkapital	***1.414.731,95***	***1.476.243,52***
I. Gez. Kapital	*960.001,64*	*960.001,64*
II. Kapitalrücklage	*0,00*	*0,00*
III. Gewinnrücklage	*454.730,31*	*516.241,88*
IV. Bilanzgewinn	*0,00*	*0,00*
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	***166.600,00***	***161.500,00***
1. Investitionszuschüsse	*166.600,00*	*161.500,00*
C. Rückstellungen	***14.500,00***	***41.400,00***
1.Rückstellungen für Pensionen	*0,00*	*0,00*
2.Steuerrückstellungen	*0,00*	*0,00*
3.Sonstige Rückstellungen	*14.500,00*	*41.400,00*
D. Verbindlichkeiten	***776.063,53***	***673.095,68***
1. Verbindlichk.gegenüber Kreditinst.	*606.029,30*	*586.516,38*
2.Verbindlichkeiten aus L u. L	*117.770,44*	*57.006,97*
3.Verbindlichkeiten gegenü.Gesellschaft.	*47.948,31*	*28.345,20*
4.Sonstige Verbindlichkeiten	*4.315,48*	*1.227,13*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***2.891,08***	***2.891,08***
Bilanzsumme	***2.374.786,56***	***2.355.130,28***

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*436.491,30*	*460.144,34*
sonstige Erträge	*136.352,74*	*146.043,22*
Gesamtleistung	***572.844,04***	***606.187,56***
Materialaufwand	*43.162,10*	*44.573.14*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	*43.162,10*	*44.573,14*
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	*0,00*	*0,00*
Rohertrag	***529.681,94***	***561.614,42***
Personalaufwand	*241.504,86*	*235.677,69*
a) Löhne und Gehälter	*192.411,38*	*189.598,96*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*49.093,48*	*46.078,73*
Abschreibungen	*83.277,02*	*83.295,13*
sonstige betr. Aufwendungen	*92.430,78*	*143.043,86*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*1.054,92*	*188,89*
Sonst. Zinsen u. ähnlich Aufwand .	*28.070,08*	*27.167,08*
Ergebnis d. gewöhnlichen Gesch.	***85.454,12***	***72.619,55***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*0,00*	*0,00*
sonstige Steuern	*5.920,39*	*11.107,98*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***79.533,73***	***61.511,57***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***5,7***	***4,1***
Gesamtrentabilität	***%***	***4,5***	***3,8***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***62,4***	***65,7***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***79,6***	***86,7***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***20,4***	***13,3***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***74,9***	***72,3***
Anlagendeckung II	***%***	***101,3***	***95,5***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***66,6***	***69,6***
Fremdkapitalquote	***%***	***33,4***	***30,4***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***165,2***	***128,8***

Lage des Unternehmens

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der Flugplatz Koblenz-Winningen gehört zu einem der größten Verkehrslandeplätze in Rheinland-Pfalz. Die Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH erwirtschaftet als eine der wenigen Betreibergesellschaften bereits seit Jahren Gewinne. Hauptaugenmerk wird auch in Zukunft auf die so genannten Taxiflüge, die Luftfracht und auf den Freizeitbereich gelegt. Die

Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung werden auch durch die laufenden Verbesserungen hinsichtlich der Start- und Landebedingungen und der Infrastruktur geschaffen.

Darstellung der Lage

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 61.511,57 € ab.

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31.12.2013 auf 2.355.130,28 €. Das Verhältnis Eigenkapital zu Gesamtkapital beträgt 69,6 % und ist somit anforderungsgerecht.

Die Liquidität ist ausreichend. In 2013 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, gemäß § 2 Abs. 2 des Ergebnisabführungsvertrages den Jahresgewinn der Gewinnrücklage zuzuführen.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung werden derzeit nicht gesehen. Das gleiche gilt für evtl. bestandsgefährdende Risiken. In diesem Zusammenhang ist auf den Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Koblenz GmbH und der Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH hinzuweisen.
Wie bereits erwähnt, verpflichtet sich die Stadtwerke Koblenz GmbH zum Ausgleich von während der Vertragsdauer entstehenden Jahresfehlbeträgen.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatz- und Auftragsentwicklung wird auch für die Zukunft positiv eingestuft.

Bei planmäßigem Verlauf wird auch das Wirtschaftsjahr 2014 mit einem positiven Ergebnis, aber geringer als 2013 abschließen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsrat *494,00 €*

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Güterverkehrszentrum Entwicklungsgesellschaft Koblenz mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

03. Juli 1996, Gesellschaftsvertrag mit Änderung vom 04. März 1999

Stammkapital am 31.12.2013

127.822,97 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und die Entwicklung des Güterverkehrszentrums Koblenz.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital sind folgende Unternehmen beteiligt:

Stadtwerke Koblenz GmbH	*121.482,95 €*	*95,04 %*
Contargo Koblenz GmbH	*6.340,02 €*	*4,96 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat/Gesellschafterversammlung

Der Aufsichtsrat wurde in 2002 aufgelöst.

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz ist geborenes Mitglied und Vorsitzender.

Liquidator:

Gerhard Rüber

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Aufgabe des Unternehmens ist die Förderung und die Entwicklung des Güterverkehrszentrums Koblenz.

Die Gesellschafterversammlung hat am 11. August 2000 die Einstellung des operativen Geschäftes der GVZ-E zum 31. Dezember 2000 und Beibehaltung des Firmenmantels beschlossen.

Lage des Unternehmens

Das operative Geschäft wurde zum 31. Dezember 2000 eingestellt.

Gem. Ratsbeschluss vom 10.05.2012 und Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 14.06.2012 wird die Gesellschaft im Jahr 2014 aufgelöst.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

19. März 1925, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 01. Juni 2001

Stammkapital am 31.12.2013

200.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Personenverkehrs durch Einrichtung von Kraftfahrlinien, durch entsprechende Straßenbauten und durch Maßnahmen aller Art, welche der Hebung und der Erleichterung des Personenverkehrs im Interessengebiet zu dienen bestimmt sind.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	*90.000,00 €*	*45,0 %*
Landkreis Mayen-Koblenz	*64.800,00 €*	*32,4 %*
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG)	*45.200,00 €*	*22,6 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat/Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Stadtwerke Koblenz GmbH und der Landkreis Mayen-Koblenz entsenden je zwei Vertreter, die KEVAG einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung:

Bernd Wieczorek
Wolfgang Hoffmann

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell
Die KVG ist vornehmlich im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG tätig. Das Unternehmen besitzt eine eigene Linienkonzession auf der Linie 301 von Koblenz nach Macken.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
Es ist zu erwarten, dass die demografische Entwicklung, der zunehmende Wettbewerb, der problematische Rechtsrahmen und die Unterfinanzierung des ÖPNV in Rheinland Pfalz den Markt nachhaltig beeinflusst. Speziell im ländlichen Raum ist trotz der beabsichtigten Linienbündelungskonzepte der tangierten Aufgabenträger eine steigende Zahl gemein-wirtschaftlicher Verkehre zu erwarten.

Die KVG ist ausschließlich im VRM-Gebiet tätig. Die Grundlage für den VRM ist im Wesentlichen ein Kooperationsvertrag zwischen der VRM GmbH und den tangierten Verkehrsunternehmen. Der Vertrag bietet Interpretationsspielraum und wird den geänderten Marktbedingungen nicht gerecht. Zudem gibt es einen Einnahmeaufteilungsvertrag (EAV), der als Anlage 11 des Kooperationsvertrags zwischen allen Verkehrsunternehmen im Verbundraum geschlossen wurde. Da der diesbezüglich anzusetzende Poolschlüssel nur einvernehmlich angepasst werden kann, ist es unwahrscheinlich, dass es gelingt den derzeitigen Schlüssel aus dem Jahr 2001 zu modifizieren. Auch das dazu notwendige Verfahren zur Ermittlung eines neuen Schlüssels konnte nicht finalisiert werden. Die Kosten für das Verfahren werden das Ergebnis der KVG anteilig belasten. Der EAV wurde von drei DB-Unternehmen zum 31.12.2013 ordentlich gekündigt. Es gibt konträre Einschätzungen darüber, ob die gekündigten Gesellschaften auch weiterhin in den Erlöspool einzahlen müssen. Daher haben die KVG und weitere Gesellschaften den EAV außerordentlich zum 31.12.2013 gekündigt, um Liquiditätsrisiken einzugrenzen. Es ist ungewiss, welche Auswirkungen für den Verbundraum, die betroffenen Verkehrsunternehmen und die Fahrgäste zu erwarten sind.

Die vom Land beabsichtigte Modifizierung der Ausgleichsbeträge für den integrierten Schülerverkehr wird insbesondere im Stadtverkehr zu deutlich sinkenden Ausgleichsbeträgen führen. Die zur Umsetzung des neuen Preis-Preis-Verfahrens (PP) notwendige Notifizierung der EU-Kommission konnte erst am 22.01.2014 realisiert werden. Den Verkehrsunternehmen wurde daher für das Geschäftsjahr 2014 eine erneute Übergangsregelung für das Jahr 2014 angeboten, die von der KVG auch unterzeichnet wurde. Es ist davon auszugehen, dass die Landesregierung ein notwendiges Gesetz umsetzen wird. Sollte das Verfahren nicht umgesetzt werden, ist für die Folgejahre das Altverfahren nach §45a PBefG in Ansatz zu bringen. In diesem Fall würde für das Geschäftsjahr 2014 letztmalig die Festschreibung zur Anwendung kommen.

Geschäftsverlauf

Trotz der zunehmend angespannteren ÖPNV-Finanzierungssituation in Rheinland-Pfalz und der daraus resultierenden Marktverwerfungen, konnte die Gesellschaft ein gutes Ergebnis erwirtschaften und von einer Übergangsregelung hinsichtlich der Ausgleichsleistungen für den integrierten Schülerverkehr profitieren.

Im VRM wurden die Fahrpreise mit Genehmigung des LBM zum 01.01.2014 um durchschnittlich 2,72 % angepasst. Der LBM ist erstmals dem Antrag der Verkehrsunternehmen gefolgt, eine um 0,5% über dem bisherigen Verfahren liegende Fortschreibung zu genehmigen. Die zu erwartenden Mehreinnahmen durch die genehmigte Tariferhöhung werden die prognostizierten Kostensteigerungen bei der KVG in etwa ausgleichen.

Die Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Gründe hierfür sind neben der Fahrpreiserhöhung im VRM auch der Anstieg des Vomhundertsatzes für den Schwerbehindertenausgleich sowie der Anstieg bei der Fahrzeugvermietung an die evm Verkehrs GmbH.

Aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB lagen die Zinserträge deutlich unter denen des Vorjahres.

Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 78 Tsd. € (Vorjahr 90 Tsd. €) erwirtschaftet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***449.186,61***	***356.829,67***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*449.186,61*	*356.829,67*
B. Umlaufvermögen	***1.941.096,62***	***2.077.782,22***
I. Forderungen u. sonst. Verm.	*198.242,94*	*152.291,55*
Forderungen aus L u. L	*132.488,91*	*110.060,83*
Forderungen gegen verbundene Unter.	*0,00*	*0,00*
Sonstige Vermögensgegenstände	*65.754,03*	*40.290,92*
II. Kassenbestand	*1.742.853,68*	*1.925.490,67*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***2.390.283,23***	***2.432.611,89***
A. Eigenkapital	***1.616.499,33***	***1.694.505,80***
I. Gez. Kapital	*200.000,00*	*200.000,00*
II. Kapitalrücklage	*400.194,79*	*400.194,79*
III. Gewinnrücklage	*873.086,92*	*873.086,92*
IV. Gewinnvortrag	*53.492,42*	*143.217,62*
V. Jahresüberschuss	*89.725,20*	*78.006,47*
B. Rückstellungen	***500.440,00***	***543.234,00***
1. Rückstellungen für Pensionen	*456.377,00*	*489.893,00*
2. Steuerrückstellungen	*13.363,00*	*23.641,00*
3. Sonstige Rückstellungen	*30.700,00*	*29.700,00*
C. Verbindlichkeiten	***273.343,90***	***196.872,09***
1.Verbindlichkeiten aus L u. L	*240.394,08*	*160.427,69*
2.Verbindlichkeiten mit Beteiligungen	*0,00*	*0,00*
3.Sonstige Verbindlichkeiten	*32.949,82*	*36.444,40*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***2.390.283,23***	***2.434.611,89***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	1.369.878,58	1.453.551,37
sonstige Erträge	31.646,26	8.126,53
Gesamtleistung	**1.401.524,84**	**1.461.677,90**
Materialaufwand	827.560,51	912.573,36
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	239.814,59	216.654,30
b) Aufw. f. bez. Leistungen	587.745,92	695.919,06
Rohertrag	**573.964,33**	**549.107,54**
Personalaufwand	215.185,36	203.935,32
a) Löhne und Gehälter	186.679,58	149.951,23
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	28.505,78	53.984,09
Abschreibungen	128.715,03	92.356,94
sonstige betr. Aufwendungen	75.630,56	69.898,81
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	12.399,94	4.607,30
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	31.437,00	35.936,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**135.396,32**	**151.587,77**
Außerordentliche Aufwendungen	6.864,00	6.864,00
Außerordentliches Ergebnis	**-6.864,00**	**-6.864,00**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38.807,12	66.717,30
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**89.725,20**	**78.006,47**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	5,6	4,6
Gesamtrentabilität	%	3,8	3,2

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	124,5	132,1

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	18,8	14,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	81,2	85,3

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	359,9	474,9
Anlagendeckung II	%	461,5	612,2

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	67,6	69,6
Fremdkapitalquote	%	32,4	30,4

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	611,6	836,1

Lage des Unternehmens

Ertragslage
Es wurden 1.454 T€ Umsatzerlöse erwirtschaftet. Davon entfielen 843 T€ auf den Linienverkehr, 339 T€ auf Ausgleichsleistungen für den Schüler- bzw. Schwerbehindertenverkehr und 272 T€ auf sonstige Umsatzerlöse.

Finanzlage
Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie im Vorjahr aus eigenen Mitteln.

III. Nachtragsbericht
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten

IV. Prognosebericht
Wegen der angespannten Marktlage und der vom Land beabsichtigte Modifizierung der Ausgleichsbeträge für den integrierten Schülerverkehr wird es schwierig, weiterhin ein positives Ergebnis zu erwirtschaften.

Hinsichtlich der ungewissen Marktlage wird es notwendig, rasch auf veränderte Rahmenbedingungen und Erkenntnisse zu reagieren. Die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen wurden auch durch die außerordentliche Kündigung des EAV geschaffen.

Die KVG wird auch künftig in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

V. Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die KVG ist nach wie vor in das Risikomanagement der KEVAG (zum 01.07.14 evm AG) eingebunden.

Branchenspezifische Risiken

Durch die Verbundsystematik werden Dieselpreiserhöhungen erst im Folgejahr in den entsprechenden Tariffortschreibungen berücksichtigt. Überplanmäßige Dieselpreissprünge können daher das Ergebnis der Gesellschaft belasten.

Ertragsorientierte Risiken

Eine mögliche neue Einnahmeaufteilung im VRM kann sich ertragsmindernd auswirken. So könnte sich der im Verbundraum auf den SPNV entfallene Erlösanteil vergrößern. Auch eine nicht auszuschließende Auflösung des einheitlichen Verbundtarifs könnte den Ertrag der Gesellschaft mindern.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der KVG sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Chancenbericht

Die im VRM angestrebte Realisation einer neuen erlösdatenbasierten Einnahmeaufteilung und die sich daraus ergebende Veränderung des Einnahmeaufteilungsschlüssels können sich auch positiv auf die künftigen Einnahmen auswirken.

Sollte das Gesetzgebungsverfahren zum Preis-Preis-Ausgleich scheitern, würde das Altsystem nach § 45a greifen. In diesem Fall würden die entsprechenden Erlöse über den im Wirtschaftsplan angesetzten Wert steigen.

Sollten anstehende Schwerbehindertenzählungen einen gegenüber der Wirtschaftsplanung höheren Vomhundertsatz ergeben, könnten die Ausgleichsleistungen nach § 148 SGB steigen und das Ergebnis der KVG verbessert werden.

Gesamtaussage

Die bis zum Jahr 2024 erteilte Linienkonzession bietet der KVG die Möglichkeit, nachhaltige Umsatzerlöse zu generieren.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KVG tätigt keine Finanzgeschäfte am Kapitalmarkt.
Forderungsausfälle sind die Ausnahme.
Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen gezahlt.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer: *31.442,00 €*
(davon 7.363,00 € periodenfremd)

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung für Gesellschafterversammlung: *990,00 €*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

18. Dezember 1985; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 19. Juli 2005

Stammkapital am 31.12.2013

7.669.378,22 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Wasserversorgung, Förderung, Aufbereitung, der Bezug und die Verteilung von Wasser in den Städten Koblenz und Lahnstein, in der Verbandsgemeinde Vallendar sowie in dem Zweckverbandsgebiet „Industriepark A61/GVZ Koblenz“, ferner die Übernahme der Betriebsführung von Unternehmen der Wasserversorgung sowie die Lieferung von Wasser an andere mit der Wasserversorgung befasste Einrichtungen (Gemeinden, Zweckverbände, Versorgungsunternehmen).

Die Gesellschaft ist zur Betätigung aller Geschäfte und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gesellschaftszweck dienen, auch zur Beteiligung an Unternehmen, die der Wasserversorgung dienen.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	*5.660.001,13 €*	*73,80 %*
Stadt Lahnstein	*1.073.712,95 €*	*14,00 %*
Verbandsgemeinde Vallendar	*935.664,14 €*	*12,20 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Bürgermeister Fred Pretz, Vallendar- stellvertretender Vorsitzender -
Oberbürgermeister Peter Labonte, Lahnstein
Uwe Diederichs-Seidel
Manfred Diehl
Herbert Bocklet
Dr. Joachim Kneis
Karin Herrmann
Ute Hoffmann

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Bürgermeister Fred Pretz, Vallendar- stellvertretender Vorsitzender -
Oberbürgermeister Peter Labonte, Lahnstein
Christian Altmaier
Peter Balmes
Manfred Bastian
Sabine Bäcker
Walter Baum
Vito Contento
Marcell Collette
Bernd Coßmann
Dr. Michael Gross
Manfred Grimm
Michael Güls
Paul Henchel
Karin Herrmann
Jörg Hilden
Birgit Hoernchen
Edith Hoernchen
Angela Keul-Göbel
Gundula Krebs
Julia Maria Kübler
David Langner, MdL (bis 31.01.2013)
Ursula Hühnerfeld (ab 01.02.2013)
Andrea Mehlbreuer
Stephan Otto
Detlev Pilger
Claudia Probst
Karl-Heinz Rosenbaum
Kurt Sanner
Gerd Schäfer
Bernd Schemmer
Hermann-Josef Schmidt
Torsten Schupp

Lennardt Siefert
Sonja Stotz
Gerhard Voell
Stephan Wefelscheid
Jens Wehran
Anita Weis
Nils Wiechmann
Edi Wolf

Geschäftsführung

Petra Ensel

Betriebsführung

Energieversorgung Mittelrhein GmbH

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Aufgabe des Unternehmens ist es, den Abnehmern in ausreichender Menge einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

Das Versorgungsgebiet der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH umfasst das Stadtgebiet Koblenz, das Stadtgebiet Lahnstein, das Gebiet der Verbandsgemeinde Vallendar sowie das Gebiet des Zweckverbandes „Industriepark A 61/ GVZ Koblenz".

Es erstreckt sich links und rechts des Mittelrheins in Höhenlagen von NN 60 m bis NN 320 m. Im Versorgungsgebiet werden rund 143.000 Einwohner mit Trink- und Brauchwasser versorgt. Die Größe des Versorgungsgebietes umfasst etwa 170 Quadratkilometer.

Technische Daten

Bezeichnung	
Brunnen	*9*
Quellen	*1*
Aufbereitungsanlagen	*4*
Pumpwerke einschließlich Druckerhöhungsanlagen	*25*
Hochbehälter / Tiefbehälter	*37*
Notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz	*19*

Die Länge des Rohrnetzes betrug im Berichtsjahr 710 km. Für die Hausanschlussleitungen wurden im Versorgungsgebiet der VWM insgesamt 363,3 km vorgehalten. Damit wurde für die Wasserversorgung ein Gesamtrohrnetz mit einer Länge von 1.073,3 km zum 31. Dezember 2013 betrieben.

Für die Wassermessung sind 32.342 Wasserzähler in den Haushalten bzw. für die Messung der Entnahme über Standrohre (303 Stück) und Großwasserzähler (77 Stück) im Einsatz.

Das Versorgungsgebiet der VWM ist durch die starke landschaftliche Gliederung des Mittelrheingebirges gekennzeichnet. Daher sind im Versorgungsgebiet 66 verschiedene Druckzonen vorhanden. Der spezifische Wasserbedarf (einschließlich der Verluste und des Eigenbedarfs der VWM sowie der unkontrollierten Verbräuche) liegt bei rund 172 Liter/Einwohner/Tag.

Wirtschaftliches Ergebnis

Wasserabgabe	*(Vorjahr 9.170 Tm³)*	*8.997 Tm³*
Eigenverbrauch/Verluste	*(Vorjahr 1.142 Tm³)*	*999 Tm³*
Wasserverkauf	*(Vorjahr 8.028 Tm³)*	*7.998 Tm³*

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***45.991.499,75***	***46.785.591,75***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*27.403,00*
II. Sachanlagen	*45.935.963,00*	*46.706.634,00*
III. Finanzanlagen	*55.536,75*	*51.554,75*
B. Umlaufvermögen	***3.108.416,69***	***3.252.181,41***
I. Vorräte	*18.082,09*	*18.082,09*
II . Forderungen u. sonst. Verm.	*2.739.823,88*	*3.018.711,06*
a) Forderungen aus L.u.L.	*2.087.809,11*	*2.198.043,56*
b) Forderungen gegen verb. Unternehmen	*0,00*	*0,00*
c) Sonstige Vermögensgegenstände	*652.014,77*	*820.667,50*
III. Kassenbestand	*350.510,72*	*215.388,26*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***97.390,00***	***94.143,00***
Bilanzsumme	***49.197.306,44***	***50.131.916,16***

Bilanz	2012	2013
A. Eigenkapital	**18.287.909,98**	**18.301.832,44**
I. Gez. Kapital	7.669.378,22	7.669.378,22
II. Kapitalrücklage	5.410.968,98	5.410.968,98
III. Gewinnrücklage	4.310.000,00	4.484.000,00
IV. Gewinnvortrag	619,32	562,78
V. Bilanzgewinn	896.943,46	736.922,46
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	**1.127.015,00**	**1.183.695,00**
1. Investitionszuschüsse	1.127.015,00	1.183.695,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	**528.944,00**	**408.076,00**
D. Rückstellungen	**128.300,00**	**26.000,00**
1.Sonstige Rückstellungen	128.300,00	26.000,00
E. Verbindlichkeiten	**29.124.130,58**	**30.212.312,72**
1. Verbindlichk.gegenüber Kreditinst.	21.991.863,17	23.387.946,42
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.786.831,68	1.056.181,70
3.Verbindlichkeiten aus L u. L	544.927,55	715.035,16
4.Verbindlichkeiten gegenüber verb.Untern.	2.117.290,68	2.489.839,36
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.147.650,25	1.091.181,32
6. Verbindlichkeiten gegenü.Gebietskörperschaften	1.534.861,35	1.472.128,76
7. Sonstige Verbindlichkeiten	705,90	0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**1.006,88**	**0,00**
Bilanzsumme	**49.197.306,44**	**50.131.916,16**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	15.458.314,94	15.871.040,88
sonstige Erträge	277.943,18	295.951,70
Gesamtleistung	**15.736.258,12**	**16.166.992,58**
Materialaufwand	5.334.081,72	5.863.371,45
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	2.041.368,14	1.879.592,90
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	3.292.713,58	3.983.778,55
Rohertrag	**10.402.176,40**	**10.303.621,13**
Personalaufwand	0,00	0,00
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	0,00	0,00
Abschreibungen	2.673.660,00	2.707.331,00
Konzessionsabgabe	2.026.239,58	2.045.467,52
sonstige betr. Aufwendungen	3.400.207,42	3.521.525,08
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.429,97	1.545,23
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	941.717,26	891.083,17
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.361.782,11**	**1.139.759,59**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	448.777,67	386.074,70
sonstige Steuern	16.060,98	16.762,43
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**896.943,46**	**736.922,46**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***4,9***	***4,0***
Gesamtrentabilität	***%***	***3,7***	***3,2***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***--***	***--***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***93,5***	***93,3***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***6,5***	***6,7***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***39,8***	***39,1***
Anlagendeckung II	***%***	***81,1***	***75,5***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***37,2***	***36,5***
Fremdkapitalquote	***%***	***62,8***	***63,5***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***22,1***	***22,6***

Lage des Unternehmens

Finanz- und Vermögenslage

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 50.132 T€. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in den Erneuerungen und Erweiterungen im

Rohrnetzbereich. Die Eigenkapitalausstattung beträgt 36,5 %. Die in der Versorgungswirtschaft als wünschenswert betrachtete Eigenkapitalausstattung in Höhe von 30 bis 40 % ist somit erreicht. Die Gesellschaft konnte in 2013 jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 736.922,46 € ab. Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 562,78 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 737.485,24 €.

Personalwesen

Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal. Die laufenden Geschäfte werden im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH wahrgenommen. Die Geschäftsführung obliegt der Stadtwerke Koblenz GmbH, deren Geschäftsführerin gleichzeitig Geschäftsführerin der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH ist.

Risikomanagementsystem

Es besteht ein Risikomanagementsystem. Aus heutiger Sicht bestehen keine bestandsgefährdenden und keine sonstigen Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Ausblick

Die Gesellschaft wird ihre Investitionstätigkeit fortsetzen, um weiterhin allen zukünftigen qualitativen und quantitativen Anforderungen an eine sichere Wasserversorgung gerecht zu werden.
Die Erwirtschaftung des Mindestgewinns wird weiterhin angestrebt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Kapitalentnahme 2010 (Sonderrücklage)	*16.778,60 €*
Kapitalentnahme 2011 (Sonderrücklage)	*0,00 €*
Kapitalentnahme 2012 (Sonderrücklage)	*0,00 €*

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben:	*1.744.356,44 €*
Gewerbesteuer:	*110.990,38 €*
Grundsteuer:	*14.283,33 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsratvergütung/
Sitzungsgelder (auch Gesellschafterversammlung) *27.321,34 €*

Die Geschäftsführerin erhält von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.
Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

07. Dezember 1973; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 25. Juli 2013

Stammkapital am 31.12.2013

1.278.240,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Wasser in den für die Verbandsgemeinde Weißenthurm und die Stadtwerke Koblenz GmbH ausgewiesenen Schutzgebieten sowie die Aufbereitung und die Abgabe von Wasser.
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck ermöglichen und fördern können. Sie kann sich dazu insbesondere anderer Unternehmen bedienen, sie errichten, erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	*766.940,00 €*	*60,0 %*
Verbandsgemeindewerke Weißenthurm -Wasser-	*511.300,00 €*	*40,0 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Bürgermeister Georg Hollmann
– Vorsitzender –
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
– stellvertretender Vorsitzender -

Eitel Bohn
Bernd Coßmann
Uwe Diederichs-Seidel
Dr. Manfred Bretz
Franz-Peter Hoffend
Edgar Kühlenthal
Manfred Kuhn
Karl Mannheim
Gerhard Voell

Gesellschafterversammlung

Bürgermeister Georg Hollmann
– Vorsitzender –
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
– stellvertretender Vorsitzender -

Vito Contento
Manfred Diehl
Monika Hömberger
Achim Jacobs
Jürgen Karbach
Uli Klöckner
Wilhelm Kohl
Andrea Mehlbreuer
Torsten Schupp
Anita Weis

Geschäftsführung

Petra Ensel
Egon Bröhling (bis 31.10.2013)
Markus Roth (ab 01.11.2013)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Die Gesellschaft hat auch im Berichtsjahr jederzeit Trinkwasser in der gesetzlich vorgeschriebenen Qualität und in ausreichender Menge zur Verfügung stellen können. Die vorgenommenen Wasseruntersuchungen führten zu keinen Beanstandungen.

Technische Daten

Die Gesellschaft ist ein reines Förderunternehmen. Das Trinkwasser wird den Abnehmern (Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und Verbandsgemeindewerke Weißenthurm – Wasser -) am Werk übergeben. Diese speisen es über eine Transportleitung in ihre Versorgungsgebiete ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahre 2013 wurden 6.238.870 Kubikmeter Wasser verkauft. Davon entfielen auf die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH 3.629.781 Kubikmeter und auf die Verbandsgemeindewerke Weißenthurm – Wasser - 2.609.089 Kubikmeter.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***4.857.004,28***	***4.784.916,58***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*15.102,00*	*13.802,00*
II. Sachanlagen	*4.841.902,28*	*4.771.114,58*
B. Umlaufvermögen	***935.733,66***	***667.212,16***
I. Vorräte	*28.187,78*	*19.825,88*
II Forderungen u. sonst. Verm.	*162.847,77*	*315.551,65*
a) Forderungen gegen verbundene Untern.	*37.314,11*	*141.269,68*
b) Forderungen gegen Gesellschafter	*39.429,50*	*65.728,92*
c) Forderungen gegen Gebietskörperschaften	*0,00*	*0,00*
d) Sonstige Vermögensgegenstände	*86.104,16*	*108.553,05*
III. Guthaben bei Kreditinstituten	*744.698,11*	*331.834,63*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***5.792.737,94***	***5.452.128,74***
A. Eigenkapital	***4.310.460,50***	***4.462.869,32***
I. Gez. Kapital	*1.278.240,00*	*1.278.240,00*
II. Kapitalrücklage	*665.602,79*	*665.602,79*
III. Gewinnrücklage	*2.233.000,00*	*2.363.000,00*
IV. Gewinnvortrag	*3.573,99*	*3.617,71*
V. Jahresüberschuss	*130.043,72*	*152.408,82*
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	***0,00***	***0,00***
C. Rückstellungen	***65.223,77***	***91.801,00***
1.Steuerrückstellungen	*1.317,00*	*9.450,00*
2.Sonstige Rückstellungen	*63.906,77*	*82.351,00*
D. Verbindlichkeiten	***1.417.053,67***	***897.458,42***
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*1.372.315,46*	*839.365,31*
2. Verbindlichkeiten aus L u. L	*44.538,21*	*58.042,08*
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	*0,00*	*0,00*
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörpersch.	*0,00*	*0,00*
5. Sonstige Verbindlichkeiten	*200,00*	*51,03*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***5.792.737,94***	***5.452.128,74***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*1.185.268,40*	*1.622.106,20*
sonstige Erträge	*186.051,80*	*90.374,69*
Gesamtleistung	***1.371.320,20***	***1.712.480,89***
Materialaufwand	*725.738,20*	*1.155.245,65*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	*498.689,20*	*565.403,47*
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	*227.049,00*	*589.842,18*
Rohertrag	***645.582,00***	***557.235,24***
Personalaufwand	*7.212,44*	*7.080,54*
a) Löhne und Gehälter	*3.234,00*	*3.240,00*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*3.978,44*	*3.840,54*
Abschreibungen	*117.752,80*	*107.877,44*
sonstige betr. Aufwendungen	*271.768,28*	*168.678,05*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*2.287,50*	*1.326,41*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*64.170,26*	*56.187,75*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***186.965,72***	***218.737,87***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*53.717,30*	*63.103,87*
sonstige Steuern	*3.204,70*	*3.225,18*
Jahresüberschuss	***130.043,72***	***152.408,82***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***3,0***	***3,4***
Gesamtrentabilität	***%***	***3,4***	***3,8***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***--***	***--***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***83,9***	***87,8***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***16,1***	***12,2***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***88,8***	***93,3***
Anlagendeckung II	***%***	***107,54***	***104,3***

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	74,4	81,8
Fremdkapitalquote	%	25,6	18,1

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	164,3	144,3

Lage des Unternehmens

Darstellung der Lage

Zum 31.12.2013 betrug das Bilanzvolumen 5.452.128,74 €. Das Anlagevermögen betrifft im Wesentlichen die Grundstücke ohne Bauten sowie die Wassergewinnungsanlagen. Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 81,8 %. Die in der Versorgungswirtschaft als wünschenswert betrachtete Eigenkapitalausstattung in Höhe von 30 bis 40 % ist somit vorhanden, bzw. überschritten.

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gegeben.
Es ist ein Jahresüberschuss von 152.408,82 € zu verzeichnen.
Die vor einigen Jahren vollzogene Neuordnung der Brunnenketten hat zu einer Optimierung der Rohwassergewinnung und damit einer wesentlichen Sicherung der Leistungskapazität der gesamten Anlage der Gesellschaft für die nächsten Jahre geführt.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die Geschäftsführung geht von einem nahezu gleichbleibenden Wasserverkauf an die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und die Verbandsgemeindewerke Weißenthurm – Wasser – aus. Den Wasserabgabepreis, abgesehen von der Erhöhung durch die Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgeltes, auch im Jahre 2014 unverändert zu lassen, hat gute Aussicht auf Erfolg. Die Geschäftsführung rechnet auch für das Jahr 2014 mit einem positiven Ergebnis, voraussichtlich jedoch einem geringeren als in 2013.
Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung werden derzeit nicht gesehen. Das gleiche gilt für evtl. bestandsgefährdende Risiken.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 2013:	*8.794,00 €*
Gewerbesteuer Vorjahr:	*6.912,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsratvergütung/ Sitzungsgelder (auch Gesellschafterversammlung)	*16.145,00 €*

Die Geschäftsführung erhielt keine Vergütung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.
Das Unternehmen hat Bestandsschutz.
im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 20143

Windpark Westerwald GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

19. Dezember 2003

Stammkapital am 31.12.2013

1.550.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist

a) die Entwicklung und Bau des Windparks Westerwald (Waigandshain/Homberg) in der Verbandsgemeinde Rennerod,
b) die Erbringung von Betriebsführungs- und Dienstleistungen für den Windpark Westerwald (Waigandshain/Homberg).

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Förderung des Unternehmensgegenstandes unmittelbar notwendig oder nützlich sind oder erscheinen.

Beteiligungsverhältnisse

KEVAG, Koblenz	*31,75 %*
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, Koblenz	*22,67 %*
Stadtwerke Haiger, Haiger	*17,16 %*
Stadtwerke Herborn GmbH, Herborn	*17,16 %*
Stadtwerke Koblenz GmbH, Koblenz	*9,68 %*
WW-Holding und Dienstleistungen GmbH, Trier	*1,58 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung üben die Gesellschafter ihre Gesellschaftsrechte durch ihre Vertretungsorgane oder durch von ihnen beauftragte Bevollmächtigte aus.

Geschäftsführung

Arthur Kößele, Stefan Dietz (gemeinsam vertretungsberechtigt)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Windpark Westerwald GmbH wurde am 19.12.2003 gegründet. Sie betreibt den Windpark Westerwald am Standort Waigandshain/Homberg in der Nähe der Fuchskaute im hohen Westerwald.

Der Windpark besteht aus zwölf Windenergieanlagen (WEA) mit je 1,5 MW elektrischer Leistung. Zehn WEA stehen im Eigentum der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG), zwei WEA befinden sich im Eigentum der Gesellschaft. Die Beteiligungsverhältnisse an der Gesellschaft sind unverändert zum Vorjahr. In bewährter Weise wird dieser Windpark als Gemeinschaftskraftwerk im Verbund mit der KEVAG betrieben.

Die Windkraftanlagen speisen Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2004 in das öffentliche Netz ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr kam es zu weiteren Schäden an den Umrichtern, die allesamt kurzfristig behoben werden konnten. Es entstand keine wesentliche Betriebsunterbrechung, die Schäden wurden anteilig durch den Versicherer reguliert.

In den windschwachen Monaten des dritten Quartals wurden die wiederkehrenden Rotorblattinspektionen an acht der zwölf Windenergieanlagen planmäßig durchgeführt.

Des Weiteren erfolgten im Geschäftsjahr Instandsetzungsarbeiten an zehn Fundamenten der Windenergieanlagen des Windparks. Es wurden Beschichtungen erneuert, um das Eindringen von Feuchtigkeit abzuhalten und damit Schäden durch Frosteinwirkung zu vermeiden. Zwei Fundamente wurden bereits in den Vorjahren saniert.

Die Gesellschaft hat mit der KEVAG einen längerfristigen Geschäftsbesorgungsvertrag über alle Angelegenheiten des Windparks und mit der Herstellerfirma einen Dienstleistungsvertrag über die technische Betriebsführung, Wartung sowie Instandhaltung abgeschlossen. Des Weiteren besteht mit der KEVAG ein Vertrag über die Beistellung kaufmännischer Ressourcen einschließlich der Geschäftsführung sowie ein Wartungsvertrag über die 20 kV Systeme des Windparks. Damit kann bei der Gesellschaft auf eigenes Personal verzichtet werden. Die Verträge sind planmäßig erfüllt worden.

Der seit dem 01.01.2012 bestehende Direktvermarktungsvertrag mit der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, der die Direktvermarktung gemäß EEG 2012 nach dem sogenannten Marktprämienmodell (gemäß Managementprämienverordnung MaPrV) beinhaltet, wurde im Geschäftsjahr planmäßig fortgesetzt.

Im Geschäftsjahr wurde ein neuer technischer Betriebsführungs- und Instandhaltungsvertrag abgeschlossen. Er sichert weiterhin die kurzfristigen Reaktionszeiten aufgrund der räumlichen Nähe des Dienstleisters zum Windpark Westerwald.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***2.866.574,92***	***2.558.496,41***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*155.962,25*	*142.944,18*
II. Sachanlagen	*2.710.612,67*	*2.415.552,23*
B. Umlaufvermögen	***890.130,14***	***895.501,45***
I. Vorräte	*0,00*	*0,00*
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	*513.048,85*	*530.047,50*
III. Kassenbestand	*377.081,29*	*365.453,95*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***21.563,72***	***11.979,68***
Bilanzsumme	***3.778.268,78***	***3.465.977,54***
A. Eigenkapital	***1.712.738,14***	***1.728.103,37***
I. Gez. Kapital	*1.550.000,00*	*1.550.000,00*
II. Gewinnvortrag	*90.421,16*	*102.738,14*
III. Jahresüberschuss	*72.316,98*	*75.365,23*
B. Sonderposten	***634.821,43***	***587.797,62***
Sonderposten f. Zuschüsse und Zulagen	*634.821,43*	*587.797,62*
C. Rückstellungen	***3.600,00***	***5.139,40***
1.Steuerrückstellungen	*0,00*	*1.539,40*
2.Sonstige Rückstellungen	*3.600,00*	*3.600,00*
D. Verbindlichkeiten	***1.427.109,21***	***1.144.937,15***
1.Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*734.294,00*	*443.070,00*
2. Verbindlichkeiten aus L und L	*281.228,41*	*239.767,37*
3. Verbindlichkeiten geg. Gesellschafter	*395.607,93*	*446.569,89*
4. Sonstige Verbindlichkeiten	*15.978,87*	*15.529,89*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***3.778.268,78***	***3.465.977,54***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*3.786.229,98*	*3.568.983,49*
andere aktivierte Eigenleistungen	*0,00*	*0,00*
sonstige Erträge	*47.090,81*	*47.145,99*
Gesamtleistung	***3.833.320,79***	***3.616.129,48***
Materialaufwand	*3.335.201,26*	*3.123.687,88*
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	*2.638.485,10*	*2.566.322,55*
b) Aufw. f. bez. Leistungen	*696.716,16*	*557.365,33*
Rohertrag	***498.119,53***	***492.441,60***
Personalaufwand	*0,00*	*0,00*
a) Löhne und Gehälter	*0,00*	*0,00*
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	*0,00*	*0,00*
Abschreibungen	*309.954,64*	*308.078,51*
sonstige betr. Aufwendungen	*45.976,01*	*47.652,23*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	*1055,32*	*445,25*
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	*42.298,38*	*31.510,59*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***100.945,82***	***105.645,52***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*28.628,84*	*30.280,29*
sonstige Steuern	*0,00*	*0,00*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***72.316,98***	***75.365,23***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***3,6***	***3,7***
Gesamtrentabilität	***%***	***3,0***	***3,1***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***--***	***--***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***75,9***	***73,8***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***24,1***	***26,2***

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	70,8	79,0
Anlagendeckung II	%	70,8	79,0

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	53,7	58,3
Fremdkapitalquote	%	46,3	41,7

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	52,2	62,8

Lage des Unternehmens

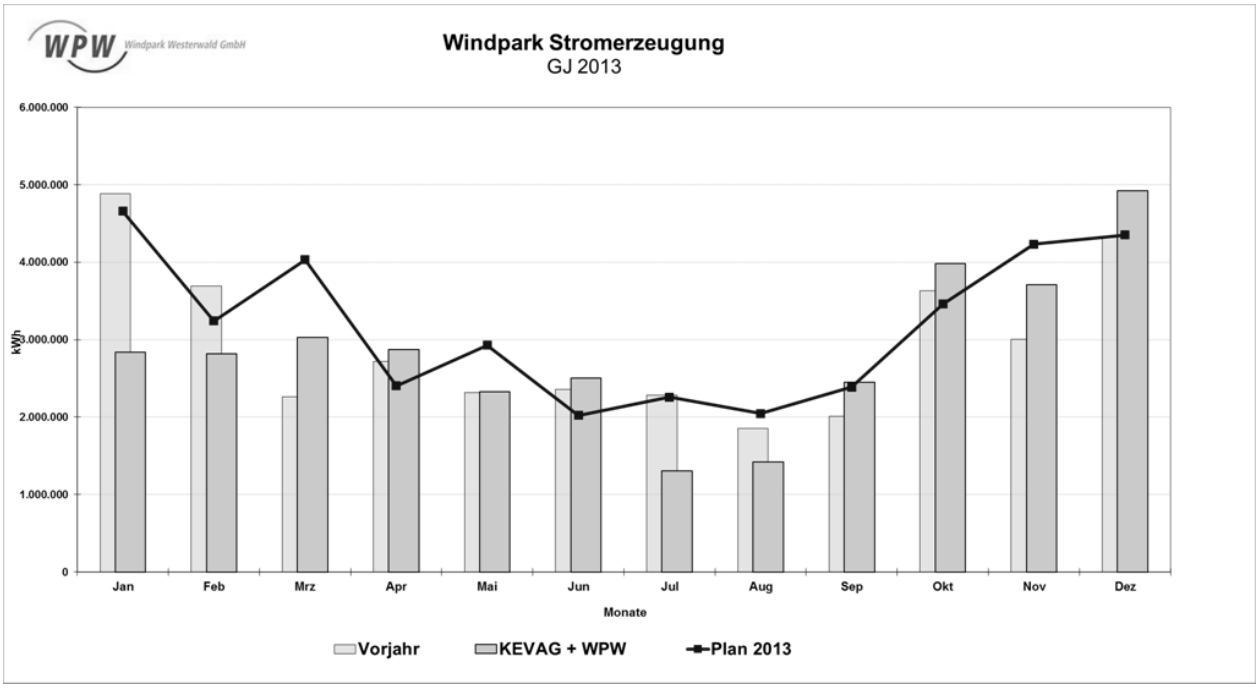
Wirtschaftliche Lage

Das Jahr 2013 begann für den Windpark Westerwald mit stark unterdurchschnittlichen Winderträgen. Im Januar wurde, aufgrund einer zweiwöchigen Frostperiode in der Monatsmitte, der Planansatz um -39% unterschritten. Die milde Wetterlage gegen Ende des Monats mit einer Tageserzeugungsmenge von rd. 407.000 kWh konnte diesen Minderertrag nicht kompensieren. Auch im Februar und März wurden die Planansätze nicht erreicht, insbesondere die späte Kälteperiode im Monat März war hierfür ausschlaggebend. Insgesamt lag das erste Quartal kumuliert mit -27% unter Plan.
Im 2. Quartal erzeugte der Windpark deutlich bessere Windernten (+5%), so dass die kumulierte Erzeugungsmenge zur Jahresmitte nur noch bei -15% im Vergleich zur Planerzeugungsmenge lag.
Der sehr warme Sommer sorgte in den Monaten Juli und August wiederum für eine geringe Windausbeute, im September konnte der Plan leicht übertroffen werden. Die kumulierte Unterdeckung per September betrug -17%. Der sich anschließende stürmische Monat Oktober sorgte für eine deutliche Planerfüllung (+15%), ebenso wie der Dezember (+13%). Durch die, wie im Vorjahr, warme und stürmische Witterung über die Weihnachtstage, konnte eine deutlich überplanmäßige Windernte in den letzten Tagen des Jahres erzielt werden.

Insgesamt wurde für die erzeugte Menge der Planansatz im Jahr 2013 um -10% unterschritten. Sie lag jedoch mit 34,2 Mio. kWh nur leicht unter dem Niveau der Windernte des Vorjahres (35,3 Mio. kWh entsprechend -3%). Die durchschnittlich

gemessene Windgeschwindigkeit im Windpark bewegte sich mit -2% ebenfalls entsprechend der Winderträge leicht unter Vorjahresniveau.

Die monatliche Entwicklung im Vergleich zum Budget und zum Vorjahr zeigt die folgende Grafik:



Die Stromeinspeisungen der Windpark Westerwald GmbH (5,7 Mio. kWh) wurden im technischen Verbundbetrieb mit den KEVAG - Anlagen über eine gemeinsame Messstelle ermittelt und sind deshalb zusammen mit den Einspeiseerträgen der KEVAG (28,5 Mio. kWh) dargestellt. Die Einspeiseverluste bis zum Netzverknüpfungspunkt an der UA Höhn beliefen sich auf 2,0%.

Insgesamt hat der Windpark eine Jahresbenutzungsdauer von 1.898 Stunden bzw. rd. 22% erreicht. Durch den Windparkbetrieb konnten rd. 26.000 Tonnen CO_2-Emissionen vermieden werden. Die Parkverfügbarkeit lag bei 99%.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Windenergie. Es traten keine wesentlichen Ertragsausfälle auf, die zu einer Entschädigung über die Betriebsunterbrechungsversicherung geführt hätten. Ebenso wurden keine vergütungspflichtigen Abschaltungen seitens Netzbetreiber oder Direktvermarkter vorgenommen.

Die Einspeiseerlöse, bezogen auf die zwei Windenergieanlagen, die sich im Eigentum der Windpark Westerwald GmbH befinden, belaufen sich auf 510 T€ (Vorjahr 529 T€, -3,6%).

Bei den Aufwandspositionen zeigt sich eine Erhöhung der Fremdleistungen gegenüber dem Vorjahr, bezogen auf die zwei im Eigentum der Windpark Westerwald GmbH befindlichen Windenergieanlagen auf 53 T€ (Vorjahr 40 T€ ohne Getriebeschaden). Gründe hierfür sind wiederum Schäden an den Umrichtern, welche zum Teil über die Versicherung abgedeckt sind, Fundamentsanierungen

sowie Rotorblattsanierungen, die wie geplant an acht Windenergieanlagen durchgeführt wurden.

Da das Vorjahresergebnis durch den Aufwand für die Instandsetzung des schadhaften Getriebes belastet war, stellt sich im Geschäftsjahr 2013 das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit106 T€ um + 5% verbessert dar. Der Jahresüberschuss beträgt 75 T€ (Vorjahr 72 T€).

Vermögenslage

Auf der Aktivseite ist das Sachanlagevermögen mit 2.559 T€ bzw. 74 % der Bilanzsumme der größte Posten, auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 443 T€ bzw. 13 % der Bilanzsumme und der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen mit 588 T€ bzw. 17 % der Bilanzsumme die wesentlichen Fremdkapitalposten.

Die Eigenkapitalquote beträgt 50 %. Unter Berücksichtigung von 50 % des Sonderpostens ergibt sich eine Quote von 58 %. Die Eigenkapitalrentabilität für das Jahr 2013 liegt bei 4,3% (ohne Sonderposten).

Im Geschäftsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft lag zum 31.12.2013 bei 365 T€ (Vorjahr 377 T€). Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um jederzeit ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Nachtragsbericht

Vorgänge, welche nach dem Schluss des Berichtszeitraums eingetreten und von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind, haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Für eines der zwei ZD-Getriebe besteht aufgrund einer Sondervereinbarung wegen Serienschäden mit dem Versicherer kein weiterer Schutz über die Maschinenversicherung. Das Getriebe wird in regelmäßigen Abständen endoskopiert, um bei einer wesentlichen Verschlechterung des Zustandes rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können.

Aufgrund der Pläne der neuen Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht weiterhin auch das Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein können.

Chancenbericht

Im Geschäftsjahr wurde an einer Windenergieanlage eine Leistungskurvenoptimierung durchgeführt. Es liegen erste Ergebnisse vor, die noch

abschließend beurteilt werden müssen. Ein dadurch mögliche Leistungssteigerung des gesamten Windparks wird untersucht.

Prognose

Die geplante Windparkerweiterung am Standort Waigandshain/Homberg wird aktuell nicht weiterverfolgt. Mögliche Investitionen oder Beteiligungen an anderen Windparkprojekten, insbesondere im Westerwald, werden geprüft.

Der bestehende Direktvermarktungsvertrag mit der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH wurde zum 31.12.2013 beendet. Die Dienstleistung wird ab dem 01.01.2014, gemäß abgeschlossenem Direktvermarktungsvertrag, von der KEVAG erbracht.

Im Januar 2014 hat der Windpark Westerwald aufgrund der weiterhin milden und stürmischen Witterung Winderträge in Höhe des Planansatzes verbuchen können. Insbesondere in der ersten Monatshälfte wurden überdurchschnittliche Erträge erzielt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer:	*5.808,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

GK Service GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

15. Juli 2004; der Gesellschaftsvertrag wurde am 12. November 2008 zuletzt geändert.

Stammkapital am 31.12.2013

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist das Erbringen von Dienst- und Serviceleistungen aller Art für die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH, Koblenz und deren Einrichtungen sowie für fremde Dritte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Geschäftsführung</u>

Herr Jürgen Schmidt ist als alleiniger Geschäftsführer bestellt und vertritt die Gesellschaft allein.

Alleiniger Gesellschafter ist die Gemeinschaftsklinikum gGmbH, vertreten durch Herrn Jürgen Schmidt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlagen des Unternehmens

Der Gegenstand der Gesellschaft wird insbesondere durch Serviceleistungen in den Tätigkeitsfeldern Reinigungsservice, Wäscheservice, Menueerfassungsservice, Bettenservice und Logistikservice inkl. Patiententransport verwirklicht.

Die Leistungen werden für die Muttergesellschaft Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH sowie gegenüber fremden Dritten erbracht.

Die Geschäftsführung oblag im Berichtsjahr bis zum 31.08.2013 Herrn Markus Heming und ab dem 01.09.2013 Herrn Jürgen Schmidt. Der Geschäftsführer ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Er ist laut notariellem Vertrag vom 09. Oktober 2013 von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Betriebsleitung, die Personalverwaltung, das Controlling sowie die Finanzbuchhaltung werden vom Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH, Standort Kemperhof Koblenz, wahrgenommen.

II. Wirtschaftsbericht

1.Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2013 hat sich der Leistungsbedarf bzw. die Leistungserbringung gegenüber dem Vorjahr 2012 erhöht. Die Gewinnerwartung 2013 hat sich auf der Basis 2012 entwickelt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	*2012*	*2013*
A. Anlagevermögen	***21.518,70***	***27.186,46***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*356,32*	*222,64*
II. Sachanlagen	*21.162,38*	*26.963,82*
B. Umlaufvermögen	***193.184,36***	***226.161,92***
I. Vorräte	*2.894,89*	*4.482,09*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*115.348,92*	*160.173,80*
a) Forderungen aus L u. L	*3.405,84*	*6.064,51*
b) Forderungen gegen Gesellschafter	*108.977,74*	*149.155,29*
c) Sonstige Vermögensgegenstände	*2.965,34*	*4.954,00*
III. Kassenbestand	*74.914,71*	*61.506,03*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***25,84***	***115,74***
Bilanzsumme	***214.703,06***	***253.464,12***

Bilanz	2012	2013
A. Eigenkapital	**64.403,36**	**73.855,59**
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag	34.247,35	39.403,36
V. Jahresüberschuss	5.156,01	9.452,23
B. Rückstellungen	**21.177,00**	**29.704,00**
1.Rückstellungen für Pensionen	0,00	0,00
2.Steuerrückstellungen	2.327,00	0,00
3.Sonstige Rückstellungen	18.850,00	29.704,00
C. Verbindlichkeiten	**129.122,70**	**149.904,53**
1.Verbindlichkeiten aus L u. L	28.737,00	35.274,13
2.Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,00	0,00
3.Sonstige Verbindlichkeiten	100.385,70	114.630,40
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**214.703,06**	**253.464,12**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	3.620.300,18	3.817.560,93
sonstige Erträge	5.354,89	6.055,96
Gesamtleistung	**3.625.655,07**	**3.823.616,89**
Materialaufwand	178.811,66	230.000,49
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	25.965,99	20.847,76
b) Aufw. f. bez. Leistungen	152.845,67	209.152,73
Rohertrag	**3.446.843,51**	**3.593.616,40**
Personalaufwand	1.815.993,27	1.946.044,51
a) Löhne und Gehälter	1.492.910,97	1.604.084,63
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	323.082,30	341.959,88
Abschreibungen	13.259,23	12.426,00
sonstige betr. Aufwendungen	1.610.246,46	1.622.670,10
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	122,42	93,74
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**7.466,87**	**12.569,53**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	2.212,70	2.993,30
sonstige Steuern	98,16	124,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**5.156,01**	**9.452,23**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	8,0	12,8
Gesamtrentabilität	%	8,0	12,8

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	35,1	35,7

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	10,0	10,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	90,0	89,3

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	299,3	271,7
Anlagendeckung II	%	299,3	271,7

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	30,0	29,1
Fremdkapitalquote	%	70,0	70,9

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	128,5	126,0

Lage des Unternehmens

Darstellung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse konnten um 5,5 % auf 3.818 TEuro, durch Preiserhöhungen und weiter-gegebenen Materialkosten, gesteigert werden.
Die Aufwendungen für den Materialaufwand erhöhten sich bedingt durch die weitergegebenen Materialkosten und den üblichen jährlichen Schwankungen auf 230 TEuro.
Die Anzahl der durchschnittlichen Mitarbeiter erhöhte sich von 103 auf 107.
Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 7,2 % auf 1.946 TEuro. Der Anstieg resultiert zum einen aus der Tarifsteigerung von 2,04 % und zum anderen aus der erheblichen Erhöhung der Lohnzahlung für Ausfallzeiten.
Die Abschreibungen blieben gegenüber dem Vorjahr konstant.
Der Jahresüberschuss 2013 beträgt 9TEuro.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit sichergestellt.
Die Veränderung der Finanzmittel sowie die Ermittlung der Ursachen zeigt die folgende Kapitalflussrechnung (verkürzt):

	2013/TEuro	*2012/TEuro*
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	*5*	*-85*
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	*-18*	*-2*
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfo	*-13*	*-87*
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	*75*	*162*
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	*62*	*75*

c) Vermögenslage

Der wesentliche Bestandteil des Gesamtvermögens betrifft das Umlaufvermögen. Dieses setzt sich hauptsächlich aus den Forderungen gegen Gesellschafter (149 TEuro) und den flüssigen Mitteln (62 TEuro) zusammen.
Die Rückstellungen beinhalten zum größten Teil Personalaufwendungen, ausstehende Rechnungen und Abschlusskosten.
Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Lohnzahlungen gegenüber MitarbeiterInnen, diese werden zeitversetzt ausbezahlt.

Anhand von ausgewählten Positionen der Bilanz wird die Lage der Gesellschaft verdeutlicht:

	2013/TEuro	*2012/TEuro*
Anlagevermögen	*27*	*22*
Umlaufvermögen	*226*	*193*
Eigenkapital	*73*	*64*
Rückstellungen	*30*	*21*
Verbindlichkeiten	*150*	*130*
Bilanzsumme	*253*	*215*
Jahresüberschuss	*9*	*5*

<u>III. Nachtragsbericht</u>

Durch die zurzeit stattfindenden Fusionsgespräche mit dem Stiftungsklinikum Mittelrhein können sich Änderungen ergeben, die momentan aber noch nicht absehbar sind.

<u>IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht</u>

Im Geschäftsjahr 2014 soll der Leistungsbedarf bzw. die Leistungserbringung auf dem Stand von 2013 bleiben. Die Gewinnerwartung für 2014 bewegt sich auf der Basis 2013.

Risiken, welche den Bestand des Unternehmens gefährden, sind zurzeit nicht zu erkennen.

Ebenfalls sind keine Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens erkennbar.

Die Chancen und Risiken des wirtschaftlichen Erfolgs werden im Wesentlichen durch die wirtschaftliche Entwicklung des Mutterunternehmens beeinflusst.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer	*0,00 €*
Gewerbesteuer	*4.513,00 €*
davon	
für 2011	*846,00 €*
für 2012	*844,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung für Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:	*0,00 €*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

KEVAG Verteilnetz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

Vertrag vom 02. Dezember 2004. Eintragung im Handelsregister am 17. Januar 2005.

Stammkapital am 31.12.2013

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags die Planung, die Errichtung, der Betrieb, die Wartung, der Ausbau, der Erwerb, die Vermarktung und die Nutzung von Netzanlagen und sonstigen Speicherungs- und Verteilungssystemen für Energie (insbesondere Strom und Gas), Energieträger, Wärme und Wasser, sonstige wasserwirtschaftliche Anlagen (einschließlich Abwasserbeseitigung) sowie die Erbringung und Vermarktung von Dienstleistungen auf diesen Gebieten.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft, Koblenz.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

KEVAG, vertreten durch Vorstand KEVAG

Geschäftsführer:

Klaus Fuhrmann
Karl-Josef Mettler

Beteiligungen des Unternehmens

keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KEVAG Verteilnetz GmbH (KVNetz) wurde am 2. Dezember 2004 als 100 %-ige Tochtergesellschaft der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG), Schützenstraße 80-82, 56068 Koblenz, gegründet und nimmt ihr operatives Geschäft seit dem 1. Januar 2005 wahr. Sie ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Koblenz unter HRB 7530.
Gegenstand der Gesellschaft sind Planung, Errichtung, Betrieb, Wartung, Ausbau, Erwerb, Vermarktung und Nutzung von Netzanlagen und Verteilungssystemen für Strom.
KEVAG hat somit die Funktion des Netzbetreibers in eine eigenständige Gesellschaft ausgegliedert. Entsprechend den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie den zugeordneten Verordnungen erfüllt KVNetz damit die Aufgabe, allen Marktteilnehmern einen diskriminierungsfreien Zugang zum Netz zu angemessenen Bedingungen zu gewährleisten.
Bis zum 31. Juli 2013 wurde KEVAG mit der operativen Betriebsführung für den Netzbetrieb, den Kundenservice sowie weitere Shared Services wie Personal, Rechnungswesen, Rechtsfragen usw. beauftragt. Grundlage bildeten die mit KEVAG geschlossenen Dienstleistungsverträge und die jeweiligen Einzelbeauftragungen.
Zum 1. August 2013 wurden im Rahmen eines Betriebsteilübergangs verschiedene Organisationseinheiten bzw. Teile von Organisationseinheiten wie der Netzservice mit Netzführung, Netzplanung, Netzbetrieb, Messservice/Technische Ausbildung und der Stabsstelle Sicherheit und Umweltschutz, das Dienstleistungszentrum mit den Einheiten Infrastrukturelles Management und Service Pool, Einkauf/Logistik mit Materialwirtschaft und Registratur/Hauspost sowie aus dem Kundenservice die

Abrechnung der Netzentgelte und der Lieferantenwechsel auf KVNetz übergeleitet. KVNetz setzt zur Abrechnung der Netzentgelte ein IT-System mit der Marktrolle "Verteilnetzbetreiber" ein, das die geforderte Trennung der Marktprozesse in Lieferant und Netz und die Marktkommunikation erfüllt.
Die Dienstleistungsbeziehungen zu KEVAG (insbesondere bei den Shared Services) wurden an die neue Organisationsstruktur angepasst und vertraglich abgesichert.
Die für die KVNetz dienstleistend tätigen KEVAG-Mitarbeiter) sind den fachlichen Weisungen der Leitung der KVNetz unterstellt. Näheres regelt das Gleichbehandlungsprogramm der KEVAG.*

KVNetz betreibt das von KEVAG gepachtete Verteilnetz, bestehend aus den Mittel- und Niederspannungsebenen einschließlich der Umspannungen.
Vorgelagerter Netzbetreiber ist die Westnetz GmbH. Die Übergabe erfolgt in 13 Umspannanlagen 110/20 kV. Eigentumsgrenzen bilden die Sekundärkerzen der Transformatoren. Zusätzlich bestehen kleinere Netzanbindungen an benachbarte Verteilnetze, überwiegend zur Sicherstellung von Reservekapazitäten und Noteinspeisungen in der Mittel- und Niederspannung.
Mitte 2012 endete der Konzessionsvertrag zwischen der Ortsgemeinde Isselbach, Ortsteil Ruppenrod (ca. 70 Einwohner), und KEVAG. Da bis zum 31. Dezember 2013 kein neuer Konzessionsnehmer feststand und damit kein Assetübergang von KEVAG auf einen Dritten stattgefunden hat, war auch das hier betriebene Nieder- und Mittelspannungsnetz weiterhin Teil des Pachtgegenstandes "Verteilnetz" mit insgesamt 217 Städten und Gemeinden zwischen KEVAG und KVNetz.
Versorgungsqualität und Netzsicherheit sowie Umweltschutz sind die maßgebenden Handlungsfelder der KVNetz. Die zielgerichtete und normenkonforme Unternehmensausrichtung wird fortwährend durch unabhängige, externe Stellen bestätigt. Beispiele hierfür sind die Auditierung des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) nach der VDN-Richtlinie S 1000 "Anforde
rungen an die Qualifikation und die Organisation von Unternehmen für den Betrieb elektrischer Energieversorgungsnetze" und die Zertifizierung eines Umweltmanagementsystems nach ISO 14001:2004. Auch im Geschäftsjahr 2013 hat KVNetz ihr umweltorientiertes Handeln erneut durch die TÜV Rheinland Cert GmbH überprüfen lassen. Das mit Erstzertifizierung im Jahr 2005 und Wiederholungsaudit bescheinigte "Umweltmanagementsystem nach ISO 14001:2004" wurde auch im Rahmen eines Überwachungsaudits im Jahr 2013 wiederum gutachterlich positiv bewertet.

*) *Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf eine geschlechterspezifische Differenzierung, wie z. B. Mitarbeiter/innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.*

Netzdaten zum 31. Dezember 2013:

		2013	2012
Eingespeiste Menge:	*GWh*	*2.081,4*	*2.111,2*
Netzverluste:	*GWh*	*61,1*	*62,0*
Eigenverbrauch:	*GWh*	*0,8*	*0,7*
Jahreshöchstlast:	*MW*	*327*	*337*
Stromkreislänge Mittelspannungskabel:	*km*	*1.048,0*	*1.024,2*
Stromkreislänge Mittelspannungsfreileitung:	*km*	*867,3*	*876,6*
Stromkreislänge Niederspannungskabel:	*km*	*2.635,6*	*2.605,0*
Stromkreislänge Niederspannungsfreileitung:	*km*	*2.282,2*	*2.284,1*
Umspannanlagen HS/MS:	*Stück*	*13*	*13*
Transformatorenstationen (eigene):	*Stück*	*1.836*	*1.834*
Hausanschlüsse:	*Stück*	*114.159*	*113.443*
Einwohnerzahl (Stand 30. Juni 2013):	*Pers.*	*374.290*	*370.937*
Einwohnerdichte (Stand 30. Juni 2013):	*Pers./km²*	*291,05*	*288,44*
Geographische Fläche Netzgebiet:	*km²*	*1.286*	*1.286*
Versorgte Fläche Niederspannung:	*km²*	*178*	*178*

Im Netzgebiet der KVNetz befindet sich neben kleineren Objektnetzen ein Weiterverteiler, die Stadtwerke Gießen AG, mit den Gemeinden Selters und Maxsain. Dieses Netz, das von der Mittelhessen Netz GmbH (MIT.N) betrieben wird, ist in das Mittelspannungsnetz der KVNetz integriert.

Netzerneuerungen und Netzerweiterungen im Geschäftsjahr 2013

Bis zur organisatorischen Umsetzung des Betriebsteilübergangs der Mitarbeiter des Netzservices der KEVAG wurde KEVAG mit der Durchführung von Netzerneuerungen und -erweiterungen des KEVAG-Verteilnetzes beaufragt. Seit dem 1. August 2013 werden die Maßnahmen unmittelbar durch KVNetz in der "Großen Netzgesellschaft" umgesetzt. Die im Rahmen des Investitionsplanes der KVNetz durchgeführten Erweiterungen und Erneuerungen des Verteilnetzes werden Eigentum der KEVAG und im Rahmen des Pachtvertrags zwischen KEVAG und KVNetz über den Pachtzins verrechnet.

Im Geschäftsjahr 2013 beliefen sich die mit der Durchführung von Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen verbundenen Netzaktivitäten auf rd. 21,1 Mio. € (VJ: 20,5 Mio. €).

Zentrale Handlungsschwerpunkte der KVNetz lagen im Geschäftsjahr 2013 in der Erneuerung von betriebsgealterten Komponenten des Stromverteilnetzes und der Netzerweiterungen für den uneingeschränkten Netzzugang von Energie beziehenden Kunden sowie Netzausbaumaßnahmen für den Anschluss dezentraler Energieerzeugungsanlagen. Hinsichtlich der dezentralen Erzeugungsanlagen ist festzustellen, dass die stetige Reduzierung der Einspeisevergütung bei Photovoltaikanlagen sowohl Einfluss auf die Anzahl der Anschlussanfragen als auch auf die installierte Anlagenleistung hat. Insgesamt ist hier ein rückläufiger Trend festzustellen.

Die statistische Versorgungsunterbrechungsdauer (SAIDI) im Netzgebiet der KVNetz stieg im Vergleich zu den Vorjahren leicht an. Hintergrund ist u. a. eine restriktivere Auslegung der Bundesnetzagentur des Störungsereignisses

"Höhere Gewalt" – der SAIDI-Wert stellt weder geplante Unterbrechungen noch Unterbrechungen aufgrund höherer Gewalt dar. Dennoch ist die Netzverfügbarkeit des KEVAG-Verteilnetzes im Bundesvergleich weiterhin überdurchschnittlich gut.
Rund 530 dezentrale Einspeiseanlagen mit einer Gesamtleistung von etwa 27,7 MW, die sich überwiegend auf Photovoltaikanlagen beschränkt, wurden im Geschäftsjahr 2013 in das KEVAG-Verteilnetz integriert. Eine weitere Kernaufgabe für KVNetz im Umfeld der erneuerbaren Energien war die Umsetzung der gesetzgeberischen Forderungen der Systemstabilitätsverordnung bei Photovoltaikanlagen. Die Entschärfung des sogenannten 50,2-Hertz-Problems, dem zeitgleichen Abschalten aller Photovoltaikanlagen in Deutschland bei Überschreitung einer Netzfrequenz von 50,2 Hz, ist in drei Umsetzungsphasen aufgeteilt. Die erste Phase der Nachrüstung von Photovoltaikanlagen mit einer installierten Leistung größer 100 kW konnte KVNetz fristgerecht bis zum 31. August 2013 abschließen.
Auch beim gesetzlich vorgeschriebenen Einspeisemanagement verstrich zum 31. Dezember 2013 eine weitere Fristsetzung. Die davon im Netzgebiet der KVNetz betroffenen Photovoltaikanlagen wurden weitestgehend durch die Anlagenbetreiber nachgerüstet.
Im Jahr 2013 beschloss KEVAG, die unternehmenseigene Telekommunikationsinfrastruktur an heutigen und künftigen Anforderungen für schnelle, breitbandige und sichere Datennetze auszurichten. Hierzu wird in einem bis zum Jahr 2019 angesetzten Projekt das Fernmeldekupferkabelnetz im Westerwald durch eine moderne Glasfaserinfrastruktur ersetzt. KVNetz wird diese Kommunikationswege zur Übertragung von Smart-Meter-Daten, Netzbelastungen, Einspeisewerte und zur Steuerung des Verteilnetzes (Smart-Grid) nutzen. Der Aufbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes erfolgt durch KVNetz. Im Geschäftsjahr 2013 wurde eine Glasfaserkommunikationslinie zwischen den Umspannanlagen Goldhausen und Höhn errichtet.
Im Folgenden werden weitere größere Maßnahmen der KVNetz dargestellt:
Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um die Ersatzneubauten der Umspannanlage Koblenz-Karthause und der Schaltstation Koblenz-Moselweiß. Diese Projekte wurde im zweiten Halbjahr 2013 in Angriff genommen und werden voraussichtlich im ersten Quartal 2014 abgeschlossen. Fertiggestellt wurde die Erneuerung der Schaltstation Atzelgift.

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt war der Austausch von 20-kV-Lasttrennschaltern. Aufgrund des technischen Zustandes einzelner Transformatorenstationen wurden diese im Rahmen des Schaltererneuerungsprojektes in Abstimmung mit der Zielnetzplanung komplett durch neue Kompakttransformatorenstationen ersetzt. In der Umspannanlage Ebernhahn wurde ebenfalls mit dem Ersatz von Lasttrennschaltern und Schutzkomponenten begonnen. Diese Maßnahme wird bis Ende 2014 andauern.
Darüber hinaus konnte das über mehrere Jahre angelegte Projekt zur Verkabelung von windwurfgefährdeten 20-kV-Freileitungen in Waldgebieten erfolgreich fortgesetzt werden. Hier sei beispielhaft auf die Verkabelungen der 20-kV-Freileitung Laubach bis Brauerei An der Königsbach in Koblenz oder die Strecke Untershausen – Bladernheim – Reckenthal – Heilberscheid im Westerwald hingewiesen. Insgesamt wurden rd. 6 km Mittelspannungsfreileitung durch Erdkabel ersetzt.

Im Rahmen der Umsetzung des Mittelspannungszielnetzes wurden rd. 15 km 20-kV-Kabel – Kunststoff-isolierte Kabel der ersten Generation bzw. störanfällige Papier-Massekabel – ersetzt oder außer Betrieb genommen.
Darüber hinaus stellten Netzerweiterungen für den uneingeschränkten Netzzugang von Energie beziehenden Kunden und Netzausbaumaßnahmen für den Anschluss dezentraler Energieerzeugungsanlagen weitere, maßgebliche Aufgabenstellungen dar. Im Niederspannungsnetz wurden rd. 790 Netzanschlüsse ("Hausanschlüsse") erstellt. Es wurden 2 zusätzliche Ortsnetztransformatorenstationen errichtet und weitere 19 Stationen erneuert. 19 betreibereigene Transformatorenstationen wurden im Geschäftsjahr 2013 an das KEVAG-Verteilnetz angeschlossen.
Aus dem vorgelagerten und benachbarten Netz wurden 1.754,4 GWh (VJ: 1.819,4 GWh) in das KEVAG-Verteilnetz eingespeist und durchgeleitet. Hierfür wurden Netzentgelte in Höhe von 19.298 T€ (VJ: 16.824 T€) entrichtet.
Dezentrale Erzeugungsanlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK-G) sowie sonstige Anlagen speisten 327,1 GWh (VJ: 291,8 GWh) in das KEVAG-Verteilnetz ein.
Der Zuwachs im Bereich der "Regenerativen Energien" hat sich auch im Geschäftsjahr 2013 fortgesetzt. Insgesamt speisten 5.124 Anlagen nach EEG mit einer Leistung von 197,7 MW (+ 27,7 MW) in das Verteilnetz ein. Der Anteil der Windenergieanlagen an der Leistung beträgt ca. 45 %.

Seit 2009 ist bei EEG-Anlagen auch die Direktvermarktung der erzeugten Energie möglich. Ab 2012 werden im Rahmen der Direktvermarktung das Marktprämienmodell, die Grünstromprivilegierung und die sonstige Direktvermarktung unterschieden. Der Anteil der gesamten Direktvermarktung beträgt hier 36,4 % (VJ: 28,9 %).

Nach § 7 Abs. 2 KWK-G endete am 31. Dezember 2009 der Anspruch auf Zahlung eines Zuschlages für "neue Bestandsanlagen". Des Weiteren entfällt bei diesen Anlagen bei einer elektrischen Leistung größer 50 kW die Abnahmeverpflichtung des erzeugten Stroms. Kleine KWK-Anlagen ab 50 kW bis 2 MW fielen nach § 7 Abs. 5 KWK-G ab dem 1. Januar 2011 aus der Förderung. Diese Anlagen werden in der KWK-Statistik nach Auslaufen der Förderung nicht mehr geführt. Mit Änderung des KWK-Gesetzes im Mai 2012 werden neu installierte und in Betrieb genommene Anlagen dieser Kategorie wieder gefördert.
Anzahl der Anlagen nach KWK-G: 126 Anlagen (VJ: 102 Anlagen)
Installierte Leistung der Anlagen nach KWK-G: 4,2 MW (VJ: 3,7 MW)
Für die dezentrale Einspeisung sind Aufwendungen in Höhe von 40.965 T€ (VJ: 37.108 T€) angefallen, davon entfallen 2.062 T€ (VJ: 1.302 T€) auf vermiedene Netznutzung.
Amprion GmbH hat als Übertragungsnetzbetreiber den aus EEG-Anlagen erzeugten Strom – hier insbesondere von Photovoltaikanlagen – rechnerisch abgenommen und vergütet. Der aus Anlagen nach KWK-G eingespeiste Strom wurde weiterveräußert. Weitere Strommengen aus sonstigen Anlagen, die keiner gesetzlichen Förderung unterliegen, wurden dem jeweils vom Anlagenbetreiber angegebenen Strombilanzkreis zugeordnet.

KVNetz hat 2.019,5 GWh (VJ: 2.048,5 GWh) elektrische Energie über 226.778 (VJ: 225.629) Entnahmestellen an Kunden der KEVAG, Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH sowie weiterer 200 (VJ: 182) Vertragspartner verteilt.

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
	T€	*T€*
A. Anlagevermögen	***0***	***2.096***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0*	*94*
II. Sachanlagen	*0*	*2.002*
III. Finanzanlagevermögen	*0*	*0*
B. Umlaufvermögen	***19.201***	***27.572***
I. Vorräte	*0*	*819*
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	*13.201*	*24.753*
III. Kassenbestand	*6.000*	*2.000*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***11.162***	***12.548***
Bilanzsumme	***30.363***	***42.216***
A. Eigenkapital	***25***	***25***
I. Gez. Kapital	*25*	*25*
II. Kapitalrücklage	*0*	*0*
III. Gewinnrücklage	*0*	*0*
IV. Gewinnvortrag	*0*	*0*
V. Bilanzgewinn	*0*	*0*
B. Sonderposten	***0***	***0***
C. Rückstellungen	***2.121***	***6.078***
1. Rückstellungen für Pensionen	*0*	*0*
2. Steuerrückstellungen	*0*	*0*
3. Sonstige Rückstellungen	*2.121*	*6.078*
D. Verbindlichkeiten	***17.055***	***23.577***
1. Erhaltene Anzahlungen	*195*	*185*
2. Verbindlichkeiten aus L u. L	*6.259*	*13.359*
3. Verbindlichkeiten geg. verb. Unternehmen	*3.028*	*2.739*
4. Verbindlichkeiten geg. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	*0*	*24*
5. Sonstige Verbindlichkeiten	*7.573*	*7.270*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***11.162***	***12.536***
Bilanzsumme	***30.363***	***42.216***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
	T€	T€
Umsatzerlöse	138.003	157.459
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	4
andere aktivierte Eigenleistungen	0	2
sonstige betriebliche Erträge	113	66
Gesamtleistung	**138.116**	**157.531**
Materialaufwand	133.148	138.202
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	40.915	44.394
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	92.233	93.808
Rohertrag	**4.968**	**19.329**
Personalaufwand	1.350	9.945
a) Löhne und Gehälter	1.181	7.692
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	169	2.253
Abschreibungen	0	232
sonstige betriebliche Aufwendungen	820	6.728
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	12	1
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	358	311
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.452**	**2.114**
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	-144	930
Aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen abgeführte Gewinne	-2.596	-1.184
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**0**	**0**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	10.384	4.736,0
Gesamtrentabilität	%	9,7	3,5

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	11.500,2	1.345,8

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	---	5,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0	95,0

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	---	1,2
Anlagendeckung II	%	---	1,2

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	%	0,1	0,1
Fremdkapitalquote	%	99,9	99,9

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	%	100,1	95,1

Lage des Unternehmens

Darstellung der Lage

KVNetz hat alle Verteilnetzanlagen von KEVAG gepachtet und verfügt über kein eigenes Netzanlagevermögen. Im Rahmen des Betriebsteilübergangs zum 1. August 2013 wurden auch verschiedene Anlagen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, wie Werkzeuge, Fahrzeuge etc. sowie die für den Bau und Betrieb des Verteilnetzes benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von KEVAG erworben.
Die ausgewiesenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ergeben sich im Wesentlichen aus den abgegrenzten Forderungen aus Netznutzung für alle Lieferanten und den Leistungsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen.
Die Eigenkapitalquote beträgt 0,1 % (VJ: 0,1 %).
Die Gewinn- und Verlustrechnung ist auf der Ertragsseite insbesondere durch die Netz-nutzungserlöse sowie die Vergütung der eingespeisten EEG-Menge durch Amprion GmbH geprägt und auf der Aufwandsseite durch die Aufwendungen des vorgelagerten Netzes, die dezentrale Einspeisung, die vertraglichen Beziehungen zu KEVAG sowie dem Personalauwand aufgrund des Betriebsteilübergangs zum 1. August 2013.
Die BNetzA hat gemäß § 4 ARegV die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der KVNetz für den Zeitraum der 1. Regulierungsperiode bis 31. Dezember 2013 festgelegt. Die für 2013 festgelegte und nach der Regulierungsformel fortgeschriebene Erlösobergrenze bildete die Basis der Entgelte für die Nutzung des KEVAG-Verteilnetzes.
Nach der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) können Letztverbraucher ein individuelles Netzentgelt gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV beantragen. Neben den bereits genehmigten liegen weitere Anträge auf ein individuelles Netzentgelt bei der BNetzA zur Entscheidung vor. Amprion GmbH als Übertragungsnetzbetreiber ist

verpflichtet, die in diesem Zusammenhang entgangenen Erlöse zu erstatten. Die Übertragungsnetzbetreiber haben diese Zahlungen sowie eigene entgangene Erlöse untereinander auszugleichen. Die entgangenen Erlöse werden als Aufschlag auf die Netzentgelte (§ 19 StromNEV-Umlage) anteilig auf alle Letztverbraucher umgelegt.
An Netznutzungserlösen einschließlich Messung und Abrechnung wurden 97.717 T€ (VJ: 86.302 T€) vereinnahmt. Im vorgenannten Betrag sind u. a. die anteilige Verwendung der Verbindlichkeit für regulatorische Risiken, der Aufschlag nach dem KWK-G und die Konzessionsabgaben berücksichtigt. Die Konzessionsabgaben werden über KEVAG an die Kommunen ausgezahlt. Des Weiteren werden in den Netznutzungserlösen die gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV erhaltenen Ausgleichszahlungen von Amprion GmbH sowie die Entgelte aus dieser Umlage und der Offshore-Umlage an Letztverbraucher ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2013 betrug das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 2.114 T€ (VJ: 2.452 T€).

KEVAG und KVNetz haben einen Ergebnisabführungsvertrag und einen Vertrag über ein gemeinsames Cash-Management-System mit uneingeschränkter Ergebnisverantwortung und eigenständigem Finanz- und Liquiditätsmanagement geschlossen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird der nach Abzug von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entstandene Gewinn in Höhe von 1.184 T€ an KEVAG abgeführt (VJ: 2.596 T€).

Risikomanagement
KVNetz ist durch eine standardisierte quartalsweise Risikoberichterstattung in das Risikomanagementsystem der KEVAG eingebunden und erfüllt die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Im Rahmen einer systematischen Risikoerhebung werden bei KVNetz alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert und überwacht, mit dem Ziel, möglichst frühzeitig geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Die laufende Kommunikation der Risiken zwischen KVNetz und KEVAG erfolgt im Rahmen eines Risikomanagementausschusses, der regelmäßig einberufen wird. In den Ausschusssitzungen wird die Risikosituation diskutiert und bewertet. KVNetz leitet bei Bedarf entsprechende Gegenmaßnahmen ein. Für den Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

Ausblick
Die vorausschauenden Planungsgrundsätze der KVNetz und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für das KEVAG-Verteilnetz sind ein Garant für hohe Versorgungssicherheit und Erfüllung aller Netzanforderungen energiebeziehender wie auch energieeinspeisender Kundengruppen. KVNetz hat sich zum Ziel gesetzt, den sicheren und wirtschaftlich optimierten Netzbetrieb dauerhaft zu gewährleisten. Ein heute großer Einflussfaktor sind die politischen Vorgaben zur ökologischen Stromversorgung. Insbesondere die Entwicklung der Einspeisevergütung für regenerativ erzeugte Energie, die landesplanerischen Rahmenbedingungen und die technische Weiterentwicklung der Erzeugungseinheiten steuern die Netzerweiterungen in den Verteilnetzen. KVNetz beobachtet die politischen und technischen Entwicklungen aufmerksam.

Gerade der Netzausbau für die sichere Aufnahme der dezentral erzeugten elektrischen Energie bedarf längerer Planungs- und Bauzeit und erfordert zudem einen großen Ressourcen-Einsatz. Seit Jahren betreibt KVNetz Maßnahmen, um den Netzausbau und damit die Kosten des Verteilnetzes zu minimieren. Hierzu zählt die stetige Anpassung von Leitsystemen zur Steuerung des KEVAG-Verteilnetzes. Neben technischen Einflussgrößen werden in den nächsten Jahren auch eigene Vorschaurechnungen mit meteorologischem Hintergrund den Netzbetrieb steuern (Smart Grid). Die ausufernden Datenmengen, die aus dem Verteilnetz und den Kundenanlagen in die Netzleitstelle zu übertragen sind, bedürfen schneller, breitbandiger und sicherer Kommunikationsnetze. U. a. soll das künftige KEVAG-eigene Glasfasernetz, über das KVNetz die Datenströme lenken wird, den geänderten Netzanforderungen Rechnung tragen. Die gesetzlichen Vorgaben zum Einsatz intelligenter Messsysteme (Smart Meter) im Endkundensegment werden sich in den kommenden Jahren konkretisieren. KVNetz hat dieses Thema bereits heute aufgenommen und darauf durch neue Ausbildungsberufe, Marktbeobachtung und Mitwirkung in Entwicklungsgremien reagiert.
KVNetz erwartet, dass sich bei den volatilen Energieerzeugungsanlagen der Einsatz von Speichertechniken rasant entwickeln wird. Getrieben werden dürften die hierfür notwendigen technischen Einrichtungen durch die von der Bundesregierung vorgesehenen neuerlichen Reduzierungen der Einspeisevergütung. Bereits heute zeigt sich eine deutliche Trendwende hin zu kleineren Erzeugungsanlagen, die vornehmlich der Eigenbedarfsdeckung dienen.
Bis zum Jahresende 2014 müssen weitere Photovoltaikanlagen im Kontext der Systemstabilitätsverordnung durch KVNetz umgerüstet werden. Im KEVAG-Verteilnetz sind noch ca. 1.200 von insgesamt rd. 1.300 Photovoltaikanlagen mit 5.000 Wechselrichtern umzurüsten. Die Kosten werden jeweils zu 50 % über die Netzentgelte und zu 50 % über die EEG-Umlage ausgeglichen.

Priorisierter Handlungsbedarf bezüglich der netzbezogenen Maßnahmen wird in den kommenden Jahren in der Erneuerung von Umspannanlagen, Schaltstationen und bei Lasttrennschaltern in Ortsnetzstationen gesehen. Grundlage aller strategischen Entscheidungen werden die Verfügbarkeitsstatistik, die Grundsätze der zustands- und wichtigkeitsorientierten Instandhaltung und Erneuerung und die Kundenanforderungen sein.
KVNetz hat zum 30. Juni 2012 der BNetzA Daten zur Bestimmung Ausgangsniveaus der Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen i. S. d. § 3 Nr. 2 EnWG für die zweite Regulierungsperiode (ab Januar 2014) nach § 6 Abs. 1 ARegV zur Verfügung gestellt. Die vorläufigen Ergebnisse aus der Kostenprüfung sowie des im zweiten Halbjahr 2013 bestimmten individuellen Effizienzwertes als Ausgangsbasis für die Festlegung der Erlösobergrenze liegen KVNetz vor.
Gemäß § 4 ARegV sind Netzbetreiber verpflichtet, zum 1. Januar eines Kalenderjahres die festgelegte Erlösobergrenze zu überprüfen und bei Änderungen der in § 4 Abs. 3 ARegV genannten Parameter anzupassen. KVNetz hatte gem. § 20 Abs. 1 Satz 2 EnWG zum 15. Oktober 2013 die Veröffentlichung voraussichtlicher Netzentgelte vorgenommen. Nach dem Vorliegen aller Eingangsparameter zur Bestimmung der Erlösobergrenze veröffentlichte KVNetz dann zum Jahresende die endgültigen Netzentgelte mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2014.

Ab 1. Januar 2014 wird eine Umlage für abschaltbare Lasten gem. § 18 AbLaV vom Letztverbraucher erhoben. Anbieter von Abschaltleistung aus abschaltbaren Lasten erhalten, wenn sie sich in Vereinbarungen mit Betreibern von Übertragungsnetzen zu Leistungen verpflichtet haben, die den Anforderungen dieser Verordnung genügen, Vergütungen für die Bereitstellung der Abschaltleistung für den vereinbarten Zeitraum (Leistungspreis) sowie für jeden Abruf der Abschaltleistung (Arbeitspreis).
Die geplante Fusion der Unternehmen EVM und KEVAG in 2014 zu einem der größten Energieversorgungsunternehmen in Rheinland-Pfalz wird auch weitreichenden Einfluss auf KVNetz haben. In 2014 wird auch die Zusammenführung der beiden Netzgesellschaften EVM Netz GmbH und KVNetz - voraussichtlich ab 1. Januar 2015 - vorbereitet.
KVNetz rechnet auch für die Folgejahre mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführung.
Zum 1. Januar 2014 hat die Stadtwerke Andernach GmbH den operativen Betrieb ihrer Strom- und Gasnetze aufgenommen. KVNetz erbringt für die Stadtwerke Dienstleistungen im operativen Netzbetrieb, dem Messwesen und dem Einspeiser-Management.
Ab dem 1. Januar 2015 wird in einem Beteiligungsmodell des fusionierten Unternehmens KEVAG-EVM auch der Netzbetrieb der sogenannten "Rheinschiene" aufgenommen werden müssen. Auch hier wird KVNetz ihr Know-how hinsichtlich des Betriebs von Stromverteilnetzen einbringen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer	*0,00 €*
(im Rahmen der Organschaft mit KEVAG durch KEVAG)	

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

KEVAG Verkehrs-Service GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

17. Februar 1995; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 3. Mai 2011 geändert.

Stammkapital am 31.12.2013

350.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags die Beförderung von Personen und die Durchführung von Dienstleistungen im Personennahverkehr einschließlich der Erbringung von Werkstattleistungen - auch für Dritte - .

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Josef Rönz	*Vorstand KEVAG*
Dr. Karlheinz Sonnenberg	*Vorstand KEVAG*
Bernd Wieczorek	*Vorstand KEVAG*

Geschäftsführer:

Hansjörg Kunz

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die KVS ist vornehmlich im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG und im Gelegenheitsverkehr nach § 46 PBefG tätig. Die KVS besitzt eigene Linienkonzessionen und ist Betriebsführer nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 PBefG auf Konzessionen anderer Unternehmen, insbesondere der RMV. In Summe befördert die KVS in Koblenz und der Region auf 34 Linienkonzessionen, davon 15 der RMV, jährlich rund 14 Mio. Fahrgäste.
Die KVS ist darüber hinaus dienstleistend für die KVG tätig. So erbringt die KVS auch Fahrleistungen im Auftrag der KVG. Die KVS betreibt zudem eine eigene Werkstatt, und bietet entsprechende Dienstleistungen auf dem freien Markt an.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Es ist zu erwarten, dass die demografische Entwicklung, der zunehmende Wettbewerb, der problematische Rechtsrahmen und die Unterfinanzierung des ÖPNV in Rheinland Pfalz den Markt nachhaltig beeinflusst. Speziell im ländlichen Raum ist trotz der beabsichtigten Linienbündelungskonzepte der tangierten Aufgabenträger eine steigende Zahl gemein-wirtschaftlicher Verkehre zu erwarten.
Die KVS ist überwiegend im VRM-Gebiet tätig. Die Grundlage für den VRM ist im Wesentlichen ein Kooperationsvertrag zwischen der VRM GmbH und den tangierten Verkehrsunternehmen aus dem Jahr 2001. Der Vertrag bietet Interpretationsspielraum und wird den geänderten Marktbedingungen nicht gerecht. Daher haben die KVS und weitere Verkehrsunternehmen bereits im Jahr 2012 einen im Vertrag vorgesehenen Antrag zur Vertragsanpassung an die VRM GmbH gestellt. Die als Vorstufe zur Vertragskündigung notwendige Maßnahme blieb bisher ohne Ergebnis. Zudem gibt es einen Einnahmeaufteilungsvertrag (EAV), der als Anlage 11 des Kooperationsvertrags zwischen allen Verkehrsunternehmen im Verbundraum geschlossen wurde. Da der diesbezüglich anzusetzende Poolschlüssel nur einvernehmlich angepasst werden kann, ist es unwahrscheinlich, dass der derzeitige Schlüssel aus dem Jahr 2001 modifiziert werden kann. Auch das dazu notwendige Verfahren zur Ermittlung eines neuen Schlüssels, dessen Kosten das Ergebnis der KVS anteilig belasten, konnte nicht finalisiert werden. Der EAV wurde von drei DB-Unternehmen zum 31.12.2013 ordentlich gekündigt. Es gibt konträre Einschätzungen

darüber, ob die gekündigten Gesellschaften auch weiterhin in den Erlöspool einzahlen müssen. Daher haben die KVS und weitere Gesellschaften den EAV außerordentlich zum 31.12.2013 gekündigt, um Erlösrisiken einzugrenzen. Es ist ungewiss, welche Auswirkungen für den Verbundraum, die betroffenen Verkehrsunternehmen und die Fahrgäste zu erwarten sind.
Die vom Land RLP beabsichtigte Modifizierung der Ausgleichsbeträge für den integrierten Schülerverkehr wird insbesondere im Stadtverkehr zu deutlich sinkenden Ausgleichsbeträgen führen. Die zur Umsetzung des neuen Preis-Preis-Verfahrens (PP) notwendige Notifizierung der EU-Kommission konnte erst am 22.01.2014 realisiert werden. Den Verkehrsunternehmen wurde daher für das Geschäftsjahr 2014 eine erneute Übergangsregelung für das Jahr 2014 angeboten, die von der KVS auch unterzeichnet wurde. Es ist davon auszugehen, dass die Landesregierung ein notwendiges Gesetz umsetzen wird. Sollte das Verfahren nicht umgesetzt werden, ist für die Folgejahre das Altverfahren nach §45a PBefG in Ansatz zu bringen. In diesem Fall würde für das Geschäftsjahr 2014 letztmalig die Festschreibung zur Anwendung kommen.

2. Geschäftsverlauf

Trotz der zunehmend angespannten ÖPNV-Finanzierungssituation in Rheinland-Pfalz und den daraus resultierenden Marktverwerfungen, konnte die Gesellschaft ein gutes Ergebnis erwirtschaften und von einer Übergangsregelung hinsichtlich der Ausgleichsleistungen für den integrierten Schülerverkehr profitieren.
Im VRM wurden die Fahrpreise mit Genehmigung des LBM zum 01.01.2014 um durchschnittlich 2,72 % angepasst. Der LBM ist erstmals dem Antrag der Verkehrs-unternehmen gefolgt, eine um 0,5% über dem bisherigen Verfahren liegende Fortschreibung zu genehmigen. Die zu erwartenden Mehreinnahmen durch die genehmigte Tariferhöhung werden die prognostizierten Kostensteigerungen bei der KVS in etwa ausgleichen.
Die RMV hat die drei Kooperationsverträge zum 31.12.2014 ordentlich gekündigt. Es ist ungewiss, ob die Kooperation auf der Basis neuer Verträge fortgesetzt werden kann. Sollte die Kooperation ab dem Geschäftsjahr 2015 nicht mehr fortgeführt werden können, werden die Umsatzerlöse und der Aufwand der KVS jeweils um ca. 5,6 Mio. € sinken. Die in der Wirtschaftsplanung auf der Basis des PP-Ausgleichs ermittelten Ergebnisse werden nur marginal tangiert. Der Verbunderlösanteil wird von 22,46 % auf 14,95 % sinken.
Im Kerngeschäft lagen die Fahrgastzahlen mit 13,7 Mio. nahezu auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2012.
Die Betriebsleistung mit rund 4,7 Mio. Rechnungskilometern lag in etwa auf dem Vorjahresniveau.
Etwa 2,5 Mio. km wurden in Eigenregie erbracht. Die restliche Leistung wurde an Auftragnehmer vergeben. Die RMV erbrachte eine Fahrleistung von ca. 2,1 Mio. km, die Fa. Mathias Normann GmbH & Co.KG von ca. 0,1 Mio. km.
Im Berichtszeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten stichtagsbezogen um 13 auf 204 Mitarbeiter (175 Vollzeitäquivalente).
Der eigene Omnibusbestand stieg stichtagsbezogen von 74 auf 76 Omnibusse.
Die Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Grund hierfür ist die seit dem Betriebsteilübergang am 01.Dezember 2012 zur KVS gehörende eigene Werkstatt. Auch die Material- und Personalkosten sind angestiegen. Nach dem Betriebsübergang im Dezember 2012 flossen im Berichtszeitraum 2013 erstmals ganzjährig die Leistungen des Werkstattbereichs in das Ergebnis der KVS ein. Hier wurden zusätzliche Erlöse durch Leistungserbringung gegenüber Dritten generiert.

Neben dem Werkstattbereich wurden auch sämtliche Mobilien in die KVS übernommen. Dies führt zu deutlichen höheren Abschreibungen als in den Vorjahren.
Aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB lagen die Zinserträge deutlich unter denen des Vorjahres.
Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 363 Tsd. € (Vorjahr 217 Tsd. €) erwirtschaftet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***4.854.202,60***	***5.552.262,04***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*87.333,34*	*34.500,00*
II. Sachanlagen	*4.766.869,26*	*5.517.762,04*
B. Umlaufvermögen	***4.275.948,19***	***5.364.784,61***
I. Vorräte	*29.405,21*	*155.143,37*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*3.874.987,90*	*4.831.867,77*
Forderungen aus L. u. L.	*1.119.792,55*	*1.168.511,21*
Forderungen gegen verbundene Unter.	*2.410.315,26*	*2.593.194,21*
Forderungen gegen assoziierte Unternehmen	*105.301,20*	*125.573,48*
Sonstige Vermögensgegenstände	*239.578,89*	*944.588,87*
II. Kassenbestand	*371.555,08*	*377.773,47*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***9.130.150,79***	***10.917.046,65***
A. Eigenkapital	***5.899.810,60***	***6.262.346,97***
I. Gez. Kapital	*350.000,00*	*350.000,00*
II. Kapitalrücklage	*4.311.180,00*	*4.311.180,00*
III. Gewinnrücklage	*501.000,00*	*501.000,00*
IV. Gewinnvortrag	*0,00*	*0,00*
V. Bilanzgewinn	*737.630,60*	*1.100.166,97*
B. Rückstellungen	***1.257.275,00***	***2.641.339,00***
1. Rückstellungen für Pensionen	*0,00*	*0,00*
2. Steuerrückstellungen	*0,00*	*0,00*
3. Sonstige Rückstellungen	*1.257.275,00*	*2.641.339,00*
C. Verbindlichkeiten	***1.669.163,79***	***1.648.483,72***
1.Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	*0,00*	*0,00*
2.Verbindlichkeiten aus L. u. L.	*1.406.191,93*	*1.180.378,04*
3.Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	*0,00*	*0,00*
4.Sonstige Verbindlichkeiten	*262.971,86*	*468.105,68*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***303.901,40***	***364.876,96***
Bilanzsumme	***9.130.150,79***	***10.917.046,65***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	19.300.956,12	21.363.503,31
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	62.974,89	150.944,68
Gesamtleistung	**19.363.931,01**	**21.514.447,99**
Materialaufwand	12.890.310,06	11.423.283,81
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.983.543,13	2.808.134,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.906.766,93	8.615.149,39
Rohertrag	**6.473.620,95**	**10.091.164,18**
Personalaufwand	4.774.610,98	6.670.168,07
a) Löhne und Gehälter	4.029.047,78	5.495.321,80
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	745.563,20	1.174.846,27
Abschreibungen	204.181,04	916.936,41
sonstige betr. Aufwendungen	1.053.701,21	1.947.441,23
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	4.225,08	627,90
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**445.352,80**	**557.246,37**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	228.103,80	194.710,00
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**217.249,00**	**362.536,37**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	3,7	5,8
Gesamtrentabilität	%	2,4	3,3

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	121,4	107,9

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	53,2	50,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	46,8	49,1

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	121,5	112,8
Anlagendeckung II	%	121,5	112,8

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	***%***	***64,6***	***57,4***
Fremdkapitalquote	***%***	***35,4***	***42,6***

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	***%***	***132,4***	***115,3***

3. Lage

a. Ertragslage

Es wurden 21,4 Mio. € Umsatzerlöse erwirtschaftet. Davon entfielen 15,7 Mio. € auf den Linienverkehr, 3,9 Mio. € auf Ausgleichsleistungen für den Schüler- bzw. Schwerbehindertenverkehr und 1,8 Mio. € auf sonstige Umsatzerlöse.

b. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie im Vorjahr aus eigenen Mitteln.
Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 6,1% (Vorjahr 3,7 %).
Die Eigenkapitalquote beträgt 57,4 % (Vorjahr 64,6 %).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten

IV. Prognosebericht

Trotz der angespannten Marktlage besteht auch weiterhin die Möglichkeit, ein positives Ergebnis zu erwirtschaften.
Durch die Kündigung der Kooperation durch die RMV ist davon auszugehen, dass die Umsatzerlöse und der Aufwand ab den Geschäftsjahr 2015 jeweils um ca. 5,6 Mio. € sinken werden.
Hinsichtlich der ungewissen Marktlage wird es notwendig, rasch auf veränderte Rahmenbedingungen und Erkenntnisse zu reagieren. Die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen wurden auch durch die außerordentliche Kündigung des EAV geschaffen.
Die KVS wird auch künftig immer in der Lage sein, Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Als Tochtergesellschaft von KEVAG ist die KVS nach wie vor in deren Risikomanagement eingebunden.

Branchenspezifische Risiken
Durch die Verbundsystematik werden Dieselpreiserhöhungen erst im Folgejahr in den entsprechenden Tariffortschreibungen berücksichtigt. Überplanmäßige Dieselpreissprünge können daher das Ergebnis der Gesellschaft belasten.

Ertragsorientierte Risiken
Eine mögliche neue Einnahmeaufteilung im VRM kann sich ertragsmindernd auswirken. So könnte sich der im Verbundraum auf den SPNV entfallene Erlösanteil vergrößern. Auch eine nicht auszuschließende Auflösung des einheitlichen Verbundtarifs könnte den Ertrag der Gesellschaft mindern.
Finanzwirtschaftliche Risiken
Aufgrund der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der KVS sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

2. Chancenbericht
Die im VRM angestrebte Realisation einer neuen erlösdatenbasierten Einnahmeaufteilung und die sich daraus ergebende Veränderung des Einnahmeaufteilungsschlüssels können sich auch positiv auf die künftigen Einnahmen auswirken.
Sollte das Gesetzgebungsverfahren zum Preis-Preis-Ausgleich scheitern, würde das Altsystem nach § 45a greifen. In diesem Fall würden die entsprechenden Erlöse über dem im Wirtschaftsplan angesetzten Wert steigen.
Sollten anstehende Schwerbehindertenzählungen einen gegenüber der Wirtschaftsplanung höheren Vomhundertsatz ergeben, könnten die Ausgleichsleistungen nach §148 SGB steigen und das Ergebnis der KVS verbessert werden.

3. Gesamtaussage
Die bis zum Jahr 2020 erteilten eigenen Linienkonzessionen bieten der KVS die Möglichkeit, nachhaltige Umsatzerlöse zu generieren und eine Rendite zu erwirtschaften.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
Die KVS tätigt keine Finanzgeschäfte am Kapitalmarkt. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der KEVAG-Gruppe teil. Hiervon ausgenommen ist das Stammkapital in Höhe von 350 T€.
Forderungsausfälle sind die Ausnahme. Uneinbringliche Forderungen werden an Creditreform verkauft.
Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen gezahlt.
VII. Bericht über Zweigniederlassungen
Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Mit dem Gesellschafterbeschluss vom 28.11.2012 wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in Höhe von 4.311.180 € realisiert.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer	*194.710,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Gesellschafterversammlung:	*0,00 €*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

KEVAG Telekom GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

04. Juni 1997; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 15.10.2013

Stammkapital am 31.12.2013

365.700,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

a) *die Planung, Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Telekommmunikationsanlagen, und zwar aufgrund von leitungsgebundenen oder drahtlosen Kommunikations-Netzen,*
b) *die Erbringung von Leistungen und Diensten auf dem Gebiet der Telekommunikation sowie*
c) *der Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, die auf dem Gebiet der Telekommunikation tätig sind oder über Kommunikationsinfrastrukturen verfügen.*

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG	*182.850,00 €*	*50,0 %*
Süwag Beteiligungs GmbH	*182.850,00 €*	*50,0 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung üben die Gesellschafter ihre Gesellschaftsrechte durch ihre Vertretungsorgane oder durch von ihnen beauftragte Bevollmächtigte aus.

Geschäftsführer:

Bernd Gowitzke
Christoph Klein

Beteiligungen des Unternehmens

keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Wirtschaftliche Entwicklung

Hochgeschwindigkeitsnetze beschleunigen Innovations- und Transformationsprozesse, schützen Immobilienwerte, steigern die Attraktivität regionaler Wirtschaftsstandorte, tragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, optimieren Logistikprozesse und erleichtern den Zugang zu schulischer und beruflicher Bildung.
Der verfügbare Breitbandinternetzugang sowie die Qualität der Dienste ist zu einer unverzichtbaren sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur für Bürger und Unternehmen geworden. Leistungsfähige Breitbandnetze bzw. moderne, hochleistungsfähige Kommunikationsinfrastrukturen sind die Basis für schnellen Informations- und Wissensaustausch und unverzichtbar für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.
Die Datenrate pro Teilnehmeranschluss hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren etwa alle fünf Jahre verzehnfacht. Bei dem sich abzeichnenden Trend, wird im Jahr 2020 der Bedarf bei 1-GB/s-Anschlüssen liegen.
Schon heute nutzen Grundschüler das Internet für Recherchen und nahezu alle Anwender - unabhängig von Alter und sozialem Hintergrund – sehen sich HD-Filme auf YouTube oder aktuelle Sendungen der TV-Anstalten zeitversetzt in deren Mediatheken an. Daher steht in der allgemeinen öffentlichen Diskussion über die zukünftige Bandbreite und dem damit verbundenen Ausbau der Breitbandnetze überwiegend die Nutzung durch Privatkunden im Fokus.
Der Ausbau der Infrastruktur wird aber auch zunehmend im Geschäftskunden-Umfeld gefordert. Software wird heute nicht mehr auf jedem Arbeitsplatzrechner installiert, sondern in Rechenzentren vorgehalten. Beispielsweise sind heute

Arztpraxen vernetzt und können Röntgenbilder austauschen, statt diese als entwickelte Bilder den Patienten mitzugeben.
Diese Arten des Datenaustauschs erfordern hochleistungsfähige Kommunikationsnetze, welche symmetrische Bandbreiten liefern können.

Der Wettbewerb auf dem Markt für Breitbandanschlüsse wird im Wesentlichen durch die Markterfolge der Kabelnetzbetreiber getrieben. Aktuellen Datenerhebungen zu Folge wurde Ende 2013 jeder fünfte Breitbandanschluss in einem Kabelnetz geschaltet.
Geänderte Ausbaustrategien der Deutschen Telekom, aber auch der alternativen Netzbetreiber sind die Folge. Zunehmend wird in diesem Zusammenhang auf den VDSL-Ausbau und den Einsatz der sogenannten Vectoring-Technik gesetzt.
Für die Marktstrukturen könnte dies bedeuten, dass Ballungsgebiete im Fokus der großen Netzbetreiber stehen. Dies würde dazu führen, dass der ländliche Raum im Wettbewerb der Regionen um die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen das Nachsehen hat.

Mit dem zukunftsfähigen Ausbau und der kontinuierlichen Verbesserung der bestehenden Infrastruktur verhindert die KEVAG Telekom GmbH als regionaler Telekommunikationsanbieter die digitale Spaltung zwischen den ländlichen und den städtischen Regionen und schafft zunehmend eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum im nördlichen Rheinland-Pfalz.
Um sich auf das Kerngeschäft konzentrieren zu können und somit zukünftiges Wachstum sicher zu stellen, wurde der Teilbereich des Bündelfunknetzes „Rhein-Main-Netz“ veräußert.
Im Wege der Ausgliederung zur Neugründung (§ 123 Abs. 3 Nr. 2 UmwG) wurden die entsprechenden Wirtschaftsgüter und Verträge (Kunden-, Mietverträge, Verbindungsleitungen, Frequenzen) in die hierfür neu gegründete ProRegio Bündelfunk Rhein-Main-GmbH übertragen. Die Geschäftsanteile der neu gegründeten Gesellschaft wurden zum Stichtag 20.06.2013 von der ProRegio Bündelfunk GmbH & Co. KG Südwest erworben.

Darüber hinaus wurde durch die im Geschäftsjahr 2013 getroffenen Investitionsentscheidungen hinsichtlich der Projekte Kabel 3.0 und VGM-net die Grundlage für nachhaltiges Wachstum der KEVAG Telekom GmbH geschaffen. Beide Projekte haben zum Ziel, den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur im ländlichen Raum voranzutreiben um zusätzliches Kundenpotential zu erschließen und somit langfristig den wirtschaftlichen Erfolg zu sichern.

Ein weiteres wesentliches Ereignis im Geschäftsjahr 2013 stellt die Veränderung in der Gesellschafterstruktur der KEVAG Telekom dar. Mit notariellem Kaufvertrag vom 11. September 2013 (URNr. 4619/13) wurden die Anteile der RZ Online GmbH von den anderen Gesellschaftern übernommen. Im Ergebnis halten KEVAG und SÜWAG-Beteiligungs-GmbH nun jeweils 50 Prozent des Stammkapitals.

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***2.986.184,63***	***3.010.037,32***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*81.627,67*	*48.563,68*
II. Sachanlagen	*2.904.556,96*	*2.961.473,64*
III. Finanzanlagen	*0,00*	*0,00*
B. Umlaufvermögen	***1.975.073,35***	***2.191.173,04***
I. Vorräte	*220.084,74*	*270.604,45*
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstand	*1.487.578,56*	*1.604.564,62*
a) Forderungen aus L u. L	*1.364.272,69*	*1.492.912,49*
b) Forderungen gegen Gesellschafter	*52.985,03*	*71.252,46*
c). Sonstige Vermögensgegenstände	*70.320,84*	*40.399,67*
III. Kassenbestand	*267.410,05*	*316.003,97*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***407.407,64***	***405.706,13***
Bilanzsumme	***5.368.665,62***	***5.606.916,49***
A. Eigenkapital	***2.385.360,40***	***2.541.833,80***
I. Gez. Kapital	*365.700,00*	*365.700,00*
II. Kapitalrücklage	*4.748,29*	*4.748,29*
III. Gewinnrücklage	*1.261.000,00*	*1.264.000,00*
IV. Gewinnvortrag	*728,81*	*912,11*
V. Bilanzgewinn	*753.183,30*	*906.473,40*
B. Sonderposten	***9.371,19***	***385,20***
C. Rückstellungen	***1.102.226,00***	***1.411.230,00***
1. Rückstellungen für Pensionen	*0,00*	*0,00*
2. Steuerrückstellungen	*0,00*	*7.600,00*
3. Sonstige Rückstellungen	*1.102.226,00*	*1.403.630,00*
D. Verbindlichkeiten	***1.051.094,40***	***903.430,98***
1. Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	*51.568,45*	*175.179,55*
2. Verbindlichkeiten aus L u. L/Anzahlungen	*403.659,87*	*374.774,02*
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	*293.361,50*	*6.796,83*
4. Sonstige Verbindlichkeiten	*302.504,58*	*346.680,58*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***820.613,63***	***750.036,51***
Bilanzsumme	***5.368.665,62***	***5.606.916,49***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	15.344.145,33	14.997.595,56
Bestandsveränderungen	2.824,20	51.765,89
andere aktivierte Eigenleistungen	139.451,54	125.708,15
sonstige betriebliche Erträge	137.121,88	288.258,40
Gesamtleistung	**15.623.542,95**	**15.463.328,00**
Materialaufwand	8.812.428,01	8.606.506,21
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	928.410,77	1.119.781,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.884.017,24	7.486.724,31
Rohertrag	**6.811.114,94**	**6.856.821,79**
Personalaufwand	3.885.003,93	3.843.793,82
a) Löhne und Gehälter	3.271.633,39	3.239.439,92
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	613.370,54	604.353,90
Abschreibungen	903.840,49	812.722,71
sonstige betriebliche Aufwendungen	892.707,59	839.091,07
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	4.615,83	1.281,12
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	14.623,74	4.045,87
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.119.555,02**	**1.358.449,44**
ausserordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	364.148,72	449.856,04
sonstige Steuern	2.223,00	2.120,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**753.183,30**	**906.473,40**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	31,6	35,7
Gesamtrentabilität	%	14,3	16,2

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	194	185

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	55,6	53,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	44,4	46,3

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	**%**	**79,9**	**84,5**
Anlagendeckung II	**%**	**79,9**	**84,5**

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	**%**	**44,4**	**45,3**
Fremdkapitalquote	**%**	**55,6**	**54,7**

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	**%**	**79,9**	**84,7**

Geschäftsverlauf 2013

Im Privatkundensegment konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent auf 8,5 Mio. € (Vorjahr: 8,2 Mio. €) gesteigert werden. Die rückläufige Entwicklung bei den analogen Kabel TV Kunden hält erwartungsgemäß an. Der Vertragsbestand verringerte sich um 1.460 Wohneinheiten (WE) auf 25.881 WE per Ende 2013.
Dagegen konnten bei den neuen digitalen TV-Produkten und insbesondere bei den Bündelprodukten (Internet/Telefonie) deutliche Zuwächse verzeichnet werden. Im Bereich Kabel-Online konnte der Kundenzuwachs mit einer Nettosteigerung von 830 Kunden ausgedehnt werden und im Vergleich zum Vorjahr eine Umsatzsteigerung i.H.v. 0,6 Mio. € erzielt werden.
Im Geschäftskundensegment konnte das Neugeschäft den Bestandsverlust nicht kompensieren. Im Ergebnis reduzierte sich der Umsatz in diesem Segment, bereinigt um den Sondereffekt der Veräußerung des Teilbetriebes Unternehmerfunk, um 8,7 Prozent auf 6,5 Mio. €.

Der Gesamtumsatz der KEVAG Telekom GmbH beträgt 15,0 Mio. € (Vorjahr: 15,3 Mio. €), das bereinigte Ergebnis (EBIT) 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €). Die entsprechende EBIT-Marge im Berichtszeitraum beträgt somit 8,1 Prozent (Vorjahr: 7,1 Prozent).

Im Vorjahresvergleich reduzierte sich durch die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen die Zinsbelastung erwartungsgemäß, wodurch das Finanzergebnis um 7,2 T€ auf -2,8 T€ (Vorjahr: -10,0 T€) reduziert werden konnte. Für das Geschäftsjahr ergibt sich nach Abzug der Steuern ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €).

Im Berichtszeitraum hat die KEVAG Telekom GmbH 0,9 Mio. € investiert. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen ist von 55,6 Prozent auf 53,7 Prozent gesunken. Der Anlagendeckungsgrad beträgt 92,0 Prozent gegenüber 89,8 Prozent im Vorjahr. Somit ist das langfristige Vermögen der KEVAG Telekom GmbH auch weiterhin angemessen finanziert.

Das mittel- und kurzfristige Vermögen ist um 214,4 T€ auf nunmehr 2,6 Mio. € gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Somit ist das Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr um 238,3 T€ auf 5,6 Mio. € gestiegen.

Das Eigenkapital erhöhte sich durch den Jahresüberschuss von 906,5 T€ abzüglich der Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 750,0 T€ auf 2.5 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote der KEVAG Telekom GmbH von 45,3 Prozent (Vorjahr: 44,6 Prozent).

Das langfristig verfügbare Kapital umfasst neben dem Eigenkapital, den Sonderposten und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (soweit diese Ertragszuschüsse betreffen).

Ferner basieren die Telefonie- und Internetprodukte der KEVAG Telekom GmbH zum Teil auf Vorleistungen anderer Telekommunikationsdienstleister wie beispielsweise der Kabel Deutschland Vertriebs und Service GmbH & Co. KG. Insofern ist die Gesellschaft in diesen Bereichen von der Leistungsfähigkeit und –bereitschaft der Vorlieferanten abhängig.

Ein signifikantes Kreditrisiko besteht nicht.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Weitere Risiken können infolge von erhöhten Anforderungen an die Datensicherheit, regulatorischen bzw. gesetzlichen Anforderungen (Ausfallsicherheit) und den Verbraucherschutzvorgaben bestehen. Im TV-Umfeld besteht insbesondere im Zusammenhang mit technischen bzw. Produktinnovationen das Risiko neuer Wettbewerber.

Der stetig zunehmende Wettbewerb erfordert auch im neuen Geschäftsjahr hohe Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln. Um weiterhin auf mögliche Risiken im Rahmen der Geschäftsentwicklung angemessen reagieren zu können, betreibt die KEVAG Telekom GmbH ein aktives Planungs-, Informations- und Kontrollsystem, welches kontinuierlich Informationen für die Geschäftsleitung und die Gesellschafter zur Verfügung stellt. Darüber hinaus ist der laufende Informationsaustausch der Geschäftsleitung untereinander und auch der mit den Führungskräften des Unternehmens sichergestellt, so dass eine zeitnahe Weitergabe von erkennbaren Risiken an die Entscheidungsträger gewährleistet ist, um im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Im Übrigen ist die KEVAG Telekom GmbH als Beteiligungsgesellschaft der KEVAG in das Risikomanagement der KEVAG eingebunden und wird über die Quartalsberichterstattung mit erfasst.

Ausblick

In den letzten zwei Jahren hat sich die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen signifikant erhöht. Nahezu 100 Prozent aller Haushalte in Deutschland verfügen inzwischen über einen Breitbandanschluss mit einer Geschwindigkeit von mindestens 1 Mbit/s.

Mit 58,4 Prozent hatten Mitte 2013 mehr als die Hälfte der deutschen Haushalte Zugriff auf einen Hochgeschwindigkeitsanschluss mit mindestens 50-Mbit/s. Im Hinblick auf das von der Bundesregierung ausgegebene Breitbandziel (50-Mbit/s), mit einem Versorgungsgrad von 75 Prozent bis Ende 2014 bzw. 100 Prozent Abdeckung bis Ende 2018, ist also noch ein gutes Stück des Weges zu gehen.

Sowohl bei Privathaushalten als auch bei Unternehmen steigt die Nachfrage nach einer guten Grundversorgung mit durchschnittlichen Bandbreiten unter 30-Mbit/s. Perspektivisch sind aber höhere Bandbreiten zunehmend von Bedeutung. Gründe für diese Entwicklung sind einerseits die zunehmende Verbreitung datenintensiver Videoanwendungen bzw. Online-Dienste sowie andererseits eine steigende Anzahl sogenannter Cloud-Dienste, die insbesondere auch bei Unternehmen an Bedeutung gewinnen.

Vor diesem Hintergrund konnten in 2013 wichtige Investitionsentscheidungen getroffen werden:

Das Projekt Kabel 3.0 umfasst ein Investitionsvolumen von rd. 18 Mio. EUR und sieht den Aufbau einer hochleistungsfähigen Glasfaserinfrastruktur im Westerwald vor. Im Ergebnis wird die neue Glasfaserinfrastruktur die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Kabelnetze erhöhen und somit die Wettbewerbsfähigkeit der KEVAG Telekom auch in Zukunft sichern.

Das Ausbauprojekt in der Verbandsgemeinde (VG) Montabaur beinhaltet eine Kooperation zwischen der eigens gegründeten kommunalen Infrastrukturgesellschaft VGM-net und KEVAG Telekom zum Aufbau, Betrieb und Vermarktung einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur in der VG Montabaur. Mit diesem Projekt wird KEVAG Telekom neues Kundenpotenzial erschließen.

Die Arbeiten für beide Projekte konnten bereits in 2013 begonnen werden. Die Realisierungszeit für das Projekt Kabel 3.0 wird mehrere Jahre betragen und sukzessive, bereits beginnend in 2014, erste Ergebnisbeiträge ermöglichen.

Der Vermarktungsstart für das Ausbauprojekt in Montabaur ist für die 2. Jahreshälfte in 2014 vorgesehen.

Darüber hinaus können im Rahmen der Verlegearbeiten zusätzliche Geschäftskundenpotenziale erschlossen werden.

Weitere Projekte zur Breitbanderschließung sind in Vorbereitung.

Zusammengefasst und mit Blick in die Zukunft stellen die beschriebenen Ausbauprojekte strategische Investitionen in die weitere wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung der KEVAG Telekom dar und ermöglichen neues Wachstum sowohl im Privatkunden- als auch im Geschäftskundensegment.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer	*227.348,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

07. Januar 2002; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 29. Mai 2008 geändert.

Stammkapital am 31.12.2013

250.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags

a) die Erzeugung, der Bezug und der Vertrieb von erneuerbaren Energien, die Ausführung von Installationen und der Vertrieb dazugehöriger Geräte,
b) die Ausführung von Ingenieurleistungen aller Art, Beratungsleistungen (insbesondere Energie- und Effizienzberatung), Energiedienstleistungen (u. a. Erstellung von Energieausweisen), Herausgabe von Eigenzertifikaten und Zertifikatehandel

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft, Koblenz (KEVAG).

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

vertreten durch den Vorstand der KEVAG

Geschäftsführer:

Kurt Becker
Peter Ernst

Beteiligungen des Unternehmens

Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	*75,00 %*
Windpark Westerwald GmbH, Waigandshain	*22,67 %*
Simon & Weyel GbR, Niederfischbach	*13,48 %*

Solar & Spar Contract GmbH & Co. KG, Wuppertal
(Einlage als stiller Gesellschafter in Höhe von 10 T€)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH (NRLP) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG).

Die NRLP hat ihr bisheriges Vertriebsgeschäft weiter fortgesetzt. Sie vertreibt ausschließlich Naturstrom aus regenerativen Anlagen (z.B. aus Windkraft-, Wasserkraft- und Photovoltaikanlagen). Die Kundenstruktur setzt sich aus Privat- und Gewerbekunden sowie größeren Geschäftskunden und Weiterverteilern zusammen. Ein Teil dieser Stromabgabe ist mit dem Zertifikat des „Grüner Strom Label e.V. in Gold“ (GSL) ausgestattet. Damit verpflichtet sich die NRLP, aus dem Mehrerlös abzüglich des Verwaltungsaufwandes mindestens 0,2 bis 1,0 Ct/kWh (je nach Strombezugsmenge des Kunden) für den Bau und Betrieb von regenerativen Stromanlagen zu verwenden.

*Neben unseren reinen Windstromprodukten **Wind 50 und Wind 100** – jeweils 50 % bzw. 100 % aus Windenergieanlagen - bieten wir die preisgünstigen Produkte **Naturstrom** und **Naturstrom UmweltPlus** – jeweils aus 100 % Wasserkraft – an. Die Stromprodukte **Wind 50Plus** und **Wind 100Plus** sowie **Naturstrom UmweltPlus** sind bei der GSL zertifiziert*

Neben der Belieferung von Letztverbrauchern und Weiterverteilern (EVU) haben wir unser Direktvermarktungsgeschäft von Strom aus EEG-geförderten Windenergieanlagen Dritter an der EEX-Börse erfolgreich fortsetzen können.

Seit dem 1.1.2012 besteht nach § 33g EEG diese Vermarktungsmöglichkeit, die für die Anlagenbetreiber ohne Risiken ist und sogar die Chance beinhaltet, eine über den EEG-Fördersätzen liegende Vergütung zu erzielen. Das Vermarktungsrisiko liegt alleine bei dem Direktvermarkter, der dafür eine gesetzlich fixierte Marktprämie erhält.
Im Berichtsjahr haben wir 43 GWh – dienstleistend durch KEVAG - nach diesem Modell vermarktet. Den EEG-Strom bezogen wir von unserer Beteiligungsgesellschaft, der Windpark Westerwald GmbH aus Waigandshain/Ww., die den Windpark Waigandshain/Homberg mit 12 Anlagen und einer Leistung von je 1,5 MW betreiben sowie von Dritten.

Neben der unmittelbaren und mittelbaren (über EVU) Stromlieferung an Letztverbraucher sowie dem Stromhandel nach dem sog. Marktprämienmodell ist die regenerative Stromerzeugung das dritte wichtige Standbein unseres Unternehmens.

Wir betreiben einige kleine Photovoltaikanlagen und seit Ende 2010 eine größere auf dem Dach des KEVAG-Verkehrsgebäudes. Sie erzeugte in 2013 über 88.000 kWh Strom, der den Bedarf von 25 Durchschnittshaushalten deckt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***706.351,02***	***679.173,84***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*5.648,89*	*1.412,22*
II. Sachanlagen	*336.337,59*	*313.397,08*
III. Finanzanlagen	*364.364,54*	*364.364,54*
B. Umlaufvermögen	***4.558.119,04***	***2.719.768,55***
I. Vorräte	*0,00*	*0,00*
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	*4.558.119,04*	*2.719.768,55*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***5.264.470,06***	***3.398.942,39***
A. Eigenkapital	***1.076.628,47***	***1.336.219,69***
I. Gez. Kapital	*250.000,00*	*250.000,00*
II. Kapitalrücklage	*500.000,00*	*500.000,00*
III. Gewinnrücklage	*0,00*	*0,00*
IV. Gewinnvortrag	*0,00*	*0,00*
V. Bilanzgewinn/-verlust	*326.628,47*	*586.219,69*
B. Sonderposten	***0,00***	***0,00***
C. Rückstellungen	***53.000,00***	***33.000,00***
D. Verbindlichkeiten	***4.134.841,59***	***2.029.722,70***
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***5.264.470,06***	***3.398.942,39***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer)	11.120.892,32	11.418.167,90
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	520,71	9.228,81
Gesamtleistung	**11.121.413,03**	**11.427.396,71**
Materialaufwand	10.703.530,39	10.922.422,33
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.476.320,07	9.934.684,26
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.227.210,32	987.738,07
Rohertrag	**417.882,64**	**504.974,38**
Personalaufwand	0,00	37.021,60
a) Löhne und Gehälter	0,00	30.798,51
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	0,00	6.223,09
Abschreibungen	29.598,41	27.177,18
sonstige betriebliche Aufwendungen	53.984,08	72.517,61
Erträge aus Beteiligungen	14.702,59	14.802,59
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	3.131,61	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	16.640,00	14.600,44
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**335.494,35**	**368.460,14**
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	90.875,74	108.868,92
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**244.618,61**	**259.591,22**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	22,7	19,4
Gesamtrentabilität	%	5,0	8,1

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	11.418.167,90

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	13,4	20,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	86,6	80,0

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***152,4***	***196,7***
Anlagendeckung II	***%***	***192,1***	***232,1***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***20,5***	***39,3***
Fremdkapitalquote	***%***	***79,5***	***60,7***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***116,6***	***149,2***

Lage des Unternehmens

Der Absatz der NRLP betrug 122 Mio. kWh (Vj. 116 Mio. kWh). Die Umsatzerlöse ohne Stromsteuer liegen bei 11.418 T€ (Vj. 11.121 T€).

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Überschuss von 259 T€ (Vj. 245 T€) aus. Einschließlich dem Vortrag aus dem Vorjahr ergibt sich ein Bilanzgewinn von 586 T€ (Vj. 327 T€).*

Das Eigenkapital hat sich weiter erhöht und beträgt 1.336 T€ (Vj. 1.077 T€). Dadurch nimmt die Anlagendeckung um 45-Prozentpunkte auf 197 % (Vj. 152 %) zu. Unser Engagement in regenerative Erzeugungsanlagen durch die Einhaltung der Labelvereinbarung des GSL wurde turnusmäßig überprüft und erneut zertifiziert.

Unsere Internet-Homepage ***www.ich-will-naturstrom.de*** *oder* ***www.ich-nutze-naturstrom.de*** *ist neben dem Direktmarketing unser wichtigster Vertriebskanal. Auch in 2013 haben wir weiter an der Attraktivität unserer Internetseite gearbeitet und mit aktuellen Nachrichten zum Thema Natur und Umwelt ergänzt. Unsere Internet-Hompage wurde im 2013 7.311-mal aufgerufen. Der Online-Kundenwechsel wird nach wie vor verstärkt in Anspruch genommen.*

Ausblick

Unsere Muttergesellschaft KEVAG und die Energieversorgung Mittelrhein (EVM) werden in 2014 fusionieren. Bereits Mitte 2013 wurde eine gemeinsame Vertriebsstrategie für die fusionierte Gesellschaft (Arbeitstitel „NewCo“) erarbeitet. Dort wird die Naturstromvermarktung eine zentrale Rolle spielen.

Aufgrund dieser strategischen Ausrichtung wird der Vertrieb von Naturstrom - auch von der NRLP – mittelfristig in die NewCo verlagert. Begonnen mit den

Bündelkunden, die ab Anfang 2014 durch die KEVAG beliefert werden, werden den Privatkunden der NRLP sukzessive nach der Fusionierung Angebote der neuen Gesellschaft unterbreitet. Es soll hier eine vollständige Kundenübergabe erfolgen.

Die Direktvermarktung von EEG-Strom aus Windenergieanlagen ist – im Hinblick auf die ebengenannte strategische Ausrichtung – bereits vor der Fusionierung ab 1.1.2014 auf die KEVAG übertragen worden. Da die KEVAG bereits bisher schon diese Aufgabe dienstleistend für die NRLP erbracht hat, verfügt sie über die erforderlichen Vermarktungskenntnisse.

Die NRLP wird sich zukünftig noch stärker als bisher mit der Erzeugung von regenerativem Strom befassen und in entsprechende Anlagen und Beteiligungen investieren.

Aufgrund der Planungsrechnungen gehen wir in den Jahren 2014 und 2015 zwar mit niedrigeren aber dennoch positiven Ergebnissen aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 2012 (Nachzahlung)	*18.930,00 €*
Gewerbesteuer 2013 (Vorauszahlung)	*20.628,00 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführer erhalten als Angestellte der KEVAG keine Bezüge von der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

EVM Netz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

17. Oktober 2006

Stammkapital am 31.12.2013

500.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Errichtung, der Betrieb, die Wartung, der Ausbau, der Erwerb, die Vermarktung und die Nutzung von Netzanlagen und sonstigen Speicherungs- und Verteilungssystemen für Energie, wozu Gas, Strom, Wärme, Wasser und Abwasserbeseitigung gehören sowie die Erbringung und Vermarktung von Dienstleistungen auf diesen Gebieten.

2. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

3. Sie kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder zeitweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung

Josef Rönz
Dr. Karlheinz Sonnenberg
Bernd Wieczorek

Geschäftsführung

Ulrich Krekel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2013 an keinem Unternehmen beteiligt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Nach vorläufiger Meldung des Statistischen Bundesamts hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2013 mit einem leichten Wachstum um 0,4 Prozent, nach einem Wachstum von 0,7 Prozent im Vorjahr, als stabil erwiesen. Damit setzte sich der Aufholprozess nach der weltweiten Wirtschaftskrise 2009 fort. Im Jahr 2013 wurde die deutsche Wirtschaft offensichtlich weiterhin durch die anhaltende europäische Rezession und eine gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung belastet. Die konjunkturelle Lage hat sich nach der Schwächephase im Winter im Laufe des Jahres verbessert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im vierten Quartal 2013 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zurück. Gegenüber dem Vorjahres-quartal ist ein Plus von 1,3 Prozent zu verzeichnen.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland stieg nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 2013 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent auf 474,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Hauptursache war die kühle Witterung im ersten Halbjahr. Unter Berücksichtigung des Temperatureffekts wäre der Energieverbrauch nur um etwa 1,1 Prozent gestiegen.
Der Erdgasverbrauch in Deutschland ist insgesamt um 6,4 Prozent auf 956 Mrd. kWh gestiegen. Auch hier war die kühle Witterung in mehreren Monaten des ersten Halbjahres die entscheidende Ursache. Der rückläufige Erdgaseinsatz in Kraftwerken dämpfte den Zuwachs. Der Anteil von Erdgas am Primärenergieverbrauch Deutschlands erhöhte sich auf 22,3 Prozent (Vorjahr: 21,6 Prozent).

Der Erdgasverbrauch der privaten Haushalte sowie der Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen (HuK-Sektor) nahm um fast 12 Prozent zu. Diese Entwicklung wurde durch den weiterhin steigenden Bestand an Erdgasheizungen unterstützt. Die Erdgasnachfrage der Industrie wuchs im Zuge der weiterhin positiven konjunkturellen Entwicklung schätzungsweise um 2 Prozent. Der Einsatz von Erdgas in den Kraftwerken befindet sich seit 2008 in einem kontinuierlichen Rückgang. Während für die reine Wärmeerzeugung und den Einsatz in KWK-Prozessen nur eine leichte Änderung von -4,4 Prozent zu verzeichnen war, ging die Verstromung von Erdgas in ausschließlich zur Stromerzeugung eingesetzten Anlagen 2013 um mehr als ein Drittel zurück.
Die Strompreise für Haushalte stiegen infolge der Erhöhung von Umlagen und Abgaben 2013 mit über 11 Prozent deutlich an. Steuern, Umlagen und Abgaben haben um 23 Prozent zugelegt. Damit betrug der Anteil der staatlich induzierten Lasten am Haushaltsstrompreis erstmalig 50 Prozent. Neben dem Anstieg der EEG-Umlage hat sich hier auch die Erhöhung des KWK-Aufschlags, der §19 StromNEV-Umlage sowie die Neueinführung der Offshore- Haftungsumlage ausgewirkt. Gegenüber 1998 haben sich die damit Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis 2013 mehr als verdreifacht.
Im Neubaubereich werden knapp 46,5 Prozent aller neuen Wohnungen, die im Jahr 2013 eine Baugenehmigung erhielten, mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Dieser Wert ist zwar seit dem Jahr 2000, als es einen Marktanteil von 76,7 Prozent für Erdgas gab, rückläufig, befindet sich aber nach wie vor auf einem hohen Niveau. Am Jahresende 2013 wurden gut 20 Mio. Wohnungen (2012: 18,9 Mio. Wohnungen) des Wohnungsbestandes mit Erdgas beheizt.

1.2 Rechtliche Rahmenbedingungen und Branchensituation

Mit der am 21.9.2007 vom Bundesrat verabschiedeten und am 6.11.2007 in Kraft getretenen Anreizregulierungsverordnung wurde das System der Kostenregulierung ab dem 1.1.2009 durch ein Regulierungsmodell ersetzt, welches Obergrenzen für die Erlöse der Netzbetreiber vorgibt, die auf der Grundlage eines bundesweiten Effizienzvergleichs ermittelt werden. Diese sog. Erlösobergrenzen werden jeweils vor Beginn einer Regulierungsperiode (i.d.R. fünf Jahre) von der Bundesnetzagentur bzw. den zuständigen Landesbehörden mitgeteilt.

Nachdem im Vorjahr eine verbindliche Erlösobergrenze für die die zweite Regulierungsperiode Gas (2013 bis 2017) ohne eigenes Verschulden der EVM Netz GmbH nicht vorlag, liegt zwischenzeitlich mit Schreiben vom 21.01.2014 ein Erlösobergrenzenbescheid vor.

Auch für die zweite Regulierungsperiode Strom (2014 bis 2018) liegt seit dem 24.01.2014 ein Anhörungsbescheid vor. Die Ermittlung der Netzentgelte 2014 erfolgte daher unter Zugrundelegung der bisher vorliegenden Erkenntnisse und der behördlichen Auslegungen.

Am 1.10.2013 ist die Kooperationsvereinbarung in ihrer VI. Fassung in Kraft getreten. Die Kooperationsvereinbarung regelt die Abwicklung des Zugangs zu den Gasversorgungsnetzen. Gegenüber der V. Fassung wurden die Leitfäden für Marktprozesse Bilanzkreismanagement Gas, Bilanzierung Biogas, Abwicklung von Standardlastprofilen Gas überarbeitet und der Leitfaden zur Marktraumumstellung neu aufgenommen. Vertragliche Anpassungen waren nicht erforderlich.

Beschwerdeverfahren Netzentgelte Gas

Gegen die Bundesnetzagentur werden diverse Beschwerdeverfahren beim Oberlandesgericht Düsseldorf geführt. Die Verfahren ruhen zum Teil im Hinblick auf aktiv geführte Musterverfahren. Der Bundesgerichtshof hat in der Vergangenheit über einige Positionen, wie die Höhe des Fremdkapitalzinses, entschieden. Daher ist davon auszugehen, dass das Oberlandesgericht Düsseldorf diverse Verfahren im Geschäftsjahr 2014 zum Abschluss bringen wird. Über die Verfahrenskosten hat die EVM Netz GmbH angemessene Rückstellungen gebildet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	*2012*	*2013*
A. Anlagevermögen	***7.641,04***	***7.131,30***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*0,00*	*0,00*
II. Sachanlagen	*0,00*	*0,00*
III. Finanzanlagen	*7.641,04*	*7.131,30*
B. Umlaufvermögen	***23.419.407,73***	***25.987.544,97***
I. Vorräte	*200.000,00*	*1.096.670,21*
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	*21.419.407,73*	*25.987.544,97*
a) Forderungen aus L u. L	*3.215.672,33*	*2.901.807,28*
b) Forderungen gegen verbundene Unternehmen	*18.175.483,37*	*22.563.389,48*
c) Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	*0,00*	*0,00*
d) Sonstige Vermögensgegenstände	*28.252,03*	*522.348,21*
III. Kassenbestand	*2.000.000,00*	*0,00*
C. Rechnungsabgrenzungsposten	***0,00***	***0,00***
Bilanzsumme	***23.627.048,77***	***27.091.346,48***
A. Eigenkapital	***500.000,00***	***500.000,00***
I. Gez. Kapital	*500.000,00*	*500.000,00*
II. Kapitalrücklage	*0,00*	*0,00*
III. Gewinnrücklage	*0,00*	*0,00*
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	*0,00*	*0,00*
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	*0,00*	*0,00*
B. Rückstellungen	***12.440.393,00***	***11.885.149,00***
1. Rückstellungen für Pensionen	*0,00*	*0,00*
2. Steuerrückstellungen	*0,00*	*0,00*
3. Sonstige Rückstellungen	*12.440.393,00*	*11.885.149,00*
C. Verbindlichkeiten	***1.328.734,77***	***2.883.321,48***
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	*0,00*	*0,00*
2. Verbindlichkeiten aus L u. L	*122.955,86*	*1.826.158,69*
3. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	*0,00*	*0,00*
4. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	*0,00*	*0,00*
5. Sonstige Verbindlichkeiten	*1.205.778,91*	*1.057.162,79*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***9.357.921,00***	***11.822.876,00***
Bilanzsumme	***23.627.048,77***	***27.091.346,48***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	77.267.929,43	78.352.381,70
sonstige betr. Erträge	6.446.958,39	5.831.643,76
Gesamtleistung	**83.714.887,82**	**84.184.025,46**
Materialaufwand	**35.377.742,82**	**36.134.089,72**
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	42.808,91	58.280,25
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	35.334.933,91	36.075.809,47
Rohertrag	**48.337.145,00**	**48.049.935,74**
Personalaufwand	687.253,12	805.090,32
a) Löhne und Gehälter	553.035,45	664.494,39
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	134.217,67	140.595,93
sonstige betr. Aufwendungen	45.336.744,38	44.537.133,16
Erträge aus Wertpapieren u. Ausleih. Finanzanlagen	237,32	222,26
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	283.419,30	633.849,19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	343.462,63	208.313,61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.253.341,49**	**3.133.470,10**
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertr. abgef. Gew.	-2.253.341,49	3.133.470,10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**0,00**	**0,00**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	450,7	626,7
Gesamtrentabilität	%	11,0	12,3

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	11.038,0	11.193,1

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	0,0	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0	100,0

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	**%**	**---**	**--**
Anlagendeckung II	**%**	**---**	**--**

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	**%**	**2,1**	**1,9**
Fremdkapitalquote	**%**	**97,9**	**98,1**

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	**%**	**246,0**	**101,9**

Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die EVM Netz GmbH erzielte in 2013 Umsatzerlöse von T€ 78.352 (Vorjahr: T€ 77.268), die im Wesentlichen aufgrund höherer vorgelagerter Netzkosten um T€ 1.084 bzw. 1,4 % gestiegen sind. Die Erlöse aus Entgelten für die Nutzung des Gasverteilnetzes ohne Konzessionsabgaben hatten als Hauptumsatzträger mit T€ 73.867 einen Anteil von 94,3 % am Gesamtumsatz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen T€ 5.832 (Vorjahr: T€ 6.447). Sie beinhalten vor allem Erträge aus der Mehr-/ Mindermengenabrechnung.

Der Materialaufwand in Höhe von T€ 36.134 (Vorjahr: T€ 35.378) beinhaltet Aufwendungen für Netzserviceleistungen der EVM und der GVW für Wartung, Instandhaltung und Ausbau der Gas- und Stromnetze, Kosten für die vorgelagerten Gas- und Stromnetze sowie Aufwendungen für Mehr-/ Mindermengenabrechnungen. Die korrespondierenden Erträge aus den Mehr-/ Mindermengenabrechnungen sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 44.537 (Vorjahr: T€ 45.337) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Pachtzahlungen an die EVM und die GVW, Aufwendungen für Shared Service Dienstleistungen sowie Aufwendungen für abzuführende Konzessionsabgaben.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 3.133 (Vorjahr: T€ 2.253). Der gesamte Jahresüberschuss der EVM Netz GmbH in Höhe von 3.133.470,10 € wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags auf EVM übertragen.

2. Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit vermindert sich gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich ist der über dem Vorjahr liegende Aufbau von Aktivposten, insbesondere der Forderungen gegen verbundene Unternehmen.

Der zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds setzt sich aus Bankguthaben zusammen. Gemeinsam mit dem Cash-Pool-Guthaben bei der EVM ist der Finanzmittelfonds zum Jahresende ausreichend für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der EVM Netz GmbH erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 3.464 auf T€ 27.091. Das Vermögen besteht weitestgehend aus kurzfristig gebundenem Umlaufvermögen und betrifft zu 83,3 % Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Das Eigenkapital hat mit T€ 500 einen Anteil von 1,9 % (Vorjahr 2,1 %) am Gesamtkapital. Vor dem Hintergrund eines Ergebnisabführungsvertrages mit der EVM verfügt die EVM Netz nur über eine geringe Eigenkapitalausstattung. Das Fremdkapital (inkl. Rechnungsabgrenzung) beträgt T€ 26.591, was einem Anteil von 98,1 % entspricht. Das Fremdkapital setzt sich im Wesentlichen aus sonstigen Rückstellungen (T€ 11.885) und passiven Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 11.823) zusammen. Als Hauptbestandteile lassen sich hier die Rückstellung zur Mehrerlösabschöpfung (T€ 4.574), die Rückstellung für das Regulierungskonto (T€ 3.061) und die Rückstellung für Mehr- oder Mindermengenabrechnung (T€ 2.508) sowie die Rückstellung für Prozesskosten (T€ 1.142) nennen.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

5. Chancen- / Risikobericht

<u>Umwelt- und Marktrisiken</u>

Die EVM Netz GmbH ist Netzbetreiber gemäß § 4 Abs. 1 EnWG für die Verteilnetze der EVM und GVW und funktioniert als „kleine Netzgesellschaft“ mit einer Mindestausstattung an Personal und hat die Energienetze der EVM / GVW gepachtet. Darüber hinaus beauftragt die EVM Netz GmbH die EVM / GVW mit der Wahrnehmung von netzbezogenen Dienstleistungen.

Im Rahmen der Fusion der Muttergesellschaft Energieversorgung Mittelrhein GmbH mit der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft prüft die EVM Netz GmbH derzeit eine Fusion mit der KEVAG Verteilnetz GmbH unter Ausgestaltung einer unbundlingkonformen Organisationsform.

Betriebsrisiken

Die Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der netztechnischen Anlagen werden durch kontinuierliche Sanierung und Ausbau des Netzes sowie durch ein systematisches Schulungs- und Weiterbildungssystem für die Mitarbeiter gewährleistet. Unvermeidliche Restrisiken aus dem Betrieb der Netzinfrastrukturen werden im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotential von EVM / GVW und EVM Netz GmbH entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet wird.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Auf der Grundlage der Unternehmenskonzeption der EVM Netz GmbH wird die operative Finanzplanung zusammen mit dem Finanzmanagementsystem der EVM durchgeführt. Das Cash Management (Cash-Pooling-Vereinbarung) wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungs- / Dienstleistungsverträgen durch die EVM durchgeführt.

Weitere wesentliche Bestandteile sind der Ergebnisabführungsvertrag mit der EVM und die einheitlichen Überwachungsprozesse der EVM und EVM Netz GmbH sowie eine einheitliches Chancen- und Risikomanagement.

Sonstige Risiken

Der Realisierung von Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie externer Ereignisse, rechtlicher Risiken und Informationsrisiken, wird im Rahmen des beschriebenen Risikomanagementprozesses begegnet.

Gesamtrisiko und Chancen

Derzeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar, die in erheblichen Umfang negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft haben können.

Die (Früh)-Erkennung sowie die angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Zu diesem Zweck unterhält die EVM Netz GmbH / EVM / GVW ein Chancen- und Risikomanagementsystem, welches auch konzernspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt.

Wesentliche Bestandteile des Chancen- und Risikomanagementsystems sind das Planungssystem, das technische und kaufmännische Berichtswesen sowie eine regelmäßige und umfassende Chancen- und Risikoberichterstattung. Die angemessene Darstellung der Risikosituation der EVM Netz GmbH erfolgt in Zusammenarbeit des Risikomanagers mit den Risikoverantwortlichen der Fachbereiche der EVM und GVW. Sie beinhaltet die regelmäßige Überprüfung bzw. Aktualisierung der Bewertung bereits erfasster Risiken sowie die Identifikation und Bewertung potentieller Risiken.

Zur erfolgreichen und fristgemäßen Umsetzung der immer stärker wachsenden energiewirtschaftlichen Anforderungen bedient sich die EVM Netz GmbH verschiedener Thüga-Unterstützungen.

Die EVM / EVM Netz GmbH verfügen über umfangreiche Planungssysteme und -werkzeuge und sind somit in der Lage mittel- und langfristige Zukunftsszenarien bzw. Strategien zu entwickeln.

6. Prognosebericht

Die EVM Netz GmbH geht auf Grundlage der prognostizierten Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode unter Berücksichtigung des geschätzten Guthabens aus dem Regulierungskonto der ersten Regulierungsperiode davon aus, dass die Entwicklung der Kosten nicht den sinkenden Erlöspfad übersteigen wird. Die Planung erfolgte unter netzspezifischer Berücksichtigung der geltenden Anreizregulierungsverordnung. Unterstützend wirkt die Implementierung eines risikobasierten Asset Managements und Erlöspfadmanagements zur Steuerung der Ressourcen. Die der Umsatzplanung zugrunde liegende Entwicklung der Transportmengen erfolgt unter der Annahme eines normalen Witterungsverlaufs. Die EVM Netz GmbH geht somit davon aus, dass sie die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung und die kalkulatorische Gewerbesteuer jeweils gänzlich erwirtschaften können wird.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

In 2010 wurde ein Verlust in Höhe von 1.186.885,89 € und in 2011 in Höhe von 11.564.318,43 € erwirtschaftet, der jeweils im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags von der EVM ausgeglichen wurde.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben	*0,00 €*
Grundsteuer	*0,00 €*
Gewerbesteuer	*0,00 €*

Die Besteuerung erfolgt im Rahmen der Organschaft mit der EVM.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27. September 2012; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 19.12.2012 geändert

Stammkapital am 31.12.2013

1.000.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das unmittelbare oder mittelbare Halten und die Verwaltung von Anteilen an der im Handelsregister des Amtsgerichts Koblenz unter HRB 23288 eingetragenen EKO2 GmbH mit dem Sitz in Koblenz oder deren Rechtsnachfolger.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

EVM mit einem Geschäftsanteil 1	*25.000,00 €*
EVM mit einem Geschäftsanteil 2	*975.000,00 €*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Gesellschafterversammlung</u>

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Jörg Schneider
Christian Schröder

Beteiligungen des Unternehmens

EKO2 *8,513 %*

Durch die Einbringung von Anteilen an der Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) in die EKO2 GmbH durch die dortigen Mitgesellschafter im Wege der Sacheinlage ist die Beteiligungsquote der Berichtsgesellschaft an der EKO2 GmbH von 49,2941 % auf 8,513 % gesunken.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2013 die Kriterien für eine kleine Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Absatz 1 HGB.
Nach § 264 Absatz 1 HGB brauchen kleine Kapitalgesellschaften den Lagebericht nicht aufzustellen.

Wirtschaftlicher Zweck ist die Nutzung der EBM als Zwischengesellschaft für die Beteiligung an der Tochtergesellschaft EKO2 GmbH, die sich Ende 2012 wiederum an der Koblenzer Elektrizitätswerke und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG) beteiligt hat.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
	€	€
A. Anlagevermögen	**54.594.290,00**	**54.594.290,00**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	54.594.290,00	54.594.290,00
C. Umlaufvermögen	**33.567,82**	**274.127,25**
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	0,00	0,00
a) Forderungen aus L u. L	0,00	0,00
b) Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00
c) Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	67.357,51
III. Kassenbestand	33.567,82	206.769,74
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**54.627.857,82**	**54.868.417,25**
A. Eigenkapital	**54.614.828,14**	**54.862.417,25**
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00
II. Kapitalrücklage	53.630.000,00	0,00
III. Gewinnrücklagen	0,00	54.594.290,00
IV. Jahresgewinn/ -verlust	-15.171,86	-731.872,75
B. empfangene Ertragszuschüsse	**0,00**	**0,00**
C. Rückstellungen	**5.000,00**	**6.000,00**
1 .Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	5.000,00	6.000,00
D. Verbindlichkeiten	**8.029,68**	**0,00**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus L. u. L.	7.687,41	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegen. Gesellschaftern	0,00	0,00
5 Sonstige Verbindlichkeiten	342,27	0,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**54.627.857,82**	**54.868.417,25**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
	€	€
Sonstige betr. Aufwendungen	15.171,86	7.794,80
Erträge aus Beteiligungen	0,00	255.383,91
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-15.171,86**	**247.589,11**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***---***	***0,5***
Gesamtrentabilität	***%***	***---***	***0,5***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***---***	***---***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***99,9***	***99,5***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***0,1***	***0,5***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***100,0***	***100,5***
Anlagendeckung II	***%***	***100,0***	***100,5***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***99,9***	***100,0***
Fremdkapitalquote	***%***	***0,1***	***0,0***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***257,6***	***---***

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Stammkapital 1.000.000,00 € durch EVM
Kapitalrücklage 53.614.828,14 € durch EVM

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Gasversorgung Westerwald GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

26. Juni 1953; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert 05. August 2002

Stammkapital am 31.12.2013

11.400.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie die Tätigkeit im Netzbereich leitungsgebundener Kommunikationssysteme, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen. Ferner die Übernahme der Betriebsführung und von Aufgaben der unter Nr. 1 genannten Tätigkeiten und die Beteiligung an anderen Unternehmen in der oben genannten Art und Betrieb aller dem Gesellschaftszweck mittelbar und unmittelbar dienenden Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2013

<u>Aufsichtsrat:</u>

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Josef Rönz – stellvertretender Vorsitzender –
Wolfgang Herpers
Petra Ensel
Dr. Gerhard Holtmeier
Christian Schröder

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Josef Rönz

Beirat

Landrat Achim Schwickert
Landrat Rainer Kaul
Bürgermeister Michael Merz
Bürgermeister Werner Daum
Bürgermeister Thilo Becker
Bürgermeister Klaus Müller
Bürgermeister Michael Ortseifen
Bürgermeister Klaus Lütkefedder
Bürgermeister Edmund Schaaf
Bürgermeister Gerhard Loos
Bürgermeister Horst Rasbach
Bürgermeister Volker Mendel
Dr. Gerhard Holtmeier

Geschäftsführung:

Gerd Thewalt (einzelvertretungsberechtigt)

Beteiligungen des Unternehmens

6,6 % an Kom9 GmbH & Co.KG, Freiburg im Breisgau

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Die Erdgasversorgung ist weiterhin von gravierenden Veränderungen geprägt. Das Marktgeschehen, das Kundenverhalten, die Rahmenbedingungen unserer Dienstleistungen, die eingesetzten Technologien – alles wird derzeit von neuen Entwicklungen erfasst. Diese Herausforderungen zu meistern war die Aufgabe in 2013. Vor diesem Hintergrund blickt die Gasversorgung Westerwald blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die Anzahl der Abschlüsse neuer Hausanschluss-verträge stieg ebenso an wie die Anzahl der Kunden. Die Ursachen für die positive Entwicklung sind vielfältig. Neben einer intensiven Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, deren Ziel es ist das Unternehmen als regionalen, innovativen und kundenorientierten Dienstleister zu positionieren ist sicherlich auch das verbesserte Image des Energieträgers Erdgas für den Erfolg verantwortlich. Dieser positive Trend wird auch belegt durch die Ergebnisse des Thüga-Kundenbarometers. Hier wurden Energieversorgungsunternehmen aus dem Thüga-Verbund regelmäßig miteinander verglichen, indem Interviews mit Privat- und Gewerbekunden durchgeführt wurden.

Die GVW belegte durchweg vordere Plätze in den Bereichen Kundenloyalität, Beratungsangebot und Produktangebot.

Im Wärmemarkt ist Erdgas nach wie vor die Wunschenergie Nummer eins. Das zeigt unter anderem die vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Auftrag gegebene „Soll-Positionierungsstudie Erdgas 2013“.
Im Wettbewerb mit den anderen Heiztechnologien nimmt Erdgas in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz die Führungsposition ein. Auch wird Erdgas als bequeme und saubere Heizenergie wahrgenommen und liegt beim Entscheidungskriterium Komfort mit Abstand vor allen anderen Energieträgern.

Die regionale Verankerung der Gasversorgung Westerwald wurde durch die Durchführung verschiedener Kooperationsprojekte forciert. So wurde im Rahmen einer bestehenden Kooperationsvereinbarung mit der Kreissparkasse Westerwald eine Verdichtungsaktion für Hauseigentümer mit älteren Ölheizungen durchgeführt.
GVW war einer der Hauptsponsoren des vom Westerwaldkreis und der Stadt Montabaur initiierten Westerwälder Energietags SWITCH. Die Veranstaltung richtet sich an private Hauseigentümer (Neubau u. Modernisierer) und versteht sich als informelle Fachmesse zum Thema Energie. Neben einem eigenen Messestand und zwei eigenen Praxisvorträgen wurden Probefahrten mit Erdgasfahrzeugen angeboten.

Im Juni 2013 feierte die GVW ihr 10jähriges Jubiläum der Erdgastankstelle in Mogendorf. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde mit Vertretern der kommunalen Politik und Wirtschaft das Thema Erdgasfahrzeuge und deren Einsparpotenzial diskutiert. Zudem wurde im Dezember ein VW eco „up“ an eine karitative Einrichtung in der Region übergeben.

Der Erdgasverkauf ist um insgesamt 2,7 Prozent auf 1,6 Millionen Kilowattstunden (kWh) gesunken, was überwiegend auf Abgabenrückgänge an Industriekunden zurückzuführen ist. Der Gasverkauf im Bereich der Haushaltskunden konnte um 6,6 % gesteigert werden.

Trotz verschärften Wettbewerbs ist die Anzahl der Kunden auf 27.500 gestiegen, weil Kundenabgänge an Wettbewerber durch die Gewinnung neuer Kunden von anderen Energieträgern überkompensiert werden konnte.

Das Netzgebiet umfasst 93 Städte und Gemeinden im Westerwaldkreis und im Landkreis Neuwied. Mit der Gemeinde Alsbach wurde der Konzessionsvertrag für weitere 20 Jahre verlängert.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
A. Anlagevermögen	**81.143.929,95**	**81.608.919,95**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28.224,00	42.933,00
II. Sachanlagen	23.153.325,00	23.603.606,00
III. Finanzanlagen	57.962.380,95	57.962.380,95
B. Umlaufvermögen	**23.958.708,36**	**26.204.701,70**
I. Vorräte	75.742,64	77.102,34
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	12.520.408,94	19.853.205,67
a) Forderungen aus L u. L	8.248.786,23	8.451.041,63
b) Forderung gegen Gesellschafter	0,00	3.949.794,51
c) Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	5.597,58
d) Forderungen gegen beteiligte Unternehmen	0,00	560.646,74
e) Sonstige Vermögensgegenstände	4.271.622,71	6.886.125,21
III. Kassenbestand	11.362.556,78	6.274.393,69
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**105.102.638,31**	**107.813.621,65**
A. Eigenkapital	**68.242.459,73**	**68.242.459,73**
I. Gez. Kapital	11.400.000,00	11.400.000,00
II. Kapitalrücklage	56.842.459,73	56.842.459,73
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	**0,00**	**0,00**
C. Empfangene Ertragszuschüsse	**2.468.768,00**	**1.990.024,00**
D. Rückstellungen	**8.734.884,00**	**7.898.390,00**
1.Steuerrückstellungen	0,00	0,00
2.Sonstige Rückstellungen	8.734.884,00	7.898.390,00
E. Verbindlichkeiten	**25.656.526,58**	**29.682.747,92**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellung	3.925.300,00	4.645.300,00
2. Verbindlichkeiten aus L u. L	895.382,67	518.135,52
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.014.738,22	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	18.175.483,37	22.563.389,48
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.645.622,32	1.955.922,92
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**105.102.638,31**	**107.813.621.65**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	71.708.938,49	71.744.317,37
aktivierte Eigenleistungen	148.372,00	166.923,00
sonstige Erträge	8.591.516,09	8.719.594,85
Gesamtleistung	**80.448.826,58**	**80.630.835,22**
Materialaufwand	61.254.982,92	63.748.351,38
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	47.381.292,30	48.463.299,00
b) Aufwendungen für bezogene Leist.	13.873.690,62	15.285.052,38
Rohertrag	**19.193.843,66**	**16.882.483,84**
Personalaufwand	3.972.723,85	4.128.915,86
a) Löhne und Gehälter	3.027.217,92	3.154.921,23
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	945.505,93	973.994,63
Abschreibungen	2.296.549,00	2.196.421,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.162.973,26	3.063.097,30
Erträge aus Beteiligungen	5.684.138,70	5.738.500,50
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleih.	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge.	87.470,01	51.192,60
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	213.182,85	112.431,59
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigk.	**15.320.023,41**	**13.171.311,19**
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	3.512.397,90	3.009.102,17
sonstige Steuern	7.284,18	7.271,74
abgeführter Gewinn/Ergebnisabführung	11.800.341,33	10.154.937,28
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**0,00**	**0,00**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	16,9	14,6
Gesamtrentabilität	%	11,4	9,5

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	1.195	1.176

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	77,2	75,8
Intensität des Umlaufvermögens	%	22,8	24,2

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	***%***	***85,9***	***85,1***
Anlagendeckung II	***%***	***87,1***	***86,1***

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	***%***	***66,3***	***64,4***
Fremdkapitalquote	***%***	***33,7***	***35,6***

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	***%***	***69,7***	***69,7***

Lage des Unternehmens

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Umsatzerlöse betragen wie im Vorjahr 71,7 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 8,7 Mio. € und beinhalten hauptsächlich Pachtentgelte für das an die EVM Netz verpachtete Netz.

Der Materialaufwand ist auf 63,7 Mio. € gestiegen und umfasst neben den Gasbezugskosten auch die Netznutzungsentgelte. Die bezogenen Erdgasmengen wurden ausschließlich bei der Energieversorgung Mittelrhein (EVM) beschafft.

Während bei den Abschreibungen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein Rückgang zu verzeichnen ist, ist der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Das Finanzergebnis beinhaltet die Vereinnahmung von Erträgen aus der Beteiligung an der KOM9 GmbH & Co. KG, Freiburg i.Br. und beträgt wie im Vorjahr 5,7 Mio. €.

Nach Abzug der Steuerumlagen von 3,0 Mio. € ergibt sich ein Jahresergebnis von 10,2 Mio. €, das im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die EVM abgeführt wird.

Die Investitionen im Sachanlagevermögen von 2,7 Mio. € im Jahr 2013 betrafen überwiegend den Ersatz und die Erweiterung von Erdgasbezugs- und Verteilungsanlagen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte ausschließlich durch

eigene Mittel. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Berichtsjahres gegeben.

Die Bilanzsumme 2013 ist gegenüber dem Vorjahr auf Grund höherer Forderungen und sonstiger Vermögensgegenstände um 2,7 Mio. € auf 107,8 Mio. € gestiegen. Der Anteil des mittel- und langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich dabei auf 75,8 %.

Der prozentuale Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt (bei 60%iger Zurechnung empfangener Ertragszuschüsse zum Eigenkapital) 64,4 %.

Das langfristige Vermögen ist zu 88,6 % langfristig finanziert.

Nachtragsbericht
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risikobericht
Vor dem Hintergrund der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und den im Zuge der Liberalisierung wachsenden Risiken, hat die Gesellschaft eine alle Bereiche des Unternehmens umfassende Risikoinventur durchgeführt, die Risiken bewertet und dokumentiert. Insbesondere bestehen Preis- und Absatzrisiken, denen durch eine vorausschauende Vertriebspolitik, einer an den Markterfordernissen ausgerichteten Preis- und Produktstrategie sowie Kostensenkungsmaßnahmen entgegengewirkt wird.

Aus der Überprüfung des gegenwärtigen Szenarios ergaben sich jedoch keine bestandsgefährdenden Risiken. Auch für die Zukunft sind diese aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Die Sicherstellung einer reibungslosen Erdgasversorgung nach den Anforderungen unserer Kunden, wird auch künftig die Hauptaufgabe der Gesellschaft bleiben. Zur Qualitätssicherung und zur Berücksichtigung der Umweltkriterien besteht ein umfassendes Managementsystem nach den Normen DIN EN ISO 9001:2008 und DIN EN ISO 14001:2004, dessen Wirksamkeit durch ein Überwachungsaudit der TÜV Rheinland Industrie Service GmbH erneut bestätigt wurde.

Ausblick
Nachdem Ende 2012 ein Erwerberkonsortium aus EVM, Stadt/Stadtwerke Koblenz und Thüga die RWE-Anteile an der Kevag übernommen hat wurde im Berichtsjahr die zum 01.07.2014 geplante Fusion von EVM und Kevag vorbereitet. Hierbei ist vorgesehen, dass GVW als 100 %ige Tochter der EVM ihren operativen Geschäftsbetrieb an die neue fusionierte Gesellschaft verpachtet.

In den ersten Monaten des Jahres 2014 lag die Gasabsatzmenge aufgrund der milden Witterung unter der Vorjahresmenge.

Die Wettbewerbssituation sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundensegment wird sich auch in 2014 weiter verschärfen. Aufgrund einer an den Markterfordernissen ausgerichteten Preis- und Produktpolitik sowie ständiger

Kundenbindungs- und Rückgewinnungsmaßnahmen wird dem Wechsel zu anderen Anbietern jedoch entgegengewirkt.

Gemeinsam mit weiteren Partnerunternehmen aus der Thüga-Gruppe hat sich GVW an einer Pilotanlage zur Speicherung regenerativ erzeugten Stroms im Erdgasnetz beteiligt (Power-to-Gas). Seit November 2013 ist die Anlage in Betrieb und im Mai 2014 wird sie der Öffentlichkeit vorgestellt.

Es ist vorgesehen, Investitionen von insgesamt 2,46 Mio. € zu tätigen. Schwerpunkt ist die Erweiterung und Erneuerung unseres Verteilungsnetzes. Die Finanzierung erfolgt aus Eigenmitteln der Gesellschaft.

Auch für 2014 fühlen wir uns gut gerüstet, und nicht zuletzt mit der neuen evm bzw. durch die enge Verzahnung mit dem Thüga-Verbund, dem annähernd 100 lokale/regionale Energieversorger in Deutschland angehören. Gemeinsam wollen wir neue und zurückgewonnene Kunden zuverlässig versorgen.

Gestützt auf ein konsequentes Kostenmanagement wird auch für das Jahr 2014 ein leicht unter dem Vorjahr liegender Jahresgewinn erwartet. Auf Grund der geplanten strukturellen Veränderungen ist eine Aussage zu den künftigen Umsatzerlösen nicht möglich.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Steuern und Konzessionsabgabe (betreffen nicht die Stadt Koblenz)

Konzessionsabgabe	*549.918,55 €*
Gewerbesteuer 2013:	*1.695.528,00 €*
Grundsteuer:	*4.831,74 €*

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Vergütung Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

Aufsichtsrat	*30.400,00 €*
Beirat	*13.600,00 €*

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

22. April 2008; zum Bilanzstichtag galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. Mai 2008.

Stammkapital am 31.12.2013

2.000.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft sind der Bau von Biogasanlagen sowie der Erwerb, die Erzeugung, der Transport und die Veräußerung von biogenen Gasen sowie jede damit zusammenhängende wirtschaftliche und technische Tätigkeit im regionalen Umfeld der Energieversorgung Mittelrhein GmbH. Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen, ohne Rücksicht auf deren Rechtsform.
Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die dem vorstehenden Geschäftszweck dienlich und förderlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Auf das Stammkapital übernehmen:

a)	*EnD-I Bioenergy GmbH*	*1.000.000,00 €*	*25,1 %*
b)	*Energieversorgung Mittelrhein GmbH*	*2.984.064,00 €*	*74,9 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung werden Vertreter der EVM und der EnD-I Bioenergy GmbH entsandt.

Geschäftsführung:

Wilhelm Stumpf
Reinhard Störmer

Beteiligungen des Unternehmens

Die BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH hält keine eigenen Beteiligungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Energie ist ein Thema von wachsender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung.

Biogas ist ein natürliches Abbauprodukt, das bei der Vergärung organischer Stoffe entsteht. Die Herstellung von Energie aus Biogas ist besonders umweltverträglich, denn sie verursacht keine zusätzlichen Emissionen des Treibhausgases CO2.

Weil Biogas maßgeblich zur CO2-Reduzierung beiträgt, wird die Herstellung per Gesetz gefördert. Mit den sog. „Meseberger Beschlüssen" der Bundesregierung vom 23. August 2007 sollen europäische Richtungsentscheidungen umgesetzt und auch nationale Klimaschutzziele realisiert werden. Neben anspruchsvollen Zielen zum Klimaschutz gehören dazu der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Biogasanlage wurde in 2013 fertiggestellt und ging Anfang des Jahres in den Probebetrieb.

Während des Probebetriebes zu Beginn des Jahres 2013 konnten jedoch keine Gasmengen in das Versorgungsnetz einspeist werden. Die Produktion musste abgefackelt werden. Auf diese Zeit entfielen bereits erhebliche Materialverbräuche und bezogene Eingangsleistungen, die das Ergebnis stark belasteten.

Nach Beendigung des Probebetriebs stand die Anlage aufgrund von Betriebsstörungen wiederholt still und konnte daher nicht die geplanten Gasmengen absetzen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012	2013
A. Anlagevermögen	**17.308.231,22**	**17.180.714,00**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	239.018,00	534.030,00
II. Sachanlagen	17.069.213,22	16.646.684,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	**2.972.241,56**	**2.982.956,19**
I. Vorräte	1.577.532,38	2.642.235,49
II. Forderungen u. sonst. Verm.	1.066.751,51	329.850,68
a) Forderungen aus L u. L	0,00	81.330,50
b) Forderungen gegen Gesellschafter	808.365,16	0,00
c) Forderungen gegen verb. Unternehmen	0,00	0,00
d) Forderungen gegen Untern.,Beteiligung	0,00	0,00
e) Sonstige Vermögensgegenst.	258.386,35	248.520,18
III. Kassenbestand	327.957,67	10.870,02
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**20.280.472,78**	**20.163.670,19**
A. Eigenkapital	**3.126.545,81**	**1.513,79**
I. Gez. Kapital	3.984.064,00	3.984.064,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinn-/ Verlustvortrag	-2.038.461,50	-857.518,19
V. Jahresgewinn/ -verlust	1.180.943,31	-3.125.032,02
B. Sonderposten	**0,00**	**0,00**
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00	0,00
C. Ertragszuschüsse	**0,00**	**0,00**
D. Rückstellungen	**10.000,00**	**20.000,00**
1 .Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	10.000,00	20.000,00
D. Verbindlichkeiten	**17.143.926,97**	**20.142.156,40**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinst.	13.587.762,94	12.725.000,00
2. Erhaltene Anzahlung auf Bestellungen	0,00	0,00
3. Verbindl. aus L.u.L.	351.657,00	362.942,77
4 Verbindl. gegenüber Gesellschaftern	3.204.507,03	7.054.213,63
5 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
Bilanzsumme	**20.280.472,78**	**20.163.670,19**

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2012	2013
Umsatzerlöse	0,00	1.411.053,90
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betr. Erträge	2.015.741,78	635.252,39
Gesamtleistung	**2.015.741,78**	**2.046.306,29**
Materialaufwand	427.618,15	2.232.983,37
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	303.073,87	801.390,21
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	124.544,28	1.431.593,16
Rohertrag	**1.588.123,63**	**-186.677,08**
Personalaufwand	20.400,00	20.400,00
Abschreibungen	29.676,00	740.598,00
Sonstige betr. Aufwendungen	369.355,05	1.486.286,02
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.595,17	2.405,30
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,44	693.132,22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.181.287,31**	**-3.124.688,02**
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
sonstige Steuern	-344,00	-344,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**1.180.943,31**	**-3.125.032,02**

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2012	2013
Eigenkapitalrentabilität	%	37,8	206.437,6
Gesamtrentabilität	%	5,8	-12,1

		2012	2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2012	2013
Anlagenintensität	%	85,2	85,2
Intensität des Umlaufvermögens	%	14,8	14,8

Anlagenfinanzierung

		2012	2013
Anlagendeckung I	%	18,1	0,0
Anlagendeckung II	%	71,5	40,5

Kapitalausstattung

		2012	2013
Eigenkapitalquote	***%***	***15,4***	***0,0***
Fremdkapitalquote	***%***	***84,6***	***100,0***

Liquidität

		2012	2013
Liquiditätsgrad	***%***	***37,6***	***22,6***

Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

In der Gesellschafterversammlung am 25. Mai 2010 wurde eine Kapitalerhöhung auf 3.984.064,00 € beschlossen, an der ausschließlich die EVM GmbH teilgenommen hat. In der Folge erhöhte sich der Anteil der EVM GmbH am gezeichneten Kapital auf 74,9 %, die EnD-I Bioenergy GmbH hält 25,1 %.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 20,16 Mio. €. Davon entfallen 17,18 Mio. € bzw. 85,21 % auf das Anlagevermögen. Die Vorräte binden Mittel in Höhe von 2,64 Mio. €.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen Forderungen aus der Lieferung von Gärresten. Die sonstigen Vermögensstände mit 0,25 Mio. € beinhalten einen vertraglich zugestandenen Betriebsmittelkredit von 0,15 Mio. € und Steuererstattungsansprüche (0,1 Mio. €). Das Kontokorrentguthaben dient zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft.

Das Eigenkapital ist aufgrund der aufgelaufenen Verluste nahezu aufgebraucht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern beinhalten Darlehen von 2,57 Mio. € sowie Verrechnungssalden aus Lieferungen und Leistungen von 4,48 Mio. €.

Die Gesellschaft hat eine Planung erstellt, nach der nach weiteren Verlusten in den Jahren 2014 und 2015 in 2016 und in den Folgejahren positive Ergebnisse erzielt werden. Die Planung beinhaltet Maßnahmen zur Kosteneinsparung sowie zur Liquiditätsverbesserung. In diese Maßnahmen ist der Gesellschafter Energieversorgung Mittelrhein GmbH eingebunden.

2. Finanzlage

Die Investitionen sind abgeschlossen. Nach Ablauf des Probebetriebes wird in der Zukunft ein Zufluss von Mitteln erwartet. Für das laufende Jahr hat die Gesellschaft einen hohen Verlust erwirtschaftet. Aufgrund der umfangreichen finanziellen Unterstützung des Gesellschafters Energieversorgung Mittelrhein GmbH konnte die Gesellschaft trotz des Verlustes jederzeit über eine ausreichende Liquidität verfügen.

3. Ertragslage

Insgesamt wurden Umsätze von 1,41 Mio. € erzielt. Der Materialaufwand im Berichtsjahr betrug 2,23 Mio. €.

Die Aufwendungen für die Geschäftsführung betragen unverändert 20.400,00 €.

Im Berichtsjahr wurde die Anlage fertiggestellt. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachlagen betragen 0,74 Mio. €. (im Vorjahr 0,03 Mio. €)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 1,49 Mio. € betreffen im Wesentlichen Personalgestellungen, Betriebsmaterial, Entsorgung, Überwachung, Analysen, Versicherungen, Avalprovisionen sowie Mieten und Pachten.

Die Zinsaufwendungen in Höhe von 0,69 Mio. € betreffen Bankdarlehen sowie Darlehen der Gesellschafter.

Der Jahresverlust 2013 betrug 3,13 Mio. €.

III. Chancen und Risiken

Als Betreiber einer Biogasanlage wird die BEE maßgeblich auf den wirtschaftlichen Einkauf von nachwachsenden Rohstoffen angewiesen sein. Die Entwicklung auf diesen Märkten ist nicht vorhersehbar.

Besondere Belastungen bezüglich der wirtschaftlichen Beschaffung der Substrate entstanden durch die Änderung des EEG vom 01.01.2012. Es sind nur noch 60 % Mais als Eintrag zulässig.

Aufgrund der Liquiditätslage und der gegenwärtigen Eigenkapitalausstattung ist der Fortbestand der Gesellschaft ohne angemessene Sanierungsmaßnahmen gefährdet. Zur Fortführung der Gesellschaft ist daher die Umsetzung der unter dem Punkt Vermögens-, Finanz- und Ertragslage angesprochenen Maßnahmen unter Einbindung des Gesellschafters Energieversorgung Mittelrhein GmbH erforderlich und die Umsetzung gemeinsam mit diesem bereits eingeleitet worden.

IV. Ausblick

Zu Beginn des Jahres 2014 lief die Anlage im Normalbetrieb. Im März 2014 wurde erstmals nahezu die maximale Leistung erreicht.

Im April 2014 traten Probleme im Bereich der Gasaufbereitung auf, welche zu einer Verringerung der Einspeiseleistung führten. Aus diesem Grund, wegen weiteren anlaufbedingten Problemen und wegen der in 2014 noch nicht vollständig greifenden Optimierungsmaßnahmen ist für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 mit einem Verlust im niedrigen 7- bzw. 6-stelligen Bereich zu rechnen. Für die Folgezeit ab dem Jahr 2016 geht die Geschäftsführung aufgrund der Sanierungsmaßnahmen von positiven Ergebnissen aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

1.984.064,00 € durch den Gesellschafter EVM in 2009.

Steuern und Konzessionsabgaben

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Die Gesellschafterversammlung hat keine Bezüge erhalten.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Bzgl. der Vergütung der Geschäftsführung wird bei der Gesellschaft noch nachgefragt.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Propan Rheingas GmbH & Co. KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

13. Juni 1984
Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist abweichend vom Wirtschaftsjahr.

Stammkapital am 30.06.2013

9.458.899,82 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Erdgas und Flüssiggas und damit im Zusammenhang stehenden Produkten sowie der Betrieb von hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben, pachten oder gründen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Josef Kolvenbach GmbH & Co. KG, Brühl	*4.729.449,91 €*	*50,00 %*
rhenag Rheinische Energie AG, Köln	*1.994.881,97 €*	*19,95 %*
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	*1.229.656,97 €*	*15,00 %*
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	*804.952,37 €*	*8,05 %*
Regionalgas Euskirchen GmbH & Co. KG, Euskirchen	*349.979,29 €*	*3,50 %*
AggerEnergie GmbH, Gummersbach	*279.983,44 €*	*2,80 %*
BEW Bergische Energie- und Wasser-GmbH, Wipperfürth	*69.995,87 €*	*0,70 %*

Gem. Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20. Mai 2010 leistet die Propan Rheingas GmbH, Brühl, Komplementärin der Propan Rheingas GmbH & Co. KG, keine Einlage und hält keinen Kapitalanteil an der Gesellschaft.

Besetzung der Organe am 30.06.2013

Verwaltungsrat
Dr. Manfred Gazon (Vorsitzender)
Dr. Hans-Jürgen Weck (stellv. Vorsitzender)
Josef Rönz
Manfred Schröder
Hubertus Brandt
Ulrich Henkel
Wolfgang Jacobs
Prof. Dr. Friedrich-Leopold von Stechow
Dr. Bernd Jürgen Schneider (ab 01.12.2011)

Geschäftsführung
Uwe Thomsen
Hubert Peters

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2012/2013 an folgenden Unternehmen beteiligt:

Rheingas Handel GmbH & Co. KG, Dresden	*100,00 %*
Rheingas Handel GmbH, Brühl	*100,00 %*
ROEBEN GAS GmbH & Co. KG, Willich-Anrath	*100,00 %*
ROEBEN GAS Verwaltungs-GmbH, Willich-Anrath	*100,00 %*
Propan Rheingas Beteiligungsgesellschaft mbH, Brühl	*100,00 %*
Rheingas Autogas GmbH, Brühl	*100,00 %*
fgl Flaschengaslogistik GmbH, Brühl	*33,33 %*
KR Knauber Rheingas Vermögensverwaltungs GmbH, Bonn	*72,00 %*
KR Knauber Rheingas GmbH & Co. KG, Bonn	*72,00 %*
GFÜ Gesellschaft für Flüssiggasanlagen-Überwachung mbH & Co. KG, Norderstedt	*13,51 %*
ATG Autogas Tankstellen GmbH, Bonn	*5,77 %*
BALTYKGAZ Sp. zo.o., Rumia, Polen	*50,00 %*
Rijngas B.V., Dinxperlo, Niederlande	*75,00 %*
Carpatgas SRL, Sibiu, Rumänien	*50,00 %*
Vitalis Handels GmbH, Wien, Österreich	*90,00 %*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Entwicklung der Energiebranche

Auch im Jahre 2012 stieg der globale Energieverbrauch weiter an. Während in 2011 die zunehmende Bevölkerungszahl und die fortschreitende Modernisierung in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu dem gestiegenen Primärenergieverbrauch beitrugen, ist der Anstieg in 2012 dem intakten Aufschwung in Asien, sowie dem Erholungsprozess in den USA geschuldet. Trotz dieser Nachfragesteigerung bleibt der durchschnittliche Ölpreis auf einem stabilen Niveau. Innerhalb des Jahres unterlag er jedoch hohen Schwankungen von 90 $ bis zu 127 $ pro Barrel, welche vor allem der politischen Entwicklung im Iran, als auch den trüben Konjunkturaussichten geschuldet war.

In der Europäischen Union reduzierte sich der Gesamtbedarf an Primärenergie.
Die wirtschaftlichen Probleme im Euroraum, vor allem in Südeuropa, und der vermehrte Einsatz an erneuerbaren Energiequellen sind die Hauptgründe für diese Entwicklung.

Entwicklung der Flüssiggasbranche

Die vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Flüssiggasbranche stehen in einem harten Wettbewerb um die Marktanteile in den einzelnen Absatzsegmenten im Wärme- und Mobilitätsmarkt. Die Vorlieferanten der Branche sind zum einen Teil die raffinierbetreibenden Mineralölgesellschaften im In- und Ausland und zum anderen Teil nationale sowie internationale Handelsgesellschaften.

Flüssiggas hat in Deutschland einen Anteil von 1 % am Primärenergieverbrauch und von ca. 5 % am gesamten Gasmarkt.

Der Gesamtabsatz an Flüssiggas im Inland nahm im vergangenen Kalenderjahr 2012 um 3,8 % ab. Während ein leichtes Wachstum in der chemischen Industrie zu einer Steigerung des Flüssiggasabsatzes zur Weiterverarbeitung in der chemischen Industrie um 8,3 % sorgte, blieb der Inlandsverbrauch stabil.

Mengenentwicklung der Propan Rheingas GmbH & Co. KG

Die Mengenentwicklung der Propan Rheingas GmbH & Co. KG verlief im Geschäftsjahr 2012/2013 analog zur gesamten Branche positiv. Der Gesamtabsatz steigerte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 17 %. Grund hierfür war im Wesentlichen die kalte Witterung während unseres Geschäftsjahres Juli 2012 bis Juni 2013.
Die witterungsbedingten Absatzsteigerungen konnten in dem Segment Brenngas Tank werden. In diesem Segment wurden aufgrund des starken Winters rund 20 % mehr abgesetzt. Während der Flaschengasabsatz mit Direktkunden deutlich gesteigert werden konnte (+ 20,0 %), sank der Absatz mit Vertriebsstellen um 20 %.

Ausschlaggebend für die Reduzierung waren die beendeten Vertragsverhältnisse mit einem Großabnehmer.

Umsatzentwicklung der Propan Rheingas GmbH & Co. KG

Auf den für uns wichtigen Beschaffungsmärkten für Flüssiggas kam es auch im Laufe des abgelaufenen Geschäftsjahres zu Preissteigerungen. Nach dem Anstieg in den Monaten Juli bis November 2012 um 60 %, verfiel der Einkaufspreis in den folgenden Monaten bis Mai 2013 wieder um 65 %. Schließlich stieg der Produktpreis im Juni 2013 wieder um 5 % an, so dass im Jahresverlauf eine Preissteigerung von 8% zu verzeichnen war.

Auf Grund des gestiegenen Absatzes sowie der Weitergabe der höheren Einkaufspreise an unsere Kunden, erhöhte sich der Gesamtumsatz aus dem Flüssiggasgeschäft im Vergleich zum Vorjahr um rund 7 Mio. € bzw. 15 %.

Diese positive Umsatzentwicklung im Flüssiggassegment und die erstmalige Einbeziehung der in der Erdgassparte erwirtschafteten Umsätze – in den vergangenen Jahren wurde das Erdgasgeschäft im Provisionsmodell abgewickelt – wurden überlagert durch die Umsatzreduzierung infolge der Umstellung des Abrechnungssystems der Tanklogistik. Diese ging allerdings einher mit einer entsprechenden Reduzierung des Materialeinsatzes.

Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen die Investitionen insgesamt 0,8 Mio. €. Die Zugänge bei den immateriellen Wirtschaftsgütern (0,3 Mio. €) betrafen insbesondere Softwareprodukte. Bei den Sachanlagen (0,5 Mio. €) wurden Investitionen für das Flaschengasgeschäft, Tanks und Abfüllanlagen sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung getätigt. Bestehende Sammelversorgungen wurden weiterhin durch neue Hausanschlüsse verdichtet.

Finanzierungsmaßnahmen

Die langfristigen Bankverbindlichkeiten wurden entsprechend der bestehenden Darlehensvereinbarungen planmäßig zurückgeführt. Zum Geschäftsjahresende konnten die Bankverbindlichkeiten auf nunmehr 3,1 Mio. € weiter reduziert werden.

Personal- und Sozialbereich

Zum Bilanzstichtag waren in unserem Unternehmen 118 (Vorjahr 117) Mitarbeiter beschäftigt, deren Entlohnung sich bei den gewerblichen Mitarbeitern und weiten Teilen des Angestelltenbereichs an den tariflichen Regelungen des Groß- und Außenhandels NRW orientierte. Bei Angestellten der Leitungsebene bestanden in der Regel außertarifliche Vereinbarungen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2011/2012	2012/2013
	€	€
A. Anlagevermögen	**23.653.654,55**	**22.817.364,47**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	724.915,60	664.267,41
II. Sachanlagen	9.869.410,67	9.193.768,78
III. Finanzanlagen	13.059.328,28	12.959.328,28
B. Umlaufvermögen	**13.641.703,99**	**19.459.537,91**
I. Vorräte	4.056.166,55	4.927.193,21
II. Forderungen u. sonst. Verm.	9.414.464,98	14.493.464,43
a) Forderungen aus L u. L	4.835.916,83	9.701.620,96
b) Forderungen gegen Gesellschafter	576.163,29	310.389,97
c) Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.155.548,43	2.344.297,66
d) Forderungen gegen untern. Beteiligung	132.669,22	91.077,54
e.) Forderungen geg. nahe stehende Unternehmen	1.096.893,58	1.298.524,64
f) Sonstige Vermögensgegenstände	617.273,63	747.553,66
III. Kassenbestand	171.072,46	38.880,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**244.753,73**	**467.356,36**
D. Aktive latente Steuern	**110.000,00**	**73.900,00**
Bilanzsumme	**37.650.112,27**	**42.818.158,74**
A. Eigenkapital	**14.537.358,84**	**16.775.719,01**
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	9.458.899,82	9.458.899,82
II. Gewinnrücklage	5.026.711,66	5.026.711,66
III. Jahresgewinn/ -verlust	51.747,36	51.747,36
B. Rückstellungen	**4.828.294,13**	**7.310.700,08**
1 .Pensionsrückstellungen	4.173.821,00	4.441.167,00
2. Steuerrückstellungen	53.441,00	1.990,00
3. Sonstige Rückstellungen	601.032,13	2.867.543,08
C. Verbindlichkeiten	**18.138.271,79**	**18.714.131,20**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.760.808,26	3.069.420,32
2. Verbindlichkeiten aus L.u.L.	2.330.577,57	3.395.744,36
3. Verbindlichkeiten aus Pfandgeldern	6.132.757,94	5.804.030,42
4 Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	101.057,21	298.351,67
5. Verbindl. gegenüber Beteiligungsunternehmen	196.462.67	269.347,01
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.058.616,55	2.230.982,57
7. Verbindlichkeiten geg. nahe stehen. Unternehm.	0,00	0,00
8 Sonstige Verbindlichkeiten	3.557.991,59	3.646.254,85
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**146.187,51**	**17.608,45**
Bilanzsumme	**37.650.112,27**	**42.818.158,74**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011/2012	***2012/2013***
	€	***€***
Umsatzerlöse	*111.394.726,99*	*92.911.765,41*
andere aktivierte Eigenleistungen	*2.888,04*	*0,00*
sonstige betr. Erträge	*3.100.994,37*	*2.122.057,07*
Gesamtleistung	***114.498.609,40***	***95.033.822,48***
Materialaufwand	*100.373.869,09*	*79.525.413,27*
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	*98.778.771,04*	*74.723.894,59*
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	*1.595.098,05*	*4.801.518,68*
Rohertrag	***14.124.740,31***	***15.508.409,21***
Personalaufwand	*6.309.176,56*	*6.375.370,80*
a) Löhne und Gehälter	*5.013.128,64*	*5.076.375,91*
b) sonst. soziale Aufwendungen	*1.296.047,92*	*1.298.994,89*
Abschreibungen	*1.566.046,05*	*1.439.705,09*
Sonstige betr. Aufwendungen	*5.844.649,08*	*6.452.130,69*
Erträge aus Beteiligungen	*902.250,91*	*1.576.882,76*
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	*1.233.840,93*	*1.045.997,07*
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	*149.249,49*	*134.794,20*
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*635.272,95*	*565.743,14*
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	***2.054.712,00***	***3.433.133,52***
Außerordentliche Aufwendungen	*2.087.365,52*	*1.061.511,00*
Außerordentliches Ergebnis	***-2.087.365,52***	***-1.061.511,00***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*-110.000,00*	*107.661,87*
sonstige Steuern	*25.599,12*	*25.600,48*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***51.747,36***	***2.238.360,17***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2011/2012***	***2012/2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***0,4***	***13,3***
Gesamtrentabilität	***%***	***1,8***	***6,5***

		2011/2012	***2012/2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***952,1***	***787,4***

Vermögensaufbau

		2011/2012	*2012/2013*
Anlagenintensität	***%***	***62,8***	***53,3***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***37,2***	***46,7***

Anlagenfinanzierung

		2011/2012	*2012/2013*
Anlagendeckung I	***%***	***61,9***	***73,5***
Anlagendeckung II	***%***	***107,6***	***120,8***

Kapitalausstattung

		2011/2012	*2012/2013*
Eigenkapitalquote	***%***	***38,9***	***39,2***
Fremdkapitalquote	***%***	***61,1***	***60,8***

Liquidität

		2011/2012	*2012/2013*
Liquiditätsgrad	***%***	***114,6***	***131,2***

Lage des Unternehmens

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Der Wert des Anlagevermögens wird zum Bilanzstichtag um rund 0,8 Mio. € geringer als im Vorjahr ausgewiesen. Den Investitionen standen planmäßige Abschreibungen (1,4 Mio. €) gegenüber.

Das Vorratsvermögen setzte sich aus Gasbeständen, Geräten und Armaturen sowie Flaschen zum Verkauf zusammen. Es stieg im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch höhere Einstandspreise der Flüssiggas-Lagerbestände zum Abschlussstichtag sowie höherer Gasbestände.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4,9 Mio. € bzw. 100,06 % an. Gründe hierfür sind insbesondere die

höheren Absätze aus dem Zählerkundengeschäft, die überwiegend zum Bilanzstichtag abgerechnet wurden.

Alle ausgewiesenen Forderungen lagen innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele.

Zum Bilanzstichtag betrug das Eigenkapital 16,8 Mio. € bzw. 39 % der Bilanzsumme. Unter Berücksichtigung der Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt i. H. v. 2,0 Mio. € ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 44 %.
Diese Darlehen stehen unserem Unternehmen seit November 2008 aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses zur Verfügung.
Die Rückstellungen erhöhten sich um 2,5 Mio. €. Davon entfielen 0,3 Mio. € auf Zuführungen zur Pensionsrückstellung, 1,0 Mio. € auf die Verpflichtung für die Risikovorsorge einer ausländischen Beteiligungsgesellschaft sowie 1,0 Mio. € für ausstehende Netznutzungsentgelte und Mehrmengenberechnungen aus dem Erdgasgeschäft.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich insgesamt um 0,6 Mio. €. Dem Aufbau der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+1,1 Mio. €), gegenüber verbundenen Unternehmen und Gesellschaften (+0,4 Mio. €) stehen insbesondere der Abbau von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,7 Mio. € auf 3,1 Mio. € und aus Pfandgeldern um 0,3 Mio. € gegenüber.

Finanzlage

Den anfallenden finanziellen Verpflichtungen sind wir unter Ausschöpfung der Zahlungsziele oder Erwirtschaftung von Skontoerträgen stets pünktlich nachgekommen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Gasbereich reduzierten sich auf Grund der Umstellung des Abrechnungssystems der Tankgaslogistik um rund 30 Mio. €.
Unter Berücksichtigung dieser Systemumstellung erhöhte sich der Gesamtumsatz jedoch gegenüber dem Vorjahr um rund 16 Mio. € insbesondere durch den erstmaligen Ausweis des Erdgasgeschäftes (zuvor Provisionsgeschäft) sowie durch Absatzerhöhungen, die im Wesentlichen witterungsbedingt zustande kamen.

Den reduzierten Umsatzerlösen standen überproportionale Senkungen der Materialaufwendungen gegenüber, so dass der Rohertrag um mehr als 44 % gesteigert werden konnte.

Der Rückgang bei den sonstigen Umsätzen erklärt sich aus fehlenden Provisionserlösen aus Erdgas sowie dem Gewinn aus dem Verkauf von Anlagevermögen. Beide Positionen hatten den Vorjahresumsatz und Rohertrag mit rund einer Mio. € beeinflusst.

Der gesamte Rohertrag konnte insgesamt um über 21 % gesteigert werden.

Die Personalkosten erhöhten sich der gegenüber dem Vorjahr um 1,1 %. Die geringfügige Steigerung ist Folge der bereits seit 2009 ermöglichten Altersteilzeit für Mitarbeiter.

Der Anstieg bei den Verwaltungskosten um 28 % kommt überwiegend durch die Aufwendungen für die Inanspruchnahme eines Dienstleisters zur Abwicklung des Erdgasgeschäfts zustande.

Geringere Investitionen reduzierten planmäßig die Abschreibungen.

Durch die positive Geschäftsentwicklung bei den Beteiligungsgesellschaften im abgeschlossenen Geschäftsjahr erhöhten sich die Beteiligungserträge um rund 0,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Der Zinsaufwand verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr durch geringere Inanspruchnahme von Bankkrediten um rund 0,1 Mio. €.

Vorsorglich wurde für eine ausländische Beteiligungsgesellschaft eine Rückstellung i. H. v. 1,0 Mio. € gebildet. Insgesamt reduzierten sich jedoch die außerordentlichen Aufwendungen um 1,0 Mio. € auf 1,2 Mio. €.

Der Jahresüberschuss betrug 2,2 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €).

Niederlassungen

Die Gesellschaft verfügt über folgende Niederlassungen:

Brühl	*Lohr*
Wesel	*Neumünster*
Koblenz	*Krakow*
Hohenwestedt	

Außerdem sind wir im übrigen Bundesgebiet über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften flächendeckend vertreten.

Risikoabsicherung der Gesellschaft

Die Liquiditätslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals verbessert, wird jedoch auch zukünftig von der Preisentwicklung auf dem Flüssiggasmarkt beeinflusst werden.
Zu den im Unternehmen genutzten Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten aus Flaschenpfand, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Gesellschafterdarlehen.

Die Gesellschaft verfügt über ein effizientes Mahnwesen. Unter Berücksichtigung von Forderungsausfälle, Veränderungen der Wertberichtigungen sowie Mahnkosten betrug das Debitorenergebnis lediglich 0,12 % vom Umsatz.

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich innerhalb vereinbartet Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art.

Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Geschäftliche Risiken

Die Fortsetzung der begonnenen Energiewende und eine auf Emissionsreduzierung und Ressourcenschonung ausgerichtete Energiepolitik lässt uns Marktausweitungen erwarten. Gute Marktschancen sehen wir für unsere Angebote im Geschäftsbereich Energietechnik. Moderne Brennwerttechnik und „stromerzeugende Heizungen" (BHKW) können insbesondere für bisherige Heizölkunden interessante Angebote sein. Der fortschreitende Trend zu dezentralen Energieversorgungen mit gleichzeitiger Erzeugung von Wärme und elektrischer Energie wird Chancen für moderne Gasanwendungen eröffnen.
Für die Propan Rheingas GmbH & Co. KG gehen wir davon aus, dass die Absatzmengen sowohl beim Tankgas als auch beim Flaschengas im kommenden Geschäftsjahr rückläufig sein werden. Die Entwicklung insbesondre im Tankgasbereich wird jedoch maßgeblich vom Witterungsverlauf beeinflusst sein. Der Absatz im Segment Autogas wird sich durch die vorgenommene Umgliederung innerhalb der Rheingasgruppe verlagern. Nach Absatzrückgängen durch den Wegfall von Provisionstankstellen an Autobahnen erwarten wir uns von der langsam anlaufenden Beimischung zu Diesel im Transportbereich eine Weiterentwicklung des Autogasgeschäfts. Wünschenswert für die weitere Entwicklung des Segments wird die politische Entscheidung zur Verlängerung der Mineralölsteuerreduzierung über 2018 hinaus sein.

Den anhaltenden Schwankungen der Flüssiggaseinkaufspreise auf relativ hohem Niveau und dem Rückgang der Zahl der Lieferanten im ARA-Raum und im Inland stellen wir uns u.a. durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit unserer Großhandelsgesellschaft Vitalis in Wien. Die Diversifizierung unserer Beschaffung auch nach Osteuropa dient einer größeren Unabhängigkeit von bestehenden Bezugsquellen. Darüber hinaus entwickeln wir auf dieser Basis unser Großhandelsgeschäft im innerdeutschen Markt.

Weiterhin gute Chancen sehen wir für unser Unternehmen auch in Zukunft im Vertrieb von Erdgas an gewerbliche Kunden. Die von uns erfolgreich angebotenen Mehrjahresverträge sichern das Absatzniveau für die folgenden Jahre ab. Auf der Einkaufseite haben wir fristenkongruente Bezugsverträge abgeschlossen und können so Lieferfähigkeit mit Margensicherung verbinden.

Ab 2013 haben wir unser Angebotsportfolio um die Lieferung von Strom erweitern und unsere Palette weiter komplettieren. Die großen Verwerfungen auf dem Strommarkt erschweren eine verlässliche Entwicklungsprognose dieses Absatzsegments allerdings erheblich.

Für die innerdeutschen Beteiligungsgesellschaften rechnen wir mit einer stabilen Ergebnisentwicklung. Hinsichtlich unserer Osteuropaaktivitäten werden wir den bereits eingeleiteten Konsolidierungskurs fortsetzen und nicht nachhaltig ertragreiche Beteiligungen abstoßen. Den dadurch gewonnenen Spielraum wollen wir für den Ausbau unserer Aktivitäten im Inland nutzen.

Insgesamt rechnen wir für unser Unternehmen für den Planungszeitraum der beiden folgenden Geschäftsjahre mit zufriedenstellenden Ergebnissen.

Spezielle Risiken

Im April 2009 wurde Rheingas seitens des Bundeskartellamtes ein Bußgeldbescheid zugestellt. In dem Bußgeldverfahren geht es um den Verdacht von Kundenschutzabsprachen und flankierenden Preisabsprachen zwischen den im DVFG organisierten Flüssiggasversorgungsunternehmen. Insgesamt wurden elf Unternehmen mit Bußgeldbescheiden konfrontiert.

Rheingas hält die Vorwürfe für unbegründet und hat daher Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Die bereits im Abschluss des Geschäftsjahres 2009/2010 als Risikovorsorge gebildete Rückstellung, die die Kosten der juristischen Auseinandersetzung in Höhe des nicht durch die bestehende Rechtsschutzversicherung gedeckten Anteils berücksichtigt, wurde im Berichtsjahr aufgrund der Verfahrensdauer aufgestockt.

Die Hauptverhandlung gegen acht der elf beschuldigten Unternehmen wurde am 07.06.2010 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet und endete nach fast zwei Jahren mit der Urteilsverkündung am 15.04.2013. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt bisher noch nicht vor. Alle verurteilten Unternehmen haben angekündigt, aufgrund eingetretener Verfahrensmängel Revision vor dem Bundesgerichtshof einzulegen.

Tatsachen oder Hinweise, die zu einer Änderung unserer Beurteilung führen könnten, sind in der Verhandlung bisher nicht bekannt geworden.

Das Verfahren gegen Rheingas wurde abgetrennt und ruht weiter.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Auf die Angaben der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird gem. § 314 Nr. 6a und 6b HGB unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Der Verwaltungsrat hat in 2012/2013 Gesamtbezüge von 40 T€ (Vorjahr: 48 T€) erhalten.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Fernwärmeversorgung Mayen GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27. Oktober 1998

Stammkapital am 31.12.2013

900.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung, der Bau und Betrieb von Fernwärmeversorgungsanlagen und die Belieferung von Abnehmern in Mayen aus diesen Anlagen.
Die Gesellschaft ist berechtigt, sämtliche Geschäfte zu betreiben, die geeignet sind, den Sinn und Zweck und die Unternehmung der Gesellschaft zu fördern.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

STEAG New Energies GmbH, Saarbrücken	*405.000,00 €*	*45 %*
Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	*270.000,00 €*	*30 %*
Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz	*90.000,00 €*	*10 %*
Moritz J. Weig GmbH & Co.KG, Mayen	*45.000,00 €*	*5 %*
Kreissparkasse Mayen, Mayen	*45.000,00 €*	*5 %*
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH	*45.000,00 €*	*5 %*

Besetzung der Organe am 31.12.2013

Aufsichtsrat

Wolfgang Treis
Oberbürgermeister der Stadt Mayen (Vorsitzender)
Lars Nebe
Bereichsleiter der STEAG New Energies GmbH (stellvertretender Vorsitzender)
Joachim Weiersbach
Bereichsleiter der STEAG New Energies GmbH
Ottmar Nürnberg (bis 30.09.2013)
Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Mayen
Christoph Weizel (ab 01.10.2013)
Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Mayen
Markus Heming (bis 31.08.2013)
Geschäftsführer der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH
Jürgen Schmidt (ab 01.09.2013)
Geschäftsführer der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH
Josef Rönz
Geschäftsführer der Energieversorgung Mittelrhein GmbH
Xaver Weig
Geschäftsführer der Moritz J. Weig GmbH & Co. KG
Franz Grober
CDU- Stadtratsfraktion der Stadt Mayen
Christoph Rosenbaum
Selbständiger Dipl.-Betriebswirt (Vertreter)
Rolf Schäfer
SPD-Stadtratsfraktion der Stadt Mayen
Karl Josef Weber
SPD-Stadtratsfraktion der Stadt Mayen (Vertreter)

Gesellschafterversammlung
Die Gesellschafter entsenden je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung
Dipl. Verwaltungswirt (FH) Heinz Stoll
Dipl. Ingenieur Peter Hoen

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsentwicklung im Überblick

Zum 31.12.2013 versorgt die FWM einen Anschlusswert von rd. 15,4 MW (Vorjahreswert 15,1 MW). Der Wärmeabsatz von insgesamt 20.488 MWh liegt witterungsbedingt sowie aufgrund von Neuanschlüssen um 1.422 MWh über dem Vorjahresvergleichswert.
Für das Geschäftsjahr 2013 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von rd. 328 T€ aus, gegenüber rd. 255 T€ im Vorjahresvergleichszeitraum.

Absatzbedingte Umsatzsteigerungen sowie Einsparungen bei den Reparaturkosten sind wesentlich für diese Ergebnisentwicklung. Die absatz- und preisbedingten Mehrausgaben bei den Einsatzkosten sowie die durch die vorzeitige Einmalrückzahlung der aus dem Forderungsverzicht der Jahre 2004 bis 2006 noch offenen Beträge aus Zinsen und Geschäftsbesorgungsentgelten konnten dadurch mehr als kompensiert werden.

Die von der Gesellschaft getätigten Investitionen belaufen sich auf rd. 14 T€. Die Investitionen stehen im Zusammenhang mit Verdichtungsmaßnahmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Anlagevermögen	***4.084.179,52***	***3.681.540,52***
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	*49.167,00*	*45.834,00*
II. Sachanlagen	*4.035.012,52*	*3.635.706,52*
III. Finanzanlagen	*0,00*	*0,00*
C. Umlaufvermögen	***494.242,79***	***537.711,10***
I. Vorräte	*0,00*	*0,00*
II. Forderungen u. sonst. Verm.	*94.996,89*	*175.639,48*
a) Forderungen aus L u. L	*45.890,29*	*93.052,67*
b) Forderungen an Gesellschafter	*46.061,57*	*81.613,85*
c) Sonstige Vermögensgegenstände	*3.045,03*	*972,96*
III. Kassenbestand	*399.245,90*	*362.071,62*
D. Rechnungsabgrenzungsposten	***2.762,77***	***623,73***
Bilanzsumme	***4.581.185,06***	***4.219.875,35***

Bilanz	***2012***	***2013***
A. Eigenkapital	***1.214.931,53***	***1.442.839,60***
I. Gezeichnetes Kapital	*900.000,00*	*900.000,00*
II. Gewinn-/Verlustvortrag	*59.745,99*	*214.931,53*
III. Jahresgewinn/ -verlust	*255.185,54*	*327.908,07*
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	***84.292,19***	***71.904,25***
C. Rückstellungen	***78.570,00***	***16.790,02***
1 .Pensionsrückstellunen	*0,00*	*0,00*
2. Steuerrückstellungen	*69.270,00*	*6.490,02*
3. Sonstige Rückstellungen	*9.300,00*	*10.300,00*
D. Verbindlichkeiten	***3.129.991,74***	***2.629.098,86***
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinst.	*1.532.953,64*	*2.466.143,46*
2. Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	*0,00*	*0,00*
3. Verbindl.aus L. u. L.	*44.350,87*	*39.577,19*
4.Verbindl.gegen.Gesellschaftern	*1.028.593,37*	*91.128,88*
5 Sonstige Verbindlichkeiten	*524.094,06*	*32.249,33*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	***73.399,62***	***59.242,62***
Bilanzsumme	***4.581.185,08***	***4.219.875,35***

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	***2012***	***2013***
Umsatzerlöse	*1.576.308,23*	*1.674.544,02*
sonstige betr. Erträge	*15.565,54*	*11.326,14*
Gesamtleistung	***1.591.893,77***	***1.685.870,16***
Materialaufwand	*503.335,91*	*479.999,76*
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	*377.356,66*	*416.982,71*
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	*125.979,25*	*63.017,05*
Rohertrag	***1.088.557,86***	***1.205.870,40***
Personalaufwand	*24.676,44*	*24.305,30*
a) Löhne und Gehälter	*19.673,52*	*19.400,52*
b) sonst. soziale Aufwendungen	*5.002,92*	*4.904,78*
Abschreibungen	*405.834,20*	*417.592,99*
Sonstige betr. Aufwendungen	*160.184,45*	*160.051,06*
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	*2.373,26*	*14.405,13*
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*134.149,35*	*180.877,85*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***366.066,68***	***437.448,33***
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	*110.859,90*	*109.519,02*
sonstige Steuern	*21,24*	*21,24*
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	***255.185,54***	***327.908,07***

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		***2012***	***2013***
Eigenkapitalrentabilität	***%***	***21,0***	***22,7***
Gesamtrentabilität	***%***	***8,5***	***12,1***

		2012	***2013***
Umsatz pro Mitarbeiter	***T€***	***262,7***	***279,1***

Vermögensaufbau

		2012	***2013***
Anlagenintensität	***%***	***89,2***	***87,2***
Intensität des Umlaufvermögens	***%***	***10,8***	***12,8***

Anlagenfinanzierung

		2012	***2013***
Anlagendeckung I	***%***	***29,7***	***39,2***
Anlagendeckung II	***%***	***32,6***	***39,2***

Kapitalausstattung

		2012	***2013***
Eigenkapitalquote	***%***	***26,5***	***34,3***
Fremdkapitalquote	***%***	***73,5***	***65,7***

Liquidität

		2012	***2013***
Liquiditätsgrad	***%***	***15,3***	***19,4***

Lage des Unternehmens

Liquiditäts- und Vermögenslage der Gesellschaft entwickelten sich positiv. Die Eigenkapitalquote hat sich um 7,8 %-Punkte auf 34,3 % verbessert.

Ausblick

Nach Abschluss des Geschäftsjahres ergaben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Durch Verdichtungsmaßnahmen im bestehenden Fernwärrnenetz erwartet die Gesellschaft in der Zukunft leicht steigende Anschlusswerte.

Die Mittelfristplanung der Gesellschaft weist für 2014 und die Folgejahre bis 2018 positive Jahresergebnisse aus. Voraussetzung hierfür ist, dass auch weiterhin kostengünstige Abwärme bezogen werden kann. Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2013

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Grünflächen- und Bestattungswesen

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1998; Betriebssatzung vom 29. August 2001

Stammkapital am 31.12.2013

Betriebszweig Grünflächen:	*200.000,00 €*
Betriebszweig Bestattungswesen:	*0,00 €*

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Durchführung des Bestattungswesens, der Betrieb des Krematoriums, die Planung, Erstellung und Pflege von Grünflächen sowie der Betrieb der Stadtgärtnerei. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist eine ***nicht-wirtschaftliche*** *Betätigung gemäß § 85 Absatz 3 Nr. 7, weil der Eigenbetrieb überwiegend Zwecken des Eigenbedarfs der Gemeinde dient.*
Für den Bereich des Krematoriums besteht seit dem 01. Juni 2005 die unbeschränkte Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art.
Seit 01.01.2012 gilt dies auch für die Bewirtschaftung der Parkplätze rund um´s Schloss (BImA- und SGD.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1996 ; Betriebssatzung vom 30. August 2001 zuletzt geändert durch Satzung vom 18.12.2012

Stammkapital am 31.12.2013

700.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Wertstofferfassung/-verwertung, die Restabfallbeseitigung/-entsorgung, die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Koblenz sowie die Instandsetzung und -haltung der städtischen Fahrzeuge und Geräte. Des Weiteren obliegt dem Eigenbetrieb die Straßenunterhaltung/ -instandsetzung einschließlich der hierzu gehörenden Einrichtungen mit Ausnahme der Ingenieurbauwerke. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.
Der Landkreis Cochem-Zell hat ab dem 01.01.2012 die Erfassung, Sammlung und Transport von Rest-, Bio-, Gewerbe- und Sperrabfällen an den Eigenbetrieb übertragen.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist eine ***nicht-wirtschaftliche*** *Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 5 GemO, weil der Kommunale Servicebetrieb Koblenz sowohl im Bereich der Abfallwirtschaft als auch im Bereich Straßenreinigung überwiegend Zwecken des Umweltschutzes dient.*
Der Bereich Straßenunterhaltung und Werkstattbetrieb dient zur Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Koblenz nach § 85 Abs. 4 Nr. 7 GemO.
Der Betriebszweig Service wird als Betrieb gewerblicher Art geführt.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Koblenz-Touristik

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1997 ; Betriebssatzung vom 23. August 2001

Stammkapital am 31.12.2013

2.100.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung des Messe- und Congresswesens, der Touristik, des Stadtmarketings, von Campingplätzen und des Veranstaltungswesens. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

§ 85 Abs. 1 Satz 1 GemO
Der Eigenbetrieb Koblenz Touristik fördert das Gästeaufkommen in der Stadt Koblenz – sowohl Tages- als Übernachtungstouristen. Dies geschieht durch intensive Messe- und Workshop Besuche, regionale und überregionale Vertriebsarbeit, Kooperationen sowohl im regionalen als auch deutschlandweiten Bereich. Er ist verantwortlich für die Kreation touristischer Angebote, die Erstellung von Flyern und Stadtplänen sowie die Bereitstellung eines mehrsprachigen, zeitgemäßen Internetauftrittes. Durch intensive Zusammenarbeit mit Beherbergungsbetrieben, Gaststätten, Schifffahrtsunternehmen sowie dem Einzelhandel, wird eine starke Verknüpfung zwischen Tourismus und Wirtschaftskraft hergestellt. Eine Tourismus-Information betreut an 360 Tagen im Jahr Gäste und Besucher und vermittelt Stadtführungen, Tagesausflüge sowie touristische Events. Mit dem Romanticum

betreibt die Koblenz-Touristik eine besondere interaktive Ausstellung, die sowohl für Gäste als Bürger der Stadt einen attraktiven Mehrwehrt darstellt.
Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreibt er das Rhein-Mosel-Kongresszentrum mit den Räumlichkeiten im Kurfürstlichen Schloss und führt etliche kulturelle Veranstaltungen durch.

§ 85 Abs. 1 Satz 2 GemO
Der Eigenbetrieb finanziert sich aus Einnahmen. Ein Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Stadt wird nicht gezahlt.

§ 85 Absatz 1 Satz 3 GemO
Bei der Aufgabe des Eigenbetriebes handelt es sich um „Wirtschaftsförderung“ im weitesten Sinne. Durch die Verknüpfung der einzelnen Teilbereiche werden Synergieeffekte genutzt. Eine ebenso „gute“ Erfüllung dieses öffentlichen Zwecks durch private Unternehmen scheidet aus.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Kommunales Gebietsrechenzentrum

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1995 (Eintrag ins Handelsregister 26. Mai 2000)

Stammkapital am 31.12.2013

800.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Informationsverarbeitung für die Stadt Koblenz und für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und deren Einrichtungen sowie für sonstige Dritte.

Aufgaben der Informationsverarbeitung sind:

a.) Ausführung von Verwaltungsarbeiten und anderer Aufgaben unter Einsatz elektronischer Anlagen der Daten- und Kommunikationstechnik,
b.) Entwicklung, Pflege und Bereitstellung von Datenverarbeitungsverfahren und der hierfür notwendigen Programme,
c.) datenverarbeitungstechnische und verfahrensorganisatorische Beratung der Anwender,
d.) Durchführung von Schulungen auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

*Der Gegenstand des Unternehmens ist eine **nicht-wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 7 GemO, weil überwiegend die Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Koblenz erfolgt.*

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Stadtentwässerung

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1996; Betriebssatzung vom 29. August 2001

Stammkapital am 31.12.2013

26.000.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist es, Abwasser von den in der Stadt Koblenz gelegenen Grundstücken zu sammeln, weiterzuleiten und zu reinigen sowie das Einsammeln, Abfahren und Beseitigen des in zugelassenen Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms und des in Gruben gesammelten Abwassers (Fäkalschlammbeseitigung). Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

*Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die **nicht-wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 5 GemO. Der Eigenbetrieb erfüllt nach § 52 LWG die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung.*
Nach § 86 Absatz 2 Satz 2 sind Einrichtungen und Anlagen der Abwasserbeseitigung als Eigenbetriebe zu führen oder nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) zu verwalten.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Abwasserzweckverband „Industriepark A61/GVZ Koblenz“

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 2009

Stammkapital am 31.12.2013

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

Stadt Koblenz
Verbandsgemeinde Weißenthurm
Verbandsgemeinde Untermosel

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband hat die Aufgabe, innerhalb des Verbandsgebietes

1. *die Entwässerungsanlagen nach den jeweils geltenden Regeln der Technik zu planen, zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und zu überwachen*
2. *von den Grundstücken Abwasser abzunehmen und*
3. *für die unschädliche Ableitung und ordnungsgemäße Beseitigung des Abwassers Sorge zu tragen.*

Der Zweckverband begründet ein Entsorgungsverhältnis mit den einzelnen Anschlussberechtigten bzw. Anschlussverpflichteten. Er ist berechtigt, den Anschluss- und Benutzungszwang festzulegen.

Der Zweckverband verwaltet seine Einrichtungen nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Deponiezweckverband „Eiterköpfe“

(ab Juni 2014: Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel)

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

19. Dezember 1986

Stammkapital am 31.12.2013

83.735,64 € (zu 100% beim Landkreis MYK)

Mitglieder des Zweckverbandes

Stadt Koblenz
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Cochem-Zell

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Deponiezweckverband Eiterköpfe betreibt die Zentraldeponie Eiterköpfe in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Das Entsorgungsgebiet umfaßt eine Fläche von etwa 1.642 km2 mit rd. 400.000 Einwohnern. Neben dem Betrieb der Deponie Eiterköpfe übernimmt er nach Bedarf auch weitere Aufgaben der Restabfallverwertung und -entsorgung.

Der Deponiezweckverband hat die Aufgabe, zur Schonung des Deponievolumens vor der Ablagerung Verwertungsmaßnahmen in zentralen Anlagen durchzuführen. Diese Aufgaben können bei Bedarf von den entsorgungspflichtigen Mitgliedern auf den Zweckverband übertragen werden. Der DZV kann auch Nichtmitgliedern die Benutzung seiner Anlagen gestatten, soweit dies der Verbesserung des wirtschaftlichen Gesamtergebnisses dient.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Zweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. November 1999

Stammkapital am 31.12.2013

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

Stadt Koblenz	*34,0 %*
Ortsgemeinde Bassenheim	*22,0 %*
Ortsgemeinde Kobern-Gondorf	*22,0 %*
Landkreis Mayen-Koblenz	*22,0 %*

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Landkreis Mayen-Koblenz, die Gemeinden Bassenheim und Kobern-Gondorf sowie die Stadt Koblenz entwickeln unmittelbar angrenzend zum bestehenden GVZ Koblenz an der A 61 im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach §§ 165 ff. Baugesetzbuch ein interkommunales Industriegebiet.

Mit der Durchführung der Maßnahme sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, die regionale Wertschöpfung soll gesteigert werden und der Industriestandort Rheinland-Pfalz soll gestärkt werden.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

17. November 1995

Stammkapital am 31.12.2013

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

Land Rheinland-Pfalz
Landkreis Ahrweiler
Landkreis Altenkirchen
Landkreis Bernkastel-Wittlich
Eifelkreis Bitburg-Prümm
Landkreis Cochem-Zell
Landkreis Vulkaneifel
Kreisfreie Stadt Koblenz
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Neuwied
Kreisfreie Stadt Trier
Landkreis Trier-Saarburg
Rhein-Hunsrück-Kreis
Landkreis Westerwaldkreis
Landkreis Rhein-Lahn

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband erfüllt die ihm nach § 6 Abs. 2 NVG zugewiesenen Aufgaben unter Beteiligung des Landes gemäß § 6 Abs. 11 NVG.

Diese umfassen die Gestaltung der Verkehrsangebote im SPNV sowie die Gestaltung der von dem Zweckverband übernommenen regionalen Busverkehre nach § 6 Abs. 9 NVG, so insbesondere:

- *die Gestaltung der Fahrpläne und Tarife,*
- *Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs im Fahrdienst und vor Ort, wie Gestaltung der Bahnhofs- und Umsteigeanlagen,*
- *Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen, sowie*

für den Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sowie für die von ihm übernommenen regionalen Busverkehre ist der Zweckverband zuständige Behörde für die Vereinbarung oder Auferlegung gemeinschaftlicher Verkehrsleistungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus- Kreis und dem Landkreis Limburg/ Weilburg

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 1979

Stammkapital am 31.12.2013

2.200.000,00

Mitglieder des Zweckverbandes

Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen (Westerwald), Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Witttlich, Birkenfeld, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Vulkaneifel, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Trier-Saarburg, Westerwaldkreis, Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalzkreis, St. Wendel, der Stadtverband Saarbrücken, Rheingau-Taunus-Kreis und Limburg-Weilburg

Ebenso die kreisfreien Städte Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens,Speyer, Trier, Worms und Zweibrücken

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichten nach dem Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukte in

Verbindung mit dem Rheinland-Pfälzischen Landesgesetz zur Ausführung des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in den jeweils geltenden Fassungen obliegen.
Ebenso übernimmt er die Rechte und Pflichten, die den hessischen und saarländischen Zweckverbandsmitgliedern aus deren Rechtsgrundlagen erwachsen.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

11. Mai 2005

Stammkapital am 31.12.2013

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

- *die Stadt Koblenz*
- *der Landkreis Mayen-Koblenz*
- *die Verbandsgemeinde Rhens*
- *die Stadt Rhens sowie die Ortsgemeinden Brey und Spay*
- *der Rhein-Hunsrück-Kreis*
- *die Stadt Boppard*
- *die Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel*
- *die Städte Oberwesel und St. Goar sowie die Ortsgemeinden Damscheid, Niederburg, Perscheid, Urbar und Wiebelsheim*
- *der Rhein-Lahn-Kreis*
- *die Stadt Lahnstein*
- *die Verbandsgemeinde Braubach*
- *die Stadt Braubach sowie die Ortsgemeinden Dachsenhausen, Filsen, Kamp-Bornhofen und Osterspai*
- *die Verbandsgemeinde Loreley*
- *die Städte St. Goarshausen und Kaub sowie die Ortsgemeinden Auel, Bornich, Dahlheim, Dörscheid, Kestert, Lierschied, Lykershausen, Nochern, Patersberg, Prath, Reichenberg, Reitzenhain, Sauerthal, Weisel und Weyer*
- *der Landkreis Mainz-Bingen*
- *die Stadt Bingen am Rhein*

- *die Verbandgemeinde Rhein-Nahe*
- *die Stadt Bacharach sowie die Ortsgemeinden Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen, Waldalgesheim und Weiler bei Bingen*
- *der Rheingau-Taunus-Kreis*
- *die Stadt Lorch am Rhein*
- *die Stadt Rüdesheim am Rhein*
- *das Land Rheinland-Pfalz*
- *das Land Hessen*

Gegenstand des Zweckverbandes

Gegenstand des Zweckverbandes ist es die Einzigartigkeit des Oberen Mittelrheintals zu bewahren und zu gestalten sowie die Schaffung einer einheitlichen Identität.
Der für das Tal so bedeutende Wirtschaftsfaktor „Tourismus“ ist zu stärken und auszubauen und die Einzelprojekte sind zu vernetzen.

Weiterhin hat der Zweckverband das Ziel, in den Grenzen des Verbandsgebiets die örtliche und regionale Zusammenarbeit im Bereich jener Themenfelder, die in den eigenen Zuständigkeitsbereich seiner Mitglieder fallen, zu fördern, zu unterstützen, zu koordinieren und für die Umsetzung Sorge zu tragen sowie gegebenenfalls gemeinsame Projekte durchzuführen oder deren Trägerschaft zu übernehmen.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2014

Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

28. September 2012

Stammkapital am 31.12.2013

Erhebung Kapitalumlage bei Gründung; 2 T€ je Stimmrecht

Mitglieder des Zweckverbandes

Stadt Kaiserslautern
Stadt Koblenz
Stadt Ludwigshafen
Stadt Mainz
Stadt Neustadt an der Weinstraße
Stadt Neuwied
Stadt Speyer
Stadt Trier und
KommWis, Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH

Gegenstand des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband verfolgt das Ziel, die Abwicklung von Aufgaben der Informationsverarbeitung bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben anstelle kommunaler Gebietskörperschaften durchzuführen. Zu diesem Zweck wird der Betrieb in Rechenzentren der Mitglieder konzentriert und soweit erforderlich redundant ausgelegt werden.

(2) Die Zuordnung des Betriebes eines Verfahrens zu Betriebsstandorten erfolgt unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit. Ziel des ZIDKOR

ist es insbesondere, einen sicheren und wirtschaftlichen Betrieb für landeseinheitliche Softwarlösungen – soweit erforderlich nach allgemein anerkannten Grundsätzen für die Informationsverarbeitung (z. B. BSI, DIN) – zu gewährleisten.

(3) Dem ZIDKOR werden von den Verbandsmitgliedern folgende Aufgaben übertragen.
Dies ist der hoheitliche:

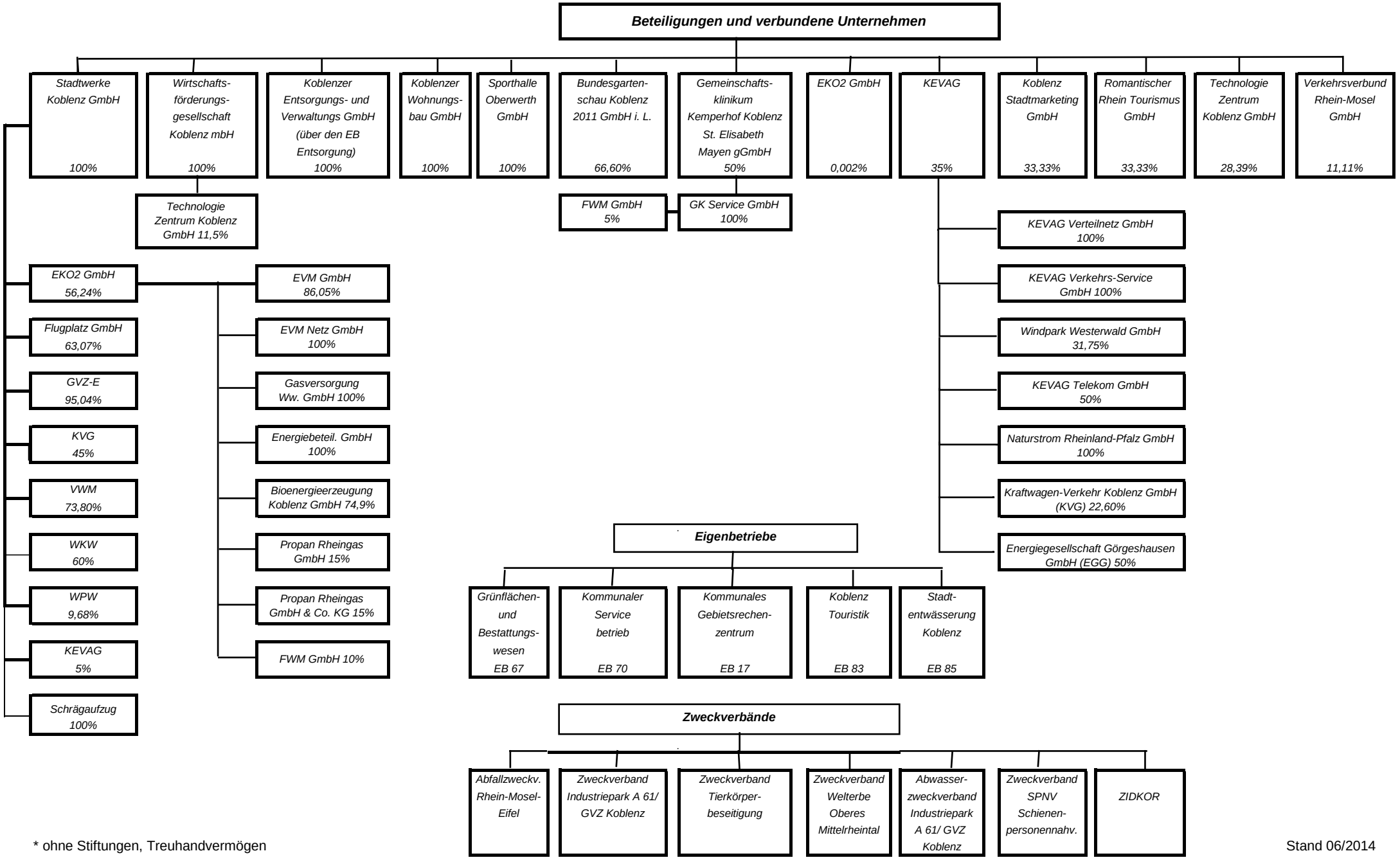
a) Betrieb des Fachverfahrens für das Personenstandswesen
b) Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters
c) Betrieb des Nachrichtenverkehrs XPersonenstand
d) Betrieb der eGoverment-Dienste im Bereich Personenstandswesen
e) Betrieb des Fachverfahrens im Bereich Waffenwesen
f) Betrieb des Kommunenhosting

Die vorgenannten Aufgaben werden an den Betriebsstandorten der Mitgliedsstädte Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Koblenz sowie der KommWis erbracht.
Dem ZIDKOR können weitere ITK-Aufgaben im Sinne von Abs. 1 übertragen werden.

(4) Im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten und der satzungsmäßigen Vorgaben arbeiten die Dienststellen/Unternehmen der Mitglieder und der Zweckverband bei der Erfüllung dieser Aufgaben zusammen.
Die Konkretisierung der Leistungserbringung und der Leistungsparameter erfolgt in Anlagen zur Verbandsordnung (Leistungs- und Entgeltverzeichnis, Service-Vereinbarung) oder in gesonderten Vereinbarungen.

(5) Der Zweckverband kann auch Leistungen von Dritten beziehen.

Konzernstruktur der Stadt Koblenz*



* ohne Stiftungen, Treuhandvermögen

Stand 06/2014